DD 228.8
.W 95

Wrisberg

Der Weg zur Revolution 1914–1918

INDIANA
UNIVERSITY
LIBRARY

Der Weg zur Revolution

Erinnerungen
an die Kriegsjahre im
Königlich Preußischen Kriegsministerium

von

Ernst von Wrisberg
Generalmajor a. D.
während des Krieges Direktor des
Allgemeinen Kriegsdepartements

*

Der Weg zur Revolution
1914–1918

Der Weg zur Revolution
1914–1918

Von

Ernst von Wrisberg
Generalmajor a. D.
während des Krieges Direktor des
Allgemeinen Kriegsdepartements

Leipzig

Verlag von K. F. Koehler
1921

DD228.8
.W95

INDIANA UNIVERSITY LIBRARY

Copyright 1921 by K. F. Koehler, Leipzig

Druck von Oscar Brandstetter, Leipzig

4-4-67

Vorwort

Ich habe in meinem Leben niemand betrogen, viel weniger werde ich die Nachwelt betrügen
Friedrich der Große

Auf Drängen meiner früheren Mitarbeiter habe ich mich entschlossen, dieses Buch der Öffentlichkeit zu übergeben.

Ich stellte hierbei meine persönlichen Bedenken zurück, ich hatte nur das eine Ziel vor Augen: der Sache zu dienen.

Der dringende Wunsch meiner treuen Mitarbeiter war zu verstehen.

Bücher und Schriften erschienen, die in mehr oder weniger versteckter Form Angriffe gegen die Heeresverwaltung erhoben. Schilderungen über Zustände und Verhältnisse in der Heimat während der Kriegszeit wurden veröffentlicht, die vor dem uneingeweihten Leser leicht ein falsches Bild entstehen lassen konnten.

Es war meine Pflicht, hier einzutreten.

Das Werk soll einen allgemeinen Überblick über die Taten des Teils der Heeresverwaltung geben, der mir unterstellt war. Dabei sollen die Schwierigkeiten hervorgehoben werden, die zu überwinden waren. Die Kenntnis von diesen wird vielfach Anordnungen oder das Unterlassen von solchen in einem anderen Lichte erscheinen lassen. Eine Kritik, auch an eigenen Maßnahmen, durfte hierbei nicht fehlen.

Von Bedeutung war eine Schilderung der inneren Verhältnisse, da gerade diese auf den Verlauf des Krieges einen so verhängnisvollen Einfluß ausgeübt haben.

Gerechtigkeitsdrang, Wahrheitsliebe und Hingebung an die Sache haben mich bei meinen Ausführungen geleitet.

Ein solches Werk konnte ich nicht allein schreiben, ich bedurfte der Mitarbeit der auf den einzelnen Gebieten besonders erfahrenen Herren. Sie ist mir in reichstem Maße zuteil geworden. Alle Abteilungen des alten Departements haben sich in den Dienst der Sache

gestellt. Die Erlaubnis zur Benutzung amtlichen Materials wurde mir bereitwilligst gegeben.

Allen Mithelfern danke ich an dieser Stelle für die treue, mir bis zuletzt gewährte Unterstützung. Vornehmlich tue ich dies meinem ehemaligen Adjutanten, Major Meetens, gegenüber, der viel zum Gelingen des ganzen Werkes beigetragen hat.

Dem Verlage gebühret besonderer Dank für das Interesse und Entgegenkommen, das er dem Buche gewidmet hat.

So gehe es denn hinaus:

den Toten zur Erinnerung,
den Lebenden zum Ruhme,
den Zukünftigen zur Nacheiferung.

Berlin, im Juli 1921.

v. Wrisberg.

Die politischen Verhältnisse in der Heimat während des Krieges und ihre Entwicklung sollen in dem vorliegenden Bande dargelegt werden.

Ein trauriges Kapitel. Es mußte aber geschrieben werden. Nicht nur den Frontkämpfern, nicht nur den Auslandsdeutschen, auch vielen von denen, die in der Heimat treu und entsagungsvoll ihre Pflicht für das geliebte Vaterland taten, ist es bis heute unfaßlich geblieben, wie unser Volk so völlig sich selbst aufgeben konnte. Manchem auch hat parteipolitisch gefärbte Darstellung das klare Urteil getrübt. Die nachfolgende Schilderung stützt sich auf einwandfreies, vielfach amtliches Material. Ihr Zweck ist, dem denkenden Teile des deutschen Volkes zu zeigen, wer ihm den Giftbecher reichte. Der größte Teil des Buches entstammt der Feder meines früheren Adjutanten, des Regierungsrats Major a. D. Mertens, dem ich auch an dieser Stelle für seine Mitarbeit danke.

Berlin, im Juli 1921.

v. Wrisberg.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Erstes Kapitel 1
Kriegsausbruch und Sozialdemokratie — Unterlassungssünden der Regierung

Zweites Kapitel 16
Die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft"

Drittes Kapitel 27
Das deutsche Friedensangebot vom Dezember 1916 — Die Kriegszielfrage — Der Pazifismus — Stimmung — Die russische Revolution und ihre Wirkung auf die deutsche Sozialdemokratie

Viertes Kapitel 43
Die Osterbotschaft 1917 — Die U. S. P. D. — Der erste größere Streik — Amerikas Kriegserklärung

Fünftes Kapitel 50
Beginn der revolutionären Propaganda — Der Stockholmer Kongreß — Gegenmaßnahmen des Kriegsministeriums — Sozialdemokratische Friedenspropaganda

Sechstes Kapitel 58
Der Verfall der Mehrheitssozialisten im Reichstag — Die Vaterlandspartei — Der Sturz Bethmanns — Friedensresolution und Flaumacherei — Die sozialistische Presse zum Kanzlerwechsel

Siebentes Kapitel 71
Hochverrat Mißbrauch — Die Meuterei auf der Hochseeflotte

Achtes Kapitel 82
Der sozialdemokratische Parteitag in Würzburg — Die Kanzlerschaft des Grafen Hertling — Sozialdemokratische Obstruktion — Die Stimmung in Stadt und Land

Neuntes Kapitel 90
Die Brest-Litowsker Verhandlungen — Der Berliner Januarstreik

Zehntes Kapitel 102
Der Plan für die Revolution — Der Friedensschluß im Osten

Elftes Kapitel 111
Die Große Offensive — Sozialdemokratie und „Mittelpartei"

Zwölftes Kapitel 117
Die „Friedensoffensive" — Sozialdemokratie gegen Oberste Heeresleitung — Letzte Vorbereitung des Umsturzes — Defaitistische Propaganda — Der Reichstag

Dreizehntes Kapitel 133
Die österreichische Friedensaktion — Die Kanzlerschaft des Prinzen Max und das sog. Kriegskabinett — Der allgemeine Schrei nach Frieden — Der Triumph der Giftmischer

Anhang 155
1. Pressestimmen 2. Flugblattpropaganda. 3. Nachrevolutionäre Bekenntnisse

1.

Kriegsausbruch und Sozialdemokratie — Unterlassungssünden der Regierung

Die Toten sind nicht zu beklagen,
sondern ihre Freunde, die sie überleben
Friedrich der Große.

Am 4. August 1914 eröffnete S. M. der Kaiser den Reichstag im Weißen Saale des Berliner Schlosses mit einer Thronrede, die in den geschichtlich gewordenen Worten gipfelte: „Uns treibt nicht Eroberungslust; uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und für alle kommenden Geschlechter." Die Anwesenden aller bürgerlichen Parteien — die Sozialdemokraten vermieden auch diesmal das Betreten des Königsschlosses — gelobten dem Kaiser darauf mit Handschlag, daß der Reichstag mit ihm in Not und Tod zusammengehen würde. In der am Nachmittag folgenden Vollsitzung des Reichstages wurden im Verlaufe einer Stunde 17 auf den Krieg bezügliche Vorlagen der verbündeten Regierungen, darunter eine Kriegsanleihe von 5 Milliarden Mark, debattelos angenommen. Als einziger Redner erklärte der Abg. Haase (Soz.), daß seine Freunde zwar nach wie vor Gegner einer imperialistischen Politik seien, jetzt aber, da es sich nicht mehr darum handele, für oder gegen den Krieg zu stimmen, das Vaterland nicht verlassen wollten und die geforderten Kredite bewilligen würden. Ihre heißen Wünsche gälten allen zu den Fahnen gerufenen Brüdern, ohne Unterschied der Partei und als der Reichskanzler am Schlusse dieser Sitzung die Worte fand: „Nicht das Gewicht Ihrer Beschlüsse gibt dieser Tagung ihre Bedeutung, sondern der Geist, aus dem heraus sie geboren sind, der Geist der Einheit Deutschlands, des unbedingten, rückhaltlosen, gegenseitigen Vertrauens auf Leben und Tod", da konnte er sicher sein, aus dem Herzen aller Deutschen zu sprechen, die, angesichts der furchtbaren, jeden Volksgenossen in gleicher Weise bedrohenden Gefahr, in diesem Augenblicke mit freudigem Stolze

über alle Parteigegensätze hinweg sich bewußt wurden, Söhne eines Landes, Angehörige eines Stammes zu sein. Wilhelm II. aber war es vergönnt, jetzt den Höhepunkt im Dasein eines Fürsten zu erleben: Das Volk empfand ihn, den Kaiser, als die Verkörperung seiner selbst, und nicht endenwollender Jubel lohnte ihm, als er den ihm entgegengebrachten Huldigungen antwortete: „Ich kenne keine Parteien und keine Konfessionen mehr; ich kenne nur Deutsche."

Dem Fühlen des Volkes aber gab Martin Hildebrandt Ausdruck in seinem prachtvollen Sturmlied.

Der 31. Juli 1914.

Der deutsche Zorn ist jäh erwacht
ob einer Welt voll Niedertracht
voll Hinterlist und Tücke,
er brennt auf jeder deutschen Stirn,
er wühlt in jedem deutschen Hirn
und sprüht aus jedem Blicke.

Und wie von einer Zauberhand
sind ausgeglichen Rang und Stand
kein Sondern mehr und Gliedern
Ein Staunen schreitet durch die Welt,
in Wehr und Waffen zieht ins Feld
ein einig Volk von Brüdern.

Und jeder kennt nur einen Schwur,
und keinem zeigt sich eine Spur
der Furcht vor dem Erliegen.
Wir geben unser Letztes her,
und wärt ihr zahllos, wie am Meer
der Sand, wir müssen siegen.

Ganz Deutschland schien nicht nur, es war geeinigt; geeinte sich zu dieser Begeisterung harte und zähe Entschlossenheit, und der unerschütterliche Wille, unter dem Zeichen des Burgfriedens, alle inneren Streitigkeiten beiseite zu lassen, solange der Feind an die Tore des Reiches schlug, so konnte der Sieg nicht zweifelhaft sein.

Wie aber sah es mit diesem Willen aus, wie stellte sich hierzu vor allem die Partei der Massen, die Sozialdemokratie?

Die Begeisterung dieser Tage hatte weite Kreise der Sozialdemokratie ergriffen und die bisherige Gesinnung der auf sie eingeschworenen Arbeiterschaft stark erschüttert. Im großen und ganzen hielt diese Stimmung während des Jahres 1914 an. Die gemeinsame Not des Vaterlandes hatte das durch den Klassenkampf ausgelöschte Gefühl der Zusammengehörigkeit neu erweckt; die unvergleichlichen Leistungen des Heeres und der ganzen staatlichen Organisation hatten selbst den beschränktesten Verächtern dieser Institutionen vor Augen geführt, was unser Volk an ihnen besaß. Der monarchische Gedanke bewies

seine Lebenskraft und Wirkung so handgreiflich, daß diese „Republikaner auf Parteibefehl" sich dem Eindruck unmöglich entziehen konnten, zudem begann die Haltung der ausländischen Sozialisten sie allmählich über den Wert der roten Internationale aufzuklären. Vor allem aber brachte die Kameradschaft im Felde, wie die großartige Hilfstätigkeit daheim die Schichten der Bevölkerung einander nahe und überbrückte, wie nichts anderes, die Klassengegensätze. An dieser gemeinsamen Arbeit beteiligt, wurden auch ergrauferte Genossen an dem Parteidogma von der Unmöglichkeit einer Versöhnung mit den „nur auf Ausbeutung des werktätigen Volkes bedachten" herrschenden Klassen irre. Die Gewerkschaften hatten schon im August beschlossen, während der Dauer des Krieges Streikunterstützungen nicht zu zahlen, wodurch praktisch jede für die Kriegswirtschaft gefährliche Arbeitseinstellung ausgeschaltet wurde. Das Kriegsministerium trat sehr bald zu den Führern der Gewerkschaften in eine Art Arbeitsgemeinschaft, die dank sich bald entwickelnden gegenseitigen Vertrauens wohl am meisten zu der politischen Ruhe im Innern einerseits und der Erzielung von das Friedensmaß weit übersteigenden Arbeitsleistungen andererseits beitrug.[1])

Selbst von den Führern der sozialdemokratischen Partei schien ein Teil diesen Einflüssen zu erliegen. War doch der Reichstags- und Landtagsabgeordnete für Mannheim, der 40jährige Jude Ludwig Frank, als einer der ersten als Kriegsfreiwilliger eingetreten, um darzutun, „daß das Verhalten seiner Partei am 4. August nicht bloß ein Strohfeuer und eine Bereitschaft in Worten sei."[2]) Das Kriegsministerium hatte diesem Stimmungsumschwung dadurch Rechnung getragen, daß am 31. August das Verbot des Haltens und der Verbreitung sozialdemokratischer Schriften aufgehoben wurde „in der Erwartung, daß die Veröffentlichung von Artikeln unterbleibt, welche geeignet sind, den einheitlichen Geist des Heeres zu beeinträchtigen. Sollte dies nicht zutreffen, so ist jedes Generalkommando befugt, das Verbot wieder in Kraft zu setzen." Leider fand dieses Entgegenkommen nur für kurze Zeit Verständnis bei der sozialdemokratischen Presse. Denn die Parteileitung blieb offenbar um die Wahrung des bisherigen Standpunktes ängstlich besorgt. Sie verkündete sehr bald wieder, daß es auch in dieser

[1]) Auf diese Verhältnisse wird bei der Besprechung der Arbeiterfrage (II Band der vorliegenden „Erinnerungen") noch besonders eingegangen werden.

[2]) Frank fiel im September als Leutnant

Zeit vor allem darauf ankomme, die sozialistischen Ideen und den Bestand der Partei zu sichern. Durch die nationale Strömung in den Massen sichtlich beunruhigt, suchte sie eine Auseinandersetzung über diese Fragen mit allen Mitteln hinauszuschieben, indem sie Nebenfragen wirtschaftlicher Art, wie die der Arbeitslosenfürsorge, der Mietsbeihilfen u. a. m., in denen sie bedingungslos und unbeirrt durch Billigkeitsrücksichten für die Minderbemittelten Partei nahm, in den Vordergrund rückte.

Demgegenüber geschah im bürgerlichen Lager alles, um die neue Einigkeit des Volkes zu betätigen: Der Reichsverein gegen die Sozialdemokratie, der evangelische Bund, der Ostmarkenverein stellten ihre Kampftätigkeit ein; auch der Antisemitismus verstummte. Der „deutsche Wehrverein" erklärte in einem Rundschreiben an die Presse, daß es gälte, die Heranziehung der Tüchtigsten aus allen Volkskreisen zu der inneren und äußeren Verwaltung beobachten (sollte Bethmann aus dieser Quelle sein bekanntes Schlagwort geschöpft haben?), echten Gemeinsinn und aufrechte vaterländische Gesinnung zu pflegen.

Alsbald begann die sozialdemokratische Parteileitung aus diesem Entgegenkommen des Bürgertums Kapital zu schlagen. Auf ihre „Verdienste" pochend, suchte sie der Regierung immer neue Zugeständnisse — Zulassung bisher verbotener Vereinstätigkeit, Anerkennung der „freigewerkschaftlichen" Organisationen als Vertretung der gesamten Arbeiterschaft, Bestätigung von Genossen in obrigkeitlichen Stellungen — abzuringen und damit eine der bisher mit Erfolg gegen sie verteidigten Machtstellungen nach der anderen zu erobern, um sie zu verstärkten Angriffen gegen dieselbe Staatsgewalt auszunutzen, wenn die Stimmung der Massen es wieder gestatten sollte, das wahre, unveränderte Gesicht zu zeigen.

Es mußte zu denken geben, daß die Leitung der Berliner Sozialdemokratie eine Beteiligung der Berliner Jugend an der militärischerseits veranstalteten Jugendausbildung ablehnte und zu verhindern wußte. —

Wenn jemals, so lag es in diesen ersten Kriegsmonaten in der Hand der Staatsregierung, ob sie der Sozialdemokratie diese rettende Verschleierungstaktik gestatten, oder ob sie den augenblicklichen Gegensatz zwischen dem Fühlen der Masse und den Absichten der Führer —

eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit — benutzen wollte, um die Macht der staatsfeindlichen Bewegung ein für allemal zu brechen. Erlaubte man der Partei, die Auseinandersetzung zwischen ihrem sozialistisch-republikanischen Programm und der vaterländischen Stimmung ihrer Wähler zu umgehen, begnügte man sich mit ihrem interimistischen — im Augenblick für die äußere wie für die innere Politik gewiß wertvollen — Verzicht auf Widerstand gegen die notwendigsten Kriegsmaßregeln, so mußte man damit rechnen, daß sie aus dieser gefährlichen Krisis in alter Geschlossenheit, ja gestärkt durch neue Eroberungen hervorgehen und — wenn nicht früher, so sicher nach Friedensschluß — leicht die Mittel finden würde, den Arbeitermassen durch verhetzende Aufrollung wirtschaftlicher Fragen die kaum erwachte nationale Gesinnung gründlich auszutreiben.

Zwang man sie dagegen, Farbe zu bekennen, so drängte man sie vor die Entscheidung: entweder ihren Parteistandpunkt aufzugeben, dessen dogmatischer Radikalismus in seiner bestechenden Konsequenz und seiner jeden Wettbewerb von vornherein überbietenden Unversöhnlichkeit zugleich ihre Werbekraft und ihre Gefahr enthielt, — oder ihre Anhänger durch schwere Beleidigung ihrer im Augenblick überwiegenden vaterländischen Gefühle von sich zu stoßen. Alles kam darauf an, die sozialdemokratische Partei in eindrucksvoller Weise, ohne Möglichkeit des Ausweichens, vor die Frage zu stellen, ob sie grundsätzlich ihren Frieden mit der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung machen wollte oder nicht. Freilich war zu berücksichtigen, daß der Eindruck nationaler Einigkeit im Auslande nicht gestört werden durfte. Vielleicht mußte der Zeitpunkt für eine große, weithin sichtbare politische Auseinandersetzung noch hinausgeschoben werden. Inzwischen aber war jede Gelegenheit wahrzunehmen, einzelne Glieder und Gruppen der Partei vor jene Frage zu stellen und dadurch den Auflösungsprozeß vorzubereiten. Andererseits bedurfte die patriotische Stimmung, die auch unter den Anhängern der Sozialdemokratie erfreuliche Kraft gewonnen hatte, aufmerksamster Pflege. Hierauf das Instrument der Presse abzustimmen, ihm den einheitlichen Ton zu geben, mußte vornehmste Aufgabe der inneren Politik sein. —

Die Haltung der Regierung gegenüber der sozialdemokratischen Partei war dauernd entgegenkommend. Gleich bei Beginn des Krieges war sie mit ihr in Verhandlungen eingetreten. Maßgebend hierfür

war wohl der Wunsch nach einer einmütigen Kundgebung des Reichstages gewesen. Vielleicht wäre dieses Ziel auch ohne jene Verhandlungen erreicht worden. Auch später wäre es wohl angebracht gewesen, zu beachten, daß die sozialdemokratischen Führer eigentlich fast ohne Gefolgschaft waren. Äußerungen der Wählerschaft lagen zahlreich vor. Und dachte man nicht daran, daß Entgegenkommen gegen die sozialdemokratische Führung deren Ansprüche nicht abschwächen, sondern steigern würde?

In Verfolg dieser Politik verfügte der Minister des Innern bereits in den ersten Tagen des Januar 1915, daß die Tatsache allein, daß ein in ein kommunales Amt Gewählter Mitglied der sozialdemokratischen Partei sei oder sozialdemokratische Gesinnung öffentlich bekannt habe, während dieses Krieges nicht ausreiche, um die Versagung der Bestätigung zu begründen.

Inzwischen hatte die radikale Opposition in der sozialdemokratischen Partei erneute Tätigkeit entfaltet. Diese Opposition, geführt von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Klara Zetkin u. a., war bereits vor dem Kriege vorhanden, aber in den Tagen der Mobilmachung fast völlig zusammengebrochen. Durch eifrige Wühlarbeit gewann sie, besonders in den größeren Städten, allmählich an Anhang. Ihre Agitation richtete sich außer gegen Regierung und Bürgertum auch gegen die Fraktionsmehrheit, zum Teil gegen den weniger radikalen Parteivorstand und, etwa seit Dezember 1914, auf Stimmungsmache für einen „Frieden um jeden Preis". Von einer im eigentlichen Sinne des Wortes heeresfeindlichen Propaganda hielten die Radikalen sich zunächst fern, wenn sie es auch nicht verschmähten, zur Erreichung ihres Zieles würdelose Verbrüderungen vor dem feindlichen Auslande und der sozialistischen Internationale zu machen.[1])

Die Regierung begnügte sich vorerst mit der Beobachtung dieser Tätigkeit. —

Konnte man im Jahre 1914 doch noch eine allmähliche Umwandlung der deutschen Sozialdemokratie in eine, unbeschadet ihrer theoretischen Grundsätze, nationale Partei erhoffen, in deren Entwicklung durch kleinliche und verärgernde Zensur einzugreifen, ein Fehler gewesen wäre, so begann sich schon in der ersten Hälfte des neuen Jahres das Bild leider zu ändern.

[1]) Siehe Anhang, „Flugblattpropaganda", Nr. 1.

Die zielbewußten Führer und führenden Blätter ließen sich in drei Gruppen teilen.

Die eine schloß sich der allgemeinen Volksströmung überzeugt an und suchte, den vaterländischen und völkischen Boden wieder zu gewinnen, die zweite — die um Liebknecht — hielt an den vaterlandslosen und internationalen Grundsätzen fest, in der Überzeugung, trotz der Stimmung in der deutschen und trotz der offenen Absage der ausländischen Sozialdemokratie allein den Parteigrundsätzen treu geblieben zu sein. Zwischen beiden stand eine dritte zahlreiche Führergruppe, die, im Herzen den Radikalen zugeneigt, sich, aus Furcht, den Anhang der Massen zu verlieren, zunächst äußerlich der erstgenannten Richtung angeschlossen hatte. Anfänglich hatte auch diese in der Presse entschieden die Oberhand. Man betonte die freudige Einmütigkeit, mit der auch die Arbeiterschaft unter die Fahnen geeilt war, man hob hervor, daß der lange Zeit der Sozialdemokratie gemachte Vorwurf der Vaterlandslosigkeit sich als unbegründet erwiesen habe, man holte vereinzelte Äußerungen früherer Jahre heraus, wonach schon stets die Verteidigung des Vaterlandes als sozialdemokratische Pflicht erklärt worden sei. Auch theoretisch wurde diese Handlung zu rechtfertigen gesucht; nicht zum wenigsten gegenüber den aus England und Frankreich erhobenen Vorwürfen der Genossen wegen Verrates an der Sache des Proletariats. „Die deutsche Sozialdemokratie," schrieb das M. d. R. Wolfgang Heine in der Frankfurter Zeitung vom 4. April 1915 als Erwiderung auf einen Artikel der Daily News, „sah ihr Vaterland bedroht und trat an seine Seite ohne Rücksicht auf die Stellung, die sie zu dem deutschen Staatswesen vorher eingenommen hatte, und die sie etwa künftig nach Friedensschluß zu ihm einnehmen müßte. Die deutschen Sozialdemokraten marschieren im Heere und gewähren im Parlament die Kriegsmittel nicht für die Personen an der Regierung und nicht für die Gesamtheit ihrer inneren und äußeren Politik, sondern für das deutsche Volk und Vaterland. Für seine wirtschaftliche Existenz, die im Falle der uns zugedachten Niederlage am unheilvollsten bedroht wäre, aber auch für den staatlichen Bestand des Reiches, der trotz aller Mängel, die wir an seiner Verfassung und Verwaltung beobachten, der Boden ist, auf dem die deutsche Arbeit, d. h. die deutsche Kultur, sich entwickelt .. .. Voraussetzung jeder wirksamen demokratischen und sozialen Reform aber ist, daß wir

jetzt in der Gefahr unserem Vaterlande helfen ....." und schließlich: „Die deutsche Sozialdemokratie hat oft und ungeschminkt genug ausgesprochen, wie sie über den Frieden denkt, sie hat im Bewußtsein der deutschen Kraft sich nicht gescheut, durch ihre Reichstagserklärungen den Sozialisten der anderen kriegführenden Nationen die Hand zum Frieden zu bieten und hat stets alles vermieden, was den notgedrungenen Kampf zu einem sinnlosen kulturfeindlichen Völkerhaß ausarten läßt. Die Antwort sind die einseitigen und gehässigen, von der Hoffnung auf eine völlige Niederlage der deutschen Heere erfüllten Stimmen!"

Noch aber war ein Ende des Krieges nicht abzusehen; die auflodernde Begeisterung begann nachzulassen, an ihrer Stelle ward ernstes und entschlossenes Durchhalten erforderlich. Allmählich wagten die schwankend gewordenen Führer hier und da den Versuch, die Massen wieder auf die alten Pfade der Vaterlandsverdrossenheit, der internationalen Solidarität des Proletariats und der Kriegsunlust zu führen. Die militärischen Erfolge wurden abgeschwächt, das Wecken vaterländischer und völkischer Gefühle geflissentlich unterlassen, dagegen hoben die Blätter die Schrecken und Verluste des Krieges in aufdringlichster Weise hervor, die Schuld am Kriege wurde den Regierungen oder den Kapitalisten zugeschoben, dafür die Sozialdemokratie als das einzige und unfehlbare Mittel gegen den Krieg angepriesen und die internationale Solidarität der Arbeiterschaft bei jeder Gelegenheit betont. Ja, man scheute sich nicht, unter schweigender und ausdrücklicher Billigung Stimmen des In- und Auslandes zu vermerken, wonach die Arbeiterschaft verpflichtet sei, mit der Tat gegen die längere Dauer des Krieges einzuschreiten und die Regierungen zum Frieden zu zwingen. Als aufgefangene Briefe mit hoher Wahrscheinlichkeit erkennen ließen, daß es sich um ein im Auslande in bewußter Absicht geplantes Vorgehen gegen die Schlagfertigkeit unseres Heeres handelte, ein Plan, der besonders von den radikalen Sozialisten teils in landesverräterischer Absicht, teils in fanatischer Verbohrtheit gegenüber den internationalen Ideen unterstützt wurde, mußte eingeschritten werden. Im Einverständnis mit dem Reichsamt des Innern versah das Kriegsministerium die zuständigen Militärbefehlshaber mit allgemeinen Weisungen zur Wahrung der wünschenswerten Einheitlichkeit bei der Behandlung der innerpolitischen Verhältnisse. Man wird hier fragen,

weshalb nicht sofort mit scharfen Mitteln, zu deren Anwendung das Belagerungsgesetz die Möglichkeit bot, vorgegangen wurde. Es bleiben dabei zwei Punkte zu berücksichtigen: Einmal waren in allen, dem Kriegsministerium bekanntgewordenen Fällen die verdächtigen Genossen mit solcher Vorsicht zu Werke gegangen, daß es sehr schwer erschien, ihre schädigende Tätigkeit unter das Strafgesetz zu bringen. Der Ausgang eines Strafverfahrens war fast immer unsicher. Anstatt die Führer der allgemeinen Verachtung zu überliefern, hätte man sie leicht zu Märtyrern des sozialistischen Gedankens machen können. Dem durfte man sich nicht aussetzen. Andererseits mußte jedes Vorgehen von seiten der Militärbefehlshaber durch Zensur oder auf Grund des Belagerungsgesetzes, das so dargestellt werden konnte, als richte es sich gegen die sozialdemokratische Partei als solche, vermieden werden oder wenigstens mit großer Vorsicht erfolgen, solange die Reichsregierung nicht den staats- und gesellschaftsfeindlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie eine klare Absage erteilt hatte. Dies war leider bisher nicht geschehen. Bereits begann die Unterlassungssünde der Regierung aus den ersten Kriegsmonaten sich zu rächen: die Sozialdemokratie fing an, wieder eine Macht zu werden, sich auf ihre alten internationalen Grundsätze zu besinnen und für diese — teils mehr, teils minder vorsichtig — zu werben. Und der Reichskanzler begnügte sich im wesentlichen damit, „die innere Entwicklung der Sozialdemokratie aufmerksam zu verfolgen." Jetzt war vielleicht der letzte Augenblick, wo der beginnende Krankheitsprozeß noch unterdrückt werden konnte. Vorbedingung hierfür war aber das Vorhandensein eines weitschauenden und vor allem tatkräftigen Mannes, der wußte, was er wollte. Entweder lenkte die Sozialdemokratie ein, schied sich von den radikalen Übersozialisten, oder die Regierung mußte den Kampf mit ihr aufnehmen. Hierbei konnte sie sich auf den überwiegend großen, nationaldenkenden Teil des ganzen Volkes stützen, das die Hohlheit des Geredes von internationaler Solidarität jetzt am eigenen Leibe verspürte und geradezu danach lechzte, anfeuernde, sein Deutschtum rühmende und stärkende Worte von dem berufenen Lenker seiner politischen Geschicke zu hören. Immer und immer wieder mußte von dieser weit sicht- und hörbaren Stelle aus, mußte von allen Ministern im Reiche das so schwach entwickelte, laue, deutsche Nationalgefühl genährt, hochgerissen, angefeuert werden. Jetzt bereits war es nötig,

für großzügige Propaganda zu sorgen, den Massen in den Fabriken, auf den Werften, in den Gruben durch Lichtbildervorträge — natürlich als willkommene Zwischenpause innerhalb der Arbeitszeit — klar zu machen, worauf es für Deutschland ankam in diesem Kriege, und was unsere Feinde bezweckten. Häufig ist mein Departement mit derartigen Vorschlägen an die zuständigen Behörden herangetreten.

Leider mit geringem Erfolg. Es muß zugestanden werden:

Propaganda zu treiben haben wir im Kriege nicht gelernt. Hierin waren unsere Gegner uns stets überlegen. Woran lag das?

Abgesehen davon, daß es dem deutschen Charakter widersprach, Lug und Trug zu seinen Verbündeten zu machen, daß es technisch sehr schwer war, Nachrichten ins Ausland zu bringen und dort die schamlosesten Lügen unserer Feinde, die auch jetzt noch geglaubt werden, zu widerlegen, krankte unsere Propaganda daran, daß über sie nur geredet und geschrieben wurde. Taten fehlten. Jedesmal, wenn die beteiligten Ressorts über die Frage verhandelten, war allgemein die Ansicht vorherrschend, daß etwas geschehen müsse. Das Ergebnis war eine neue große Organisation, die zum Einlaufen recht lange Zeit gebrauchte und dann — nichts leistete. Es fehlte eine einheitliche, zielbewußte Leitung.

Der Satz: „Man nehme das Gute da, wo man es findet," wurde nicht befolgt. Sonst hätte man nach dem Beispiel Englands unter Leitung des Reichskanzlers eine Stelle für die Propaganda und die einheitliche Leitung der Presse geschaffen. Gab es bei uns keinen Northcliffe? Wir *hatten* geeignete Leute. Das Auswärtige Amt wollte aber die Führung nicht aus der Hand geben und wußte jedesmal sich damit durchzusetzen. Dies war das Unglück, denn bei ihm befanden sich keine Persönlichkeiten, die das Wesen der Propaganda verstanden.

In der letzten Hälfte 1916 wurden beim Auswärtigen Amt eine militärische, wirtschaftliche und politische Propagandastelle eingerichtet; die erste leistete Gutes, die beiden anderen fast nichts. Es fehlte für diese Stellen der gemeinsame, befähigte Kopf. Erst Ende August 1918 trat man dem vom Kriegsministerium so oft angeregten Gedanken, eine Propaganda-Reichsbehörde zu schaffen, näher. Es war zu spät.

Besonders ließ unsere Aufklärungstätigkeit bei den Bundesgenossen zu wünschen übrig. Anstatt uneingeschränkt öffentlich anzuerkennen, welche Unterstützung Deutschland ihren Ländern erwies, verfiel sich

die Presse dieser verbündeten Länder vielfach zu wenig schmeichelhaften, ja schamlos lügenhaften Artikeln. Das Kriegsministerium bemühte sich redlich, hiergegen vorzugehen, es fehlte aber die tatkräftige Unterstützung der Reichsregierung. Der Verbündete hätte es ja übelnehmen können. So blieb nichts anderes übrig, als die Hilfe der Militärattachés in Anspruch zu nehmen und sie anzuweisen, immer wieder auf die erfolgte tatkräftige Stütze durch Deutschland aufmerksam zu machen.

Der beim Feld- und Besatzungsheer eingeführte vaterländische Unterricht leistete, wenn er in geeigneten Händen lag und sachgemäß betrieben wurde, Gutes. Leider war dies nicht immer der Fall. Wo der Lehrer unfähig — und die Aufgabe erforderte eine ganze Kraft —, so schadete der Unterricht mehr als er nützte. Fehlte dem Unterricht das Sachgemäße, so gab es in der Heimat, besonders bei den Volksverteetern ein wüstes Geschrei, das zu heftigen Angriffen gegen die verantwortliche Stelle führte.

Leider waren die Klagen nicht immer unberechtigt; man hätte sie aber auf einfachere Weise abstellen können. Warum mußte stundenlang im Haushaltsausschuß darüber geredet werden, wenn ein Schreiben oder ein Wort an den Kriegsminister genügt hätte? Damit wäre der Sache gedient gewesen, freilich nicht der Absicht mancher Männer und Parteien, die ihre Macht zeigen wollten, um einem mißliebigen Minister am Zeuge zu flicken, ihn womöglich zu beseitigen.

War das wenig tatkräftige Vorgehen für den Erfolg der Propaganda im Auslande sehr bedauerlich, so bildete es für die engere Heimat ein direktes Unglück. Hier arbeitete der Feind mit allen Mitteln. Er fand leider vielfach günstigen Boden. Unter dem Deckmantel eines Rechtsfriedensangebotes, einer allgemeinen Versöhnung, wußte seine Propaganda es dahin zu bringen, daß in unserem deutschen Lande die Stimmen für einen baldigen Frieden sich immer lauter und kühner erhoben. In Frankreich, England und besonders in den Vereinigten Staaten wurden solche Defaitisten hinter Gefängnismauern zum Schweigen gebracht.

Das Volk begann durch die Länge des Krieges, durch die mehr und mehr zunehmenden Entbehrungen und durch mancherlei Sorgen und Lasten müde zu werden. Das war begreiflich. Was aber nicht zu verstehen ist, das war das fast gänzliche Fehlen von Maßnahmen

der Regierung zur Hebung der Stimmung. Die Presse, die stets bereit war, auf Wünsche der Regierung einzugehen, mußte entsprechend angewiesen werden. Flugblätter hätten ihr Teil tun können. Schließlich hätte sich der Versuch gelohnt, die Parteiführer zu bewegen, auf das eine Ziel „Siegen" mit allen Mitteln hinzuarbeiten. Dies war um so notwendiger, als die ersten Keime des Bolschewismus schon jetzt im eigenen Lande empor zu wuchern begannen.

Aber es geschah nichts oder nur Unzureichendes.

Dagegen erfolgten Angriffe auf Angriffe gegen die innere Politik der fast ratlosen, stets nachgebenden Regierung. Gewiß war diese durch die ihr fehlende Tatkraft vielfach selbst schuldig an diesen Angriffen. Die Angreifer hätten aber in der schweren Not anders handeln müssen. Hier galt es nicht zu zerreißen, sondern zusammen zu schweißen, nicht die Stellung der Regierung zu untergraben, sondern sie zu befestigen. Und zeigte sich letzten Endes, daß der Reichskanzler nicht der Tatmensch war, den die eiserne Zeit verlangte, so mußte man ihm entweder eine mit weitreichender politischer Vollmacht ausgerüstete Persönlichkeit von starkem Willen zur Seite geben oder ihn zum Rücktritt veranlassen. War seine äußere Politik am 4. August 1914 „wie ein Kartenhaus" zusammengebrochen, hatte er das deutsche Volk mit dem verhängnisvollen Worte vom „Unrecht gegen Belgien" schwer belastet, so durfte man es nicht dahin kommen lassen, daß seine schwankende, energielose Wesensart auch im Inneren des Reiches die Dinge zum Schaden der Nation treiben ließ, anstatt sie zu meistern. Schon spürte man, und nicht nur bei den rechtsstehenden Parteien in der Volksvertretung und im Lande, das Schleifenlassen der Zügel; unruhig sah man hier und da auf, aber noch nahmen die gewaltigen Heldentaten des Heeres, das Schlag auf Schlag gegen den Russen führte, und die unermüdliche Arbeit daheim Gedanken und Sinne zu sehr in Anspruch, als daß sich weite Kreise mit den Dingen der inneren Politik zu beschäftigen begannen.

Am 26. Juni 1915 schrieb der „Vorwärts" in einem Artikel „Sozialdemokratie und Frieden", unterzeichnet von dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

„Am 4. August 1914 gab die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch den Mund des Genossen Haase eine Erklärung ab, in der es wörtlich heißt:

„Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung
„erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende
„gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den
„Nachbarvölkern ermöglicht."

Die gleiche Erklärung wiederholte die Fraktion bei der Bewilligung der weiteren Kriegskredite am 2. Dezember 1914. Und als der Reichstag zu seiner dritten Kriegstagung zusammentrat, hat am 10. März 1915 Genosse Haase namens der Fraktion ausgeführt:

„Meine Partei, als die Vertreterin des internationalen Sozia-
„lismus, ist stets die Partei des Friedens gewesen, und sie weiß,
„daß dies für die Sozialisten der anderen Länder ebenso wie für
„sie gilt ..."

Am 29. Mai 1915, nach dem Eingreifen Italiens in den Krieg, hat der Genosse Ebert im Reichstag namens der Partei erklärt:

„Trotz der verschärften Situation glauben wir, getreu unserer
„sozialistischen Weltanschauung, auch heute diesen Friedenssehn-
„sucht Ausdruck geben zu sollen ..."

Diese Ausführungen wurden in der gleichen Sitzung vom Genossen Scheidemann scharf unterstrichen. Ebenso hat von der Tribüne des preußischen Abgeordnetenhauses unsere Partei ihr Verlangen nach Frieden zum Ausdruck gebracht ...

Mit schmerzlichem Bedauern muß demgegenüber festgestellt werden, daß bisher alle Versuche internationaler Verständigung gescheitert sind vornehmlich an dem Verhalten der sozialistischen Partei Frankreichs.

Nach der Kundgebung unserer Reichstagsfraktion für den Frieden im Dezember 1914 machte der französische Ministerpräsident am 22. Dezember in der Deputiertenkammer folgende Ausführungen:

„In der jetzigen Stunde ist nur eine Politik möglich: Kampf
„ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen
„Frieden gesicherten Befreiung Europas ..."

Gegen diese unverhüllte Proklamation des Kampfes bis zum Weißbluten hatten weder die sozialistischen Minister noch auch die sozialistische Kammerfraktion, noch endlich auch der sozialdemokratische Parteivorstand auch nur ein Wort des Widerspruchs zu erheben. Warum sie schwiegen, erklärten sie kurz darauf in einem „Manifest an die Partei" (Humanité vom 23. Dezember 1914):

„Getreu der Disziplin der Einigkeit, welche die Nation sich „dem Feinde gegenüber auferlegt, hat die sozialistische Fraktion „im Parlament auch nicht mit einem Worte die von allen Fran„zosen beschlossene Einheit trüben wollen. Sie hat sich jeder Er„klärung enthalten. Sie hat bei dem allgemeinen Zusammen„schluß die Lösung akzeptiert, welche die verantwortliche Regierung „formuliert hat."

Und der Vertreter der belgischen Genossen, der Vorsitzende des Internationalen sozialistischen Bureaus, Genosse Vandervelde, der in die Regierung seines Landes eingetreten war, hat am 18. April 1915 in einem Vortrage in Paris ausgeführt:

„Ich komme heute, um über den Krieg und für den Krieg „zu sprechen ... Als internationaler und sozialistischer Friedens„freund bin ich für den Krieg bis ans Ende ... ich fühle Zorn gegen „jene unserer Gesinnungsgenossen, die möchten, daß man Frieden „schließe. Ach nein! Dem Verbrechen muß die Sühne folgen!"

Soweit der „Vorwärts". Und welches ist die Folgerung, die der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zieht aus diesem unverhüllten Bekenntnis der französischen und belgischen Genossen zur Einigkeit mit ihren Ländern und Völkern zwecks Stählung des Siegeswillens und Fortführung des Kampfes bis zum erfolgreichen Ende? Er legt sie dar in den Schlußworten des genannten Artikels:

„Im Namen der Menschlichkeit und der Kultur ... fordern „wir die Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kundzutun, in Frie„densverhandlungen einzutreten, um dem blutigen Ringen ein „Ende zu machen."

Und von dem Mangel an Augenmaß in Dingen der äußeren Politik, der seit jeher der sozialdemokratischen Partei eigen war und sich auch hier wieder erschreckend deutlich zeigte, zu schweigen, so mußte diese sich doch sagen, daß sie, wenn die Regierung der oben wiedergegebenen Aufforderung nicht folgte, damit Zwiespalt zwischen politischer Leitung und sozialdemokratischen Massen einerseits, sowie zwischen diesen und den anders denkenden Volksschichten andererseits hervorrief, so letzten Endes auch die Kampfkraft des Heeres schwächte, deren Wurzeln in der Heimat lagen, und dem Feinde half. Die Verbreitung des vorstehend auszugsweise wiedergegebenen Artikels des „Vorwärts" als Flugblatt wurde verboten. Weitere Maßnahmen gegen

die Zeitung unterblieben. Und doch hatte der „Vorwärts"-Redakteur Abg. Ströbel bereits am 23. Februar 1915 die vaterlandsverräterische Äußerung getan: „Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde."

Innerhalb der sozialdemokratischen Partei selbst machten sich immer deutlichere Anzeichen der Spaltung bemerkbar. Der radikale Flügel unter Liebknecht, Haase, Rosa Luxemburg, Frau Zietz, war allmählich in schärfste Opposition zu der Politik der Parteimehrheit getreten. Er bezeichnete den Krieg als nunmehr unzweifelhaft von Deutschland zu Eroberungszwecken geführt, verlangte Aufsagung des Burgfriedens und Verweigerung weiterer Kriegskredite. Entsprechend den eingangs gekennzeichneten Tendenzen dieser Gruppe unterließ sie nicht, von diesen — zunächst inneren — Streitigkeiten das Ausland zu verständigen.[1])

Liebknecht selbst, der als Armierungssoldat Dienst tat, führte trotz des ihm erteilten Verbotes, seine Agitation fort und versuchte vor allem, mit dem Ausland persönlich und schriftlich in Verbindung zu bleiben. Die Überwachung seiner Tätigkeit nahm viele Kräfte und Zeit in Anspruch, zumal, da er als Mitglied des Reichstags den Schutz der Immunität nach Kräften ausnutzte.[2])

In den Volksvertretungen war von diesen Strömungen noch nichts zu merken. Zwar ließ die Sozialdemokratie keine Gelegenheit vorbeigehen, ohne ihre Friedensliebe, ihre Gegnerschaft gegen jede — auch „verschleierte" — Annexion und ihre internationalen Gefühle und Bindungen hervorzuheben, dafür aber betonten die Fraktionsredner einmütig, daß die Partei nach wie vor das Vaterland nicht im Stiche lassen würde. Besonders anzuerkennen war die Art der Besprechung von Heeresfragen, die wohltuend abstach von den oft zum Fenster hinaus gehaltenen Hetzreden früherer Friedensjahre. „Die Leistungen unserer Heeresverwaltung dürfen eine Kritik nicht scheuen ... Das deutsche Heer kann nur gewinnen durch eine Kritik ... Es kann sich natürlich nicht darum handeln, daß wir hier eine Reihe von Einzelheiten vorbringen ... es kann nicht bestritten werden, daß das Kriegsministerium mit Energie daraufhin gewirkt hat, die Mißstände, die ich nur angedeutet habe, zu beseitigen ..." sagte der Abg. Stücklen in der Sitzung des Reichstages vom 26. August 1914.

[1]) Siehe Anhang, „Flugblattpropaganda", Nr 2 und 3
[2]) Siehe Anhang, „Flugblattpropaganda", Nr 4.

Die Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft selbst taten unbeirrt weiter ihre vaterländische Pflicht, sei es mit der Waffe in der Hand oder in der Fabrik der Heimat. Streiks kamen zwar vor, aber nicht in einem die Kriegswirtschaft schädigenden Maße; wo sich Neigung hierfür zeigte, rief der allgemeine Unwille die Widerspenstigen sofort zur Arbeit zurück. Den Führern der Gewerkschaften, insbesondere dem verstorbenen Abg. Legien, gebührt Dank für ihr Wirken in dieser Zeit.

So schien die Lage im Innern im allgemeinen noch keinen Grund zur unmittelbaren Besorgnis zu bieten, für den unter die Oberfläche Blickenden war gleichwohl Veranlassung genug gegeben, auf der Wacht zu sein, nicht nur zu beobachten, sondern zu handeln, die Dinge nicht sich entwickeln zu lassen, sondern sie den Weg zu führen, den das Staatswohl gebieterisch erheischte.

2.

Die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft"

Das Jahr 1916 bedeutete einen Wendepunkt für die Partei.

Die seit dem Zum des Vorjahres immer schärfer einsetzende Opposition ihres linken Flügels gegen den Gesamtvorstand, der angeblich durch seine Politik des 4. August 1914 mit den Parteigrundsätzen auch die Interessen des Proletariats verleugne, drängte zum offenen Bruch. Dieser erfolgte in der Reichstagssitzung vom 24 März 1916, in der der Abg. Haase unter großem Tumult des Hauses die heftigsten Angriffe gegen die Regierung und die „Kriegsverlängerer" richtete. Er erklärte, daß er nebst einer Reihe von Gesinnungsgenossen nicht mehr in der Lage sei, den Etat zu bewilligen. Der Abg. Scheidemann wandte sich in schärfster Weise gegen ihn, und die Folge war, daß achtzehn Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion unter Führung Haases, Dittmanns und Ledebours nach Ausschluß aus der sozialdemokratischen Fraktion[1]) eine neue Partei, die „Sozialdemokratische Arbeitsgemein-

[1]) Dieser Ausschluß aus der Reichstagsfraktion, dem übrigens der des Abgeordneten Liebknecht vorangegangen war, war statutengemäß nicht als Absprechung der Fraktionszugehörigkeit selbst, sondern nur der aus dieser entspringenden Rechte ausgesprochen worden. Über die Zuständigkeit der Fraktion zum Ausschluß eines Mitgliedes waren die Ansichten in der Parteipresse geteilt.

schaft", spätee „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands" bildeten.

Nach den schon früher festgelegten Grundsätzen sah die neue Partei ihre Hauptaufgabe in der Wiederherstellung der Internationale und damit einer erneuten energischen Propaganda für den Frieden. Neben den unausgesetzten Bemühungen, mit den radikalen Minderheiten der feindlichen Sozialisten die Fühlung aufzunehmen und zu verstärken, sollte der Presseartbeit im eigenen und neutralen Auslande (Schweiz) erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Besonders an die Front sandte man seit längerem systematisch Flugblätter, die sich neben den international-politischen Zielen mit der Teuerung in der Heimat beschäftigten und beunruhigend und aufhetzend wirkten. So wurde über eine am 30. November 1915 abends gegen 9 Uhr von einigen hundert Teilnehmern in Berlin Unter den Linden veranstaltete Friedenskundgebung, die ohne Zwischenfall von der Polizei aufgelöst wurde, in einem an der Front verbreiteten Flugblatt unter dem Titel „Hungerrevolte in Berlin" dahin berichtet, daß blutige Zusammenstöße mit Schutzleuten zahlreiche Tote und Verwundete gekostet hätten.

„Lose Blätter" von 16 Seiten in Briefformat, einzelne kleine Merkblätter mit Aufstellungen über die deutschen Verluste, über die Finanzlage usw. wanderten in Massen ins Feld. Kenner schätzten den wochentlichen Aufwand für diese Literatur auf wohl 10 000 bis 20 000 Mark.

Erwähnt sei hier noch ein Flugblatt „Hunger"[1]), das von der ausländischen Presse eingehend besprochen wurde, und über das der sozialdemokratische hamburger Abg. Stolten sagte, wer sich zu derjenigen Opposition bekenne, die jene Flugblätter verbreite, sei kein Parteigenosse mehr; „der schädigt nicht nur die Partei, sondern das ganze Vaterland ... Wo unser Heer im schwersten Kampf auf allen Fronten steht, ist es unverantwortlich, ist es verbrecherisch, in solcher Weise vorzugehen".

Schon im September 1915 war bei einer Stuttgarter Konferenz der Opposition festgestellt worden, daß von den deutschen Parteiblättern ein gutes Drittel (allerdings wohl etwas weitgehend. D. Verf.) auf radikalem Boden stände.

Im besonderen waren die Ziele der Partei zusammengefaßt in einem Manifest, das auf der vom 5. bis 8. September 1915 in

[1]) Siehe Anhang, „Flugblattpropaganda", Nr 5

Zimmerwald bei Bern abgehaltenen internationalen sozialistischen Konferenz, die zu Ostern 1916 in Kienthal wiederholt wurde, einstimmig beschlossen war, und in dessen Schlußwort — in russischer Fassung — es hieß: „Die Konferenz übernimmt die feierliche Verpflichtung, die Lebenden und Toten dadurch zu ehren, daß sie, in Nachahmung des Beispieles dieser mutigen Kämpfer, ohne Zaudern zur Erhebung des revolutionären Geistes in den Massen des internationalen Proletariats beitragen und sie im Kampfe gegen den brudermordenden Krieg und die kapitalistische Gesellschaft vereinigen wird."

Die deutsche Fassung lautete: „Wir nehmen die ausdrückliche Verpflichtung auf uns, unablässig in diesem Sinne (nämlich für Verwirklichung des vorher angeführten Friedensziels: Verzicht auf jede Annexion oder wirtschaftliche Angliederung. D. Verf.), jeder in seinem Lande, zu wirken, damit die Friedensbewegung stark genug wird, unseren Regierungen die Beendigung dieser Schlächterei aufzuzwingen. Indem wir uns vom Burgfrieden lossagen, indem wir dem Klassenkampf treu bleiben, der die Grundlage zur Errichtung der sozialistischen Internationale bildet, stehen wir deutsche und französische (den englischen Delegierten waren seitens der englischen Regierung die Pässe verweigert worden; sonstige Teilnehmer waren erschienen aus: Italien, Rußland, Polen, Rumänien, Bulgarien, Schweden, Norwegen, Holland, Schweiz. D. Verf.) Sozialisten und Gewerkschaften unter unseren Volksgenossen fest im Kampfe gegen dieses fluchbare Verhängnis und für die Beendigung des Völkermordens, das die Menschheit entehrt."

Für die deutschen Teilnehmer zeichneten Adolf Hoffmann und Georg Ledebour.

Die Einleitung eines Strafverfahrens gegen beide unterblieb, da es nach einem Gutachten des Oberreichsanwaltes einen Erfolg nicht versprach. Hier mag auch folgender Auszug aus der skandinavischen Zeitung „Frederiksborg Avis" vom 9. März 1916 Platz finden:

„Ein Mitarbeiter des Blattes ‚Socialdemokraten' in Kristiania „hatte eine Unterredung mit Liebknecht, Berlin. Liebknecht sagte: „... Es ist hoffnungslos, ein Ende des Krieges zu erwarten, wenn „das revolutionäre Proletariat nicht eingreift. Nur dann wird „die Mörderei beendet werden. ...

„Und für wann dürfen wir dieses Eingreifen erwarten?

„... Das können wir nicht mit Bestimmtheit wissen. Nur eins

„wissen wir; es ist schon auf dem Wege. Und die Steaßenkund-
„gebungen, die sowohl an Größe wie an Heftigkeit zunehmen, sind
„die Sturmzeichen, die sein Nahen verkünden. ..."

Der Absplitterung der achtzehn Minderheitsangehörigen, auf deren Seite bereits am Tage darauf vierzehn weitere Fraktionsmitglieder traten, war eine Abstimmung innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion (schon gegen Ende 1915) vorausgegangen, die eine scharfe Verurteilung jener ergeben hatte. Am 21. Dezember hatten 20 Abgeordnete im Plenum gegen die Kredite gestimmt. In einer Betrachtung dieser Sonderaktion machte das führende Organ der gemäßigten Parteikreise, die „Chemnitzer Volksstimme" (22. Dezember) folgende beachtenswerte Mitteilung: „ein ganz sicherer Gewährsmann schreibt uns aus der Schweiz, daß der französische Minister Sembat bereits am 6. September gesagt hat, Frankreich müsse das Kriegsgeschäft liquidieren, wenn es feststehe, daß die deutsche Arbeiterschaft bis zum Ende durchhielte; *aber glücklicherweise habe er sehr beruhigende Nachrichten, daß sich ein großer Umschwung anbahne.*"

Warum nützte die mit der Führung der inneren Politik beauftragte Stelle eine solche Zeitungsmeldung, für deren Richtigkeit auch der Abg. Scheidemann eintrat, nicht aus als Waffe gegen die Treibereien der Radikalen? Gab es eine bessere Gelegenheit, dem Volke zu zeigen, daß die von Haß gegen den Staat und die Gesellschaft Verblendeten nur die Geschäfte des Feindes besorgten?

Auch anderwärts im Reiche hatten die Parteiorganisationen einer großen Anzahl von Wahlkreisen zu der Kreditverweigerung Stellung genommen. So war u. a. gebilligt worden im 5. Berliner Wahlkreis, in Braunschweig, Reuß j. L., Niederbarnim, Borna-Pegau, Speyer, Mannheim; gegen sie war die Mehrheit, z. B. auch Organisationen wie die in Mecklenburg-Lübeck und in Teltow-Beeskow aufgetreten, obwohl die dortigen Abgeordneten Dr. Herzfeld und Schwartz bzw. Zubeil zu den 20 Kreditverweigerern gehörten.

Die Spaltungsfrage selbst wurde natürlich in der Presse stark erörtert. Sie traten „Vorwärts" (Ruhle), der seit Kriegsausbruch die politischen Anschauungen der Minderheit vertreten hatte[1]), und

[1]) Der „Vorwärts" war in immer schärferen Gegensatz zum Parteivorstand geraten. Ein behördliches Eingreifen gegen das Blatt erschien jedoch zunächst nicht angebracht, um nicht eine Brüskierung des Parteivorstandes herbeizuführen.

der Karlsruher „Volksfreund“ ein, während die „Chemnitzer Volksstimme“ für Absplitterung der „Anarchosozialisten“ à la Liebknecht, aber Zusammenbleiben von Ledebour bis Heine plädierte. Zwischen Mehrheits- und Minderheitsführern hatte die persönliche Entfremdung allmählich einen kaum mehr zu steigernden Grad von Erbitterung hervorgerufen. In der Minderheit selbst herrschte keineswegs Einigkeit. „Spartakus“, ein Deckname, unter dem Liebknecht oder höchstens Rühle vermutet werden konnte, zerpflückte in dem zweiten seiner „Politischen Briefe“ achtzehn von den zwanzig Kreditverweigerern, indem er schonungslos ihre innere Schwäche und Scheu vor den letzten Folgerungen enthüllte. Weder Liebknecht noch Rühle hatten sich der neuen Partei angeschlossen. Sie standen noch weiter links und erstrebten, unter Ablehnung einer nationalen Sozialdemokratie, eine internationale Partei, deren Landessektionen nur Organe „der internationalen Spitze“ sein sollten.

Mitte Mäez hatte die Liebknecht-Gruppe in einer mitteldeutschen Stadt eine Vertreterkonferenz veranstaltet. An ihr nahmen Anhänger teil aus Leipzig, Dresden, Pirna, Chemnitz, Jena, Gera, Braunschweig, Halle, Hannover, Essen, Duisburg, Stuttgart, Göppingen. Man konnte also schon von einer sich über das ganze Reich erstreckenden Organisation sprechen.

Auch die Gewerkschaften hatten sich eifrig mit der Spaltungsfrage befaßt. Die Verstimmung über die Schwäche der Fraktionsmehrheit gegenüber den 20 Disziplinverächtern hatte hier dahin geführt, daß bei den führenden Gewerkschaftern anscheinend allen Ernstes der Gedanke erwogen wurde, notfalls eine eigene, reine Arbeiterpartei auf gewerkschaftlicher Grundlage mit sozialpolitischen und sozialistischen Zielen und zum Zwecke konsequenter Fortsetzung der Politik des 4. August ins Leben zu rufen.[1]) Wenn ein solches Vorgehen natürlich auch nur als letzter Ausweg anzusehen war, so bildete die Tatsache allein, daß es erwogen wurde, einen Beweis für die Schwere der Parteikrise. Die Regierung kam den Gewerkschaften durch Einbringung einer Novelle zum Reichsvereinsgesetz entgegen, die ihnen in sofern größere Be-

[1]) So schrieb der „Grundstein“ (Organ der Bauarbeiter) am 18. 3 1916, „in den Gewerkschaften komme der Arbeiterwille viel reiner zum Ausdruck als in der Partei. Am wenigsten aber dürften sich die Arbeiter den Liebknecht, Pannekoek, Radek anvertrauen, die für die Gewerkschaftsarbeit niemals etwas übrig gehabt hätten“.

wegungsfreiheit verschaffen sollte, als sie nicht mehr als politische Vereine angesehen werden durften, wenn sich ihre Betätigung in bestimmten, durch die Novelle vorgesehenen Grenzen hielt. Der Regierungsentwurf wurde vom Reichstag unverändert angenommen. Hierdurch fiel künftig für die Gewerkschaften der für politische Vereine bestehende Zwang fort, die Satzungen und ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder der Polizei vorzulegen, ebenso fiel die polizeiliche Überwachung und das Verbot der Teilnahme Jugendlicher an den Versammlungen.

Jedenfalls kann festgestellt werden, daß die Versuche der Minderheit, den Parteistreit in die Gewerkschaften zu tragen, und die Stellung der Führer zu unterminieren, bisher ohne nennenswerten Erfolg geblieben waren.

So befand sich unter den Abgeordneten der „Arbeitsgemeinschaft" kein einziger führender Gewerkschaftler. Dagegen zeigte sich allenthalben die Jugend den radikalen Einflüssen zugänglich. Die internationale Verbindung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen hatte bereits Anfang Oktober 1915 versucht, Kundgebungen gegen den Krieg und den Militarismus zu veranstalten. Unter der Jugend fand die in Zürich gedruckte „Jugendinternationale" mit Liebknecht-Tendenz große Verbreitung. Besonders Radek rief darin zu Demonstrationen und Widersetzlichkeit auf und lief vom sicheren Port des neutralen Auslandes aus der Jugend, ihr Blut für die Internationale zu opfern. Die Minderheit arbeitete mit beträchtlichen Mitteln, die von einzelnen reichen Leuten, die in der Partei auf diese Weise zu Einfluß kommen wollten, gegeben wurden, und durch unaufhörliche Flugblattpropaganda. Ein Flugblatt (Januar 1916) enthielt zum Beispiel den Satz „hört nicht auf die dreiste Lüge, das Ausland wolle keinen Frieden." In Stuttgart wurden Kinder zur Verteilung von Minderheitsflugblättern herangezogen. Ihre polizeiliche Vernehmung gab den Radikalen erwünschten Anlaß, gegen die Behörden zu hetzen, ein Verfahren, das allerdings auch in der sozialdemokratischen Mehrheitspresse entschiedene Ablehnung erfuhr.

Wenn so auch die Mehrheit allenthalben energisch gegen die Radikalen Front machte, so muß doch beachtet werden, daß diese sich stets in der günstigen Lage des Angreifers, jene in der schwächeren des Verteidigers befanden. Zudem kam den „Unabhängigen" die alte Erfahrung zu gute, daß radikale Ideen eine größere Stoßkraft besitzen als gemäßigte.

Jedenfalls gab es jetzt eine Partei, die die „treuga dei" nicht mehr anerkannte, dafür den Kampf gegen die Führung des im schwersten Daseinskampfe stehenden Volkes zum Grundsatz erhoben hatte. Das Gift, das den Willen und die Sinne der für den Bestand des Reiches Kämpfenden später lähmen sollte, war bereitet; es galt, es in sorgsam abgewogenen Dosen unablässig zu verbreiten, damit, wenn die Zeit gekommen sein würde, der innerlich zerrüttete Organismus des Heeres dem Angriff von außen mit Sicherheit erliegen mußte. Am 8. April 1916 forderte der Abg. Liebknecht von der Tribüne des Reichstages aus mit unverhüllten Worten zur Revolution auf. Der Präsident entzog ihm das Wort; empörte Abgeordnete verhinderten ihn, weiterzusprechen. Der Abg. Gröber (Zentrum) bezeichnete Liebknechts Verhalten nicht als leichtfertigen, sondern bewußten Landesverrat und verlangte, daß der Reichstag solche Abgeordnete fallen ließe. Trotzdem brachte der Abg. Ledebour einen Antrag ein, der zur Mißbilligung der Haltung des Präsidenten und jener Abgeordneten durch den Reichstag aufforderte, jedoch abgelehnt wurde.

In welcher Richtung Liebknecht arbeitete, zeigen die Schlußsätze eines Briefes, den er am 1. Juli 1916 „wegen der Strafsache" gegen ihn an das Königliche Kommandantengericht „Berlin" richtete[1]: „Die Verantwortlichen und Unverantwortlichen aber diese Schande und dieses Krieges, die heute noch die Sinnen haben, von dem Überfall auf Deutschland, von der Blutschuld ordentlich zu sprechen, werden sich der Rechenschaft nicht entziehen, und die soziale Revolution, die das deutsche Volk von diesem fluchbeladenen Regime befreien wird, wird zugleich sein eine neue Revolution der Verachtung."

Die ganze Tätigkeit Liebknechts war von Anbeginn derart folgerichtig, daß für mich kein Zweifel darin besteht, daß er, als er diese Sätze schrieb, genau wußte, wie weit seine und seiner Anhängerschaft — und hierzu rechnen in diesem Punkte, unbeschadet sonstiger Gegnerschaft, auch die Leute um Haase — Arbeit schon Früchte getragen hatte. Die Organisation zur Revolutionierung der Massen dürfte in ihren Grundzügen bereits fertig gewesen sein. Wenig später mußte der Abg. Dr. David (Mehrheitssozialist) feststellen, daß die Liebknecht-

[1]) Liebknecht hatte am 1. Mai auf dem Potsdamer Platz in Berlin demonstrierende Massen zum Kampf gegen die Regierung aufgehetzt. Er war verhaftet und wegen versuchten Kriegsverrats unter Anklage gestellt worden.

Gruppe „Flugblätter übelster Art" ins Feld sende[1]) und dabei bekannte Mitglieder der Fraktionsmehrheit als Absender angebe.

Eine besondere Taktik befolgte der Abg. Dr. Cohn. Wo es angängig war, setzte er sich für die gefangenen und internierten Russen und Engländer ein unter den gröbsten Vorwürfen gegen die deutsche Regierung und das Heer im allgemeinen und die Offiziere im besonderen. Davon aber, was unsere gefangenen Landsleute in Feindesland zu erdulden hatten, schwieg er; mir ist aus den vielen Kommissionsverhandlungen auch nicht ein Fall erinnerlich, in dem er wenigstens unsere Vergeltungsmaßnahmen als berechtigt anerkannt hätte. Beileibe nicht. Galt es doch international zu denken und zu handeln — natürlich zum Schaden des eigenen Landes! —

Zwei Fragen bewegten seit Beginn des Jahres 1916 die Arbeiterschaft — und zwar nicht nur die sozialdemokratische — mit besonderer Lebhaftigkeit: Die Lebensmittelnöte und die Reform des preußischen Wahlrechtes.

Der Unmut über die Teuerung hatte neue Nahrung erhalten anläßlich der zahlreichen Beurlaubungen einberufener Väter um Weihnachten herum. Besonders wenn die Urlauber von längerer Zeit schon einmal auf Urlaub daheim waren und nun den Unterschied in der Lebenshaltung der Ihrigen gegen früher beobachteten, war große Verstimmung die Folge; viele kamen dann in das Gewerkschaftshaus und beklagten sich dort über alles, ohne daß ihnen natürlich wesentlich zu helfen war. Vielleicht hätten Beruhigungsartikel in den von den Massen gelesenen Zeitungen Erfolg gehabt; im allgemeinen bewahrte diese Presse jedoch hierin Zurückhaltung. — Um so eifriger bedienten sich die Radikalen dieses willkommenen Agitationsstoffes. Es kann hier der Regierung der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie, wie stets, unentschlossen und schwach, in der Furcht vor der großen Masse der Verbraucher in den Großstädten und Industriezentren sich in einen in hohem Maße bedenklichen Staatssozialismus hat hineindrängen lassen, und daß sie, als seine Folgen sich in einer schweren Gefährdung der Volksernährung zeigten, so gut wie nichts gegen die zeitweise geradezu maßlose Hetze gegen die Landwirtschaft tat. Der unselige Gegensatz zwischen Stadt und Land wurde zum Schaden der Gesamtheit wieder aufgerissen. Jetzt schon zeigte sich, daß es eine verhängnis-

[1]) Siehe Anhang „Flugblattpropaganda", Nr 6.

volle Utopie war, wenn man geglaubt hatte, unbedenklich die tausend und abertausend althergebrachten natürlichen Beziehungen zwischen Erzeugee und Verbraucher, zwischen Überschuß- und Bedarfsgebieten zerstören, ja sogar den Kleinhandel erschlagen zu können, um an dessen Stelle die bureaukratische, öffentliche Versorgung durch Stadtverwaltungen, Syndikate und dergleichen zu setzen in dem Wahn, mit dem Beamtentum alles lesten zu können. Als Spitze dieser Organisatwn wurde im Mai 1916 das Kriegsernährungsamt geschaffen. Warnungen hervorragender Männer des Wirtschaftslebens, wie des Generallandschaftsdirektors Kapp, wueden in den Wind geschlagen; die „Neuorienkierung" der Regierung ging stetig nach links.

War es ein Wunder, wenn die Treibereien der „Unabhängigen" bei den durch das Teuerungsgeschrei erhitzten Massen ein williges Gehör fanden?

Einen beeiten Raum in der sozialdemokratischen Presse nahm die Erörterung über die Wahlreform ein. Ihre Ankündigung in der Thronrede hatte, besonders nachdem vorzeitig Mittellungen darüber in die Peesse gedrungen woren, in der Aedeiterschaft hier und da infolge der als unklar empfundenen Ausdeucksweise zunächst ein wenig enttäuscht. An eine genaue Umschreibung der Ziele der Reform hatten im Ernste wohl wenige geglaubt, ebenso kam die Vertröstung auf den Frieden nicht überraschend; abee in der Foem der Ankündigung vermißte man das volkstümliche Gepräge. Immerhin war man im allgemeinen befriedigt; die rechtsstehende sozialdemokratische Presse warnte die Massen ausdrücklich vor einer Unterschätzung des Versprechens der Thronrede. So sagte zum Beispiel die „Chemnitzer Volksstimme", daß, wer an dem guten Willen von Kanzler und Kaiser zweifele, nach dem Friedensschluß eine den Wünschen der breiten Volksmassen entgegenkommende Politik einzuschlagen, dies wider besseres Wissen tue; die Verwirklichung der guten Absicht hinge aber von vielen Machtfaktoren ab; vor allem auch von der Geschlossenheit der Arbeteeorganisatwnen und der Vernunft der sozialdemokratischen Taktik.

Zum Zwecke der einheitlichen Organisierung der preußischen Wahlrechtsbewegung hatte die Partei eine besondere Körpeeschaft, die preußische Londeskommission, ins Leben gerufen.

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß auch in dieser politischen Feage die Minderheitsfraktion schärfste Opposition mit allen Mitteln der Verhetzung trieb.

Die Quittung für ihre Nachgiebigkeit an die sozialdemokratischen Tendenzen erhielt die Regierung in der Reichstagssitzung vom 7. Juni 1916. Namens der sozialdemokratischen (Meyerhens-) Fraktion erklärte der Abg. Ebert, daß seine Freunde gegen den Etat (dessen 3. Lesung beraten wurde) stimmen würden. Als Gründe führte er an: die Einbeziehung neuer, den Verbrauch und Verkehr belastender Steuern, sowie die Nichterfüllung des Versprechens der Regierung, die sozialdemokratischen, auf sozialen und politischen Fortschritt (Milderung des Belagerungszustandes und der Zensur, Reform des Klassenwahlrechtes in Preußen) gerichteten Forderungen zu erfüllen. Der innere Grund dürfte wohl die Besorgnis vor dem Wettbewerb der „Unabhängigen" um die Gunst der Massen gewesen sein.

Die Kriegskredite hat die Partei allerdings auch weiterhin bewilligt; den Etat hat sie verweigert. Sie trat damit erneut in die Opposition.

Grundsätzlich stand auf diesem Boden schon längst die zehn Abgeordnete umfassende sozialdemokratische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, die allerdings aus besonders radikalen Elementen bestand. Ihr Auftreten wurde häufig bei der eigenen Partei als abstoßend empfunden. So nannte die „Chemnitzer Volksstimme" die Reden der Abg. Liebknecht, Stoëbel und Hoffmann während der Märztagung des Landtages „ein wüstes Geschimpfe, das dem gefallen wird, der Schimpfen unter dem Schutze der Immunität für eine Heldentat hält, jeden anderen aber abstößt." Und über Liebknecht im besonderen schrieb die „Magdeburger Volksstimme", der Parteitag müsse dem unleidlichen Zustand ein Ende machen, daß jemand im Reichstage als sozialdemokratischer „Wilder" und im Landtag als wilder Sozialdemokrat auftreten könne. —

Es liegt nicht in meiner Absicht, ausführlich und im einzelnen auf das Hin und Her der Streitigkeiten einzugehen, die sich von jetzt an in der Partei entwickelten. Die Einigkeit nicht nur in der Fraktion, sondern auch in den Massen im Lande war dahin; die ehemals durch feste Disziplin zusammengehaltene Partei in drei sich heftig befehdende Gruppen zerfallen.

Während noch im Frühherbst Heilmann, der Leiter der „Chem-

nitzer Volksstimme", in der „Glocke" zu dem Ergebnis kam, die Mehrheit der Sozialdemokratie wolle den deutschen Sieg, die Mitte (um Haase) den unentschiedenen Kriegsausgang, die Linke (Liebknecht) die Niederlage [1]), begann allmählich auch die „Mehrheitssozialdemokratie" unmerklich nach links abzugleiten. Schon kam hier und da die Formel auf, der Krieg müsse so enden, daß es „weder Sieger noch Besiegte gebe". [2])

Gegenüber dem immer noch bei der überwiegenden Menge der deutschen Arbeiterschaft vorhandenen Nationalbewußtsein hatten die Träger internationaler Ideen es wieder verstanden, weite Kreise in ihren Bann zu schlagen, sie zum Mißtrauen und Klassenhaß gegen die eigenen Volksgenossen aufzureizen unter dem Hinweis darauf, alles Heil zu erwarten von den Angehörigen der uns feindlichen Staaten, die doch nicht müde wurden, ihren dem deutschen Staat und Volk geltenden Vernichtungswillen laut zu verkünden. Ihnen allein konnte das Schlagwort „keine Annexionen" zu gute kommen; wußten sie doch, daß ihre sozialistischen Parteien nicht daran dachten, dem Beispiel der deutschen, wirklichkeitsfremden Sozialisten zu folgen.

Wurde auch der gefährlichste Hetzer, Liebknecht, schließlich infolge offener Aufforderung zum Landesverrat dingfest gemacht [3]), so geschah doch leider nichts Durchgreifendes gegen die beiden staatsfeindlichen Gruppen selbst. Allen Warnungen zum Trotz, hielt die Reichsregierung an ihrer Politik der „Nichteinmischung in die inneren Streitigkeiten der Sozialdemokratie" fest. Sah man nicht, daß es sich längst nicht mehr um eine Parteiangelegenheit, sondern um das Wohl des Reiches handelte?

Vom 21. bis 23. September fand in Berlin eine Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei statt. An den tatsächlichen Verhältnissen innerhalb der Partei änderte sie so gut wie nichts. Bezeichnend für die in dieser herrschenden Verwirrung war, daß ein großer Teil der Mehrheitspresse das Ergebnis der Konferenz als vollen Sieg der Mehrheit pries, ohne jedoch gegenüber den Haaseleuten weitere Folgerungen aus diesem Siege zu fordern, andererseits auch ein Teil der Minderheitspresse glaubte, gesiegt zu haben und zwar „moralisch".

[1]) In diesem Aufsatz findet sich übrigens auch der Satz „Sozialist sein, heißt im Prinzip Antirevolutionär sein".

[2]) Der „Vorwärts" sprach sich in einem Aufsatz vom 27. 8. sogar ziemlich deutlich gegen den deutschen Sieg aus!

[3]) Liebknecht wurde am 23. August zu 4 Jahren 1 Monat Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Am Schlusse des Jahres war ein erhebliches Anwachsen der Streikbewegung — auch in den unmittelbar kriegswichtigen Betrieben — zu verzeichnen.

Es erübrigt sich, zu sagen, daß diese ganze Entwicklung auf das aufmerksamste von der ausländischen Presse verfolgt und ausgewertet wurde.

3.

Das deutsche Friedensangebot vom Dezember 1916 — Die Kriegszielfrage — Der Pazifismus — Stimmung — Die russische Revolution und ihre Wirkung auf die deutsche Sozialdemokratie

Mit dem gesamten deutschen Volke stand auch die sozialdemokratische Partei zu Beginn des Jahres 1917 unter dem Eindruck der durch die deutsche Dezembernote geschaffenen neuen Lage der äußeren Politik. Wie erinnerlich, hatte die Reichsleitung sich, ungeachtet des häufig und klar zum Ausdruck gebrachten Vernichtungswillens des Feindbundes und in Verkennung der Grundlagen und Ziele besonders britischer Kriegsführung, entschlossen, mit einem Friedensangebot hervorzutreten. Wie dieser Schritt nach außen gewirkt hat, ist bekannt. Der infolge des rumänischen Niederbruches gesunkene Mut der Gegner richtete sich wieder auf; ihr ins Wanken geratener Glaube an den Endsieg festigte sich neu. Wie unsicher mußte doch die innere Lage in Deutschland sein, wenn es nach solchen Waffenerfolgen zu Friedensbesprechungen aufforderte, folgerte das Ausland.

Herr v. Bethmann aber hielt weiter an seiner Verständigungspolitik fest; mit eigensinniger Zähigkeit bemühte er sich, diesen Lieblingsgedanken im Reichstage gegen die Parteien der Rechten durchzusetzen. Bereitwillige Helfer suchte und fand er hierbei in den Reihen des Freisinns und der Sozialdemokratie. Schon der sich über das ganze verflossene Jahr hinziehende Streit um den sogenannten rücksichtslosen U-Bootskrieg hatte den Kanzler und die Linksparteien zusammengeführt; die Angriffe, die Herr v. Bethmann gegen die „Alldeutschen“[1]) im

[1]) Unter diesem Sammelnamen gewöhnte die Presse der Linksparteien sich mehr und mehr, alle diejenigen zusammenzufassen, die — ideologischen Verständigungsträumen abhold — alle Kräfte auf einen entschiedenen Sieg gerichtet wissen wollten

allgemeinen und Männer wie Kapp, deren Vaterlandsliebe über allem Zweifel erhaben war, im besonderen richtete, waren von der Linken mit Beifall begrüßt worden. Die Sozialdemokratie, deren Streben im Grunde ihres Herzens ohnehin stets auf internationale Verständigung — gegebenenfalls auch über die Köpfe der Regierungen hinweg — gerichtet war, ergriff begierig die Gelegenheit, gewissermaßen unter behördlichem Schutze ihre alte Machtstellung wieder zu erobern. Immer lebhafter und drängender wurde ihr Friedensbegehren unter Hinweis auf die sich sichtlich verschlechternde Volksstimmung, die zu bessern doch gerade ihre Aufgabe hätte sein müssen. Die Regierung aber, selbst am Siege zweifelnd, vermochte ihr nicht zu widerstehen. Sie machte auch kaum den Versuch hierzu. Am 25. Februar 1917 stellte „Der Arbeiter" — das Organ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) — „zur Steuer der Wahrheit" fest, daß Abg. Scheidemann keinen Auftrag des deutschen Volkes habe, der Welt zu verkünden, wir verzichteten auf Annexionen und Kriegsentschädigung. Der größte Teil des arbeitenden Volkes denke anders. Ein Friede nach Scheidemannschem Rezept wäre das größte Unglück, das die deutsche Arbeiterschaft je treffen könnte. Lag es nicht auf der Hand, gestützt auf solche Äußerungen, energisch den Kampf gegen den Anspruch der Sozialdemokratie, als einzige wahre Vertreterin des Massenwillens zu gelten, aufzunehmen? Die Reichsregierung fand nicht die Kraft hierzu und ward so, vielleicht ohne es selbst zu merken, zum Exponenten des Willens der Sozialdemokratie und ihrer Mitläufer aus dem Freisinnslager. An diese allmähliche Verschiebung des politischen Schwerpunkts hat wohl der frühere Abg Ebert gedacht, als er nach der Revolution erklärte:[1]) „Wir haben schon tatsächlich alle Macht in Händen gehabt, ehe die Vertreter der alten Herrschergewalt sie uns überteugen. Diese Entwickelung hat sich in Deutschland seit Kriegsbeginn von langer Hand her angebahnt." Und Hello v. Gerlach, der übrigens bereits damals gern von der sozialdemokratischen, radikalen Minderheit als Kronzruge genannt wurde, schrieb im April 1917: „Die Sozialdemokratie ist die wesentlichste Stütze der Bethmannschen Regierung gewesen. Warum das nicht offiziell zum Ausdruck bringen?" Der „Vorwärts" aber konnte im November 1917 befriedigt feststellen:

[1]) Deutsche Tageszeitung vom 23 1. 20

„Die Alldeutschen ... haben auf die auswärtige Politik des Reiches keinen ausschlaggebenden Einfluß." ...

Gewiß war der innerpolitische Gedanke, den die Regierung als Grund für Herausgabe des Friedensangebotes anführte, richtig: dem deutschen Volke zu zeigen, daß das Kaiserwort „uns treibt nicht Eroberungslust" noch immer zu Recht bestand, nur — seine Verwirklichung, die Note selbst, war ein Fehler. Und hätte eine von oben her, rechtzeitig und unermüdlich, geschickt geleitete Aufklärung im Volke gearbeitet, so wäre die Überzeugung von dem Rechte unserer guten Sache so sehr Allgemeingut geworden, daß es waghalsiger Experimente auf dem Gebiete der äußeren Politik nicht bedurft hätte. —

Wie zu erwarten, wurde das deutsche Friedensangebot in der gesamten sozialdemokratischen Presse mit Befriedigung aufgenommen. Die „Internationale sozialistische Kommission" in Berlin, d. i. die Internationale, die aus den Zimmerwalder und Kienthaler Minderheitskonferenzen hervorgegangen war, beeilte sich natürlich, getreu ihren radikalen Tendenzen, das Angebot in einem Flugblatt „ein tolles Narrenspiel, um das eigene Volk hinters Licht zu führen" zu nennen und im Anschluß daran die Arbeiterinternationale „zur Tat" aufzufordern.

Als die Ablehnung der Entente sich ankündigte, blieb der Rückschlag in Arbeiterkreisen nicht aus, bis Präsident Wilsons Botschaft unmittelbar vor Weihnachten 1916 die gesunkenen Friedenshoffnungen plötzlich wieder überaus hoch emporhob. Man begrüßte die Note als zweiten positiven Schritt auf der Bahn zum „Frieden" und polemisierte gegen unfreundliche Betrachtungen über sie, da man vor einer Benachteiligung deutscher Interessen durch Wilson sicher sein könne.

Die deutsche Erwiderung wurde in der Arbeiterpresse freundlich beurteilt. —

Die im Januar bekannt werdende, schroff ablehnende offizielle Antwort des Feindbundes erregte zum Teil tiefe Niedergeschlagenheit, aber auch Zorn und ließ mancherorts den entschlossenen Willen zum Weiterkämpfen und Siegen erneut aufflammen.

Dessen ungeachtet betonte die Presse der sozialdemokratischen Partei fast allgemein, daß die Friedensbereitschaft trotz der Ablehnung aufrecht erhalten werden müsse. Es sei deshalb auch der Gedanke, den

rücksichtslosen U-Bootkrieg beginnen zu lassen, zu verwerfen, da er uns in den Konflikt mit Amerika führe.

Als der U-Bootkrieg dann doch erklärt wurde, verharrte die sozialdemokratische Presse allgemein in Zurückhaltung. Doch war diese ausschließlich auf die Besorgnis um die baldmögliche und erfolgreiche Beendigung des Krieges zurückzuführen. Völkerrechtliche oder moralische Bedenken tauchten nicht auf. Eine Mitverantwortung für die getroffene Entscheidung lehnten die Blätter der sozialistischen Parteien durchweg ab. Dagegen meinte Kautsky, der theoretische Führer der „Arbeitsgemeinschaft" in der „Leipziger Volkszeitung", die Mehrheitsfraktion könne die Verantwortung für die Verschärfung der Kriegsführung vor der Geschichte nicht von sich abwälzen, und auch Heilmann hob in Nr. 46 der „Glocke" die geschichtliche und moralische Verantwortung der Sozialdemokratie für den Kriegsausgang als „stolze Last" hervor.

Selbst die — wiederholt begrabene — Hoffnung auf Eingreifen der Internationale zu Gunsten des Friedens war eine kurze Zeit lang neu erwacht; besonders der „Vorwärts" erklärte mit Bezug hierauf stolz, er lasse sich nicht von der klaren Richtung seiner Politik abdrängen. Es bedurfte erst der Antwort der Entente an Wilson, um diese Träume zu zerstören. Diese Note, so führte die „Chemnitzer Volksstimme" aus, bedeute „Krieg bis zum letzten Mann und zum letzten Beot". Keine Täuschung habe da mehr Sinn und Raum. Der Glaube an die Aushungerungsmöglichkeit Deutschlands bestehe noch immer. Daß wir das uns zugedachte Schicksal von uns abwehren könnten, wenn wir fest und entschlossen zusammenständen, daran zweifele kein Deutscher. Die Verständigung, die wir erstrebten, sei nur noch durch Gewalt zu erreichen. „Der einzige Weg zum Frieden sind deutsche Siege" Schade nur, daß diese von vaterländischem Empfinden und klarer politischer Einsicht getragene Überzeugung des sozialdemokratischen Blattes versagte, als es wirklich um den Bestand des Reiches ging.

Einen breiten Raum in der Presse aller Richtungen begann jetzt die Erörterung der Kriegszielfrage zu beanspruchen. Für das Verständnis der weiteren politischen Entwicklung ist es notwendig, auf sie näher einzugehen.

Schon nach den ersten großen Erfolgen erwachte allenthalben im Volke das Verlangen danach, zu wissen, was der Lohn der gewaltigen Anstrengungen sein solle, welche Ziele die Reichsregierung erstrebe. Wie

die Äußerungen selbst sozialdemokratischer Publizisten zeigten, war es keineswegs nur der Alldeutsche Verband, der durch den Mund seines verdienstvollen Führers Claß Gebietserweiterungen zur Sicherung des Reiches forderte.

Die Reichsregierung vertrat dem gegenüber zunächst den Standpunkt, daß eine Erörterung der Kriegsziele nicht statthaft sei, da sie sofort zu einem Hervortreten der Parteirichtungen und der äußersten Gegensätze führen müßte, und somit ein verworrenes Bild des Volkswillens entstehen würde. Erst, wenn wir in diesem notgedrungenen Kampfe mit der Abwehr unserer Feinde am glücklichen Ende seien, werde die Reichsleitung ihre Friedensziele aufdecken, „dann sei dem freien Volk die Rede frei".

Nur schwer verbarg sich hinter diesen Worten (N. A. Z. v. 21. Februar 1915) die eigene Unsicherheit der Regierung, ihre Unfähigkeit, dem Volke ein großes Ziel zu zeigen, ihm statt schöner Redensarten Wirklichkeiten, greifbare Erfolge zu bieten. Es fehlte dem Reichskanzler an Verständnis dafür, daß Begeisterung nicht dauernd mit Worten am Leben zu erhalten, und daß das Verlangen des Volkes nach Klarheit über die Kriegsziele berechtigt sei. Unsere Gegner haben anders verfahren, von ihren am Tage des Kriegsbeginnes laut verkündeten Forderungen sind sie niemals abgewichen; ihren leitenden Staatsmännern gelang es, ihre Völker stets wieder hoch zu reißen, da sie ihnen greifbare Kriegsziele boten. Die deutsche Reichsleitung wußte nur — negativ — zum „Durchhalten" zu mahnen.

Dem vielfach — in der Presse, in Versammlungen, in Ansuchen großer Verbände und Vereinigungen — gestellten Verlangen nach Freigabe der Erörterung oder wenigstens Bekanntgabe der Kriegsziele gegenüber beharrte sie bei ihrer ablehnenden Haltung. Flugblätter und Denkschriften (wie die des Rechtsanwaltes Claß), die sich mit dieser Frage beschäftigten, wurden beschlagnahmt, Zeitungen — es waren naturgemäß meist solche der rechten Parteien — verboten. War es ein Wunder, wenn bereits jetzt patriotisch fühlende Männer mit Sorge auf diese Haltung der Regierung sahen, wenn sich die Befürchtung zu erheben begann, Äußerungen stolzen Nationalgefühls und entschiedenen Siegeswillens seien „oben" nicht gern gesehen? War man sich in der Reichskanzlei nicht dessen bewußt, daß gerade dieser Wille zum Sieg mit allen Mitteln hochgehalten, und das nationale Feuer stets

erneut geschürt werden mußte, wenn es nicht allmählich erlöschen sollte? Aber vielleicht wollte man auch jetzt noch den Feind — namentlich England — nicht „zum Äußersten treiben" und glaubte, deshalb auch dem eigenen Volke gegenüber Enthaltsamkeit üben zu müssen.

Jedenfalls muß festgestellt werden, daß diese hier sich zurückhaltende und bremsende, dort der bisher als staatsfeindlich geltenden und sich auch so gebärdenden Richtung entgegenkommende Politik der Reichsleitung gleichfalls schon früh in den national gesinnten Kreisen Sorge und Unmut hervorzurufen und damit den Keim zu inneren Zwistigkeiten zu legen begann, die zu verhüten, gerade das eifrige, oft und laut betonte Bestreben der Regierung war.

Die Frage der Kriegsziele, einmal aufgeworfen, konnte nicht zur Ruhe kommen. Die Regierung kämpfte verzweifelt mit Zensur, Zeitungsverboten und Beschlagnahmen gegen das immer mächtiger sich äußernde Verlangen nach Freigabe der öffentlichen Erörterung. Viel Schaden an nationalem Empfinden ist hier von der Zensur angerichtet worden. Das Regierende konnte meist sich sicher fühlen, das Fordernde wurde — „im Interesse der Einigkeit" — zum Schweigen verurteilt. Unsicherheit und Uneinigkeit herrschten in allen Kreisen über jede einzelne Frage. Auch den faulsten Frieden hätte die Regierung dem Volke vorlegen können mit der zutreffenden Begründung, es sei ein einheitlicher Volkswille nicht vorhanden.[1]) Besonders jene Richtung, zu der neben der Sozialdemokratie auch der Freisinn gehörte, und die bis jetzt sehr viel mehr als Förderer des Weltbürgertums, denn als solche des deutschen Vaterlandes gegolten hatte, erfreute sich der besonderen Begünstigung durch die Politik Bethmann Hollwegs. Ihre Poeteien vergalten die ihnen geleisteten Dienste in taktisch kluger Weise, indem sie — besonders der Freisinn — dem Kanzler ein Vertrauensvotum über das andere aussprachen und seine, durch die stellvertretenden Generalkommandos ausgeübten Gewaltmaßregeln in jeder Weise unterstützten, wenn sie auch gelegentlich durch Wortproteste den Schein der Prinzipientreue zu wahren suchten.

Nicht angenehm war es für das Kriegsministerium, daß der

[1]) Als es sich übrigens später, — 1916 — um die Friedensvermittelung Wilsons handelte, hat unsere Regierung die Kriegsziele diesem und ganz vertraulich dem engeren Ausschuß des Reichstages mitgeteilt. Die Parteiführer waren also unterrichtet, nicht aber das Volk.

Unwille über die Zensur sich gegen die militärischen Stellen richtete, die doch nur den Direktiven des Reichskanzlers zu folgen hatten. Dies hätte vom Reichskanzler im Reichstage oder wenigstens im Ausschusse in stärkerem Maße betont werden müssen. Es war aber bequemer, das Odium auf den Militärbefehlshabern zu lassen.

Schließlich, nachdem alle Welt verärgert, und weite Volkskreise von einer verdrossenen Gleichgültigkeit befallen waren, wurde die Besprechung der Kriegsziele in begrenztem Umfange (!) zugelassen. Es war dies zu Beginn des Jahres 1917, als dank der unaufhörlichen Friedensrufe der Sozialdemokratie in Presse und Parlament (wogegen die Regierung niemals ein kräftiges Wort der Abwehr fand) in der Arbeiterschaft bereits die Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen (die schlimme Ernährungslage schob man auf die deutschen Landwirte, von der feindlichen Hungerblockade las man kaum mehr etwas in der linksstehenden Presse) zu wachsen begann. Man glaubte in diesen Kreisen des Volkes schon jetzt, unschwer einen alle Nationen befriedigenden Frieden erreichen zu können, wenn man nur auf Landerwerb und Kriegsentschädigung verzichtete, von denen ja doch nur die „Kapitalisten, Schlotbarone und Großagrarier" Vorteil hätten. Das mit Bezug auf diese Klassen geprägte Wort „Kriegsverlängerer" tat seine Wirkung.

Leider fehlte es auch nicht an Elenden, die sich bemühten, dem Volke klar zu machen, daß Deutschland allein die Schuld am Kriege trage, und die so — meist vom sicheren Auslande aus — der Heimat in den Rücken fielen. Es sei nur erinnert an das Machwerk eines gewissen Grelling „j'accuse, von einem Deutschen", das aus der Schweiz, zum Teil unter falschem Titel, in vielen Exemplaren in der Front und im Inlande heimlich verbreitet wurde.

Die mit Eifer einsetzende Werbearbeit der nationalen Kreise für einen Frieden, der die Opfer des Krieges lohnen und die sichere Entwicklung des deutschen Volkes ermöglichen müsse, stieß somit auf ablehnende Haltung bei vielen Leuten, die früher für nationale Notwendigkeiten Verständnis bewiesen hatten.

Inzwischen hatten „Berliner Tageblatt", „Vorwärts" und „Frankfurter Zeitung" dem friedliebenden Staatsbürger so oft und eindringlich erklärt, daß man, wenn man nur selbst sich vertragen wolle, natürlich ohne unbescheidene Forderungen, sofort auf Gegenliebe bei

der Entente rechnen könne, deren Völker gar nicht „so schlimm" seien, daß auch weite Kreise des Bürgertums sich unzugänglich zeigten gegenüber Kriegszielforderungen, die über den Status quo ante hinausgingen. Auch im Heere hörte man vielfach die Frage: Wozu führen wir noch Krieg, wenn wir Frieden haben können? Nicht zu vergessen ist hierbei die verhängnisvolle, flaumacherische Tätigkeit des betriebsamen Abg. Erzberger. Auch der Abg. Gothein konnte sich nicht genug darin tun, Kassandrarufe auszustoßen. Seit langem Gegner jeder Rüstungsverstärkung und Besserwisser in allen Heeres- und Marinefragen, schloß er sich mit Feuereifer den Bestrebungen des Pazifismus an, die — unter ausländischer Führung — mit oder ohne Absicht den Willen zum Siege lähmten.

Schon seit dem Ausgange des Jahres 1914 hatten sich in Deutschland mehrfach Friedensbestrebungen bemerkbar gemacht, die scharfe Überwachung erforderten. Die Träger und Förderer dieser Bewegungen waren zwar meist Persönlichkeiten von geringem politischen Einfluß. Sie blieben im allgemeinen auf die Kreise von „Pazifisten" beschränkt, die schon vor dem Kriege einem verschwommenen Weltbürgertum nachgingen. Einen engeren Zusammenschluß fanden die Vertreter dieser Anschauungen zunächst in dem „Bund Neues Vaterland", zu dessen literarisch besonders tätigen Mitgliedern die Professoren Schücking und Quidde gehörten. Mit Vorliebe benutzte der Bund als Sprachrohr das „Berliner Tageblatt".

Wenn auch bei der entschlossenen, vaterländischen Haltung des deutschen Volkes zunächst kaum zu erwarten war, daß die Bewegung in breite Schichten eindringen und zu ausschlaggebender Bedeutung gelangen würde, so mußte ihre Duldung in damaliger Zeit mit Recht in weiten Kreisen Mißstimmung und Widerspruch hervorrufen und schließlich den festen unbeirrten Willen zum Durchhalten beeinträchtigen. Es konnte nicht verstanden werden, daß die Erörterung praktischer, vaterländischer Kriegsziele verboten war, während eine Stimmungsmache für theoretisch unklare, die Weltverbrüderung preisende Friedensvorschläge erlaubt sein sollte. Besonders den kämpfenden Truppen mußten alle Gedankengänge und Bestrebungen solcher Art ferngehalten werden.

Noch bedenklicher als die Betätigung dieser Friedensfreunde im Inlande war ihre Wirkung auf das Ausland. Bei Neutralen wie Gegnern mußten sich falsche Ansichten über die innere Kraft Deutschlands

bilden. Abgesehen davon, daß jede Bemerkung, die als Zeichen von Schwäche oder Unehrlichkeit ausgelegt werden konnte, von feindlicher Seite mit sichtlicher Freude zur Belebung des eigenen Willens ausgenutzt wurde, konnte das persönliche und briefliche Wirken der deutschen Friedensapostel im Auslande auch unmittelbaren Schaden anrichten, ohne daß es ihnen selbst immer voll zum Bewußtsein kam. Ihre Äußerungen über innerdeutsche politische, wirtschaftliche und militärische Verhältnisse gaben dem Feinde wichtige Aufschlüsse, und es war anzunehmen, daß feindliche Agenten sich ihr Mitteilungsbedürfnis zunutze machten. Besonders gefährlich mußte es erscheinen, daß die anfangs mehr wissenschaftlich auftretende Bewegung mit scharf internationalen gerichteten Sozialistengruppen aller Länder Fühlung zu nehmen suchte.

Gewiß ließen sich manche der in dieser Bewegung tätigen Deutschen von einem unklaren Idealismus leiten, an dem aber die großen Begebenheiten der Zeit spurlos vorübergingen. Bei manchen mochte auch der Drang mitsprechen, eine gewisse internationale Berühmtheit zu erlangen. Die meisten erkannten nicht, daß ihre Handlungsweise geeignet war, auf Kosten unserer eigenen Widerstandsfähigkeit die unserer Feinde zu stärken.

Vom 7. bis 10. April 1915 hatte im Haag eine internationale Zusammenkunft von Vertretern pazifistischer Vereine aller Länder stattgefunden. Frankreich hatte sich nicht beteiligt. Das Ergebnis war die Gründung einer „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden" im Haag. Zu der im August desselben Jahres stattfindenden Sitzung des Vollzugsausschusses waren die Franzosen wiederum nicht erschienen. Sie legten brieflich eingehend dar, daß es selbst nach der Meinung ihrer überzeugtesten Pazifisten keinen Franzosen gäbe, der während des Krieges freiwillig mit irgend einem Deutschen zusammenarbeiten wolle.

Auf der Tagung dieses „Anti-Orloog-Bundes" hatte der deutsche Professor Quidde wörtlich erklärt: „Ich lege Wert darauf, zu erklären, daß wir deutsche Pazifisten den Grundsatz der Nichtannexion verteidigen werden, auch wenn wir in diesem Kriege Sieger bleiben."

Dies wurde in Gegenwart unserer Feinde, die bis zum letzten Sozialisten herab für weitgehendste Annexion eintraten, von deutschen Männern im Ausland als Glaubensprogramm aufgestellt, und zur Durchführung dieses Grundsatzes wurde die Hilfe des Auslandes angerufen!

Einem solchen Treiben mußte nachhaltig entgegengetreten werden. Es erging daher im November 1915 eine Verfügung an die stellvertretenden Generalkommandos, in der sie angewiesen wurden, den in der Friedensbewegung in unerwünschter Weise hervortretenden Personen das Gefährliche ihrer Handlungsweise unzweideutig klar zu machen. Zeigten sie sich unbelehrbar, so sollte ihnen auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand jede öffentliche Betätigung nach dieser Richtung verboten werden.

Die Anpreisung und Besprechung der Bestrebungen der Friedensfreunde und ihrer Schriften in der Presse sollte verhindert, die Veröffentlichung und Verbreitung von pazifistischen Büchern und Flugblättern nicht geduldet werden. Paßverweigerung und Verbot der Grenzüberschreitung sollte ihr Wirken im Auslande unterbinden. Auf eine Überwachung ihres Briefwechsels wurde hingewiesen.

Während andere Länder mit größter Strenge gegen die Pazifisten verfuhren — Frankreich schritt rücksichtslos mit schwersten Strafen ein — konnte man im deutschen Reichstag nicht genug tun, um sie zu schützen und die Regierung wegen ihrer Maßnahmen gegen sie anzugreifen. Gingen doch gewisse Abgeordnete so weit, daß sie unablässig der schonungslosen Anwendung unserer Luftkampfmittel, sowie der Führung des U-Bootkrieges widerstrebten, um „nicht völlig die Brücken zur Verständigung" mit unseren Gegnern abzubrechen, und das zu einer Zeit — Anfang 1916 —, in der der englische Handelsminister erklärte, daß auch nach dem Kriege die vollkommene Vernichtung Deutschlands im handelspolitischen Kampfe durchgeführt werden müsse. Gewiß hat wohl jeder denkende Deutsche gewünscht, daß nach dem Kriege die gemeinsame Kultur und die rechte Verständigung wieder Platz greife, jetzt aber galt es doch wohl, sich nicht darüber den Kopf zu zerbrechen, sondern durchzuhalten und zu siegen!

Jene Angriffe vermochten eine Änderung der Stellungnahme beim Kriegsministerium nicht herbeizuführen. Eine Verfügung vom Februar 1917 bestimmte, daß — nachdem nunmehr endlich die Erörterung der Kriegsziele „in begrenztem Umfange" freigegeben war — die für die Behandlung pazifistischer Betätigungen gegebenen Gesichtspunkte maßgebend bleiben sollten. Es geschah dieses im Gegensatz zum Auswärtigen Amt und dem Reichsamt des Innern, die beide der Meinung waren, daß jetzt auch die Friedensbewegung unbedenklich sich freier betätigen

könne. Und das nannte man in diesen Ämtern Hebung des Siegeswillens!

Tatsächlich spaltete, da es an einer klaren Stellungnahme der Regierung fehlte, die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele das Volk in mehrere Teile: die einen traten, unter Abweisung einer kleinen Gruppe von Extremisten, für Erweiterung der Grenzen nach strategisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten, für kolonialen Landerwerb und Zahlung einer Kriegsentschädigung ein, die anderen verwarfen beides und verlangten nur den ungeschmälerten Besitzstand vor dem Kriege, unter Verzicht auf jede Form der Kriegsentschädigung. „Jedes Volk trage seine eigene Last" rief Scheidemann aus und legte damit den Standpunkt seiner Partei und der von ihr beherrschten Mitläufer aus dem freisinnigen und Zentrumslager fest.[1])

Zwischen diesen beiden Gruppen befand sich die leider zahlreichste Partei der Gleichgültigen, die mißmutig auf die kleinen und großen Lasten des Daseins schalten, und deren Interessen jetzt nicht mehr über den eigenen Sorgenkreis hinausgingen.

Über allem aber thronte die Regierung. Sie nahm weder für rechts noch links Partei. Allerdings gab sie durch ihr Verhalten oft Gelegenheit, anzunehmen, sie stehe mit ihren Sympathien auf der Seite der Verzichtler. „Freiheit der Meere", „Selbstbestimmung der Völker", das waren „Ziele", bei denen sich so hübsch viel oder wenig denken ließ, die vor allem zu keiner geraden Linie im eigenen Handeln verpflichteten.[2]) Aber glaubte man wirklich, daß das Volk auf die Dauer die ungeheueren Gut- und Blutopfer auf sich nehmen würde, wenn ihm als Siegespreis derart unwirkliche Dinge hingestellt wurden?

Ängstlich vermied die Regierung nur eins: Mit wuchtigen Worten dem Volke zuzurufen, was in diesem Kampfe auf dem Spiele stand, immer erneut es zu sammeln, aufzurichten, die Lauen anzufeuern, ihnen

---

[1]) Auch in der Sozialdemokratie war man nicht immer einmütig in der Ablehnung von Annexionen gewesen. Um die Wende 1915/16 bezeichnete z. B. der Abg. Dr. Lensch den Gedanken, daß man durch völligen Verzicht auf Annexionen neuen Kriegen vorbeuge, als „kleinbürgerliche Manscherei" und bedauerte, daß 1871 nicht Belfort annektiert worden sei. Abg. Cohen-Reuß meinte, wenn militärische Sachverständige die Notwendigkeit forderten, könne man sich dem nicht widersetzen.

[2]) Das „Weltgewissen" des Prinzen Max von Baden war damals noch nicht erfunden.

ein Ziel zu zeigen, das sie die Sorge um das eigene Ich vergessen ließ — kurz, das Nationalbewußtsein und den Siegeswillen zu heben. Von unseren führenden Politikern verstand keiner, dem Volke den Puls zu fühlen, keiner auch war ein Tatmensch, wie ihn jede der drei großen Westmächte gehabt hat. Dort führten Regierungen, die wußten, was sie wollten und feuer wußten: wir müssen erfüllen, was das Volk erwartet, und hinter ihnen standen Völker, die sich öffentlich hohe Ziele ausdenken und ausmalen durften und die höchsten anstrebten. Dem deutschen Volke — fehlte beides.

Ich muß hierbei nochmals betonen, daß es nicht Schuld des Kriegsministeriums ist, wenn auf diesem hochwichtigen Gebiete nicht das Notwendige veranlaßt wurde. In zahlreichen Schreiben und mündlichen Verhandlungen ist auf meine Veranlassung immer wieder das Reichsamt des Innern, das Preußische Ministerium des Innern und das Kultusministerium darauf hingewiesen worden, daß bei der langen Dauer des Krieges kein Mittel unversucht bleiben dürfe, im Lande eine zuversichtliche, siegesfrohe Stimmung zu erhalten und anzuregen. So liegt mir ein derartiges Schreiben von Anfang März 1916 vor, in dem ich anregte, durch die Presse (unter möglichster Einschränkung der Zensur), durch öffentliche Vorträge, durch Verbreitung geeigneter Druckschriften, schließlich durch Theater und vor allem durch die Lichtspiele die Notwendigkeit des Sieges dem Volke klarzumachen und gegenüber der einheimischen und ausländischen Flaumacherei bei uns unermüdlich und unablässig hervorzuheben. Leider blieb meinen Bemühungen der Erfolg versagt.

So ergab die endliche Freigabe der Kriegszielerörterung nicht das, was vielleicht bei rechtzeitiger Erlaubnis erzielt wäre: Einigung der Nation und damit eine geschlossene Volksmeinung, auf die die Regierung sich stützen konnte. Allerdings fehlte auch die Vorbedingung für Schaffung einer solchen Meinung; nämlich das Vorhandensein einer Reichsleitung, die wirklich zu führen entschlossen war, aber nicht, sich von einzelnen Parteien, und seien es auch die größten, führen zu lassen.

Auch diesmal konnte die Regierung, wenn sie wirklich gehofft hatte, sich eine Plattform für spätere Friedenszielforderungen zu schaffen, über das Grab dieser Hoffnung wieder nur die Worte schreiben: „Zu spät".

Was geht ihr der Regierung Schuld
Und klagt sie schmähend an?
Unschuldig ist sie ganz und gar,
Sie hat ja nichts getan! Franz Grillparzer

Hinsichtlich der Kriegsziele beharrte die große Mehrheit der Sozialdemokratie auch nach der Ablehnung des Friedensangebotes vom Dezember 1916 auf dem Standpunkte, es müsse ein Frieden ohne Annexionen im Westen angestrebt werden. Veränderungen im Osten und auf dem Balkan würden nicht auf Widerstand stoßen, auch bei denen nicht, die sich in allgemeinen Worten „gegen Annexionen" aussprächen.

In der Partei führten die sich immer mehr vertiefenden Gegensätze zwischen Mehrheit und Minderheit von der bereits erfolgten Absonderung (Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft) zum offenen Bruch (Ende Januar). Die Spaltungsbestrebungen fanden auch bei den Gewerkschaften, namentlich in Berlin, Eingang. Sie machten sich besonders geltend im Kampf gegen das Hilfsdienstgesetz (Handlungsgehilfenzeitung vom 3. Januar). Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission" wandte sich allerdings energisch gegen dieses Treiben, und die „Bergarbeiterzeitung" betonte in einer Polemik gegen die „Leipziger Volkszeitung" mit ungewöhnlicher Schärfe die strenge, parteipolitische Neutralität des Bergarbeiterverbandes. Die „Chemnitzer Volksstimme" sprach bereits von „bewußtem Landesverrat", den die „Arbeitsgemeinschaft" triebe und faßte deren Wirken dahin zusammen, daß sie als Hauptaufgabe der Sozialdemokratie die Verschärfung der Klassengegensätze und höchste Steigerung der Unzufriedenheit ansehe[1]). Andererseits unterließen die Anhänger Liebknechts nicht, die „Arbeitsgemeinschaft" als schwächlich, schwankend und „demoralisierten Mischmasch" hinzustellen.

Die schwieriger werdende Gestaltung der Ernährungslage leistete naturgemäß der Radikalisierung Vorschub. Eine alte Erfahrung, die auch in den bolschewistischen Wirren des März/April 1920 wieder zur Wahrheit wurde.

Daß die mitunter tatsächlich trostlosen Zustände, die sich bei dem anstrengend arbeitenden Teile des Volkes mit den zunehmenden Ernährungsschwierigkeiten einstellten, in den Feldpostbriefen von der Heimat an die Front ihren Widerhall fanden, ist menschlich begreiflich. Ein Teil der sozialdemokratischen Presse machte sich auch die Mahnungen, die von amtlicher und privater Seite gegen das Schreiben von

[1]) Siehe Anhang „Flugblattpropaganda", Nr. 7.

Jammerbriefen verbreitet wurden, zu eigen. Immer wieder aber trat der Fall ein, daß sozialdemokratische Blätter sich gegen derartige Mahnungen wandten oder sie sogar mißbilligten.

Dabei entbehrte und darbte in Deutschland der Mittelstand mehr als die Masse der Industriearbeiter. Hatten diese schon im Frieden durchschnittlich besser gelebt als jene, so war es jetzt dem Handwerker, Kleingewerbetreibenden und vor allem dem festbesoldeten Angestellten, Beamten und Offizier bei den schmalen Einkünften so gut wie unmöglich, sich auskömmlich zu ernähren. Aber man biß die Zähne zusammen und hatte Staats- und Gemeinsamkeitsgefühl genug, um schweigend das Unabänderliche zu tragen. Für diese Kreise trat niemand ein; die Regierung nahm ihr Opfer als selbstverständliche Bürgerpflicht an, und die Sozialdemokratie, der sie wegen ihrer Staatstreue und ablehnenden Haltung gegenüber allen Umsturzbestrebungen gründlich verhaßt waren, sah schadenfroh zu, wie diese festeste Säule der Monarchie ins Wanken geriet. Nie ist nichts davon bekannt, daß an Lebensmittelzulagen für die geistig schwerarbeitenden Angestellten, Beamten und Offiziere gedacht worden ist, deren Arbeitstag vielfach mehr als zehn Stunden betrug; für den Arbeiter der Kriegsindustrie waren sie verfügbar. Manche Bitterkeit schuf dieses ungleiche Maß bei der Bewertung von Kopf- und Handarbeit, und es sei hier festgestellt, daß es nicht der Wahrheit entspricht, wenn behauptet wird, die Arbeiterschaft hätte die größten Entbehrungen zu ertragen gehabt. Dies taten ganz andere Kreise.

Es ist hier nicht der Ort zu wirtschafts-politischen Betrachtungen. Daß aber an dieser Verelendung der heimischen Lebensmittelversorgung die auf die Spitze getriebene Zwangswirtschaft mit ihrer „Erfassungstheorie" die Hauptschuld trug, ist wohl jedem klar. Die zahlreichen Einkaufs- und sonstigen Kriegsgesellschaften haben über das deutsche Volk eine schlimmere Blockade verhängt als die Feinde es vermochten. Nicht zum wenigsten hat diese Wirtschaft in Heimat und Heer den Boden für den Umsturz bereitet.

Und doch — was bedeuteten diese Entbehrungen der Heimat gegenüber dem Ungeheueren an Anstrengungen, Mangel und Gefahren, das die Frontkämpfer täglich und stündlich auf sich nahmen? Dies nicht unablässig ihren Lesern mahnend vor Augen geführt zu haben, bleibt eine schwere Schuld der sozialdemokratischen Blätter. Statt

dessen gaben sie der in den Massen infolge der unbefriedigenden Ernährung entstandenen und durch die Agitation der sozialdemokratischen Minderheit verschärften Friedenssehnsucht mehr und mehr nach, ja führten ihr neue Nahrung zu durch ein zumeist ganz einseitiges Betonen aller noch so schwächlichen Friedensstimmen des Auslandes. So entstand in der deutschen Arbeiterschaft allmählich eine müde Resignation gegenüber den großen Ereignissen der Zeit, ein Überwuchern der kleinsten Alltagssorgen und eine allgemeine Mißstimmung.

Da kamen die ersten Nachrichten über die Umwälzung in Rußland. Sie wurden mit verschiedenartigen Empfindungen in der Sozialdemokratie aufgenommen. Die Abdankung des Zaren, gegen den sie seit Jahrzehnten einen tiefen Haß in der deutschen Arbeiterschaft großgezogen hatte, löste große Befriedigung aus. Andererseits blieb es der sozialdemokratischen Presse nur sehr kurze Zeit verborgen, daß die Umwälzung nicht das friedensbedürftige russische Proletariat an die Macht gebracht hatte, sondern dieses gerade dem bekanntesten Imperialisten (Miljukow) in den Sattel geholfen zu haben schien. So kam in den Blättern eine ungeteilte Freude über das Ergebnis nicht zum Ausdruck, stellenweise sogar die Besorgnis, die Belebung der Friedenshoffnungen werde in Rußland eine erneute Anspannung des Willens der Kämpfer erzeugen. Hierbei stellte man allerdings mit Genugtuung fest, daß das neue Regime wie den gleichen Schwierigkeiten der Ernährungspolitik und der Güterbeförderung stehe wie das alte, so daß auf die Dauer ein Wachsen der Friedensneigung wahrscheinlich sei.

Natürlich versuchte man aus dem russischen Ereignis sofort für die eigenen innerpolitischen Ziele Nutzen zu ziehen. Die Forderung des Dr Helphand (Parvus), selbst Russe, in der „Glocke": „Dem demokratischen Rußland muß das demokratische Deutschland die Hand reichen zum Frieden" wurde (Ende März) von der ganzen sozialdemokratischen Presse vertreten. Auch der soz. Privatdozent Dr Ludo Moritz Hartmann sprach sie in einem Aufsatz „1792 bis 1917" in der „Wiener Arbeiterzeitung" aus. In einem Deutschland, das „seine Politik im Geiste der preußischen Junkerkaste orientieren will", so schrieb die „Schwäbische Tagwacht"[1]), „werde das neue Rußland eine Gefahr

[1]) Diese und die folgenden Zitate sind Besprechungen einer Rede des Kanzlers entnommen, die er am 14. März im Abgeordnetenhause hielt. Er sprach sich hier, in Erwiderung einer Herrenhausrede des Grafen York, für die Notwendigkeit innerpolitischer Reformen, im besonderen des preußischen Wahlrechts aus.

für sich selbst sehen. Und daß weder das liberale Bürgertum noch die Arbeiterschaft große Geneigtheit verspüren werden, mit einem solchen Deutschland einen Frieden zu machen, ehe alle Möglichkeiten zur Niederwerfung dieses gefährlichen Nachbarn erschöpft sind, ist einleuchtend". Herr Scheidemann beschwor mit einem Seitenblick auf die russischen Umwälzungen den Kanzler dringend, dem in seiner Rede vom 14. März ausgesprochenen Reformwillen die Tat sofort folgen zu lassen. („Vorwärts" vom 19. März.) Um die etwas peinliche Wirkung dieses Zusammenhanges abzuschwächen, breitet sich der „Vorwärts" doch, zu erklären (25. März): „Niemand droht, bei uns könnte es etwa auch so gehen wie dort drüben, die Verhältnisse liegen gänzlich verschieden." Mich dünkt, der Pferdefuß schaute nun erst recht heraus. —

In welcher Weise die Liebknechtgruppe das russische Ereignis auswertete, mögen folgende, einem ihrer Flugblätter[1]) entnommene Sätze zeigen:

„Nur durch eine Revolution ist ein wirklich demokratischer „und dauernder Friede zu erreichen. Soldaten aller kriegführenden Länder, folgt dem Rat Karl Liebknechts: Senkt die Waffen, „kehrt sie gegen die eigene Regierung!

„Die revolutionäre Propaganda gegen die eigene Regierung „ist das einzige aufrichtige und wirkliche Mittel des Kampfes für „den Frieden.

„Wir empfehlen als praktisches Mittel: Organisierung eines „Generalstreikes am 1. Mai 1917 in allen Ländern.

Gruppe deutsch-französischer Anhänger Karl Liebknechts, Mar Leans und anderer ebenso Handelnder."

Daneben soll nicht verschwiegen werden, daß Männer, wie der Abg. Cohen (Reuß) auch den Fortgang der inneren „Neuorientierung" der Sozialdemokratie selbst forderten. Sie könne die frühere „bequeme Vereinigungspolitik aus Prinzip, bei der man sich so wunderschön um jede Verantwortung herumdrücken könne", unmöglich weiter treiben. „Wir müssen bereit sein, Verantwortungen zu tragen und entschlossen den Staat zu bejahen, dessen feste Fundierung für die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft wichtiger ist als internationale Illusionen."

[1]) Von Anfang April 1917; zum Teil verschickt in der „Internationalen Korrespondenz".

Leider ist diese Stimme des Predigers in der Wüste verhallt.

Ferner war die Presse fast einmütig der Ansicht, Polen müsse nunmehr ganz an Rußland zurückgegeben werden. Auch hier wieder die Orientierung der Außenpolitik lediglich nach Parteirücksichten.[1])

In erster Linie aber drängte man, wie schon erwähnt, ungestüm auf die sofortige Inangriffnahme der innerdeutschen Reformarbeit. Man ließ durchblicken, daß man entschlossen sei, der „Politik des Zauderns", die der Kanzler hierin betrieben habe, nunmehr ernsten Widerstand entgegenzusetzen. Nachdem auch Rußland demokratisch geworden sei, müsse Deutschland schleunigst zum Parlamentarismus, zu neuen Männern und einem neuen Kurse übergehen.

Auf die Arbeit des „Verfassungsausschusses", dessen Bildung der Reichstag am 30. März beschlossen hatte, setzte man große Hoffnungen; es seien rasche Handlungen vonnöten.

4.

Die Osterbotschaft 1917 — Die U. S. P. D. — Der erste größere Streik — Amerikas Kriegserklärung

Die Zeit zur Einheimsung politischer Kriegsgewinne schien der Sozialdemokratie gekommen. Der „Freisinn"[2]) spielte auch hier den glänzendsten Sekundanten.

Am Ostersonntag, den 8. April, erließ S. M. der Kaiser die bekannte Osterbotschaft. Sie verhieß „den Ausbau unseres inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, sowie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen", ordnete beschleunigte Förderung der Vorarbeiten hierzu an und beauftragte den preußischen Ministerpräsidenten im besonderen, bestimmte Vorschläge für die Änderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause vorzulegen, „damit bei der Rückkehr unserer Krieger diese für die innere Gestaltung Preußens grundlegende

[1]) In der polnischen Frage habe ich stets den Standpunkt vertreten, das Land — unter Schaffung erträglicher strategischer Grenzen für Deutschland — bei Rußland zu lassen. Ich sah hierin die einzige Möglichkeit für ein späteres gutes Einvernehmen mit diesem unter gleichzeitiger Schwächung des ewig deutschfeindlichen polnischen Ruhestörers. Natürlich mußte ein Teil des an Deutschland abzutretenden Landstriches zu deutschem Siedelungslande gemacht werden.

[2]) D. i. die Fortschrittliche Volkspartei.

Arbeit schnell im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werde. Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben."

Fast am gleichen Tage konstituierte sich in Gotha die neue „Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands". 143 Delegierte nahmen an der Konferenz teil, darunter allein 23 aus Berlin. Haase und Ledebour wurden Vorsitzende, Dittmann und Frau Zietz Sekretäre der neuen Partei. Die „Unabhängigen" sagten in ihren Richtlinien, sie ständen „in grundsätzlicher Opposition zum herrschenden Regierungssystem, zur Regierungspolitik der Reichsregierung und zu der vom Parteivorstand im Regierungsfahrwasser geführten Politik der nominellen Partei". Die Stellung zur Landesverteidigung wurde nicht geklärt. Die Vertreter der Spartakusgruppe traten größtenteils in die neue Partei unter Vorbehalt weitgehendster Selbständigkeit und Aktionsfreiheit und mit der kaum verhüllten Absicht, die Unabhängige Partei nur als Rekrutierungsgebiet zu betrachten, sie von innen auszuhöhlen und so die eigene nicht offizielle Organisation auszubauen. Die Leute um Haase dagegen hofften, als sie die Spartakusgruppe bei sich aufnahmen, diese werde, wie lose die Verbindung mit ihnen auch sei, doch in der Propaganda gegen die neue Partei behindert sein. Die Bremer und Hamburger Radikalen schließlich bereiteten die 3. sozialdemokratische Partei, „die Linksradikale Organisation der Internationalen Sozialistischen Partei Deutschlands" vor. In ihrer Wochenschrift „Arbeiterpolitik" warnten sie alle Linksradikalen, dem Vorbilde der Spartakusführer folgend in der Unabhängigen Partei aufzugehen. Dieser Sonderorganisation war eine größere Bedeutung vorläufig nicht vorauszusagen.

Die Regierung aber — von den deutschen Radikalen im trauten Verein mit dem Auslande, nicht nur dem feindlichen, als mittelalterlich — autokratisch gebrandmarkt — sah diesem allen mit einer Art von halb uninteressiertem, halb wohlwollender Neugier zu. —

Wenn auch die kaiserliche Osterbotschaft bei der Arbeiterschaft eine günstige Aufnahme fand, so erklärte der „Vorwärts" doch sofort unzufrieden, erfreulicher als ein Versprechen würde die Tat selber sein. Auch die übrige sozialdemokratische Presse bedauerte durchweg,

daß die Reformen nicht sofort begännen. Auch hier bildete — leider vereinzelt — die „Chemnitzer Volksstimme" eine rühmliche Ausnahme: (5. April). Der „Vorwärts" wolle mit seiner Forderung nach einem radikalen Sprung Deutschlands in die Demokratie der Entente den Vorwand nehmen, für die Freiheit gegen die Autokratie zu kämpfen. „Wissen wir nach 32 Monaten Krieg noch immer nicht, was wir von den infamen Schwindelphrasen jener Raub- und Zerschmetterungspolitiker zu halten haben?" Im Ernste sei doch der Entente die innere Verfassung Deutschlands so gleichgültig wie uns das staatliche Leben auf dem Mars. — Zu Deutschlands unermeßlichem Schaden hat sich die demokratisch-pazifistische Gefolgschaft bis heute zu dieser klaren Erkenntnis des klugen Sozialdemokraten Heilmann nicht durchzuringen vermocht. Auch damals stand er fast allein.

In wenigen Tagen war der günstige Eindruck, den die weitgehenden Zugeständnisse der Osterbotschaft gemacht hatten, verwischt. Hierzu kam, daß am 16. April die Herabsetzung der Brotration in Kraft treten sollte. Der nie rastenden Wühlarbeit der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, jetzt U. S. P. D. und der Spartakusleute war es gelungen, in einigen Hochburgen des Radikalismus, vornehmlich in Berlin, den Einfluß der Gewerkschaftsführer und der besonnenen sozialdemokratischen Parteipolitik fast ganz zu beseitigen. Von Mund zu Mund ging die Parole, eine Art Generalstreik, verbunden mit großen Umzügen, an dem kritischen Tage zu veranstalten. Besonders Munitionsindustrie und Transportgewerbe wurden davon ergriffen. In der Tat legten am 16. April in Berlin gegen 100 000 Mann die Arbeit nieder. Die Zahl erhöhte sich rasch. Allein beim Metallarbeiterverband waren es über 200 000. Es war die erste größere Arbeitseinstellung während des Krieges. Ihre Entstehung, Ursache und Gründe sind symptomatisch für die späteren Streiks. Ich muß deshalb mit einigen Worten näher darauf eingehen.

Unbestreitbar herrschte in der Arbeiterschaft der Industriezentren — und nur sie kam in Frage — eine gewisse Gärung, ja Gereiztheit wegen der mißlichen Ernährungslage. Aber anstatt deren Ursache dort zu suchen, wo sie wirklich lag, in der Blockade unserer Feinde und der sich jetzt schon zeigenden bureaukratischen Unzulänglichkeit der staatlichen Bewirtschaftung, glaubten die Arbeitermassen im allgemeinen, daß die preußische Staatsregierung nicht genug getan habe, um be-

rechtigte Ansprüche des städtischen Proletariats an ein Mindestmaß von Lebenshaltung durch energisches Auftreten gegenüber den Landwirten zu erfüllen. Die von je her durchweg landwirtschaftsfeindliche sozialdemokratische Presse hatte es sich keineswegs angelegen sein lassen, diese Gedankengänge richtigzustellen oder wenigstens beruhigend zu wirken, im Gegenteil, häufige Bemerkungen über Brotgetreide verfütternde Landwirte trugen nur zur Erhöhung der Unzufriedenheit bei. Der Plan, durch eine allgemeine Arbeitsniederlegung gegen diese, die Interessen der „werktätigen" Bevölkerung angeblich vernachlässigende Ernährungspolitik der Regierung zu demonstrieren, begann Anklang zu finden.

Auf dem so vorbereiteten Boden setzte die Arbeit der radikalen Führer ein. Bereits in den entscheidenden Versammlungen der Fabrikvertrauensleute versuchten Haase und Ledebour, das politische Moment in den Vordergrund zu schieben. Man erklärte, der eigentliche Zweck der Arbeitseinstellungen müsse sein, die Regierung zu zwingen, sofort Friedensverhandlungen einzuleiten. Nur dadurch könne dem Volke geholfen werden. Auch die Entwickelung in Rußland wurde von den sozialdemokratischen Minderheitsdemagogen weidlich ausgenutzt. Man müsse doch den Russen zeigen, daß man noch ein bißchen „revolutionären Geist" besitze. Es gab manche Arbeiter, bei denen dieses Argument verfing. (In diesem Zusammenhange sei daran erinnert, daß sowohl die Mehrheitssozialisten wie besonders die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft [diese durch Vermittlung des Schweden Branting an den russischen Führer Tschcidse] telegraphisch ihre Glückwünsche der russischen Revolution übermittelt hatten. Branting meldete an Haase zurück, er habe das Telegramm weiterbefördert. „Nach dem glänzenden Siege der Revolution im Osten, der das neue Rußland ins Leben gerufen hat, weiht jetzt Ihre mächtige Rede das neue Deutschland der Demokratie ein.")

In Wirklichkeit trug das Vorgehen alle Merkmale des Landesverrates an sich. Daß die Leitung der Bewegung in die Hände jener Männer, auch Dittmann und Vogtherr gehörten dazu, hinüberglitt, war äußerst bedenklich und ein Zeichen der beginnenden Radikalisierung der Massen, auch eines Teiles der gewerkschaftlich organisierten. Sehr bald ließ sich übersehen, daß es Absicht jener war, nicht nur die Berliner Arbeiterschaft nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen, sondern

auch in dem bisher noch ruhigen Reiche Streikherde zu schaffen, um der Regierung vor Augen zu führen, daß eine unwiderstehliche Friedensbewegung durch das Volk gehe, der — um jeden Preis — Rechnung getragen werden müsse.

Beim Ausstand gingen beide sozialdemokratische Parteien zusammen; die Mehrheitsanhänger schlossen sich den Unabhängigen an, um sich von diesen in der Gunst der Massen nicht den Rang ablaufen zu lassen. Sie wußten später den Behörden gegenüber zu erklären, sie hätten „die Bewegung in der Hand behalten" wollen, eine seitdem oft bellebte und — leider — oben immer wieder geglaubte Redensart.

Der Streik selbst dauerte unter Eingreifen der Militärbehörde [1]) nur wenige Tage. Auch über die Art seiner Beendigung ist einiges zu sagen.

In einer von den Gewerkschaften herbeigeführten Besprechung von Arbeitervertretern mit dem Staatsminister für Volksernährung, Unterstaatssekretär Michaelis, willigte dieser darin ein, daß künftig ein ständiger Arbeiterausschuß beim Berliner Oberbürgermeister in Fragen der Verteilung mitwirken und vom Ernährungskommissar bei allen Veränderungen in der Nahrungsmittelbemessung der Groß-Berliner Bevölkerung angehört werden solle. Ferner erreichten die Arbeiter, daß jede Benachteiligung der Reklamierten wegen ihrer Beteiligung an der Arbeitsniederlegung unterblieb.

Die Streikenden zeigten sich auch von ihren Erfolgen befriedigt und nahmen die Arbeit wieder auf.

In Wahrheit waren diese Bemühungen der Regierung Versuche am untauglichen Objekt, weil sie am Kernpunkt — der politischen Bedeutung der Bewegung — vorbeigingen. Treffend schrieb hierzu die „Post" (20. April 1917): „Uns will scheinen, als sei es die höchste

[1]) Die deutschen Waffen- und Munitionsfabriken wurden unter Leitung des tatkräftigen Oberst v. Feldmann gestellt. Es wurde u. a. verfügt: Die Arbeit ist binnen 24 Stunden (bis zum 21. 4. früh 7 Uhr) wieder aufzunehmen. Alle wehrpflichtigen Arbeiter, die diesem Befehl nicht nachkommen, gelten, wenn sie nicht nachweisbar arbeitsunfähig sind, von diesem Zeitpunkt ab als zum Heeresdienst eingezogen, erhalten Soldatenbehandlung und unterstehen den Kriegsgesetzen. Es ist verboten, ohne Zustimmung des militärischen Leiters die Arbeitsstätte zu wechseln, von der Arbeit fernzubleiben, sie niederzulegen, zu verweigern, absichtlich einzuschränken oder dazu aufzufordern. Erfolg: Zu dem betreffenden Zeitpunkt waren Dreiviertel der Arbeiterschaft zur Arbeit angetreten. Die Ausgebliebenen waren meist Frauen.

Zeit, sich vom Parlamentieren und Kompromittieren der Staatsgewalt nach Michaelis' Muster zu Taten aufzuraffen, den Heeren von der Arbeitsgemeinschaft, den Haase und Ledebour, den Weg zum Heroistratenruhm zu verbauen, endlich einmal mit der unheilvollen Gewöhnung zu brechen, Gottes Wasser über Gottes Land laufen zu lassen, bis die Flut über alle Deiche schwillt. Der Blindeste und Blödeste muß doch nun sehen, wohin die Reise geht; und wer einmal in einer Volksversammlung war, der weiß, daß in solchen Situationen auf irgendwelche Vernunft und Einsicht nicht zu rechnen ist, diesmal umsoweniger, als das weibliche Element die Hauptrolle spielt.

Vor einigen Tagen noch war Herr Scheidemann der Schiebende mit Bezug auf die Regierung, heute ist er bereits der Geschobene des Herrn Haase. Warten wir, bis auch Herr Haase nur mehr noch der Geschobene nicht mehr zu zügelnder Mächte ist, so sind wir glücklich in Rußland angekommen."

Leider haben wir solange gewartet und warten — anscheinend — noch immer.

In weiten Volkskreisen, besonders in der christlich-nationalen Arbeiterschaft und vor allem im Heere, wurde der Streik scharf verurteilt. Dies hat wohl nicht am wenigsten zu seiner raschen Beendigung beigetragen. Die Drahtzieher sahen, daß ihre Saat noch nicht reif war. Vor allem galt es, an das Heer heranzukommen. Mit welchen Mitteln dies auch von seiten der Mehrheitspartei geschah, möge eine Mahnung des Redakteurs Kuttner zeigen, rechtzeitig proletarische Kriegervereine ins Leben zu rufen, die sowohl die Wahrnehmung der politischen Ansprüche der gewesenen Kriegsteilnehmer als auch die Selbsthilfe der Kriegsbeschädigten in die Hand nehmen sollten. Natürlich setzte sich der „Vorwärts" (Stampfer) sofort stark für diesen Gedanken ein. Am 23. Mai wurde in Berlin ein „Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten" gegründet. Er wurde von den Vorständen der Gewerkschaften zunächst mit berechtigtem Mißtrauen betrachtet. Daß er auch seitens der Behörden nicht gerade gefördert wurde, lag auf der Hand. Hieraus entnahmen weite Kreise der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften den Grund zur Änderung ihrer Haltung. Wenn jemals, so konnte man hier vom falschen Solidaritätsgefühl sprechen.

Inzwischen nahm die Besprechung des Osterereignisses weiterhin die sozialdemokratische Presse stark in Anspruch. Ich erwähne hier einen

Aufsatz des in Parteikreisen geschätzten Theoretikers H. Cunow in der „Glocke“ (April 1917). Der Verfasser mißt der Hinausschiebung der Wahlreform, sofern nur die nächsten Wahlen bereits unter den neuen Bestimmungen stattfänden, wenig Bedeutung bei und befaßt sich eingehend mit dem Interesse der Monarchie an der Reform. Dabei findet er auch anerkennende Worte für das Verhalten des Kaisers im Kriege, das die Stellung des Monarchismus in Deutschland noch gestärkt habe. Im Auslande werde man dies, wie Wilsons Ansprache beweise, nicht verstehen, weil man dort die deutschen Verhältnisse nach mittelalterlichen Analogien beurteile. Er kommt dann weiter zu dem Urteil, daß die republikanische Staatsform nicht im geringsten vor selbstsüchtiger Cliquenherrschaft schütze. Gerade diese im Kriege gemachte Erfahrung habe dem monarchischen System bis tief in die Sozialdemokratie hinein eine wesentlich andere Bewertung verschafft als früher, und diese starke Position der Monarchie in Deutschland habe durch den Ostererlaß nichts an Festigkeit verloren.

Ich empfehle den Aufsatz unseren Revolutionsgrößen als Beitrag zu ihrer Theorie vom „fluchbeladenen alten System“. —

Die amerikanische Kriegserklärung löste wieder starke Besorgnisse aus. Der „Vorwärts“ meinte: „Der Krieg gegen England ist zum größten Teile ein Krieg um den Weg nach Amerika. Was hilft es uns, die Haustür aufzubrechen, wenn wir nachher die Wohnungstür doch nicht öffnen können?“ Laut wurde — unter Hinweis auf gleichzeitige Äußerungen des Grafen Czernin — gefordert, die Friedenspolitik des 12. Dezember ganz zu verfolgen. Auch der im April tagende Parteiausschuß bekannte sich unter Scheidemanns Führung erneut zu einem „gemeinsamen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigung auf der Grundlage einer freien nationalen Entwickelung aller Völker“.

Und aus solchen Äußerungen der führenden sozialdemokratischen Politiker und ihrer Presse sollten ihre Leser dann die feste Zuversicht auf Deutschlands Sieg schöpfen! —

Daß alle entgegengesetzt gerichteten Bestrebungen national fühlender Kreise auf das heftigste bekämpft wurden, bedarf kaum der Erwähnung. Besonders erfreute sich der „Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden“, der — bei scharfer Ablehnung der Politik der Reichsleitung — unter Führung der Herren Fuhrmann und Professor

Dr Dietrich Schäfer un Volke Verständnis füe das Wesen dieses Krieges, die Folgen einer Niederlage und weitgesteckte Kriegsziele zu wecken sich mühte, der wütendsten Angriffe der Sozialdemokratie aller Schattierungen. Unter schweigendee Billigung der Regierung. Sie vermochte nicht einzusehen, daß ihr ein starker, nationaler Wille, der auch seinerseits dem Gegner eine Kostenrechnung aufmachte, einen ungleich festeren Rückhalt in ihrer Außenpolitik bieten konnte, als die weinerlichen Friedenslitaneien sozialdemokratischer und pazifistischer Versammlungen.

5.

Beginn der revolutionären Propaganda — Der Stockholmer Kongreß — Gegenmaßnahmen des Kriegsministeriums — Sozialdemokratische Friedenspropaganda

Von der Tätigkeit dee revolutionären Propaganda ergaben die beim Kriegsministerium eingehenden Berichte etwa folgendes Bild:

Fast mit Sicherheit ließ sich annehmen, daß in Deutschland als Zentralstelle ein Geheimkomitee bestand, das in englischem Auftrage und mit ungeheueren Geldmitteln in Verbindung mit den radikalen Kreisen dee Sozialdemokratie an der Revolutionierung dee deutschen Arbeiterschaft arbeitete. Dieses Komitee wandte sich — meist mündlich — an Obmänner und Vertrauensleute dee sozialdemokratischen Gewerkschaften in den einzelnen Betrieben. Diese Leute wieder zogen zunächst ins Vertrauen einen kleinen Kreis von Arbeitern, von dem sie eine erfolgreiche Agitation zugunsten des Umsturzes unter der Arbeiterschaft erwarteten. Bei der schon seit langem unter der Decke planmäßig geschürten Unzufriedenheit gelang es meistens leicht, einen großen Teil der Arbeiter eines Betriebes durch die Werbearbeit von Mund zu Mund, insbesondere unter dem Eindruck dee russischen Revolution, für die revolutionären Ideen zu gewinnen. War dies geschehen, so wurden Betriebs- oder Werkstättenversammlungen veranstaltet. Sie brauchten nach dem Vereinsgesetz polizeilich nicht angemeldet zu werden, konnten sonach jederzeit stattfinden In ihnen suchten dann die Redner unter dem Aushängeschild von Lohn-, Arbeits- oder Lebensmittelfragen die Arbeiter für die revolutionären Ziele zu verpflichten.

Da auch die Sozialdemokratie der Scheidemannschen Richtung die Schwierigkeiten der Volksernährung und die Unzulänglichkeit der Re-

gierungsmaßnahmen zugab, da sie ferner auf sofortige Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland drängte, da endlich auch sie im Streik ein geeignetes Mittel erblickte, um die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen, begünstigte sie — wenn auch vielleicht wider ihren Willen, so doch tatsächlich — die revolutionäre Tätigkeit der „Unabhängigen" und sah sich infolgedessen vielfach außer stande, die erregten Massen zu beschwichtigen. Diese wandten sich deshalb von den gemäßigten Gewerkschaftsvertretern ab und erlagen so dem Einfluß der umstürzlerischen Propaganda.

Einen besonders günstigen Nährboden fand diese zielbewußte, planmäßige Agitation bei der Werftarbeiterschaft und späterhin unter den Matrosen und Heizern der Hochseeflotte.

Auch die Tagespresse wirkte vielfach überaus nachteilig auf die Arbeiterschaft ein. Sie schilderte die russische Revolution oft in einer Weise, daß es den Anschein hatte, als sollten die Arbeiter dadurch gegen die Monarchie aufgestachelt und zu unbedachten Schritten verleitet werden. Man scheute auch vor drastischen Mitteln nicht zurück. So hatte — nach einem dem Kriegsministerium zugegangenen Bericht — die Berliner Sozialdemokratie unabhängiger Observanz ihren Jugendleiter Alfons Fischer in sofern gemaßregelt, als sie seiner Frau die bisher gewährte Unterstützung von 50 Mark monatlich entzog, als Antwort darauf, daß er selbst das Eiserne Kreuz I. Klasse erworben hatte und zu einem Reserveoffizierskursus zugelassen war.[1])

Mit Sorge sah das Kriegsministerium all diese Vorgänge.

Gleich nach dem Streik erging aus meinem Departement eine Aufforderung an den Chef des Generalstabes des Feldheeres — der im übrigen stets über die innerpolitische Lage auf dem Laufenden gehalten und bei allen Besprechungen und Maßnahmen beteiligt wurde, wie ausdrücklich festgestellt sei, — der aufwieglerischen Propaganda im Feldheere besondere Aufmerksamkeit zu widmen. „Namentlich erscheint mir geboten," so hieß es in diesem Schreiben, „auf die vom Urlaub aus

[1]) Ich muß hierbei bemerken, daß damals sowohl wie heute das Problem der Volksstimmung mir hauptsächlich eine Magenangelegenheit zu sein schien. Reform- und Friedensfrage standen massenpsychologisch erst in zweiter Reihe hinter der der Ernährung. Es war eine Binsenwahrheit, daß man für einen starken Frieden bei hungernden Massen keine Begeisterung suchen durfte.

der Heimat zurückkehrenden Leute ein wachsames Auge zu richten, ob nicht von ihnen Flugschriften und Handzettel eingeschleppt werden. Auch erscheint es nötig, das Eisenbahnpersonal in bezug darauf zu überwachen, daß von ihm nicht Hetzschriften[1]) eingeschmuggelt oder den Soldaten auf der Fahrt heimlich zugesteckt werden. Euer Exzellenz darf ich die Veranlassung des Weiteren anheimstellen." Die stellvertretenden Generalkommandos erhielten Weisung im gleichem Sinne.

Auch an die Zivilbehörden trat das Kriegsministerium heran. Mir liegt ein Schreiben vor an den preußischen Kultusminister (abschriftlich an den Reichskanzler vom 19. April 1917), worin folgendes ausgeführt wird:

„In dem Maße, in dem unsere Gegner mehr und mehr zur Einsicht kommen, daß sich ein für sie günstiger Ausgang des Krieges mit den Waffen nicht erzwingen läßt, wenden sie sich anderen Mitteln zur Erreichung ihres Zieles zu.

In der richtigen Erkenntnis, daß der Grund unserer Stärke in den durch jahrhundertealte Wechselbeziehungen zwischen Herrscherhaus und Volk gefestigten inneren Zuständen liegt, entfalten sie neuerdings immer unverkennbarer eine rege Tätigkeit, dieses glückliche Verhältnis zu stören und uns den Erfolg durch Bereitung innerpolitischer Schwierigkeiten zu entreißen. Jedes Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ist ihnen recht, und nur liegen Beweise vor, daß auch feindliche Agenten nach dieser Richtung an der Arbeit sind. Diese Bestrebungen finden bei dem radikalen Teile der deutschen Sozialdemokratie wirksame Unterstützung.

Die darin liegende Gefahr muß umgehend mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf das nachhaltigste bekämpft werden. Das Zunächstliegende ist eine durchgreifende Gegenpropaganda, deren Einleitung ich sofort veranlaßt habe. Für unbedingt notwendig halte ich es aber auch und glaube hierin, der Zustimmung Eurer Exzellenz sicher zu sein, daß zur Stärkung des monarchischen Gedankens Schule und Kirche herangezogen werden.

Ohne den besonderen Anordnungen E. E. vorgreifen zu wollen, möchte ich vorschlagen, daß in den bevorstehenden entscheidenden Kriegs-

[1]) Besonders in Zürich und Luzern wurden derartige Flugblätter in Massen hergestellt. Anfang Mai tagte in Zürich eine Versammlung der Liebknecht-Gruppe, auf der beschlossen wurde, Agitationsschriften für Einführung der republikanischen Verfassung nach Deutschland einzuschmuggeln.

monaten, vielleicht unter Durchbrechung des Lehrplans, in den Oberstufen bzw. Klassen aller Schulen im Geschichtsunterricht ausschließlich deutsche Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Verfassungskunde betrieben wird. Neben geistreicher Betrachtung über die Verdienste des Hauses Hohenzollern und den Wert einer starken Monarchie könnten den Schülern an der Hand der neueren und neuesten Geschichte die Bedeutung unserer staatlichen und sozialen Errungenschaften, vornehmlich auch für die arbeitenden Klassen, ihr Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Erfolgen der neueren Zeit und der Anteil, den S. M. der Kaiser an dem allen hat, klar gemacht werden."

In gleicher Richtung bewegten sich die Gedankengänge der Obersten Heeresleitung. —

Für den Mai war ein Kongreß der Internationale in Stockholm geplant. Die deutsche Regierung zeigte sich trotz Abratens der militärischen Stellen bereit, den Vertretern beider sozialdemokratischen Parteien die Teilnahme daran zu ermöglichen. Über den Eindruck dieser Bereitwilligkeit im Auslande wurde aus Holland dem Kriegsministerium — das diese Nachricht sofort an das Auswärtige Amt weitergab — berichtet: „In Holland wird viel über die Reise deutscher Sozialdemokraten nach Stockholm gesprochen. Es heißt, nichts verrate die Schwäche der deutschen Position so sehr wie dieses Geschehnis. Es sei Tatsache, daß Deutschland diese sozialistischen Friedensbesprechungen dringend fördere; das „reaktionär Deutschland" würde sich aber nicht der Sozialdemokraten bedienen, wenn nicht in jeder Beziehung ein baldiger Friede nottäte."

Unter dem 14. Mai teilte darauf das Auswärtige Amt mit, S. M. der Kaiser habe auf Vortrag des Vertreters des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier entschieden, daß den „unabhängigen" Sozialdemokraten die Erlaubnis zur Reise nach Stockholm behufs Teilnahme an der Internationalen Sozialisten-Konferenz zu erteilen sei, soweit nicht einzelne in ein begründetes Ermittelungsverfahren verwickelt seien. Dies traf für den Landtagsabgeordneten Adolf Hoffmann zu, gegen den ein Verfahren wegen Landesverrat schwebte. Den Reichstagsabgeordneten Bernstein, Haase, Dr Herzfeld, dem Schriftsteller Kautsky und der Frau Luise Zietz[1]), sollten daraufhin die erforderlichen Päße

[1]) Von ihnen waren 4 Juden, 1 gleichzeitig Tscheche, also die gegebenen Vertreter deutscher Arbeiter.

ausgehändigt werden. Natürlich verweigerten die Demokratien Frankreichs und Amerikas ihren Sozialisten die Teilnahme.

Am 15. Mai hieß es in einem Bericht aus Stockholm:

„Vandervelde (belg. Sozialist) hat durch die hiesige sozialdemokratische und ententefreundliche liberale Presse erklären lassen, daß er und die Belgier sich an keiner Konferenz mit den deutschen Mehrheitsvertretern beteiligen werden, die «ihre Hand in die des Kaisers gelegt haben». „Man spielt hier offen mit dem Gedanken einer Revolution in Deutschland und versucht dadurch auf Deutschland einzuwirken, daß man erklärt, mit einem demokratischen, d. h. revolutionären Deutschland würde man Frieden machen, mit dem „Deutschland der Autokratie" dagegen nicht. Branting (der schwedische Sozialist) war ein Hauptverfechter dieses Gedankens, den er den Ententesozialisten seit mehr denn einem Jahre eingegeben haben soll. Bei diesen hat der Gedanke jedoch erst nach dem Siege der russischen Revolution allgemein Wurzel gefaßt."

Die Entente verstand es, in der Folge immer mehr das persönliche Moment in dieser Frage hervorzukehren in der Weise, daß sie in der Hauptsache Krieg führe gegen die Hohenzollern und besonders gegen den Kaiser. Man meinte beispielsweise: Ja, wenn der Kaiser sich zur Abdankung entschließen könnte, so wäre der Frieden da. Vielfach fand dieser Gedanke auch in der Schweiz, selbst in deutschfreundlichen Kreisen, Eingang.

Daneben versuchte die Entente unablässig, Deutschland gegen Preußen aufzureizen, dessen Junker und Schlotbarone den Krieg unter Führung der Hohenzollern angezettelt hätten.

In der zweiten Hälfte des Mai lud das Kriegsministerium die beteiligten Ressorts (Oberste Heeresleitung, Reichskanzler, Auswärtiges Amt, Reichsamt des Innern, Preußisches Ministerium des Innern, Kultusministerium) zu einer Sitzung zwecks Beratung der zu treffenden Maßnahmen ein. Als Vertreter des Kriegsministers führte ich hierbei etwa folgendes aus:

Die linken Parteien der Sozialdemokratie sind für den nationalen, monarchischen Gedanken verloren. Dringend geboten aber ist es, ihren geradezu anarchistischen Treibereien mit aller Festigkeit, Strenge und allen Folgerungen hieraus entgegenzutreten. Diese Parteien müssen unbedingt in der Furcht des Herrn gehalten werden, wenn nicht ihre unterminierende

Tätigkeit immer weitere Kreise zu ihnen hinüberziehen soll. Ein Entgegenkommen gegen diese Leute auf politischem Gebiet kann nicht als der Weg bezeichnet werden, der zu Deutschlands innerer Stärkung führt. Es werden dadurch nur immer neue Forderungen wachgerufen, aber niemals der Charakter dieser Partei geändert werden.

Auf der anderen Seite ist es allerdings notwendig, wie auch im Ostererlaß Sr. Majestät anerkannt, der Masse des Volkes die Möglichkeit freier politischer Betätigung zu schaffen. Zweifellos kann dies nur auf Kosten der Anschauungen der rechtsstehenden Parteien geschehen. Dabei muß aber dem Umstande Rechnung getragen werden, daß gerade diese Parteien die Träger des monarchischen Gedankens sind, und besonders durch ihr Wirken dieser Gedanke in der breiten Masse des Volkes lebendig erhalten werden wird. Es ist daher durchaus verständlich, wenn bei diesen Parteien vor allen Dingen der Wunsch nach einer starken Regierung vorhanden ist, die bei diesem Ausgleich zwischen Rechts und Links das rechte Maß zu halten und ein weiteres Abbröckeln nach links zu vermeiden weiß. Um also der beginnenden Unterwühlung des Staatsgedankens im Volke Einhalt tun zu können, müssen die monarchischen Parteien unter kräftigster Förderung der Regierung in den Stand gesetzt werden, ihre Überzeugungen allenthalben zur Geltung zu bringen. —

Das Ergebnis der Besprechung waren folgende Beschlüsse:

1. Schaffung von Zentralstellen bei der Obersten Heeresleitung und dem Auswärtigen Amt zur Führung eines wirkungsvollen Pressefeldzuges.
2. Organisation der weiteren Aufklärung über die dem Staate drohende Gefahr, durch Kirche, Schule und in den Lazaretten
3. Erklärung der Notwendigkeit einer starken, innern Politik, die sich in klarem, festem „Bis hierher und nicht weiter" zeigen muß. Es genügt nicht, daß die Regierung weiß, was sie will, sondern mindestens müssen es auch die anderen mit Verantwortung beladenen Stellen wissen.
4. Schärfere Überwachung politischer Klubs.

Der außerordentliche Ernst der Lage war allen Teilnehmern zum Bewußtsein gekommen. Die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen lag vorwiegend in der Hand der Zivilbehörden

Der 1. Mai war im allgemeinen ruhig verlaufen. An Versuchen,

die Arbeiterschaft zu einer Wiederholung der Aprilstreiks in größerem Maßstabe aufzureizen, hatte es nicht gefehlt. An den traditionellen Maifeiergedanken anknüpfend, hatten die Radikalen durch die gewohnte Agitation von Mund zu Mund ihren Willen in die Massen zu tragen versucht. Hinzu kam eine Kundgebung der Reichstags- und der preußischen Landtagsfraktion der neuen „unabhängigen" Partei, worin verlangt wurde, die Arbeiter sollten, „wo es nur irgend möglich ist, ihre Stimme erheben für die Forderungen, die sie bis ins Tiefste bewegten: für den Achtstundentag, den Weltfrieden, die Völkerverbrüderung". Vorsichtigerweise forderte man offiziell übrigens nicht zu Streiks, sondern höchstens zu Ausflügen auf, die am 1. Mai stattfinden sollten.

Wenn die Hetzversuche im ganzen erfolglos blieben, so wirkten hierzu verschiedene Faktoren zusammen.

Zunächst ging von den amtlichen Bemühungen, einen Streik unmöglich zu machen, im ganzen ein starker, durch die stellenweise erfolgte Übernahme von Betrieben in militärische Leitung durchaus erfolgreich unterstützter Eindruck auf die Arbeiterschaft aus. Der bekannte Brief des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an sie war von tiefer Wirkung. Eine nachhaltige Unterstützung fanden die amtlichen Stellen ferner in Aufrufen der Gewerkschaften, schließlich machten sich auch die Stimmen aus dem Feld gewichtig geltend. Auf dem badischen Landesparteitag war das Wort gefallen: „Man bekommt andere Begriffe vom Berliner Streik, wenn man im Schützengraben sitzt und wartet auf einen Schuß der deutschen Artillerie", und das „Hamburger Echo" (28. April) veröffentlichte den Brief eines jungen Sozialdemokraten von der Aisne: „... nun wollen uns die Munitionsarbeiter in der Heimat im Stich lassen. Wir müssen dafür bluten."

Jedenfalls schien die Streikgefahr bis auf weiteres beseitigt.

Dafür setzten mit erneuter Kraft die Forderungen nach sofortiger Wahlrechtsreform und Aufnahme von Friedensverhandlungen ein.

Als Hauptvertreter dieses Bedürfnisses, den Massen eine unablässige Friedenspropaganda vorzuführen, trat nach wie vor der „Vorwärts" auf. Bei jeder Gelegenheit betonte er die Fehlerhaftigkeit der deutschen Zurückhaltung hinsichtlich der Kriegszielerklärungen. Es sei wahrscheinlich, daß der Kanzler den allgemeinen Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen ebenso wolle, wie die Sozialdemokratie, aber seine abwartende Haltung rechtfertige die Politik der russischen

Regierung gegen die angeblich von den Alldeutschen geleitete deutsche Politik.

Daß das einzige Friedenshindernis die für uns einfach unerträglichen Forderungen der Gegner waren, wollten beide sozialistischen Parteien nicht einsehen, trotzdem die feindlichen Staatsmänner in ihren Reden, und die gesamte Presse ihnen täglich verkündeten, man wolle Deutschland zum Sklavenland machen. Und heute, nachdem der uns von der Sozialdemokratie und ihren Mitläufern bescherte Friede anfängt, seine Furchtbarkeit zu zeigen, bedeutet sich die demokratische Mehrheit, denjenigen Männern die Schuld unseres Unglücks beizumessen, die stets mahnten, alle Kräfte in vaterländischem Geiste zu seiner Abwehr anzuspannen. Auch über diesen gegen das Deutschtum geeichten Lügenfeldzug, ebenbürtig der Northcliffe-Propaganda, wird dereinst die Geschichte Klarheit bringen. Möge es nicht zu lange währen, bis unser armes Volk diesen Dunstkreis durchbricht. —

„Ein Frieden, der auf freiwilliger Einsicht aller beteiligten Völker und Regierungen beruht, vor allem auf der gebieterischen Einsicht, daß dem Krieg ein Ende gemacht werden muß — das ist das Ziel der deutschen Sozialdemokratie —", schrieb am 13. Mai die „Magdeburger Volksstimme". Unstreitig gab sie damit die Ansicht weitester sozialdemokratischer Kreise wieder.

Mit beispiellos hartnäckiger Weltfremdheit und außenpolitischer Verständnislosigkeit forderte die Sozialdemokratie unausgesetzt von der Regierung den Beginn von Friedensbesprechungen immer mit der gleichen, in Wirklichkeit durch nichts begründeten Behauptung, die feindlichen „Genossen" würden sofort ihre Regierungen zwingen, in die ausgestreckte Friedenshand einzuschlagen. Unbelehrt durch die bisherigen Mißerfolge und unbelehrbar lasen die deutschen „Zielbewußten" ihrem Phantom nach. Längst auch wußte jeder deutsch Fühlende, daß der „Scheidemannfriede" dem Volke für seine ungeheuren Opfer und gewaltigen Siege nichts als „Verzicht" ansann — die „Reichsleitung" aber dachte wohl an Stockholm und schwieg.

Die Massen selbst erhofften bestimmt für den Spätsommer oder Herbst das Ende des Krieges und zunächst den Sonderfrieden mit Rußland. Voller Spannung richteten sich die Blicke nach der schwedischen Hauptstadt, obwohl es auch in der sozialdemokratischen Presse nicht an Stimmen der Skepsis fehlte. So schrieb die „Buchbinder-Zeitung"

(20. Mai): Die sozialdemokratische Partei habe in der auswärtigen Politik „selten eine glückliche Hand gehabt, weil sie sich von Doktrinen, anstatt von der rauhen Wirklichkeit der Dinge, wie sie sind, bestimmen ließ." Ihre Friedenswünsche seien im Auslande als „Schreie aus tiefster Not" aufgefaßt worden und hätten daher eher kriegsverlängernd gewirkt. Aus dieser heeben, aber den Nagel auf den Kopf treffenden Betrachtung folgerte dann das sehr angesehene Gewerkschaftsblatt, daß das Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie durch deren Zerrissenheit nicht unberührt bleiben könne. „Wir wünschen daher keine Verpflichtung der Gewerkschaften auf irgendwelche Parteipolitik." Leider haben die freien Gewerkschaften es nicht fertig gebracht, sich von der traditionellen Bindung an die sozialdemokratische Parteileitung loszulösen.

Das Ergebnis der wochenlangen Verhandlungen in Stockholm bedeutete nicht nur für weite Arbeiterkreise eine Enttäuschung. Die „Buchbinder-Zeitung" (24. Juni 1917) gab dieser Empfindung offen mit den Worten Ausdruck: „Die sozialistischen Konferenzen haben trotz aller schönen Umschreibungen nichts Friedensförderndes gebracht." Etwas scheoffer hatte sich die linksradikale Beemer „Arbeiterpolitik" ausgedrückt, indem sie vorausschauend (9. Juni) bemerkte: Herauskommen werde „ein dünner Aufguß dürren Gemüses, große Worte, große Gesten ohne inneren Gehalt, ein friedensdufeliger Appell an die Regierungen".

Welche Lehren man im Schoße der Reichsleitung aus den Stockholmer Erfahrungen zog, ist mir nicht bekannt. Bald nahm die Entwicklung der Dinge in der Heimat das Interesse anderweit voll in Anspruch.

6.

Der Vorstoß der Mehrheitssozialisten im Reichstag — Die Vaterlandspartei — Der Sturz Bethmanns — Friedensresolution und Flaumacherei — Die sozialistische Presse zum Kanzlerwechsel

Für die erste Julihälfte war der Reichstag wieder zur Tagung berufen. Zu seinem Zusammentritt verlangte der „Vorwärts" (7. Juni) eine große weithin sichtbare entscheidende Tat. Eine solche wäre die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten.

Digitized by Google

In der gleichen Zeitung (24. Juni) stellte Scheidemann, aus Stockholm zurückgekehrt, dar, welche Schwierigkeiten angeblich den deutschen Sozialisten bei ihrem Versuch, den Frieden herbeizuführen, immer wieder aus der vermeintlichen Rückständigkeit der deutschen Verfassungsverhältnisse erwüchsen. Auch die „Chemnitzer Volksstimme" (25. Juni) schrieb: „Nur in Deutschland glaubt die Regierung tiefgreifende, sichtbare Reformen an Reich und Staat jetzt noch nicht nötig zu haben." Darüber hinaus verlangte der Abg. Dr. Quessel in der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung" das parlamentarische System, weil durch dieses die Spaltung der politischen Kräfte der Nation in zwei einander entgegenwirkende Teile beseitigt werden, und der Dualismus zwischen Politik und Krone schwinden könne (!).

„Es ist unsinnig, zu behaupten, Lloyd George wolle die Demokratie für Deutschland, weil er wisse, daß die Demokratie für Deutschland ein Schaden sei." (Breslauer Volkswacht, 3. Juli.) Natürlich, einen wohlwollenderen Freund Deutschlands als Herrn Lloyd George gab es ja in der ganzen Welt nicht! Unterstützt wurden solche Anschauungen durch demokratisch-pazifistische Äußerungen. So bestritt Professor Foerster in der „Münchener Post" und im „Volksfreund", Karlsruhe (4. Juni), einen allgemeinen Vernichtungswillen der Gegner gegen uns; dieser Wille richte sich nur gegen „eine bestimmte, machtpolitische Sippe". Werde Deutschland demokratisiert, so könne die zu einem Frieden mit dem deutschen Volke bereite Minderheit schnell zur Mehrheit werden.

Ein klassisches Beweis demokratischer und sozialdemokratischer Urteilsfähigkeit in äußerer Politik, sowie es sich um Parteiziele handelte.

Daneben begann die sozialdemokratische Presse mit der Veröffentlichung von meist eine starke Kriegsmüdigkeit widerspiegelnden Feldpostbriefen.

Eine Reihe weiterer Momente wirkte ungünstig auf die Stimmung der Massen ein: Das langsame Vorankommen, besser Versanden der Stockholmer Konferenz[1]), das Ausbleiben unmittelbar friedensfördernder Wirkungen der russischen Revolution, die Aussicht auf einen vierten Kriegswinter, die Erbitterung vieler Arbeiter über das Verhalten man-

[1]) Der Abg. Bernstein hatte in der „Internationalen Rundschau" (Zürich) einen so einseitig deutschunfreundlichen Aufsatz über die Leitgedanken der Unabhängigen in Stockholm erscheinen lassen, daß im gleichen Blatte ein Russe ihm widersprach.

cher Arbeitgeber, zumal im Vaterländischen Hilfsdienst, die Brot- und Kartoffelknappheit, die Teuerung auf dem Frühgemüse- und Kohlenmarkt. Dazu kam die nervenanspannende Defensive an allen Fronten und — als Schlimmstes — die Wühlarbeit der Unabhängigen Partei.

Daß Führer und Presse der Sozialdemokratie alles, was die Not der Stunde erforderte, getan hätten, um dieser weit verbreiteten Unzufriedenheit, teilweise Mutlosigkeit Herr zu werden, kann — von rühmlichen Ausnahmen abgesehen — nicht zugegeben werden. Jedenfalls sahen die „Führer" sich einer Massenstimmung gegenüber, die sie vorwärts trieb. Wie bei dem Aprilstreik, zeigte es sich auch diesmal, daß es eine wirkliche Führung nicht gab, sondern Abgeordnete und Gewerkschaftsbeamte die Geschobenen eines Willens waren, der — nicht ohne ihr Zutun — eine Bahn einzuschlagen begann, die keineswegs zum Heile des Volksganzen und damit auch zu dem der Arbeiterklasse führen konnte.

Wie oft hat sich nicht dieses Schauspiel seit den Tagen der Revolution, dieses größten Verbrechens am deutschen Volke, bei den Männern, die uns regierten, wiederholt!

Die Frage bleibt offen, ob dies damals von den Führern erkannt wurde. Wenn ja, so fehlte ihnen der Mut oder die Kraft, auf dem beschrittenen Wege Halt zu machen; wenn nein, so kann ihnen der Vorwurf mangelnder Einsicht in die Zusammenhänge zwischen innerer und äußerer Politik nicht erspart werden.

Am 3. Juli unternahm der Abg. Ebert in der Sitzung des Hauptausschusses einen Vorstoß gegen die Regierung. Er erklärte unter Hinweis auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, daß wir am Ende unserer Kraft seien; wir seien am Schluß.

Man sei jetzt dabei, den allerjüngsten Jahrgang einzuziehen: Junge Arbeiter, Lehrlinge im Alter von 17 bis 18 Jahren, ausgemergelt, unterernährt, überarbeitet, zögen in die Kasernen, ohne Zuversicht, in gedrückter Stimmung und verängstigt. (Wer trug an dieser Stimmung die Schuld? D. Verf.)

Zu all diesen niederdrückenden Sorgen kämen schwere Enttäuschungen. Die übertriebenen Hoffnungen auf den U-Bootkrieg seien nicht in Erfüllung gegangen. Der England zugefügte Schaden sei durch den Hinzutritt Amerikas völlig ausgeglichen worden.

Die Stimmung bei unseren österreichischen Bundesgenossen sei

außerordentlich schlecht. Unsere alldeutsche Presse habe alles getan, um unsere Beziehungen zu Österreich zu vergiften.

Die Haltung der Neutralen werde für uns von Tag zu Tag ungünstiger.

Das Volk habe alles Vertrauen zu der Regierung und ihren Erklärungen verloren. Er fordere, daß man sobald wie möglich zu einem Frieden komme. Wenn auch das offizielle Frankreich und England sich noch ablehnend verhielten, so eröffneten doch die Zustände in Rußland Hoffnungen. In Frage kommen könne aber kein Sonderfrieden, sondern nur ein allgemeiner. Daher müsse die deutsche Regierung die Rußland gegenüber aufgestellte Formel „keine Annexionen, keine Kontributionen" für die Friedensverhandlungen mit allen Mächten maßgebend sein lassen. Dadurch werde die in Rußland vorhandene Friedensstimmung in ihrer Einwirkung auf die Westmächte wesentlich unterstützt. Schon jetzt stehe ein günstiger Einfluß auf die Völker in den Ententeländern fest. Doch noch ein Weiteres sei notwendig. Schöne Reden, Erklärungen und kaiserliche Botschaften über die Neuorientierung im Innern genügten nicht. Das Volk frage sich: wozu die großen Opfer, wenn die Regierung nicht gewillt ist, uns das Notwendigste, Unentbehrlichste, Selbstverständlichste — die politische Gleichberechtigung, zu gewähren, das Dreiklassenwahlsystem zu beseitigen?

Der Hinweis auf den Burgfrieden sei heute zum Gespött aller geworden, wie die alldeutsche Hetze beweise. Das Ausland habe die Zeichen der Zeit besser zu nützen gewußt. Die Vertagung der Wahlrechtsreform bis nach dem Kriege sei ganz unhaltbar geworden.

Der Redner, dessen Darlegungen sich völlig in dem sattsam bekannten engen Parteirahmen bewegten, schloß mit dem Hinweis an die Regierung, daß die demokratische Reform im Innern Deutschlands eine Voraussetzung sei sowohl für die innere Festigung des Volkes wie auch für die Stärkung nach außen hin. Ob Herr Ebert als ehrlicher Mann auch heute noch so denkt?

Die Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten wurden von dem Abg. Erzberger unterstrichen, besonders, soweit sie sich auf die behauptete Wirkungslosigkeit des U-Bootkrieges bezogen. Am 6. Juli unternahm Erzberger — diesem betriebsamen, überall auftauchenden Abgeordneten war bisher von fast allen Regierungsstellen, besonders dem Auswärtigen Amt, ein beinahe restloses Vertrauen entgegengebracht

worden — von dieser Frage ausgehend, einen heftigen Angriff gegen die Politik des Kanzlers.

Der Staatssekretär Dr Helfferich trat, auch an den folgenden Tagen, den Angriffen beider Redner und ihrer Parteifreunde, besonders des soz. Abgeordneten Hoch, entgegen und versuchte vor allem, die verzweifelte Stimmung, die sich eines großen Teiles der Abgeordneten — besonders der Linken — bemächtigt hatte, zu bannen. Dies gelang ihm leider nicht völlig.

Auf die weiteren Ereignisse, die später zu der verhängnisvollen Friedensresolution führten, einzugehen, kann ich mir versagen. Dr. Helfferich hat sie im 3. Bande seines Buches „Der Weltkrieg" geschildert. Nur auf einen Punkt möchte ich hier ausdrücklich hinweisen. In den Verhandlungen des Helfferich-Erzberger-Prozesses erklärte der als Zeuge vernommene frühere sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David [1]: „Das Auftreten Erzbergers im Hauptausschuß war für uns von größter Bedeutung, weil uns damit plötzlich die Aussicht eröffnet wurde, nun im Reichstage eine Mehrheit für unsere Friedenspolitik zu finden."

Während man also auf sozialdemokratischer Seite sich bemühte, die kriegsmüde Stimmung im Volke politisch zu verwerten, suchte das Zentrum, insbesondere Herr Erzberger, diese Kräfte, anstatt sie niederzuhalten, zu fördern und ihnen erst die Möglichkeit zur Auswirkung zu verschaffen.

Daß der Freisinn der Sozialdemokratie, wie üblich, den Steigbügel hielt, bedarf kaum der Erwähnung.

Zunächst wurde von den drei Parteien des Zentrums, der Fortschrittler und der Mehrheits-Sozialdemokraten eine „interfraktionelle Kommission" gebildet. Die „Verzichtsmehrheit" hatte sich unter demokratischer Führung zusammengefunden. Bis heute regiert sie das deutsche Volk. Lebensbedingung der Demokratie aber war und ist Unterdrückung der Minderheiten (im Gegensatz zur Monarchie, in deren Wesen Schutz der Minderheiten begründet ist). Daher nahm von nun an die Hetze gegen die anderen Parteien, die „Junker und Kriegsverlängerer" immer wüstere Formen an. Ihren Höhepunkt erreichte sie nach der Gründung der „Vaterlandspartei", die den Kampf gegen den „Verzichtfrieden" mit aller Schärfe aufnahm.

Ich kann mir vorstellen, daß zu ihrer Gründung folgende Erwägungen geführt haben:

[1]) „Tägliche Rundschau" v. 1. 3. 20.

Die Zielloſigkeit und Schwäche der Regierung Bethmann Hollwegs trug die Schuld, daß ungeachtet aller militäriſchen Erfolge ein Teil der Nation in ſeinem Siegeswillen zu erlahmen begann. So war der Boden für den Gedanken vorbereitet, daß Deutſchland nur nachzugeben und zu verzichten brauche, um zu dem heißerſehnten Frieden zu gelangen.

Neben der ſozialdemokratiſchen Preſſe waren es auch ſich als bürgerlich bezeichnende Blätter, wie das „Berliner Tageblatt", die „Frankfurter Zeitung" und die „Zukunft" Hardens, die für dieſe, eine gedeihliche Zukunft preisgebende Anſicht warben.

Die wahre Meinung breiter Volksſchichten konnte nicht zu Worte kommen, da die Großpreſſe feſt in den Händen jener international gerichteten Kreiſe war, die die Forderung nach einem größeren und ſtärkeren Deutſchland bekämpften.

Der Reichstag konnte (beſonders ſpäter nach Annahme der Deutſchland in der furchtbarſten Weiſe ſchädigenden Friedensreſolution), nicht mehr als Organ des Volkswillens betrachtet werden. Die Parteien, in leidenſchaftlichem Kampfe um die zukünftige Staatsorganiſation, verkannten entweder die großen Staatsnotwendigkeiten oder waren bereit, dieſe der Parteimacht zu opfern.

Vom Reichstag war ſomit nichts zu erhoffen.

Das Volk mußte daher ſeine Angelegenheiten ſelbſt in die Hand nehmen und kräftig an der Geſtaltung ſeines Schickſals mitarbeiten.

Pflicht einer neuen Regierung würde ſein, neue Wege zu gehen. Dazu bedurfte ſie eines ſtarken Rückhaltes im Volke.

Es war eine unbeſtreitbare Tatſache, daß in der Not des Krieges ſtarke nationale Kräfte erwacht waren. Millionen deutſcher Männer hatten außerhalb der politiſchen Parteien wiederholt Proteſt erhoben gegen eine ſchwächliche, den Glauben an Deutſchlands baldigen Zuſammenbruch nährende Politik.

Die Kräfte waren vorhanden; es galt, ſie zuſammenzufaſſen.

An die Spitze des Bundes trat der Großadmiral von Tirpitz. Es mag hier vorweg bemerkt werden, daß ſich im Oktober 1917 unter Führung eines Dr Grabowsky als Gegenorganiſation ein „Volksbund für Freiheit und Vaterland" bildete, der ſich vor allem auf die freien Gewerkſchaften ſtützte. Die Stoßkraft des nationalen Gedankens wurde durch ihn nicht gefördert.

Daß der „Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer" des sozialdemokratischen Redakteurs Kuttner gegen die Vaterlandspartei Stellung nahm, war in der oben gekennzeichneten Tendenz dieser Vereinigung begründet. —

Über die Ereignisse, die zum Sturze Bethmann Hollwegs führten, finde ich in meinem Tagebuch folgende Aufzeichnung:

Die allgemeine Stimmung im Reichstag war längst gegen den Reichskanzler. Man warf ihm vor allem Entschlußlosigkeit vor. Die Beehandlungen im Haushaltsausschuß verliefen ohne sein Beisein zunächst ohne Zwischenfall.

Nach den bekannten Reden Eberts, Hochs und Erzbergers, den Erwiderungen Helfferichs und Capelles und der Einbringung von Erzbergers Friedensresolution beschloß der Ausschuß, die Anwesenheit des Kanzlers zu fordern.

Der Kriegsminister hatte sich sofort mit der O. H. L. [1]) in Verbindung gesetzt und Thronvortrag zur „Beurteilung des Antrags Erzberger vom militärischen Standpunkt aus" vorgeschlagen. Die Anmeldung des Vortrages sollte von der O. H. L. erfolgen. Das Erscheinen Ludendorffs im Reichstag wurde nicht für gut gehalten. Die O. H. L. war einverstanden und meldete den Vortrag an, leider ohne den militärischen Charakter zu betonen. Am 7. August um 3^{30} nachm. sollte er in Berlin im Schloß Bellevue stattfinden. Der Kanzler kam 3^{28} an und fuhr vom Bahnhof direkt zum Reichskanzler. Später empfing er die Herren der O. H. L. und den Kriegsminister sehr ungnädig und wies darauf hin, daß die Angelegenheit keine militärische sei. Die Herren der O. H. L. reisten noch denselben Abend wieder ab.

Am 8. August erklärte der Abg. Stresemann, daß seine Partei kein Vertrauen zum Reichskanzler hätte. Er stellte die Frage an ihn, ob er glaube, fähig zu sein, den Frieden zu schließen. Der Kanzler widerlegte die einzelnen Vorwürfe recht gut und betonte, daß es gehen würde, wenn es dem Vaterlande nicht zum Schaden gereiche. Graf Westarp (Kons.) sprach sehr kühl gegen den Kanzler, ebenso der Vertreter der Sozialdemokratie. Den Ausschlag gab das Zentrum, das durch den Abg. Fehrenbach sein Einverständnis mit der Friedenskundgebung er-

[1]) Oberste Heeresleitung.

klaren ließ. Die Partei hätte nichts gegen den Kanzler, wenn er folgende Forderungen annähme: Erlaß der Friedenskundgebung, Durchführung der Wahlreform und Ernennung von Parlamentsministern.

Also so weit war es mit dem ewigen Nachgeben gekommen!

Während der Sitzung erzählte mir ein Abgeordneter, der Kanzler habe es durchgesetzt, daß die Abgeordneten nicht von der O. H. L. empfangen würden, obwohl der Kriegsminister dies vorgeschlagen habe. Ein Abgeordneter richtete an den Kanzler eine entsprechende Frage, dieser erwiderte, daß er davon nichts wisse. Der Kriegsminister schwieg, weil er sonst vielleicht die Richtigkeit des Gerüchts hatte bestätigen müssen.

Die Aufregung im Reichstag und in Berlin war groß. Sie wurde durch die unglaublichsten Pressemeldungen vermehrt.

In dem nachfolgenden Kronrat drückte der Kanzler das allgemeine Wahlrecht für Preußen durch. Ein Antrag der O. H. L., sie an diesem Kronrat zu beteiligen, wurde vom Reichskanzler abgelehnt, da nur innere Fragen behandelt würden.

Wie nichts mehr zu retten war, reichte der Kanzler seinen Abschied ein. Seinen Sturz hatte er seiner ziellosen, schwankenden Politik nach Außen und Innen zuzuschreiben. Das Volk mußte und wollte einen Führer haben. Als es diesen in Herrn v. Bethmann nicht fand, versuchte es selbst die Führerschaft durch die Volksvertretung in die Hand zu nehmen. Daher die Forderungen, die Schritt auf Schritt folgten. Nur schade, daß sich im Reichstag wohl zahlreiche Demagogen fanden, aber kein einziger wirklicher Führer. Der Kanzler wiederum glaubte durch Zugeständnisse viel zu erreichen. Wie Nachgiebigkeit an falscher Stelle niemals Segen bringt, so auch hier nicht. Die Sozialdemokratie und das Zentrum ließen ihn im Stich. Es war bedauerlich, daß der Vizekanzler, Exzellenz Helfferich, ihm auf dem Wege der Konzessionsmacherei gefolgt war. Nur ein Ratgeber mit unnachgiebigem eisernen Willen hätte den Kanzler halten können. In diesem Sinne hatte ich mich in einer an den Kriegsminister gerichteten Denkschrift ausgesprochen, aber ohne Erfolg.

Es war schade, daß solche Denkschriften nicht zur Kenntnis des Allerhöchsten Herrn kamen. Mehrfach habe ich während der zweiten Hälfte des Krieges Denkschriften über die innere Lage verfaßt und darin Erfüllung gewisser Forderungen als unaufschiebbar bezeichnet. Der Kaiser hat niemals Kenntnis von ihnen erhalten. Dafür sorgte seine

nächste Umgebung. Dieses System wurde von vielen Seiten mit Recht beklagt. Der Kaiser wollte das Beste, daran ist nicht zu zweifeln; wie konnte er aber eingreifen, wenn er nicht unterrichtet wurde? Ein Teil der Schuld daran, daß dies nicht geschah und damit an den späteren Ereignissen trifft diejenigen, die berufen waren, ihn aufzuklären. Oft hat mir der Generaladjutant des Kaisers, General v. Gontard, seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß ich nicht zum Vortrag bei S. Majestät herangezogen würde. Auch er scheint keine Möglichkeit gehabt zu haben, dies durchzusetzen.

Wie weit dies Fernhalten von Persönlichkeiten ging, die in einem anderen Sinne hätten wirken können, als die nächste Umgebung des Kaisers es wollte, dafür ein Beispiel:

Als der Kaiser im Winter 1916 mehrere Wochen in Potsdam weilte, erschien bei mir der Generaloberst v. Kessel mit der Bitte, ob ich nicht durchsetzen könne, daß er vom Kaiser empfangen würde. Er wolle ihm vorhalten, wohin die Kanzlerschaft eines Bethmann Hollweg führen müßte, und daß seine sofortige Ersetzung durch einen starken Mann eine unbedingte Notwendigkeit sei. Er wurde nicht vorgelassen. Mit Tränen in den Augen fuhr der alte General fort: „Wer das innige Verhältnis kennt, das zwischen dem Allerhöchsten Herrn und mir besteht, wird meinen Kummer verstehen. Es ist noch nicht dagewesen, daß der Kaiser mich nicht in den ersten Tagen seiner Anwesenheit empfangen hat."

Ich glaube, die Episode ist bezeichnend.

Leider hatte man bei der Wahl des neuen Kanzlers[1]) die Verhältnisse an verantwortungsvoller Stelle nicht so, wie ich sie geschildert habe, beurteilt. Anstatt einen Mann mit festem Willen an die Spitze zu stellen, der allein imstande gewesen wäre, die Macht wieder auf

[1]) Daß der Kanzler nicht etwa wegen seiner Gegnerschaft zur Friedensresolution zurückgetreten ist, beweisen seine Bekundungen im Helfferich-Erzberger-Prozeß. Am 2. 3. 20 sagte er aus: „Es ist durchaus richtig, wenn hier behauptet wurde, daß die Friedensresolution an sich durchaus in der Linie meiner Politik gelegen hat. Ich habe das im Ausschuß ausdrücklich gesagt. Ich habe nur bedauert, daß die Resolution gefaßt wurde im Anschluß an eine gewisse panikartige Stimmung, die erregt war durch die Ausführungen der Sozialdemokraten am 3., 4. und 5. Juli und die Ausführungen des Nebenklägers (Erzberger). Die Verbindung einer solchen Resolution mit der Erklärung, daß wir nicht weiter können, habe ich beklagt. Umsomehr muß ich auch wundern, daß behauptet worden sein soll, ich würde die Friedensresolution niemals unterschrieben können . . ." („Tägl. Rundsch." v. 3. 3. 20.)

Seite der Regierung zu bringen, griff man auf eine Persönlichkeit zurück, die, an Charakter vorzüglich, in keiner Weise das Können besaß, der Lage Herr zu werden, trotz des besten Willens.

So bekam bald, wie vorauszusehen war, der Reichstag das Heft in die Hände.

Am 11. Juli wurde die Order über das gleiche Wahlrecht vom Könige unterzeichnet und am nächsten Tage veröffentlicht.

Die Parlamentsherrschaft war auf dem Marsche. Im Gefühl seiner Macht lehnte Herr Scheidemann jede Änderung am Wortlaute der Friedensresolution ab.

Am 19. Juli 1917 — dem ersten dieses Jahres in der Geschichte des Krieges — wurde die sog. Friedensresolution gegen eine beträchtliche Minderheit (212 gegen 126 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen) im Reichstage angenommen. Die Zerrissenheit des deutschen Volkes lag vor den Augen der Welt. Der Feindbund frohlockte: jetzt geben sie das Rennen auf —! Die angesponnenen Friedensfäden wurden zäh zerrissen.

Triumphierend aber gingen einher Herr Scheidemann — er sah die dreimal heilige Partei auf dem Wege zur Macht; wenn nötig, über des Reiches Leiche hinweg, was verschlug's der sogenannten „deutschen" Sozialdemokratie? — und Herr Erzberger, sich fühlend in seiner Rolle als Kanzlerstürzer und „bedeutendsten" Politiker der Zentralmächte

Ich neide ihm nicht seinen Herostratenruhm. —

Es ist bekannt, wie der Abg. Erzberger sich von jetzt ab bemühte, seiner Ansicht von der Notwendigkeit der Resolution allenthalben zum Siege zu verhelfen. In seiner berüchtigten Rede zu Biberach (seinem Wahlkreise) am 16. September 1917 scheute er sich nicht, die Kriegsführung schädigende Mitteilungen militärischen Inhaltes zu machen, um daraus Schlüsse auf die politische Lage zu ziehen, die in hohem Maße geeignet waren, den Siegeswillen zu schwächen, ja ganz zu unterdrücken.

Leider trat das Reichsjustizamt von gerichtlichem Einschreiten ab, da die Feststellung des subjektiven Tatbestandes des Landesverrates nicht möglich sein würde.

Um dieselbe Zeit berichtete das stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps an das Kriegsministerium, daß nach ganz zuverlässigen Nachrichten Abgeordnete der Mehrheitsparteien, darunter ins-

besondere der Zentrumsabgeordnete Giesberts, die Auffassung verbreiteten, Deutschland sei gezwungen, unter allen Umständen Frieden zu schließen, da es vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stände, zumal in Rücksicht auf die kommende sehr schlechte Getreideernte.

Die Urheber dieser Gerüchte sollten sogar behaupten, daß die Oberste Heeresleitung dieser Anschauung beipflichte.

Ähnliches wurde aus Baden gemeldet. Auch hier hatten Zentrumsabgeordnete erklärt, der Krieg müsse bald ein Ende nehmen, da uns allen die Rohstoffe ausgingen.

Vom Abg. Wirth hieß es, er mache in Freiburg an den für die dortige Stimmung sehr einflußreichen Stammtischen flau. Als Hauptargument folgte stets der Endtrumpf: „Wenn wir reden dürften." Im Wiesloch er Bezirk (südlich Heidelberg) habe ein Agitator behauptet: „Erzberger habe dem Reichskanzler nachgewiesen, daß dieser sich bei den Berechnungen über die Wirkung des U-Bootkrieges um 20 000 000 t englischer Tonnage geirrt habe. Erzberger brauche nur ein Wort zu sagen, dann habe die Regierung das Volk gegen sich."

Folge der Agitation: Ein Geistlicher dieses Bezirkes erklärte, er habe den Mut nicht mehr, für die Kriegsanleihe zu sprechen, denn das würde der Religion schaden.

Die Organisation dieser Flaumacher, allmächtig durch den Nimbus Erzbergers, wurde im Volke gestützt vom kirchlichen Sinn der kleinen Leute. Ihre Arbeit vollzog sich in der Dunkelheit, kaum in öffentlichen Versammlungen und war deshalb nicht nachdrücklich zu fassen.

Nachfolgend einige Äußerungen der sozialistischen Presse zur Krise:

Am 10. Juli 1920 schrieb die „Magdeburgee Volksstimme", im Hauptausschuß sei kein welterschütterndes Ereignis aufgedeckt. Was sich vollzogen habe, sei eine Revolte der Gewissen gegen die Schreckensherrschaft der alldeutschen Phrase. (Das Wort vom „weißen Terror" gab es damals noch nicht.)

Die „Fränkische Tagespost" (9. Juli) blickte auf die Reichskanzlerschaft des derzeitigen Kanzlers mit dem Bemerken zurück, er habe sich der Arbeiterbewegung gegenüber um eine kräftige Nuance reaktionärer erwiesen als Graf Posadowsky. Am 11. Juli stellte Stampfer im „Vorwärts" die Vorbedingung für den Eintritt von Sozialisten in die Regierung auf, daß es sich nicht, wie in Frankreich, Belgien und England um ein Ministerium zur vollen Niederkämpfung der Feinde,

sondern wie in Rußland, um ein solches des Friedens- und Freiheitswillens handeln müsse. Der klare demokratische Wille der betreffenden Regierung sei unbedingt notwendig, jeder Schein seines Fehlens höchst bedenklich.

Die Anforderungen an Bethmanns Nachfolger umschrieb die sozialdemokratische Presse folgendermaßen: er müsse fest auf dem Boden des Wahlrechtserlasses stehen und den Willen haben, das gleiche Wahlrecht in Preußen gegen alle Widerstände durchzusetzen; er müsse ferner die Neuordnung im Reiche sofort und gründlich vornehmen, und schließlich müsse er vorbehaltlos und aus innerer Überzeugung der Friedensformel der Reichstagsmehrheit beitreten und sein Verbleiben im Amt vom Vertrauen der Mehrheit abhängig machen. Der „Vorwärts" (14. Juli) fügte hinzu: „Dieser Mann muß den Beweis dafür erbringen, daß das Königtum der Hohenzollern das deutsche Volk nicht daran hindert, das freieste Volk der Welt zu sein."

Die Ernennung des Unterstaatssekretärs Dr Michaelis überraschte die sozialdemokratische Presse völlig. Zwar fühlte sie sich durch die Übergehung der Parteiführer bei den Erwägungen, die zu seiner Ernennung führten, verletzt — ein Zeichen dafür, mit welcher Selbstverständlichkeit sie bereits auf die Erfüllung ihrer politischen Forderungen rechnete —, doch empfing sie den neuen Kanzler ohne Äußerungen des Mißtrauens. Daß sich eine Reichstagsmehrheit für die Erzbergersche Friedensformel fand, erweckte natürlich große Freude im sozialdemokratischen Lager. Man erblickte hierin einen Erfolg der eigenen, konsequent verfolgten Politik. Darum galt die besondere Sorge der Parteipresse der Erhaltung des Mehrheitsblocks.

Zwischen der Mehrheits- und der Minderheitspartei brachte die Resolution keine Annäherung. Die „Unabhängigen" sahen in dem scharfen Vorgehen der alten Fraktion — nicht ganz mit Unrecht — den Versuch, ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sie erklärten daher die Formel als „bestellte Arbeit" und „Karikatur auf die Ziele des russischen A.- und S.-Rates".

Die Order über das gleiche Wahlrecht vom 11. Juli wurde von der sozialdemokratischen Presse sehr kühl aufgenommen. Sie blickte bereits fasziniert auf das „parlamentarische System" als Hauptziel.

Dementsprechend begegneten auch die nach dem Kanzlerwechsel in der Regierung vollzogenen Neuerungen, durch die eine Reihe von Par-

lamentariern der Mehrheitsparteien auf leitende Posten berufen wurden, starkem Mißvergnügen. Nicht wegen der Persönlichkeiten, deren fachliche Tüchtigkeit fast allgemein anerkannt wurde, sondern wegen des Ausbleibens durchgreifender Parlamentarisierung, die eine vorhergegangene Verständigung mit der Mehrheit über die einzelnen Kandidaten bedinge. Die jetzige Form der Berufung könne nur als Übergang zum parlamentarischen System erträglich sein; für die Dauer sei sie unerträglicher und schlimmer als der alte Zustand. Dieser habe immerhin auch seine Vorzüge gehabt und z. B. der Ämterjägerei von Parlamentariern einen Riegel vorgeschoben (Magdeburger Volksstimme vom 10. August). Auch Scheidemann fand, „das sei keine Neuorientierung", sondern die Obrigkeitsregierung mit neuen Männern; zur Herbeiführung eines schnellen Friedens sei aber das parlamentarische Regime unbedingt nötig.

Immerhin entnahm man aus der Ernennung des Sozialdemokraten Dr August Müller zum Unterstaatssekretär den Anstoß und gewissermaßen das Recht zu verschärfter Werbearbeit unter der Beamtenschaft für die Sozialdemokratie.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Mehrheitspresse im allgemeinen in den schwierigen Tagen der Krise zur Monarchie als Institution ein auskömmliches Verhältnis gesucht hat. Vereinzelt gingen angesehene sozialdemokratische Blätter darüber noch hinaus. So brachte das „Hamburger Echo" am 14. Juli einen ganz ungewöhnlich beachtenswerten Aufsatz „Die Politik des Kaisers", in dem anerkannt wurde, daß es dem Kaiser stets mit der Versöhnung der sozialen Gegensätze Ernst gewesen sei, und daß er am 4. August 1914 mit schöpferischem Instinkt politisch das Rechte getan habe. Die Wiederkehr des alten Mißtrauens wünsche wohl weder Monarch noch Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie sei nicht darauf erpicht, aus Deutschland eine Republik zu machen (?), und die Monarchie werde auf den Schultern der Millionen werktätiger Männer ebenso fest und sicher ruhen, wie auf den gekrümmten Rücken der altpreußischen Granden.

Es erhoben sich sogar — ganz vereinzelt — Stimmen, die in klarer politischer Einsicht sich gegen den Parlamentarismus aussprachen. So schrieb Heilmann in der „Glocke", es sei die Wesenheit dieses Systems, daß der Minister, der zu einem Amte berufen würde, nichts von ihm verstünde. Heilmann zeigte sich nicht blind für die Vorzüge

pflichtbewußter Beamtenregierungen, die erfahrungsgemäß statt nur der „interessanten" hohen Politik auch Sozialpolitik zu treiben wüßten. Die Parteipresse lehnte den beachtenswerten Aufsatz entweder scharf ab oder schwieg ihn tot.

Für die zweite Hälfte des Oktober wurde der erste Parteitag der alten sozialdemokratischen Partei nach der Spaltung in Aussicht genommen.

Am 20. Juli erklärte die Sozialdemokratie in einem Schreiben an die russische Delegation des Arbeiter- und Soldatenrates, daß die Regierungen, die nach der Stockholmer Konferenz (deren endgültige Verhandlungen nunmehr für den Herbst beabsichtigt wurden) noch Eroberungen oder finanzielle Vergewaltigungen als Kriegsziel bezeichneten, aufs entschiedenste bekämpft werden müßten.

Nach jedem deutschen Siege wurde halb besorgt, halb drohend gefordert, keinesfalls das Programm der Reichstagsmehrheit zu ändern und in gleichem Atem kühnlich behauptet, durch diese Haltung des deutschen Volkes allein werde der Friedensgedanke der Welt mächtig gefördert. Auch die ablehnende Geste der Entente gegenüber der Friedensnote des Papstes (Mitte August) änderte an dieser Überzeugung nichts.

So wurden gleichzeitig der eigenen Regierung die Hände gebunden und dem Feindbund ein Freibrief auf Fortsetzung des Krieges, ohne Schaden für sich befürchten zu müssen, ausgestellt. Was natürlich der politischen Einsicht deutscher Internationalisten unfaßlich blieb. Sie hat nicht einmal der November 1918 und dessen Folgen belehrt.

7.

Radikale Wühlarbeit — Die Meuterei auf der Hochseeflotte

Eifrig arbeitete die Unabhängige Sozialdemokratische Partei an ihrer inneren Festigung. Nachdem sie das erste Stadium einer gewissen Unsicherheit überwunden hatte, gelang es ihr, allmählich weiteren Boden zu fassen. Berlin, Leipzig und die Hansastädte wurden bald zu ihren Kraftzentren, besonders, als sich weite Kreise der „Linksradikalen" ihr anschlossen.

Annäherungsversuche der alten Partei, an denen es nicht fehlte, wurden höhnisch abgewiesen. So bemerkte das „Mitteilungsblatt" der Berliner Unabhängigen zu solchen frommen Wünschen kurz, die guten Leutchen brauchten sich keine Mühe zu geben, eine Verkleisterung herbeizuführen; „nur mit Sozialdemokraten, nicht mit Sozialpatrioten kann man sich einigen." Noch deutlicher wurde der Abg. Mehring, der in der „Leipziger Volkszeitung" (16. August) erklärte, mit einer Partei von Gnaden des Belagerungszustandes und der Regierung, das heiße: mit einem Leichnam, verbände man sich nicht.

Das Streben der Unabhängigen ging besonders dahin, die gewerkschaftliche Disziplin zu erschüttern; einige Gewerkschaftskartelle (Metallarbeiterverband) waren bereits politisch in Abhängigkeit von ihnen geraten. Unter Ausnutzung der Kriegsmüdigkeit und Ernährungsnot wurde erneut zum Streik gehetzt[1]). Wenn auch die Drahtzieher vorsichtig im Hintergrunde blieben, so gab sich die unabhängige Presse doch nicht einmal die Mühe, ihre Beteiligung ausdrücklich zu leugnen. Daß auch diesmal wieder feindliches Geld im Spiele sei, wurde selbst von einem Teile der Gewerkschaften in Versammlungen und in der Presse als sicher bezeichnet.

Warnend wiesen Kriegsministerium und Reichsmarineamt die zuständigen Behörden, Reichsamt des Innern und Preußisches Ministerium des Innern, auf die wachsende Gefahr hin.

Allmählich begann die sozialdemokratische Presse ihre Haltung gegenüber dem Kanzler zu verschärfen. Man mißtraute seinem ehrlichen Willen, auf dem Boden der Friedensresolution stehen zu bleiben und verlangte von ihm eine unzweifelhafte Absage an die Kriegsziele der Rechten. Der „Vorwärts" erklärte sogar am 10. September: „Herr Michaelis ist der erklärte Liebling aller Feinde des Reichstags, des Verständigungsfriedens und des politischen Fortschritts. Er hat bis zum heutigen Tage nicht eingesehen, daß ein Kanzler, zu dem das Volk Vertrauen haben soll, sich nicht durch solche Liebe kompromittieren lassen darf."

Vor allem aber forderte man, daß der Kanzler den Kampf gegen die verhaßte Vaterlandspartei aufnehme. In ihr sah die Sozialdemokratie mit sicherem Instinkt den unerbittlichen Feind aller internationalen Friedensduselei, und deshalb zog sie mit allen Kräften der Demagogie

[1]) Siehe Anhang, „Flugblattpropaganda", Nr. 8

gegen ihre Anhänger (die sich übrigens auch unter den „Genossen" fanden) zu Felde. Regierung und Behörden (vornehmlich auch die Militärverwaltung) wurden der Begünstigung der „alldeutschen Hetze" beschuldigt und man behauptete, „das Volk", dessen alleinige Vertreterin zu sein die Sozialdemokratie sich schon immer widerrechtlich angemaßt hatte, verlange nun nach einem baldigen Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen". Keineswegs wollte man im sozialistischen Lager sich die so mühsam wieder errungene Massengunst durch eine neue nationale Welle fortschwemmen lassen.

Der Kanzler, der innerlich wohl den Anschauungen der Rechtsparteien zuneigte, machte keine Anstalten, sich diesen Forderungen zu beugen.

Inzwischen zeitigte die Arbeit der Unabhängigen an einer Stelle Früchte, wo man es nicht erwartet hatte.

Es zeigte sich, wie berechtigt jene Warnungen der militärischen Stellen gewesen waren.

Einem Wetterleuchten gleich wiesen die Ende Juli auf der Hochseeflotte entdeckten, bisher in einer deutschen Truppe für unmöglich gehaltenen Vorgänge auf das kommende Unheil hin.

Diese politischen Umtriebe sind einerseits so bezeichnend für die Taktik der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, andererseits von solcher Bedeutung für die Weiterentwickelung der inneren Politik Deutschlands, daß ich näher auf sie eingehen muß.

Die Marineverwaltung erhielt von dem, was vorging, zuerst Kunde durch den Brief eines Reichstagsabgeordneten vom 28 Juli 1917. Hierin wurde mitgeteilt, daß auf den Schiffen „Friedrich der Große", „Prinz-Regent Luitpold" und „Pillau" in letzter Zeit Meutereien und Gehorsamsverweigerungen vorgekommen seien. Als Ursachen wurden schlechtes Beispiel der Offiziere, schlechte Verpflegung und Nichteinlösung von Urlaubsversprechungen angeführt.

Die Ermittelungen ergaben nachstehendes Bild:

Das Vorhandensein einer Geheimorganisation war festgestellt, die Rädelsführer ermittelt und verhaftet. Die Verbindung, deren Mittelpunkt auf „Friedrich dem Großen" sich befand, stand mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in nahem Zusammenhange. Sie bezweckte eine Propaganda für sofortigen Frieden durch Verweigerung aller Kriegsmittel, letztrn Endes auch des Dienstes. Im Oktober 1917 sollte eine

allgemeine Dienstverweigerung der Mannschaften und damit eine Lahmlegung der Flotte erfolgen. Die Bewegung hatte zur Deckung ihrer eigenen Wühlarbeit und ihrer landesverräterischen Zwecke die in dem Briefe des Reichstagsabgeordneten bezeichneten drei Punkte vorgeschoben. Von diesen Beschwerden war folgendes zuzugeben:

Die Güte des Offizierkorps hatte durch fortgesetztes Herausziehen der besten jüngeren Offiziere für den U-Bootsdienst und die Luftwaffen gelitten. Erhöhte Aufmerksamkeit der älteren Offiziere konnte diesen Mangel nicht voll ausgleichen. Bei der Verpflegung war zu beanstanden, daß Dörrgemüse und Klippfisch, die überhaupt nicht gern gegessen wurden, gelegentlich Maden aufgewiesen hatten. Die zahlreichen Beurlaubungen zu Arbeiten in den Fabriken, der Landwirtschaft und Fischerei hatten allerdings gelegentliche Abweichungen von der normalen Reihenfolge notwendig gemacht; doch konnten in der Regel jedem Manne jährlich 10 Tage Heimaturlaub gegeben werden.

Die Vorgänge selbst hatten sich folgendermaßen abgespielt:

Eine politische Bewegung zugunsten der U. S. P. D. war nach eigenem Geständnis der Marineangehörigen — Matrosen und Heizer — seit Anfang des Jahres 1917 aufgetreten. Vom Schiff „Friedrich der Große" aus war sie auf eine Reihe von anderen, hauptsächlich auf das 4. Geschwader, übergeleitet worden. Der erste Zweck war nur die Anwerbung von Mitgliedern für die U. S. P. D., bald aber verband sich damit eine Vorarbeit für das letzte Ziel, durch Arbeitsniederlegung, Gehorsamsverweigerung und Sabotage einen schleunigen Frieden zu erzielen.

Es fanden häufig Versammlungen in einem bestimmten Lokale in Wilhelmshaven statt, wo von einem Oberhetzer Sachse Vorträge über politische Themata im Sinne der „Leipziger Volkszeitung", dem von vielen Hetzern gelesenen Hauptorgan der U. S. P. D., gehalten wurden.

Mitte Juni 1917 sollte das 4. Geschwader von Wilhelmshaven nach Kiel gehen. Aus diesem Grunde wurde Ende Mai den Mannschaften ein vom Kommando der Ostseestation (Kiel) bereits im Jahre 1914 erlassener allgemeiner Stationsbefehl, gezeichnet von dem Admiral Bachmann, durch Verlesen und Anschlag bekannt gegeben, wonach den Unteroffizieren und Gemeinen insbesondere das Halten und die Verbreitung sozialdemokratischer Schriften, und der Beitritt zu politischen Vereinen verboten wurde.

Dieses Verbot gab Sachse Anlaß, einen seiner ergebensten An-

hänger, einen Matrosen Reichpietsch, zu bestimmen, dem ihm bewilligten Urlaub dazu zu benutzen, mit Führern der U. S. P. D. in Verbindung zu treten, um sich bei ihnen zu erkundigen, ob ein solcher Befehl zulässig sei.

Reichpietsch fuhr mit einer schriftlich formulierten Anfrage, die außerdem eine Reihe weiterer Beschwerdepunkte enthielt, nach Berlin. Hier suchte er zunächst den Abg. Dittmann auf, stellte sich als von Sachse gesandt vor und überreichte ihm das von diesem verschlossen mitgegebene Schreiben. Dittmann, der zunächst erklärte, Marinesachen bearbeite der für einige Tage verreiste Abg. Vogtherr, unterhielt sich mit ihm eingehend über die Zustände auf der Flotte. Reichpietsch erzählte auch von der „Organisation" an Bord S. M. S. Friedrich der Große und teilte ihm mit, daß sich unter den Mannschaften 60 Anhänger der U. S. P. D. befänden, die sich auch bisweilen an Land zur Besprechung ihrer militärischen Interessen versammelten, wobei jedoch auch sozialistische Vorträge gehalten würden. Im Anschluß daran bat er um Agitationsmaterial zur weiteren Ausbreitung der Bewegung.

Dittmann forderte ihn daraufhin auf, die Agitation für die U. S. P. D. auf der Flotte weiter zu betreiben, sicherte ihm Unterstützung durch geeignetes Material zu und bat ihn, die vorgetragenen Beschwerdepunkte ihm nochmals schriftlich einzureichen.

Hierauf stellte er ihn der Frau Zietz vor, die sehr erfreut über das Bestehen einer Organisation für die Partei innerhalb der Flotte war. Dittmann und Frau Zietz bezeichneten dem Reichpietsch Vertrauensleute der U. S. P. D. in Bremen (Abg. Henke) und Rüstringen (Werftschreiber Büdeler), um eine zivilistische Ortsgruppe der Partei in Wilhelmshaven zu begründen.

Nach einigen Tagen suchte Reichpietsch mit der gewünschten Niederschrift Dittmann im Reichstagsgebäude auf. Er traf dort im Fraktionszimmer der Partei die Abg Dittmann, Haase und Vogtherr, die ihn angeblich erwartet hatten, und übergab seine Ausarbeitung. Es kam dann das Gespräch auf den Bachmannschen Befehl und die „Organisation". Die Abgeordneten gaben ihre Freude zu erkennen und munterten ihn auf. Dittmann soll hierbei geäußert haben, es handle sich namentlich bei den Versammlungen an Land um eine besonders gefährliche und gewagte Sache, er möge sich deshalb vorsehen, vor allem aber vertrauensvoll in die Zukunft nach Stockholm blicken. Agitationsmaterial

ist ihm mitgegeben, auch weiteres versprechen, aber geraten worden, es vorläufig nicht kommen zu lassen, damit es an Bord nicht gefunden würde.

Der Abg. Vogtherr forderte ihn dann noch zu weiterer Berichterstattung über die Vorgänge an Bord auf.

Nach seiner Rückkehr teilte Reichpietsch seine Erlebnisse in Berlin dem Oberheizer Sachse mit, der nach seinen eigenen Darstellungen bei der zu schaffenden und weiter auszubauenden Organisation die weitere Verbindung mit der U. S. P. D. aufrecht erhalten sollte.

In der Tat wurden auch verschiedentlich Abgeordnete in Berlin von Matrosenangehörigen zu diesem Zwecke aufgesucht. Bei einer solchen Gelegenheit hat u. a. Dittmann auch Sachse zu besonderer Vorsicht ermahnt.

Ferner wurden im Auftrage Reichpietschs den Abgeordneten Haase, Dittmann und Ledebour, sowie der Frau Zietz Mitteilungen über Dienstverweigerungen gemacht.

Sachse und Reichpietsch machten sich nun an die Arbeit.

Sehr bald erfolgten Massenaustritte in die U. S. P. D. Reichpietschs ausgesprochenes Ziel war — nach späterer Angabe Sachses — Erzwingung des Friedens zum Winter 1917 durch Anwendung von Gewalt oder Generalstreik der Flotte. In der Propaganda hierfür wurde er durch Schlagworte und neue Gedanken unterstützt von einem zum Flottendienst eingezogenen, früheren Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" namens Herre. Wurden Einwendungen erhoben, so berief Reichpietsch sich ausdrücklich darauf, daß er diese Ziele unter völliger Billigung der Berliner Abgeordneten aufstelle, denen sie bekannt seien. Er und Herre erstrebten ferner die Herbeiführung scheinlicher Austrittserklärungen, die der Friedenskonferenz in Stockholm übermittelt werden sollten, als Beweis, eine wie große Zahl von Matrosenangehörigen die kriegsfeindliche Bewegung unterstütze. Es sollten die Abgeordneten in Stockholm mit den Listen „auftrumpfen können".

Die Matrosen und Heizer kamen so zu der Überzeugung, daß sie an der U. S. P. D. einen starken Rückhalt haben würden, und durch die Zusammenkunft in Stockholm die Friedensbereitschaft allgemein gestärkt werde.

Darüberhinaus lebten sie des Glaubens, daß eine internationale Organisation dieser Bestrebungen bestehe in der Weise, daß an dem-

selben Tage, an dem man in Deutschland vorgehe, gleichzeitig bei allen Feinden von Deutschland die Arbeit für den Krieg und die Waffen selber ruhen würden. Eine Schädigung des Vaterlandes könne also nicht eintreten.

Woher diese von Reichpietsch verbreitete Auffassung, an der die Besatzung der Flotte zäh festhielt, stammte, hat sich nicht erweisen lassen.

Die politische Bewegung ging allgemein auf die anderen Geschwader über, insbesondere auch auf das 1., das ursprünglich als das königstreueste bezeichnet worden war. Sie führte schließlich zu schwereren Ausschreitungen und offener Meuterei. Gegen die Teilnehmer erging eine Reihe von Urteilen. Es muß aber festgestellt werden, daß kein einziger Marineangehöriger etwa wegen seiner politischen Gesinnung oder einer Werbetätigkeit für eine politische Partei verurteilt ist. Die Urteile sind vielmehr lediglich wegen schwerer militärischer Verbrechen, insbesondere wegen Landes- und Kriegsverrates und wegen militärischen Aufruhrs ergangen.

Im ganzen wurden 77 Personen verurteilt, davon zwei zum Tode, 19 zu Zuchthausstrafen.

Die Abgeordneten Dittmann, Haase und Vogtherr, sowie Frau Zietz bestritten, Kenntnis von der auf Gehorsamsverweigerung und auf einen Flottenstreik zielenden Bewegung erhalten und auf deren Unterstützung und Förderung hingewirkt zu haben. Dagegen gaben die Abgeordneten die Möglichkeit zu, daß Reichpietsch von ihnen zur Vorsicht ermahnt sei.

Wie oben erwähnt, war ein früherer Redakteur des Hauptorgans der U. S. P. D. Mitwisser und Treiber in den Flottenumtrieben.

Die stattgehabten Sachermittelungen sind dem Oberreichsanwalt nicht ausreichend erschienen, um Reichstagsabgeordneten eine landesverräterischr Handlung nachzuweisen.

Richtig war nach seiner Auffassung allerdings, daß sie davon Kenntnis hatten, daß ein großer Teil der Marinemannschaften mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden war und einen endlichen Frieden herbeisehnte, daß sozialdemokratische Zeitungen der unabhängigen Richtung im Kreise der Mannschaften viel gelesen wurden, und daß eine weitgehende Sympathie für die Ziele der Partei bestand.

Wenn die Abgeordneten unter diesen Umständen den Matrosen zuredeten, weiter unter den Schiffsbesatzungen für jene Ziele tätig zu

sein und Mitglieder für die Partei zu werben, ihnen auch zu diesem Zwecke Agitationsmaterial beschafften und ihre Hilfe zusicherten, so hätten sie sich bei ihrer in zahlreichen politischen Kämpfen gewonnenen Erfahrung und bei pflichtgemäßer Überlegung wohl sagen müssen, daß hierdurch der Geist der Unzufriedenheit verschärft werden mußte, und bei den jungen und zum Teil temperamentvollen Leuten durch das Lesen der einseitig geschriebenen, das Mißvergnügen steigernden Artikel und Reden das Gefühl für die namentlich im Kriege erforderliche Disziplin und Unterordnung in erheblicher Weise untergraben werden konnte. Insbesondere hätte sich dies der Abg. Dittmann sagen müssen, der den Befehl des Admirals Bachmann zweifellos gekannt hatte, durch den das Halten sozialdemokratischer Zeitungen, der Besuch politischer Versammlungen, und der Beitritt zu politischen Vereinen den Marinemannschaften ausdrücklich verboten war. Daß Frau Zietz und die Abgeordneten aber tatsächlich in derartige Erwägungen eingetreten seien, daß somit nicht nur der äußere, sondern auch der innere Tatbestand eines landesverräterischen Verhaltens durch sie erfüllt worden sei, habe sich ihnen mit ausreichender Sicherheit nicht nachweisen lassen.

Wohl aber sei als Ergebnis der Voruntersuchung für feststehend zu erachten, daß Frau Zietz und ebenso die Abgeordneten Dittmann, Haase und Vogtherr in hohem Maße die moralische Verantwortung für die Ausschreitungen trügen, die zu schweren Strafen gegen Marineangehörige geführt hätten.

Anläßlich dieser Vorgänge der Marine wies der Staatssekretär des Reichsmarineamts in einem eindringlichen Schreiben an das Preußische Ministerium des Innern, das Reichsamt des Innern, das Reichsjustizamt und das Kriegsministerium auf die von seiten der U. S. P. D. drohende Gefahr hin. Diese lag in der Skrupellosigkeit der Agitation, die besonders mit dem Hinweis arbeitete, daß der angestrebte Rüstungs- und Militärstreik international sein und überall am gleichen Tage ausbrechen, somit weder Landesverrat in Frage kommen, noch dem Vaterlande Schaden erwachsen würde, da ja nach allgemeiner Waffenruhe der Friede von selbst eintreten müsse. Bekanntlich hat diese abgefeimte Lüge viele zu gedankenlosem Mitlaufen veranlaßt und später die Flottenrevolution erst ermöglicht.

Zwei Führer der Kieler Meuterei vom November 1918, Lothar Popp

und Karl Artelt, haben in einer Broschüre „Ursprung und Entwickelung der Novemberrevolution 1918" geschrieben:

„Die Leipziger Volkszeitung und einige andere Organe der U. S. P. D. hatten eine weite Verbreitung in der Marine gefunden. Regelrechte Organisationen der U. S. P. D. waren innerhalb der Marine entstanden. Große Hoffnungen wurden an die Ereignisse in Stockholm geknüpft. Die Genossen Reichpietsch, Köbes und andere traten an den Vorstand der U. S. P. D. in Kiel und Berlin heran zwecks Fühlungnahme und Erhalt von Agitationsmaterial. Das Ziel der Bewegung war schon damals die Erzwingung des Friedens und die Durchführung der sozialdemokratischen Revolution. Aber Verrat und Unvorsichtigkeit führten zur vorzeitigen Entdeckung der geplanten Erhebung. Nachdem die Genossen den Vorstand und den Vertrauensmännerkörper wieder aufgerichtet hatten, gingen sie, wenn auch mit größter Vorsicht, wieder an den Aufbau. Viele Kameraden der verurteilten Matrosen traten an den Vorsitzenden, Genossen Strunk heran, und dieser versorgte sie dann mit dem nötigen Material. . . . Ihre Absicht war es, beim nächsten Streik loszuschlagen, den Krieg durch die Revolution zu beenden."

Wie erwähnt, hatte sich der Sozialdemokratie und, unter ihrer Führung, der Mehrheitsparteien eine starke Geneigtheit gegen den Kanzler bemächtigt. Man wollte ihm deutlich vor Augen führen, daß er den Willen der Mehrheit der Volksvertretung auszuführen habe.

Für den 6. Oktober 1917 war auf die Tagesordnung des Reichstages eine Interpellation gesetzt über angebliche „Agitation durch Vorgesetzte im Heer zugunsten alldeutscher Politik".[1]) Sie sollte Gelegenheit zur Abrechnung mit dem Kanzler und der Vaterlandspartei geben und wurde von dem sozialdemokratischen Abg. Landsberg begründet. Ihre Abwehr erfolgte scharf, aber sachlich durch den Staatssekretär Dr. Helfferich. Die Mehrheit des Hauses geriet wieder mal in höchste Erregung. Am 9. Oktober griff der Abg. Dittmann in maßloser Weise die „alldeutsche, von den Militärbehörden geförderte Hetze" im Heere

[1]) Im Heere hatte der sog. Vaterländische Aufklärungsdienst eingesetzt, dessen Ziel lediglich war, zuverlässlichen Geist und opferfreudigen Siegeswillen in der Feld- und Heimattruppe zu wecken und zu erhalten. Von einem „Hineintragen der Politik in das Heer" sollte sich die Aufklärungstätigkeit durchaus fern halten. Der Hauptausschuß des Reichstags, der sich später damit befaßte, erkannte die Notwendigkeit, ja Notwendigkeit dieser militärischen Maßnahme in vollem Umfange an und billigte die aufgestellten Richtlinien.

an, derselbe Herr Dittmann, unter dessen Auspizien sich die Meuterei auf der Flotte entwickelt hatte.

Es sei hier eingeschaltet, daß die Parteiführer über diese Vorgänge vom Reichskanzler unterrichtet waren. Sie hatten mit ihrer Entrüstung nicht gekargt, besonders auch nicht die Sozialdemokraten, an der Spitze die Herren Ebert und Stücklen. Da aber der Reichsanwalt ein Einschreiten abgelehnt hatte, war man übereingekommen, bis zur Vervollständigung der Untersuchung Geheimhaltung zu bewahren.

In jener Sitzung vom 9. Oktober ließ sich nun der Kanzler dazu hinreißen, in Zurückweisung des Vorstoßes des Abg. Dittmann, in gewisser Beziehung den Schleier zu lüften und zu erklären, die Unabhängige sozialdemokratische Partei verfolge staatsgefährdende Ziele, er sei nicht mehr in der Lage, ihr objektiv gegenüberzutreten zu können. Im übrigen werde der Staatssekretär v. Capelle sich näher äußern.

Des Hauses bemächtigte sich eine unbeschreibliche Aufregung. Die Führer horchten hoch auf. Nach den getroffenen Vereinbarungen mußten sie — und mit Recht — annehmen, daß inzwischen neues, erdrückendes Beweismaterial in die Hände der Regierung gelangt sei. Als nun Herr v. Capelle lediglich die ihnen schon bekannten Tatsachen anführte, kannte ihre Entrüstung keine Grenzen. Sofort nahmen sie, zuerst das Zentrum, dann mit erhöhtem Pathos Abg. Naumann für den Freisinn und mit ungewöhnlicher Schärfe Herr Ebert von den Sozialdemokraten, gegen den Kanzler und für die Partei der Unabhängigen Stellung.

Freilich war von der Regierung eine Ungeschicklichkeit, ein Mißgriff begangen. Diesen aber in falschem Gerechtigkeitsgefühl so auszuwerten, daß der Reichstag aufgefordert wurde, sich schützend vor eine Partei zu stellen, deren Agitation, wie jedem klar war, die Unterwühlung unserer Wehrmacht und damit unseren sicheren Untergang vorbereitete — das konnten eben nur jeden Wirklichkeitssinnes bare, deutsche Abgeordnete fertig bringen, von denen jeder einzelne für sich in Anspruch nahm, wenn schon nicht „geborener Staatsmann", so wenigstens „weitschauender Politiker" zu sein.

Es war ein Wunder, daß der Tag nicht in einer Apotheose der Unabhängigen Partei endete. An ihren Brüdern von der Mehrheitspartei und deren bürgerlichen Mitläufern hat es nicht gelegen.

Er brachte aber eine scharfe Kampfansage an den Kanzler und damit die sichere Aussicht seines baldigen Rücktritts.

Nachstehend einige Äußerungen der sozialdemokratischen Presse zu den Vorgängen in der Marine:

Die „Internationale Korrespondenz" nannte sie „einen Zwischenfall", der das Interesse aber doch von der Vaterlandspartei abgelenkt habe.

Das „Hamburger Echo" gar sagte: „Die Unabhängigen sind nicht die Staatsfeinde, als die sie manchmal selber gern glänzen möchten, um sich bei den Massen beliebt zu machen. Sie sind im Grunde genau so brave Staatsbürger wie andere Leute, tun draußen im Felde und in der Heimat genau so wie andere ihre Pflicht und wollen nur ihrer alten, liebgewordenen Gewohnheit ... grundsätzlich ... alles zu verwerfen, was von der Regierung kommt, nicht entsagen."

Das Leipziger Zentralorgan der Unabhängigen selbst freilich jubelte: „Ein Tag nicht gewöhnlichen Erfolges!" Die Grundlage der (Regierungs)aktion sei leere Makulatur gewesen. Bezeichnend war, daß im selben Blatte (11. Oktober) Ledebours Vorschlag, den Krieg durch internationalen Generalstreik zu beenden, als „aufbauender Hinweis" auf die „Kräfte, die zum Frieden führen", aufgegriffen wurde.

Der Abgeordnete Dr. Lensch faßte sein Urteil dahin zusammen (Glocke, 20. Oktober): „Die beiden Schädlinge im Reich, die Alldeutschen wie die Unabhängigen, begünstigt er (der Kanzler) gleichmäßig; die einen positiv durch Förderung, die anderen negativ durch Verfolgung ... Der Mann muß weg, er hat zwei linke Hände."

Es war weit mit uns gekommen, daß eine Macht und Größe des Reiches erstrebende Volksgruppe, der wohelich nicht die Schlechtesten der Nation nahestanden, in einem Atem genannt werden durfte mit einer Partei, deren staatsfeindliche Tendenz eben erst vor aller Augen bloßgelegt war, ohne daß Regierung und selbst weite Kreise des Bürgertums dagegen Einspruch erhoben. —

Ich habe mich stets von übertriebenem Annexionismus und Chauvinismus freigewußt. Wohl aber habe ich dem reinen Streben nach Wahrung deutsch-völkischer Eigenart und Errungung des uns zu gedeihlicher Entwickelung unentbehrlichen Landbesitzes — den wahren Zielen der Alldeutschen Bewegung — meine Achtung und Zustimmung nie versagt, zumal vaterlandsliebende Männer von lauterer Gesinnung die Führung hatten.

Wäre es uns gelungen, mit ihrem Geiste unser Volk zu durchdringen, wie anders ständen wir heute da! —

Die sozialdemokratische Presse beschäftigte sich weiterhin eingehend mit der Wahl des Nachfolgers von Dr. Michaelis. Übereinstimmend verlangte sie, daß vor seiner Ernennung die Parteiführer des Reichstages gehört wurden, also: Weiterführung der Parlamentarisierung.

In der Personenfrage wurden wohlwollend besprochen die Kandidaturen Herrn v. Bethmanns, des Grafen Roedern, Herrn v. Kühlmanns, die des Grafen Hertling zunächst achtungsvoll abgelehnt, schroff zurückgewiesen die des Fürsten Bülow, der sogar als der „eigentliche Urheber des Weltkrieges" bezeichnet wurde (Münchener Post vom 25. Oktober).

Eifrig wandte man sich außerdem den Friedensbestrebungen zu. Der großen Friedens- und Abrüstungsrede des Grafen Czernin vom 2. Oktober wurde allseitig zugestimmt, das Friedensprogramm des russischen Arbeiter- und Soldatenrates freundlich aufgenommen. Die „Wiener Arbeiterzeitung", die in deutschen Sozialistenkreisen viel gelesen wurde, forderte (16. Oktober) ein neues Friedensangebot in aller Form auf der Grundlage des Verzichts auf Entschädigungen und Annexionen. —

8.

Der sozialdemokratische Parteitag in Würzburg — Die Kanzlerschaft des Grafen Hertling — Sozialdemokratische Ostpolitik — Die Stimmung in Stadt und Land

Am 14. Oktober fand der Parteitag der Mehrheitssozialdemokratie in Würzburg statt. Er verdient eine eingehendere Besprechung.

Im Gegensatz zu früheren Jahren kämpfte man diesmal fast gar nicht um das Programm. Dagegen fehlte es nicht an radikalen Äußerungen über die unmittelbare Gegenwart. Neben Stimmen der Staatsbejahung stand scharfe Ablehnung gegenüber der augenblicklichen Reichsregierung, wie sie der Abg. Ebert im Reichstage schon formuliert hatte (wohl auch in dem Gedanken, seine Partei durch Stellungnahme gegen die Unabhängigen in den Augen der Massen nicht zu kompromittieren).

Das Hauptreferat hatte der Abg. Scheidemann. Geschickt stellte er radikale demokratische Forderungen auf, befleißigte sich dagegen in

den sozialistischen Teilen seiner Rede größter Zurückhaltung. Er rechnete wohl nicht unrichtig, daß bei Durchsetzung der ersteren die weiteren Ziele der Partei sich mühelos erreichen lassen würden.

Eine kurze Zwischenbemerkung über das Schlagwort „Demokratie": Gleichzeitig mit Beginn des Krieges wurde bekanntlich von England und Frankreich aus der Versuch unternommen, dem Weltkrieg dadurch einen tiefen kulturellen Sinn zu geben, daß er als Kampf der Demokratie gegen den preußischen Militarismus und die deutsche Autokratie hingestellt wurde. Mit dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg (1915) wurde diese Parole mit erneuter Stärke verbreitet, aber sie hatte immer noch nicht die werbende Wirkung erlangt, die man von ihr erhoffte. Ganz anders wurde es, als die Vereinigten Staaten diesen Kampfruf sich zu eigen machten und vollends, als in Rußland die Revolution ausbrach. Im Lager unserer Feinde versprach man sich besonders viel davon, nunmehr Deutschland als das einzige, nicht parlamentarisch regierte Land hinstellen zu können. Man setzte die Hoffnung besonders auf die deutschen Sozialdemokraten und die pazifistischen Organisationen, deren Gedankengänge schon immer vom Auslande wesentlich bestimmt wurden. Prompt fielen auch die deutschen Demokraten aller Schattierungen auf dieses feindliche, lediglich als Kriegsmittel zur inneren Zermürbung gedachte Schlagwort herein, anstatt ihm entgegenzuhalten, daß Deutschland eine Volksmonarchie war und ein kraftvolles und gerechtes, soziales Kaisertum besaß, um das uns im Grunde selbst die feindlichen Länder beneideten. —

Auch die Frage der Kreditbewilligung erfuhr auf dem Parteitage eine bemerkenswerte Zuspitzung. Trotz ihrer Billigung durch den Parteitag erklärte der „Vorwärts" (19. und 24. Oktober), daß für die Bewilligung außer der Haltung der Regierung zu den annexionistischen Bestrebungen auch das gesamte Vertrauensverhältnis, beziehungsweise das Mißtrauen der Sozialdemokraten zur jeweiligen Regierung maßgebend sein dürfe. Das Zentralorgan sah in der „Verweigerung der Kriegskredite an eine bestimmte Regierung mit der gleichzeitigen Erklärung, sie selbstverständlich einer anders gearteten Regierung weiter bewilligen zu wollen, ein letztes im Interesse der Landesverteidigung zu handhabendes Mittel" zur Beseitigung einer Regierung, die für das Land ein Unheil wäre.

Zu diesem Thema deutete noch der Abg. Lensch auf den Widerspruch

zwischen Kreditbewilligung und Ablehnung der militärischen Forderungen im Frieden hin; die geschichtliche Entwickelung habe den Sozialdemokraten eben unrecht gegeben, und leider seien sie noch zu stark von agitatorischen Bedürfnissen abhängig, um so ehrlich gegen sich selbst zu sein, dies zuzugestehen. Zur Frage der Berücksichtigung der sa aft als treibende Kraft hingestellten Volksstimmung fiel vom Abg. Meerfeld das kluge Wort: „Mancher Führer schafft sich erst die nötige Massenstimmung, um sich dann hinter ihr zu verkriechen", die Massen dächten meist wie ihre Führer.

Wie richtig beobachtet dies war, zeigte die „aus dem Volkswillen gebarene" Revolution 1918. —

Unter dem Einfluß der Reichstagsereignisse wurde eine Entschließung zur Förderung aller Einigungsbestrebungen innerhalb der Sozialdemokratie gefaßt, die natürlich vom Vorstand und von der gesamten Presse der Unabhängigen Partei ablehnend aufgenommen wurde. Im allgemeinen bedeutete der Parteitag nach außen eine Verschiebung des Schwergewichtes der Partei nach rechts durch Aufgabe der grundsätzlichen Negation; gleichzeitig aber eine kaum verhüllte Kampfansage an jede Regierung, die sich nicht gewillt zeigte, demokratisierenden Forderungen nachzugeben. —

Der erbitterte Kampf der sozialdemokratischen Presse gegen den Reichskanzler Dr. Michaelis wich erst dann einigen Versuchen, seiner Persönlichkeit gerecht zu werden, als die Einreichung seines Rücktrittsgesuches bekannt wurde.

In der Frage der Nachfolgerschaft einigten die Mehrheitsparteien sich schließlich auf eine Regierung Hertling-Payer-Friedberg. In Graf Hertlings Programm fehle manches, was die Sozialdemokratie wolle, aber es sei „nichts darin enthalten, was sie nicht auch will". („Vorwärts" vom 1. November.) Alles komme auf die Ausführung an. Im ganzen bedeute eine Regierung der Mittelparteien einen Fortschritt. —

Und mit Behagen wurde weiter festgestellt, daß die Sozialdemokratie den Vorzug habe, an der Verantwortung nicht mitzutragen; ihre Freundschaft werde der Regierung nützlich, ihre Neutralität erwünscht, ihre Feindschaft gefährlich sein.

Bekanntlich wurde die angedeutete Regierungsbildung zur Wirklichkeit — die Krone verlor wieder ein Stück ihrer Macht. Die innere Lage erfuhr eine gewisse Entspannung.

Sehr freudig wurde von den christlichen Gewerkschaften die Berufung des bekannten Führers Stegerwald ins Herrenhaus begrüßt. Sie erblickten darin wohl auch einen Ausgleich für die Ernennung Dr. A. Müllers zum Unterstaatssekretär.

Der Anfang November in Rußland einsetzende Umschwung, (Machtergreifung durch Lenin) Konstituierung des „Rates der Volksbeauftragten" und dessen Waffenstillstandsangebot an alle kriegführenden Völker, erweckte neue Friedenshoffnungen. Sofort verlangte die sozialdemokratische Presse heerisch, die deutsche Politik dürfe **keine Friedenshindernisse** schaffen.

Dringend wurde vor einer Aufrechterhaltung der angeblichen Angliederungspläne im Osten gewarnt; dafür allgemein gefordert, unsere Friedensbereitschaft zu unterstreichen. Das Selbstbestimmungsrecht Polens, Litauens und Kurlands müsse verwirklicht und dürfe nicht „zur bloßen Farce" werden. Als aber weite Kreise Kurlands für Deutschland zu optieren schienen, wandte sich die sozialdemokratische Presse dagegen und sprach von verkapptem Annexionismus unter Beihilfe der baltischen Barone. (Diese Bevölkerungsschicht, die 8 Jahrhunderte hindurch treu ihr Deutschtum bewahrt hatte, bedachte die Sozialdemokratie seit langem mit ihrem Haß). Es war nicht zu verkennen, daß Stampfer, der leitende Redakteur des „Vorwärts" — und die von ihm abhängigen Blätter — auch hier wieder merklich im Fahrwasser österreichischer Parteifreunde schwamm, die in der „Wiener Arbeiterzeitung" und in einer riesigen Wiener Friedensversammlung Anerkennung der Bolschewiki und Vorschlag eines Waffenstillstandes mit nachfolgenden Friedensverhandlungen (auf der bekannten Verzichtgrundlage) gefordert hatten.

Festgehalten sei, daß der „Vorwärts" (6. Novembre) „die eigentlichste und tiefste Ursache dafür, daß es so ungeheuer schwer ist, zum Frieden zu kommen, in den **militärischen Erfolgen** Deutschlands" sah, das der ungeheueren Koalition widerstanden und damit eine die Welt überraschende und erschreckende Kraftprobe gegeben habe! Es sei tragisch, daß uns der militärische Erfolg wegen des feindlichen Übergewichts den Frieden nicht bringen könne, während uns doch die Selbsterhaltung zwinge, diesen Erfolg zu wollen.

Gibt es jemand, der harmlos genug ist, anzunehmen, daß die Redaktion des „Vorwärts" sich nicht über die die Siegeszuversicht einfach zermalmende Wirkung ihres Ausspruchs klar gewesen wäre? Das

wor eine gute Dosis jenes Giftes, an dem der Volkskörper allmählich siech wurde.

Der Sozialdemokrat, M. d. R. Dr Lensch, rief entrüstet ob dieser Äußerung aus („Hamburger Echo" 15. November), er könne sich „kein sichereres Mittel denken, die eigene Widerstandskraft zu schwächen, als diese hier gepredigte Angst vor den eigenen Erfolgen"; der „sogenannte tragische Konflikt" bestehe nur in der Einbildung. „Was uns bisher gerettet hat, sind lediglich unsere militärischen Erfolge gewesen."

Alles sehr schön, aber die Leser des „Vorwärts" fanden diese Widerlegung nicht in den Spalten des „amtlichen" Zentralorgans der Partei. —

Mehrfach fanden in dieser Zeit Gautage der Gewerkschaften statt. Auf ihnen spielten Debatten über Anlegung des Verbandsvermögens in Kriegsanleihe eine große Rolle. Die Vorstände erklärten mehrfach, mit Rücksicht auf die Stimmung der Kollegen (!) hätten sie auf die Anlegung in Kriegsanleihe verzichtet, obwohl natürlich die Banken das angelegte Geld doch zu diesem Zwecke benutzten und so nur die höhere Verzinsung bezögen, die sonst der Organisation selbst zu Gute kommen könnte.

Überhaupt begann sich eine rege Versammlungstätigkeit in der Partei zu entwickeln. Überall wurde lebhaft gegen die Vaterlandspartei und für die Verzichtspolitik der Mehrheitsparteien des Reichstages Propaganda gemacht. Auch die Landtagsreformvorlagen wurden hierbei scharf kritisiert. Die Heraufsetzung der Altersgrenze für die Wohlberechtigung und die Staatsangehörigkeits- und Wohnsitzbestimmungen wurden heftig bekämpft.

Dem gegenüber blieben die Unabhängigen nicht müßig. Erheblich schärfer noch als die Stampferschen Blätter drängten sie auf Frieden mit den Bolschewiki und darauf, daß die deutschen Arbeiter aus ihrer Passivität herausträten. Mit überlegter Schärfe schrieb Kautsky in der „Leipziger Volkszeitung" (15. November) gegenüber der alten Partei: „Wer die Parlamentarisierung fordert, gleichzeitig aber dem Proletariat bei allen Versuchen in den Arm fällt, durch die seinem Wesen entsprechenden Methoden auf das Parlament einzuwirken, dem ist es mit der Demokratisierung der Politik nicht ernst; dessen Erklärungen der Sympathie für die russische Revolution sind aber auch nur Spiegelfechterei."

Die Bedeutung dieses Winkes konnte wohl nicht übersehen werden.

Als die Geheimverträge der Entente durch die Bolschewiki bekannt wurden, deutete die „unabhängige" Presse sofort an, daß auf Seiten der Mittelmächte sicher genau so bedenkliche Verträge beständen („Leipziger Volkszeitung", 27. November).

Hier sei eingeschaltet, daß jedesmal, wenn von den Behörden gegen die „Unabhängigen" durch Presse- oder Versammlungsverbote eingeschritten wurde, sofort die Mehrheitssozialdemokratie dagegen Einspruch erhob mit der Begründung, derartige Verbote seien nur eine indirekte Begünstigung der Unabhängigen-Bewegung. Ein Korn Wahrheit mochte darin liegen, andererseits lag es doch auf der Hand, daß ungehinderte Agitationsfreiheit den Unabhängigen erst recht Zulauf brachte. Leider hörte man in den maßgebenden Kreisen mehr auf das Argument der Sozialdemokraten und verhielt sich — was auch bequemer war — passiv.

Auf die russischen Vorgänge, denen gegenüber das Interesse am italienischen Kriegsschauplatz fast völlig zurücktrat, konzentrierte sich täglich mehr die Aufmerksamkeit der Massen, besonders auf die allmählich in Fluß kommenden Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litowsk. Die Friedenshoffnung war gewaltig gestiegen. Mit Sicherheit ließ sich voraussehen, daß von der Arbeiterschaft im Falle des Scheiterns der Verhandlungen die Schuld — dank der „Aufklärung" der sozialistischen Presse beider Richtungen — auf deutscher Seite gesucht werden würde. Neue Ruhestörungen, besonders in den Munitionsfabriken, waren dann keinesfalls unwahrscheinlich, und es schien fraglich, ob Neigung und Kraft auf Seiten der sozialdemokratischen Mehrheitspartei vorhanden war, sich ernstlich gegen etwaige Streiks oder sonstige Schwierigkeiten, die die Arbeiter machen konnten, zu wenden, zumal die „Unabhängigen" natürlich alles daran gesetzt hätten, die Massen vollends mit einem Schlage an sich zu reißen.

Jetzt schon wurde die „Leipziger Volkszeitung" nicht müde, die deutsche Friedensbereitschaft zu diskreditieren, indem sie behauptete, die Regierung schaffe über ihre Kriegsziele keine Klarheit, und die Mehrheitsparteien duldeten dies, beschönigten es sogar.

Und zu den Reformvorlagen in der preußischen Wahlrechtsfrage erließ das Zentralorgan der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei

einen scharfen Protestaufruf, in dem es zu reger Massenversammlungstätigkeit aufforderte.

So war allmählich eine gewisse Unrast in die Arbeiterschaft gedrungen. Der Erfolg der Bolschewiki hatte unleugbar bei vielen Arbeitern die Frage geweckt: Ist der russische Weg nicht auch für uns richtiger als der der politischen und gewerkschaftlichen Kleinarbeit ohne große Gesichtspunkte und ohne das greifbare Ergebnis unmittelbarer, grundstürzender Neugestaltungen? Während die Mehrheitspresse dieser Fragestellung mit nicht immer überzeugenden Darlegungen über die Verschiedenartigkeit deutscher und russischer Verhältnisse begegnete, gefielen sich die Minderheitsblätter in einer geradezu andächtigen Betrachtung des russischen Beispiels. Am weitesten gingen natürlich die „Linksradikalen", die deutschen Leninisten. In ihrer „Arbeiterpolitik" (Bremen) kamen Lenin und Trotzki zu Wort. In welcher Weise das Blatt durch Andeutungen die Folgerungen aus den russischen Ereignissen zog, mögen die Schlußworte eines Leitaufsatzes (s. Dezember) zeigen: „... Davon haben die meisten Politiker der alten Sozialdemokratie keine Ahnung. Sozialismus ist ihnen kluge Konstruktion von oben. Mißtrauen in die Fähigkeit des Proletariats, selbst die Produktion im allgemeinen Interesse zu regeln, läßt sie zurückschaudern vor einer Aufgabe, von der sie ganz gut wissen, daß sie ihre persönlichen Kräfte übersteigt. Daher suchen sie dann Hilfe bei der Bourgeoisie, mit dem Erfolg, den wir jetzt in Rußland sehen (sc. Kerenski). Ungeheuer schwer ist die Aufgabe, vor der unsere Genossen und Freunde in Rußland stehen. Aber sie haben einiges, das ihnen hilft: klare Erkenntnis des neuen Sozialismus und Vertrauen in die schöpferische Kraft der arbeitenden Massen ..."

Noch mehr als diese politische „Aufklärung" drückte auf die Stimmung der vielfach schwer arbeitenden Bevölkerung die Ernährungsknappheit. Nervöse Gereiztheit und seelische Anfälligkeit gegen alle verbitternden Eindrücke und Einflüsse waren die Folge. Die Kriegsmüdigkeit stieg — begreiflicherweise. Der vor Augen liegende Gegensatz zwischen den entsagungsreichen Leistungen des Heeres und einer sich daheim breitmachenden kalten Gleichgültigkeit, Selbstsucht und Geldgier rief Erbitterung hervor. Der Wucher, das Schieberium und die geringen sichtbaren Erfolge ihrer Bekämpfung hatten, besonders in der Rüstungsindustrie, den natürlichen Trieb, bessere Löhne und mehr freie

Zeit zu erzielen, ins Riesenhafte ungesund gesteigert und das moralische Gefühl für die notwendigen Grenzen solchen Strebens zersetzt.

Lohnbewegungen gehörten nicht mehr, wie in den beiden ersten Kriegsjahren, zu den Seltenheiten. Bei einzelnen griffen die Gewerkschaften ein, um sie in ruhigere Bahnen zu lenken, bei anderen, namentlich solchen politischer Art, taten sie nichts. Es gab auch Streiks, in die sich gewerkschaftliche Ortsverwaltungen hineinziehen ließen, ohne lediglich die Absicht des „Bremsens" zu haben.

Die Führer hatten ihre Leute nicht mehr überall in der Hand, stellenweise versagte die gewerkschaftliche Zucht; ein Erfolg der „unabhängigen" Wühlarbeit.

Herrschte in der Industriearbeiterschaft eine mißvergnügte, gereizte Stimmung, aus der heraus die Massen, größtenteils unempfänglich für nationale Ziele, murrend nach Frieden verlangten, so dachten doch auch — namentlich in den landwirtschaftlichen Bezirken — weite Kreise ganz anders. Ein Bericht aus dem Osten[1]) sagte: „Die Stimmung der Bevölkerung wird immer trüber, weil die Zuversicht auf einen den Opfern entsprechenden Ausgang des Krieges mehr und mehr verloren geht. Die aufmunternden und anfeuernden Worte, die seitens der militärischen Leiter immer wieder an das Volk gerichtet werden, heben zwar den gesunkenen Mut, die erfolgreiche Abwehr des Ansturms der Feinde im Westen, wie die Siege in Italien und im Osten erhalten das unerschütterliche Vertrauen auf das siegreiche Heer und seine Führer. Schmerzlich wird es aber vermißt, daß die Reichsleitung keine zündenden Worte zu finden weiß, die dem Volke zu Herzen gehen und den Willen, die schweren Opfer weiter zu tragen, stärken, die dem Volke ein Ziel zeigen und einen Siegespreis, die die Opfer lohnen. Das deutsche Volk will an seinem Herzen und seinem Gewissen angepackt werden. Es hungert nach einem erlösenden, offenen, wahren und starken Wort.

Der zunehmende Einfluß der offen internationale Beziehungen pflegenden Führer der antimonarchischen Sozialdemokratie wird als ein Zeichen angesehen, daß die Reichsleitung den Waffen nicht fürder die Kraft zutraut, die Unabhängigkeit des Reiches zu sichern.

Niemand kann verstehen, weshalb die Reichsregierung den zersetzenden Kräften immer mehr nachgibt. Jeder, auch der Einfachste, hält

[1]) Stellv. Generalkommando II. Armeekorps, General der Kavallerie Frhr v. Wietinghoff.

es für selbstverständlich, daß ein Volk, das so siegt, auch die Früchte des Siegs pflücken und seine Zukunft militärisch und wirtschaftlich unbedingt wahren muß. Das Volk will keinen Verständigungsfrieden, der dem Volkskörper jahrelanges Elend und Siechtum unfehlbar bringt. Es will Ersatz für die Opfer an Gut und Blut; es will Sicherung des Reiches nach Westen, damit Flotte und Handel freie Ausfahrt zum Weltmeer haben, und unser großes Industriegebiet nicht wehrlos dem Gegner offen liegt. Es will Ansiedelungsland im Osten und Schutz unserer Ostmark gegen feindlichen Einbruch durch starke militärische Grenzstellung. Es will schließlich Barentschädigung und Bereitstellung von Rohstoffen, damit die Industrie ihre Arbeit wieder aufnehmen kann. Es verlangt auch, daß das leider neu gegründete Königreich Polen so gehändigt wird, daß es nicht als ein neuer, begehrlicher, feindlicher Nachbar sich unseren Grenzen vorlagert.

Diese allgemeine Stimmung kommt von Tag zu Tag klarer zum Durchbruch. Sie zeigt sich in dem ständigen Anwachsen der deutschen Vaterlandspartei, deren Ziel, den Siegeswillen, wo er eingeschlummert ist, zu wecken, sich deckt mit den militärischen Anordnungen. Wunsch und Gebet des Volkes gehen dahin, daß ein Mann aufstehen möge, der die Flaumacher zum Teufel jagt. Ein solcher Mann im Lande würde von dem Volk hinter der Front alles verlangen und erreichen können." —

Der Mann blieb uns versagt. Die Kräfte der Zersetzung konnten fast ungestört weiter arbeiten an der Vergiftung des Volkskörpers.

9.

Die Brest-Litowsker Verhandlungen — Der Berliner Januarstreik

Mit größter Befriedigung hatte die sozialdemokratische Mehrheitspresse die Erklärung der Delegationen der Mittelmächte in Brest-Litowsk vom 25. Dezember aufgenommen. Bekanntlich war darin die Bereitwilligkeit ausgedrückt, sofort einen Frieden ohne gewaltsame Gebietserweiterung und ohne Kriegsentschädigungen zu schließen unter der Voraussetzung, daß alle kriegführenden Staaten diesen Grundsatz sich vorbehaltlos innerhalb einer angemessenen Frist zu eigen machten. Allgemein wurde anerkannt, das deutsche Friedensprogramm sei nun völlig klargestellt („Vorwärts" 27. Februar; „Münchener Post" 27. Dezem-

ber; „Rheinische Zeitung" 27. Dezember); die Behauptungen über Eroberungspläne des deutschen Militarismus seien als Märchen enthüllt, die moralische und praktische Bedeutung der Anerkennung der deutschen Erklärungen als Verhandlungsgrundlage seitens der Bolschewiki sei ungeheuer; die Völker der Entente, vor allem die Arbeiter und die Frontsoldaten könnten ihren Regierungen nicht mehr Folge leisten, wenn sie Friedensverhandlungen verweigerten, deren Grundlage die demokratischste Regierung der Welt anerkannt habe („Schwäbische Tagwacht" 27. Dezember).

Diese Äußerungen kamen zweifellos aus ehrlicher Überzeugung. Sie sind, wie die Tatsachen gezeigt haben, wieder ein Beweis für die hoffnungslose Unfähigkeit der deutschen Sozialdemokratie, Dinge der großen Politik anders als unter dem Gesichtswinkel des Parteidogmas von der internationalen Solidarität des Proletariats zu betrachten. —

Im übrigen folgte in der sozialdemokratischen Presse sehr bald eine merkliche Abkühlung nach Bekanntwerden der Zwistigkeiten zwischen dem Vierbunde und Rußland in der Frage der Grenzländer. (Nach russischer Auffassung sollten diese sofort von allen Truppen geräumt werden, um über ihre Zukunft frei abstimmen zu können, ein Verlangen, das die Mittelmächte aus militärisch-wirtschaftlichen Gründen nicht zu erfüllen vermochten. Die Angelegenheit wurde zunächst einer Sonderkommission überwiesen, und dann die gesamten weiteren Verhandlungen bis zum 4. Januar vertagt, um abzuwarten, ob die übrigen Staaten der Entente der russischen Aufforderung zur Teilnahme an den Friedensbesprechungen Folge leisten würden.)

Die Haltung der „Unabhängigen" war zwiespältig.

Während ihre Presse im allgemeinen eine abwartende Stellung einnahm, vertrat die „Leipziger Volkszeitung" den Standpunkt, daß es nur von der jetzigen Haltung der Zentralmächte zur Frage der Grenzländer abhinge, ob bald der allgemeine Frieden möglich sei oder nicht. Die „Chemnitzer Volksstimme" (M. S.) bemerkte hierzu (29. Dezember): Wenn die Ententestaatsmänner ein Stichwort zur Begründung ihrer friedensfeindlichen Haltung nötig hätten, würde es ihnen von einem deutschen Blatte bereit gehalten worden sein. Kurz darauf (4. Januar) schrieb der unabhängige Abg. Ströbel in der „Leipziger Volkszeitung", unsere Kriegslage sei so günstig, daß ohne russische Mitwirkung eine militärische Überlegenheit oder ein wirtschaftlicher Sieg der Entente

über Deutschland ausgeschlossen erscheine. Nun, die „russische Mitwirkung" hat sich später ja nicht nur die Entente, sondern auch die U. S. P. D. zu sichern gewußt.

Als Weg zum Frieden schlug der unabhängig-sozialistische aus Galizien eingewanderte Journalist Kurt Eisner (mit richtigem Namen: Kosmanowsky) vor: Wiederherstellung der Preß- und Versammlungsfreiheit, dauernde Tagung des Reichstags, Veröffentlichung der diplomatischen Verträge der Zentralmächte, Klarstellung der Kriegsziele in allen Einzelheiten, Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses und Neuwahlen, sowie den Verzicht auf jeden Separatfrieden, der nur den allgemeinen Frieden verhindere.

Man sieht, der außerpolitische Horizont der „Unabhängigen" unterschied sich an Weite nicht wesentlich von dem ihrer ehemaligen Parteigenossen. Nebenbei bemühte sich ihre Presse mit besonderem Eifer darum, den Tauchbootkrieg als verfehlt darzustellen („Unabhängiger Sozialdemokratischer Zeitungsdienst" vom 28. Dezember), verständnisvoll unterstützt vom „Vorwärts" (31. Dezember).

Über die bolschewistische Taktik urteilte der unabhängige Abg. Eduard Bernstein in der „Sozialistischen Auslandskorrespondenz", er mißbillige es, daß die Bolschewiki ihr Land wehrlos gemacht hätten, ehe noch der Frieden geschlossen war. „Wer nicht entschlossen ist, gegebenenfalls den bewaffneten Widerstand fortzusetzen, der kann wohl Wünsche ausdrücken, aber keine unabweisbaren Forderungen stellen." Auch sei Lenins Fehler die Hoffnung auf ein internationales revolutionäres Vorgehen gewesen: „Diese Rechnung übersieht die ungeheueren Unterschiede in den politischen und sozialen Verhältnissen der in Frage kommenden Länder."

Die Tätigkeit der U. S. P. D. in der Praxis war jedenfalls nicht von solcher Gedanken Blässe angekränkelt. Ihre Presse beeilte sich, durch Sturmlauf gegen die deutschen, als rein annexionistisch bezeichneten Ansprüche bei den Friedensverhandlungen, Anschluß bei den Bolschewiki zu gewinnen, möglichst auf Kosten der Mehrheitssozialdemokratie, und ihnen gute Ratschläge zu erteilen. So schrieb die „Leipziger Volkszeitung" — ganz im Geiste Lenins —, die Bolschewiki müßten ihre Macht durch rücksichtslose antidemokratische Diktatur aufrecht erhalten; der einzige wirkliche Mißgriff in ihrer bisherigen Außenpolitik sei, daß sie mit Scheidemanns Anhang in Verbindung getreten seien.

Im „Vorwärts" stellte dafür ein russischer Mitarbeiter fest, daß Lenin Kautsky unzählige Male einen Lakaien, Philister, Sophisten, Heuchler und Betrüger genannt habe, und daß für ihn die alte und die neue Partei beide gleichermaßen als Übel gälten.

Wie erwähnt, waren die Verhandlungen in Brest bis zum 4. Januar vertagt worden. Am 2. Januar ging in Berlin der russische Vorschlag ein, sie in Stockholm fortzusetzen gleichzeitig mit der kategorischen Ablehnung der deutschen Vorschläge für die Regelung der sogenannten Randstaatenfrage.[1]) Graf Hertling erwiderte sofort, daß die Vierbundmächte nur in Brest-Litowsk weiter verhandeln würden. Schon am 5. Januar gaben die Russen hierin zwar nach. Dafür ließen sich mit hoher Wahrscheinlichkeit schwere diplomatische Kämpfe bei den Verhandlungen selbst voraussehen.

In jedem anderen Lande wäre es selbstverständlich gewesen, daß das siegreiche Volk sich hinter seine Regierung gestellt hätte, zumal, wenn sie dem Feinde so weites Entgegenkommen zeigte, wie die deutsche: bei uns traten die sozialdemokratische Mehrheitspresse und Reichstagsfraktion sofort in schärfste Kritik der deutschen Vorschläge ein. Gewiß war bei den Massen ein elementares Friedensbedürfnis vorhanden, die Ernährungsnot hatte die Nerven geschwächt, und der Wortradikalismus das Übrige zur Verbitterung des Volkes beigetragen: Jetzt aber galt es, auf dem Verhandlungswege von rücksichtslosen, entschlossenen, zudem über rabulistische Dialektik verfügenden Gegnern einen Frieden zu erreichen, der die gebrachten Opfer lohnen sollte, und in diesem ungleichen Kampfe bedurfte die deutsche Diplomatie dringend der Rückenstärkung durch einen geschlossenen Volkswillen. Auch diesmal blieb der Sozialdemokratie diese klare Einsicht verborgen; der Gedanke der internationalen Solidarität mit den „befreiten" Brüdern verhinderte sie an nüchterner, vorurteilsloser Beurteilung von Dingen der großen Politik. —

Sofort wurde unter den üblichen versteckten Drohungen der Vorwurf des Annexionismus erhoben. Der sonst sehr maßvolle und vaterländisch gesonnene Bauarbeiterführer Winnig äußerte am 6. Januar in einer Versammlung in Altona, wenn das Kaiserwort „Uns treibt nicht Eroberungslust", das einst im Volke freudigen Widerhall gefunden habe, nicht mehr wahr sein solle, so müsse dies eine Erschütterung der

[1]) Näheres darüber s. Helfferich, Weltkrieg, III. Bd., S. 264ff.

seelischen Verfassung des deutschen Volkes ausläsen, von der man noch nicht sagen könne, wahin sie führe.

Die russische Revolution hatte einen entscheidenden Umschwung in der Haltung der alten Partei zu den östlichen Fragen ausgeübt. Mit Gebietserwerbungen auf Kosten des Zarismus hätte man sich früher unter geringem, vielleicht nur formalem Widerspruch abgefunden. Seit bald einem Jahe war dies anders geworden. Jetzt begegnete selbst die Forderung geringfügigere, strategisch notwendiger Grenzverbesserung schärfstem Widerspruch. Man spielte in der Partei wieder einmal mit dem Gedanken der Ablehnung der künftigen Kriegskredite, um die Regierung gefügig zu machen. Der „Vorwärts" kündigte am 6. Januar an, die Sozialdemokratie wolle kein „Opfer der Überzeugung" bringen.

Der Vorschlag der Bolschewiki, die weiteren Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen, wurde wohlwollend erörtert. Er begegnete in der Mehrheitspresse geteilter, bei den „Unabhängigen" voller Zustimmung. Man hoffte, daß sich die Entente dort alsbald an den Besprechungen beteiligen werde. („Leipziger Volkszeitung" vom 9. Januar.) Das Gebaren der „Unabhängigen" beleuchtete ein Artikel der mehrheitssozialistischen „Internationalen Korrespondenz" (6. Januar). Hierin wurden Andeutungen darüber gemacht, daß die um Dr Helphand (Parvus) geschaarte Gruppe deutscher Sozialisten des „Verlags für Sozialwissenschaft" Belege dafür zu besitzen glaube, wie die Unabhängigen in jeder Weise auf die Bolschewiki eingewirkt hätten, um sie vom Abschluß eines Sonderfriedens abzuhalten und sie zu veranlassen, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Natürlich sprach die „Leipziger Volkszeitung" sofort von Denunziation. Da auch Mehrheitsblätter, wie die „Magdeburger Volksstimme", die Andeutungen der „J. K." verurteilten, sah sich diese zur Zeit außer Stande, ihr Material der Öffentlichkeit zu unterbreiten, behielt sich dies aber für einen späteren Zeitpunkt vor.[1])

In diesen Tagen wurde in Berlin ein Massenflugblatt verbreitet, das sich gegen den Sonderfrieden wandte, der den Krieg im Westen nur desto grausamer entfesseln werde und Massenstreiks forderte. Die Herkunft des Flugblattes war nicht ersichtlich.

Das Interesse an den innerpolitischen Fragen war durch die Friedensverhandlungen natürlich zurückgedrängt. Hier und da forderte die

[1]) Am 19. 1. wurden die Angaben der „J. K." in der „Glocke" bestätigt unter Berufung auf bolschewistische Gewährsmänner.

Presse erneut die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung (Schutz der Arbeitswilligen bei Streiks). Nachdem die zweite wichtige Forderung, Durchführung der preußischen Wahlreform, zugestanden war, beeilten sich die Bremer Linksradikalen, sie zu entwerten. Ihr Blatt, die „Arbeiterpolitik“ [1]), bekannte sich (22. Dezember) zum Antiparlamentarismus Leninscher Observanz. „Im Parlament sind es nicht die Massen, sondern die Führer, die handeln und beschließen, Führer, die nur zu oft andere Interessen bekommen als die Massen.“ Wirkliche Volksherrschaft könne nie durch Vertretee im Parlament bewirkt, höchstens unterstützt werden. Es ist auffallend, wie nahe sich hier die weiter oben wiedergegebenen Gedankengänge der unabhängigen „Leipziger Volkszeitung“ mit denen des Bremer deutsch-bolschewistischen Blattes berührten. Vorläufig war indes diese Liebe einseitig. Denn am 5. Januar schrieb die „Arbeiterpolitik“ in der ihr eigenen Ausdrucksweise von den Unabhängigen: „Die Semmität glotzt ihnen aus allen Poren.“

Inzwischen nahmen die Friedensverhandlungen in Beest ihren Fortgang. Die Entente dachte gar nicht daran, der Einladung zur Teilnahme Folge zu leisten. Das hinderte den „Vorwärts“ (10., 18. und 19. Januar) nicht, in Besprechung der Rede Wilsons hierzu, die er ein „Muster staatsmännischer Mäßigung“ nannte [2]), darzulegen, daß sich in der Entente die Stimmung für einen allgemeinen Frieden entwickele, während bei uns neuerdings das Schicksal des Volkes durch falsche Vorstellungen von der Möglichkeit einer dauernden Unterwerfung der Milliarde unserer Feinde unter das deutsche Schwert gefährdet werde. Die Unterhändler der Mittelmächte müßten den Frieden mit Rußland zustande bringen, denn die russische Delegation habe bisher keinen

[1]) Hauptmitarbeiter und geistiger Leiter war Sabelsohn (Radek), den die „Chemnitzer Volksstimme“ (11. 1.) verhaftlos als „Lumpen“ bezeichnete. Am 4. 2. 1913 hatte die polnische sozialdemokratische Partei, der Radek früher angehörte, kategorisch von der deutschen Partei verlangt, daß sie ihm, dem „wegen Diebstahl ausgeschlossenen Subjekt“, die Tätigkeit in der deutschen Parteijournalistik unterbinde. Der Parteivorstand war von Anfang an gegen Radeks Aufnahme in die deutsche Partei gewesen, aber die Bremer Organisation hatte sich trotz der polnischen Parlamentsrüffe hierzu bereit erklärt. Darauf nahm der Parteitag 1913 mit rückwirkender Kraft einen Antrag an, daß Personen, die aus einer ausländischen Bruderpartei wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen seien, nicht in die deutsche Partei aufgenommen werden dürften.

[2]) Der „Volkswille“ (Hannover) nannte Wilsons Bedingungen „unverschämt und heuchlerisch“, das „Hamburger Echo“ (11. 1.) stellte fest, sein Friedensprogramm sei auf der Niederlage der Mittelmächte aufgebaut.

Anlaß geboten, den Frieden scheitern zu lassen und stelle an uns keine annexionistischen Forderungen.

„Spartakus" aber, die Monatsschrift der Liebknechtgruppe, verkündete in seiner Januarnummer 1918: „Der allgemeine Friede läßt sich ohne Umsturz der herrschenden Macht in Deutschland nicht erreichen. Nur mit der Fackel der Revolution, nur im offenen Massenkampfe um die politische Macht, um die Volksherrschaft und die Republik in Deutschland läßt sich jetzt das erneute Auflodern des Völkermordens und der Triumph der deutschen Annexionisten im Osten und Westen verhindern. Die deutschen Arbeiter sind jetzt berufen, die Botschaft der Revolution und des Friedens vom Osten nach dem Westen zu tragen."

Es wäre wahrhaftig unverständlich gewesen, wenn Lenin und Trotzki diese, ihnen von der deutschen Sozialdemokratie aller Richtungen entgegengebrachte Unterstützung nicht ausgenutzt hätten! —

Das Auftreten des Generals Hoffmann in Brest wurde natürlich sehr abfällig beurteilt. Man wies entrüstet auf die Krise der Verständigungspolitik hin. Von vielen Blättern wurde wieder die Gelegenheit benutzt, in den Kriegszielstreit die O. H. L. hineinzuziehen als einen mehr oder weniger zur „Gewaltpolitik" treibenden Faktor höchsten Einflusses. Diese in letzter Zeit sich mehrenden Anspielungen mußten dahin führen, auf die Dauer den noch unvermindert bestehenden Fonds an Volksvertrauen in die militärische Leitung des Krieges anzugreifen. Von dem einstigen, innig-persönlichen, menschlichen Vertrauensverhältnis zwischen den Helden des Krieges und der Arbeiterschaft war durch meist versteckte Bemerkungen der Presse und durch Agitation von Mund zu Mund ohnehin schon viel zerstört.[1])

[1]) In einer im Mai 1920 erschienenen Schrift „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution" schildert Emil Barth, der spätere Volksbeauftragte, wie es ihm und seinen Spießgesellen gelungen ist, die deutsche Revolution zu „machen", indem der patriotische Sinn der Arbeiterschaft vergiftet, das Kaiserhaus, die Heerführer, schließlich alle staatlichen Einrichtungen systematisch mit Kot beworfen wurden

„Dieses Ziel (der vom Proletariat erzwungene Friede, die Diktatur des Proletariats) ist nur zu erreichen . . . wenn Sie klar erkennen, daß Sie alle Brücken hinter sich abzubrechen haben, daß Sie jedwedes patriotische Gefühl nicht nur aus dem Herzen zu reißen, sondern auch mit Ihrem Hasse zu verfolgen haben"

(Aus Barths Ansprache an die oppositionellen Obleute der Berliner Betriebe bei der Gründungsversammlung des Revolutionskomitees am 9 Februar 1918)

Nachstehend ein Beispiel für die verhetzende Art der Berichterstattung: Am 14. Januar schrieb der „Vorwärts“: „Das Volk stand draußen und zählte sich an den Knöpfen ab, ob uns Eroberungslust treibt oder nicht ... Nein, so lautet die neueste Nachricht, uns treibt nicht Eroberungslust.“

In der Gesamthaltung der deutschen sozialdemokratischen Presse war der Einfluß der mit größtem Nachdruck zum Frieden drängenden deutschen Sozialdemokraten Österreichs nicht zu verkennen. Stampfer, der Chefredakteur des „Vorwärts“, war übrigens auch geborener Österreicher.

Noch mehr zeigte sich dies bei dem am 28. Januar in Berlin, später auch sonst im Reiche, ausbrechenden großen Streik. Er war eine unmittelbare Folge der gleichen Bewegung in Österreich-Ungarn und, wie dort, rein politisch. Während aber die österreichische Regierung vor den Streikenden kapitulierte, blieb ihnen in Berlin der Erfolg versagt.

Die Bedeutung der Bewegung verlangt ein näheres Eingehen auf sie.

Allmählich war in der Arbeiterschaft der Glaube großgezogen, als ob die Gefährdung der Friedensverhandlungen lediglich Schuld der deutschen Regierung sei. Wenn es ihr nicht einmal gelänge, mit diesen Russen, die von uns keinerlei Opfer forderten, zum Frieden zu kommen, wie sollte diese Regierung dann den Weltfrieden schaffen?, fragte man sich in führenden und geführten Parteikreisen. Weiter wirkte alarmierend die Haltung des preußischen Abgeordnetenhauses, die angeblich eine Verschleppung der Wahlreform befürchten ließe. Den Ausschlag aber gab der Erfolg des Streiks in Österreich. Seit den russischen Revolutionen in ihrem Selbstbewußtsein gestärkt, empfanden die Massen diesen Sieg, den die „Wiener Arbeiterzeitung“ (24. Januar) einen „Stoß ins Herz des deutschen Imperialismus“ nannte, als unmittelbaren Appell an ihre Ehre, nun auch die deutsche Reichsregierung zu derselben klaren

---

Durch eine mit Agitation von Mund zu Mund arbeitende Organisation wurden im ganzen Reiche die Arbeiter revolutioniert, Stoßtrupps gebildet und alles zum bewaffneten Aufruhr vorbereitet.

Nach irgendwelchen „Beweisen“ für die Schuld der Liebknechtianer und der mit ihnen in innigster Fühlung stehenden U. S. P. an dem gewollten Zusammenbruch im Heimat und Heer zu suchen, ist durch diese Selbstbekenntnisse des hauptsächlichsten „Revolutionsmachers“ überflüssig geworden. Sie finden sich auf jeder Seite seines Buches.

„Verlautbarung“ über den Frieden zu zwingen, die sie in Graf Czernins Worten erblickten. So kam es, daß die Bewegung ihre Formen und Ausdrücke von den russischen und österreichischen Vorbildern entlehnte. Schon damals zeigte sich das gänzliche Fehlen eigener Gedanken bei den späteren „Machern der deutschen Revolution“. [1])

Über die Entwicklung der Bewegung schreibt Emil Barth in seinem Buche:

„Es waren Richard Müller, Paul Eckert und dann nach und nach andere Genossen, aber besser gesagt, Kollegen aus der mittleren Verwaltung des Metallarbeiterverbandes, welche die Vorbereitungen zu dem Streik getroffen haben. Sie waren mehr aus Gefühl, als aus Erkenntnis, daß eine erneute Bewegung unbedingt von großen politischen Gesichtspunkten geleitet werden müsse, mit dem Parteivorstand der U. S. P. D., wie schon gesagt, in Verhandlungen getreten, um ihn zu veranlassen, durch einen mit seiner Unterschrift gezeichneten Aufruf zu einer allgemeinen Massenaktion aufzufordern ...

Die Bewegung selbst wurde so vorbereitet, daß in hierzu am Sonntag, den 21. Januar, einberufenen Branchenkonferenzen und Branchenversammlungen der Streik zum anderen Morgen beschlossen wurde, und das Flugblatt am Montag früh erst verteilt wurde. Mittwochs hatte nun eine Vorbesprechung stattgefunden, an der auch ein Spartakist teilgenommen hatte, und schon am Freitag wurde von den Spartakisten ein Flugblatt mit der Aufforderung zum Generalstreik am Montag verteilt. Das war frevelhafte, an Verrat grenzende Leichtfertigkeit, die von dem Bestreben diktiert war, sich die Urheberschaft zuschreiben zu können. Hätte das Oberkommando, hierdurch gewarnt, den verschärften Belagerungszustand verhängt, dann wäre die Bewegung erledigt gewesen. Doch glücklicherweise kam dies nicht.

Am Montag früh begann der Streik, die Betriebe wählten Arbeiterräte, und die im Gewerkschaftshaus tagende Arbeiterratsversammlung wählte einen Aktionsausschuß: 10 Kollegen, drei Parteileitungsmitglieder der U. S. P. D. und drei der S. P. D.“

Die Streikenden stellten an Forderungen auf:

1. Schleunige Herbeiführung des Friedens unter den von den Bolschewiki formulierten Bedingungen.
2. Beteiligung von Arbeitervertretern bei den Friedensverhandlungen.

[1]) Siehe Anhang, „Flugblattpropaganda“, Nr. 9.

3. Beſſere Ernährung durch ſchärfere Erfaſſung aller Lebensmittel.
4. Aufhebung des Belagerungszuſtandes, der Schutzhaft und der Militariſierung der Betriebe.
5. Amneſtie für politiſche Verbrecher.
6. Demokratiſierung der geſamten Staatseinrichtungen.

Hierüber verlangten die Streikführer perſönlich mit dem Staatsſekretär des Innern, Herrn Wallraf, zu verhandeln. Dieſer erklärte ſich zwar bereit, ſich über politiſche Forderungen mit den ſozialdemokratiſchen Abgeordneten zu unterhalten, nicht aber mit einem „Arbeiterrat“ oder einer „Streikleitung“.

Der Ausbruch der Bewegung kam der S. P. D. und den Gewerkſchaften unerwünſcht und überraſchend; die Streikparole war von Mund zu Mund weitergegeben worden. Beide dachten aber gar nicht daran, ſich dem Streik entgegenzuſtellen. Freilich war er ſehr umfangreich; in Berlin allein ſtreikten etwa 500000 Arbeiter. Mahnungen zur Vernunft hätten vielleicht zunächſt ebenſowenig Erfolg gehabt, wie die in Berlin plakatierten Hindenburgworte gegen den Streik. Immerhin mußte der Verſuch gemacht werden, wenn anders wenigſtens die Gewerkſchaften ihren oft betonten Willen zur Landesverteidigung und Reichstreue in die Tat umſetzen wollten. Hier galt es, Farbe zu bekennen. Die Generalkommiſſion der Gewerkſchaften aber erklärte ihre Neutralität.

Die ſozialdemokratiſche Mehrheitspartei zeigte ſich — und zwar durch Schuld ihrer eigenen Preſſe — geradezu hilflos. Seit Beginn des Jahres fühlte ſie wohl, daß eine rapide Radikaliſierung der Maſſen eintrat, und daß ihr dieſe aus den Händen zu gleiten drohten, wenn ſie die Regierung in einem Augenblick deckte, in dem dieſe nach der Meinung der Maſſen den Frieden mit den Bolſchewiki ſcheitern zu laſſen ſchien. Als nun die Streikbewegung drohte, wagte die Parteipreſſe nicht mehr, in nennenswertem Maße zu bremſen. Nach dem Ausbruch des Streiks wies ſie zwar die Schuld daran weit von ſich, ſympathiſierte aber doch mit den Forderungen der Streikenden. Sie warnte vor „Kraftmeierei“ („J. K.“ 29. Januar), vor einer Bekämpfung des Streiks mit dem „Polizeiſäbel“ und mit der Einberufung Reklamierter („Chemnitzer Volksſtimme“ 28. Januar). Auch beſtritt ſie, daß der Streik in Wirkung oder Folge ſich gegen die Landesverteidigung richte: Kohlenmangel und andere Schwierigkeiten hätten letzthin die Arbeit oft verzögert, und wenn ſich jetzt ein Vorrat anſammle, könne ſpäter leicht nachgehalt

werden, was in den Streiktagen versäumt werde („A. K." 29. Januar). Ein Umstand besonders zog die Mehrheitsführer stark in den Streik hinein: Das war der unter ihren Anhängern verbreitete Gedanke, jetzt müsse die Partei zeigen, daß sie noch proletarische Kraft besitze; tue sie das, dann müßten sich auch die getrennten Führer, den Massen folgend, wieder zu einer Einheitspartei zusammenfinden. Diese Hoffnung war es wohl auch, die die Berliner Arbeiter bewog, zur Mitarbeit nicht nur die Führer der Unabhängigen, sondern, trotz Ledebours Einspruch, auch die der alten Partei heranzuziehen. Diese meinten, sich der ihnen gestellten Aufgabe nicht versagen zu dürfen. Einmal mit den Streikenden und den Führern der Unabhängigen verbunden, glaubten sie, isoliert nun nicht mehr Schritte unternehmen zu können, die vielleicht zu einer raschen Verständigung mit der Regierung geführt hätten. Sie hielten sich auch für verpflichtet, in Begleitung der eigentlichen Streikführer die erwähnte Rücksprache mit dem Staatssekretär Wallraf nachzusuchen und fanden nach deren Ablehnung nicht die Freiheit, von seiten der alten Partei an eine maßgebende Persönlichkeit der Reichsleitung mit einer Klarlegung der Lage und Vorschlägen zu ihrer Beseitigung heranzutreten.

Die Hoffnung der Mehrheitssozialisten auf eine Einigung mit den Unabhängigen erfüllte sich nicht, im Gegenteil, die Gegensätze zwischen beiden klafften mehr denn je.

Scharf gegen den Streik wandten sich die Organe der christlichen Gewerkschaften und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. —

Auch bei diesen Unruhen war Geld der Entente im Spiel. Der sozialistische Schriftsteller Johann Plenge schreibt in seinem Buche: „Zur Vertiefung des Sozialismus" bei Besprechung des Januarstreiks:

„Und Amerika gab Geld. Es darf als sicher angenommen werden, daß wir es mit einem kleinen Revolutionsversuch des Proletariats unter der stärksten kapitalistischen Nachhilfe zu tun gehabt haben, bei der der gute Glaube der meisten Beteiligten freilich gewiß nicht ahnte, in wessen Diensten er die Selbstvernichtung der deutschen Arbeit betrieb."

Bei der Planlosigkeit der Bewegung brach sie dank der rasch einsetzenden energischen Maßnahmen der Regierung (Verhängung des verschärften Belagerungszustandes, Auflösung der Streikleitung, Militarisierung der Betriebe, Einziehung Reklamierter) und letzten Endes infolge der Zurückhaltung der Gewerkschaften, die sich vor allem in der geld-

lichen Unterstützungsfrage bemerkbar machte, nach etwa acht Tagen zusammen.

Ließ der Streik auf der einen Seite die Gefährlichkeit der radikalen Agitation und die Ausdehnung, die sie bereits genommen hatte, erkennen, so zeigte er andererseits der Regierung die Mittel, die rücksichtslos und mit unbeugsamer Entschlossenheit angewandt, das Äußerste verhüten konnten. Daß die Mehrheitssozialdemokratie, wenn es hart auf hart kam, versagen und sich zu ihren sozialistischen Brüdern schlagen würde, mußte nunmehr jedem Einsichtigen klar sein.

Leider änderte die Regierung ihre bisherige Politik des Abwartens, der Scheu vor umfassenden, durchgreifenden Maßnahmen, der Hinneigung zur Sozialdemokratie und Fortschrittlichen Volkspartei nicht.

Es darf nicht vergessen werden, daß gerade dieser Partei, der „Vorfrucht der Sozialdemokratie", ein erheblicher Teil der Schuld an der Verseuchung der Volksstimmung zufällt. Im Norden des Reiches arbeitete daran das von jeher allem Deutschtum feindliche „Berliner Tageblatt" [1]), im Süden die in verwandtem Geiste geleitete „Frankfurter Zeitung". Besonders aus Baden häuften sich die Klagen über die aufreizende Tätigkeit dieses Blattes und seiner Gefolgsorgane „Neue Badische Landeszeitung" (Mannheim) und „Heidelberger Neueste Nachrichten" (Heidelberg). Die zahllosen Erklärungen und Andeutungen, was alles kommen könne, wenn nicht das Mahrecht in Preußen und der Friedensvertrag von Beest ausschließlich nach demokratischen Parteigrundsätzen gestaltet würde, mußten schließlich ihre Wirkung tun. Dabei wußte man es so einzurichten, daß ein behördliches Einschreiten auf Grund des Belagerungszustandes fast stets aussichtslos erschien.

An dieser Politik, die von dem Bestreben nachträglicher Rechtfertigung und Aufrechterhaltung der der Lage Deutschlands längst nicht mehr entsprechenden Friedensresolution vom 19. Juli 1917 geleitet war, beteiligte sich leider auch das Zentrum.

Nebenher gingen die schärfsten Angriffe gegen die Vaterlandspartei, deren Tendenz, wie bekannt, gegen jede Flaumacherei gerichtet war. Kein Mittel war zu niedrig, um ihre Versammlungen zu stören. Kurz vor ihrem Stattfinden wurde dann durch besonders zugespitzte Zeitungsartikel die entsprechende explosive Atmosphäre geschaffen. Aus

[1]) Die „J. K." (28. 6.) nannte gelegentlich eines Sonderfalles das „Berliner Tageblatt", „das unanständigste und verlogenste Organ Berlins".

Freiburg (Baden) wurde Ende Januar berichtet, daß eine Versammlung dadurch gestört worden sei, daß von einem Unbekannten telephonisch ein falscher Fliegeralarm erzeugt wurde.

Wohl spürten die Behörden das unheimliche Wirken des inneren Feindes, aber fast immer wußte er sich ihrem Zugriff zu entziehen.

Die Streikgefahr war zunächst beseitigt. Immerhin zitterte in der Arbeiterschaft eine starke Erregung nach, die sich in unvermindertem Mißtrauen gegen die Absichten der Reichsleitung in der äußeren Politik und gegen die Festigkeit der preußischen Regierung in der Wahlrechtsfrage äußerte. Die sozialdemokratische Presse tat fast nichts mehr, um dieser Stimmung durch scharfe Hervorhebung der feindlichen Vernichtungspläne entgegenzuwirken. Die Richtung Stampfers („Vorwärts") war in ihr mehr denn je obenauf.

Eine gegen diesen und den Redakteur Kuttner erhobene Anklage wegen Landesverrats[1]) diente lediglich dazu, das Ansehen beider bei den Massen zu erhöhen. Auch gegen den Abg. Dittmann, Mitglied der U. S. P. D., erhob der Reichsanwalt Anklage. Sie führte zur Verurteilung zu — Festungshaft.

10.

Der Plan für die Revolution — Die Friedensschlüsse im Osten

Am 9. Februar 1918 begann[2]) die zielbewußte Vorbereitung der Revolution durch Barth, Richard Müller, Däumig, Blumenthal u. a. Es wurde in langwieriger Mühlarbeit eine „illegale Organisation" durch Agitation von Mund zu Mund geschaffen. Sie war gegliedert in Unterabteilungen für Beschaffung von Geld, Waffen, Papieren, Besorgung von Nachrichten der Polizei, des Militärs, der „Scheidemänner", der Gewerkschaften, Überwachung der eigenen Genossen, Organisation der Stoß- und Kampftrupps usw. In diesen Gruppen wurden immer nur die unmittelbar Beteiligten über das Allernotwendigste unterrichtet.

An der Spitze stand Barth als Diktator mit unbeschränkten Machtbefugnissen.

[1]) Das Verfahren wurde bald darauf eingestellt.
[2]) E. Barth, „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution", S. 26ff.

Das Ziel war der bewaffnete Aufruhe, die Revolution, und durch sie der vom Proletariat erzwungene Friede, die Diktatur des Proletariats.

Um dieses Ziel zu erreichen, verlangte Barth in der Gründungssitzung vom 9. Februar von seinen Genossen, daß sie die bürgerliche Moral an den Nagel hängen und alle Mittel zur Verwirklichung ihres großen Ideals benutzen sollten, niemand, aber auch niemand als ihrem eigenen Gewissen Rechenschaft schuldend.

Verrat wurde mit dem Tode bedroht.

Von den in jener Sitzung anwesenden 18 „Oppositionellen Obleuten" Berlins stimmten 17 Barth zu.

Das Schicksal des deutschen Volkes war damit besiegelt.

Wie dann weiter gearbeitet wurde, ist aus den Mitteilungen eines Führers der Unabhängigen Sozialistischen Partei, des späteren Kommunisten Vater, bekannt. Dieser erklärte in einer Versammlung des A.- und S.-Rates in Magdeburg im Dezember 1918:

„Uns ist diese Revolution nicht überraschend gekommen. Seit dem 25. Januar d. J. haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet. Die Arbeit war schwierig und gefahrvoll zugleich; wir haben sie mit vielen Jahren Zuchthaus und Gefängnis bezahlt. (Nebenbei nicht zutreffend, da bekanntlich die Revolution als erste „Errungenschaft" alle Zuchthäuser und Gefängnisse öffnete und deren Insassen auf das Bürgertum losließ. D. Verf.) Die Partei hatte eingesehen, daß die großen Streiks nicht zur Revolution führten, es mußten daher andere Wege beschritten werden. Die Arbeit hat gelohnt. Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt; die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit Geld und unterschriftslosen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen; und so hat sich der Zerfall allmählich, aber sicher vollzogen."[1])

Es ist den Verrätern gelungen, ihre Wühlarbeit vielfach, das Vorhandensein der Organisation „ungenannt und ungekannt", vollkommen den Behörden zu verbergen. Man muß diesen daraus zweifellos einen

[1]) „Tägliche Rundschau" vom 15. 12. 18.

Vorwurf machen, möge aber auch bedenken, daß in ihnen fast durchweg Männer saßen, denen es wegen ihrer eigenen Vaterlandsliebe unfaßlich schien, daß weite Kreise des deutschen, wegen seiner Treue sprichwörtlich gewordenen Volkes derart an ihren eigenen Brüdern handeln konnten. Aber die Phrase vom internationalen Sozialismus verlangte ja, wie E. Barth ausführt, daß man gewillt war, Vater und Mutter Bruder und Schwester, Frau und Kinder freudig zu opfern. —

Auch vor den Genossen der Mehrheitspartei suchten die Verschwörer ihr Treiben geheim zu halten, nicht aber gegenüber der U. S. P. D. Hatte diese anfangs sich ferngehalten aus Besorgnis, „bei einem Mißlingen die geheiligte, teuere Person in Gefahr zu bringen, so leistete sie doch bald den Aufrührern Gefolgschaft und Vorschub, denn — Nein zu sagen, um dann bei einer trotzdem kommenden Bewegung, falls sie gelingt, sich nicht mit dem Lorbeer schmücken zu können, wenn — das ging nicht.[1]) —

Festzustehen scheint, daß sowohl die Führer der Mehrheitssozialdemokratie wie der freien Gewerkschaften von der bolschewistischen Wühlarbeit der Barth und Genossen nichts gewußt haben. Ob sie ahnten und fühlten, in welches Fahrwasser die Massen allmählich gerieten? Jedenfalls trat auch die Mehrheitspartei allmählich schärfer in Opposition zur Regierung; die Erfolge der Frühjahrsoffensive bewirkten nur eine vorübergehende Abschwächung dieser Haltung. Die Partei begann offensichtlich den Massen nachzulaufen, um nicht, falls wirklich ein Umsturz eintrat, die Rolle des betrübten Lohgerbers spielen zu müssen. Was Sieg, was Vaterland — die Hauptsache blieb die Herbeiführung der Demokratie, aber, wie Scheidemann und Genossen sie verstanden, nämlich als Herrschaft der Partei! —

Immerhin hütete man sich zunächst, die Brücken zur Regierung ganz abzubrechen. Man konnte ja nicht wissen, wie das Spiel endete, und auf alle Fälle wollte man die Möglichkeit haben, sich auch hier empfehlend in Erinnerung zu bringen.

Und dies alles, während draußen unsere Helden mit dem Aufgebot äußerster Kraft den äußeren Feind niederzuwerfen sich mühten. —

Dem Deutschtum wesensfremde Elemente hatten daheim die Führung der Arbeitermassen an sich gerissen. Als sie ihre Gefolgschaft zum

[1]) Barth, „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution".

Kampfe aufriefen, da geschah es nicht gegen den Feindbund, sondern gegen die eigenen Volksgenossen, sie schlugen Schlachten nicht gegen Engländer und Franzosen, sondern gegen gefüllte Magazine und Eisenbahnwagen, während sie selbst sich fette Ämter sicherten. Und wer waren diese Führer in der Mehrzahl? Etwa Arbeiter wie seinerzeit Bebel? Nein, es waren Leute, die, wie später der bekannte Bauernführer Dr Heim äußerte, die Handarbeit fürchteten, wie die Wanzen das Zacherlin, sogenannte „Intellektuelle", die sich größtenteils die schwarzen und roten Locken hatten wegschneiden lassen, damit ihre fremde Rasse nicht allzu deutlich hervortrete.

Herr Scheidemann, der gewandte Demagoge, aber rief am 9. November 1918 von der Freitreppe des Reichstages den besinnungslosen Massen zu: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt." Hat das deutsche Volk die verbrecherische Lüge dieses Wortes jetzt erkannt? —

Die Niederwerfung des Januarstreiks hatte auf die Massen großen Eindruck gemacht. Natürlich forderten Parteiführer, Presse und Gewerkschaften nunmehr zur dauernden Beruhigung eine konsequent „volkstümliche" Politik, als ob eine solche, besonders in den innerpolitischen und sozialen Fragen bisher nicht bestanden hätte. Und dabei war gerade die soziale Politik in den Kriegsjahren über ihre schon vorhandene, bisher von keiner Kulturnation erreichte Höhe hinaus pflegsam weiter entwickelt worden. Freilich fragte sich, wo man erst die Grenze für „Volkstümlichkeit" sah.

Auf eine großzügige Wiederholung der Streiks brauchte vorerst nicht gerechnet zu werden. Die Niederwerfung mit Gewalt war nicht nur militärisch notwendig, sondern auch politisch richtig gewesen.

Die Vorgänge im Osten traten wieder in den Vordergrund des Interesses. Der Friedensschluß mit der Ukraine (9. Februar 1918) wurde von der sozialdemokratischen Presse mit grämlicher Miene, die am nächsten Tage erfolgende Erklärung Trotzkis über die einseitige Beendigung des Kriegszustandes zwischen Rußland und Deutschland mit naiver Freude aufgenommen. Die „J. K." meinte (11. Februar): „Wenn Deutschland will, gibt es von heute an keine Ostfront mehr. Der Zweifrontenkrieg ist erledigt." Der „Vorwärts" (12. Februar) gelobte, alles zu tun, damit mit ganz Rußland wie mit der Ukraine ein Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen geschlossen werde. Nach wie vor

blieb diese Formel der Partei die Hauptsache; es wäre ja auch im höchsten Maße verwerflich gewesen, wenn das von allen Seiten überfallene Deutschland Ersatz für seine Schäden und Sicherung gegen künftige Raubzüge erstrebt hätte.

Sobald sich die Friedenshoffnung als trügerisch erwies, machte sich Enttäuschung und tiefe Niedergeschlagenheit geltend. Hartnäckig verwies die Mehrzahl der sozialdemokratischen Blätter auf den Weg der von Trotzki vorgeschlagenen unmittelbaren Abmachungen und warnte vor Gewaltsamkeiten. Die „Leipziger Volkszeitung" natürlich unterstrich (15. Februar), daß es sich hiebei um „die Wiederaufnahme der kriegerischen Operationen gegen ein Volk" handele, „das erklärt, daß es des Krieges müde ist, und das tatsächlich aus dem Krieg herausgegangen ist." Dr. Adolf Beaums Blatt („Fränkische Tagespost") aber schrieb am 16. Februar mit deutlicher Anspielung auf die Kriegskreditfrage: „Es mag sein, daß auch der neuerliche Krieg gegen Rußland, das demobilisiert hat, als ein Verteidigungskrieg gedeutet werden wird. Den meisten Deutschen dürfte im 4. Kriegsjahr die Naivität fehlen, derartiges zu glauben." Als der deutsche Vormarsch unaufhaltsam weiter ging, äußerte der „Vorwärts" (20. Februar) sofort wieder seine Besorgnisse. Je weiter die deutschen Heere sich von der jetzigen Frontlinie entfernten, desto größer werde die Gefahr, daß auch die Regierung sich von der Mehrheitsfront, die durch die Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 geschaffen sei, loslöse. Jedenfalls sei der neue Vormarsch eine hochpolitische, keine rein militärische Angelegenheit.

Daß das Zentralorgan ebenso warm für die Selbständigkeit Polens (nachdem Rußland kein Interesse mehr für seinen Wiedererwerb zeigte) und seine Vergrößerung auf Kosten Deutschlands — das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen" mußte dabei herhalten — eintrat, konnte nicht weiter Wunder nehmen.

Mit der wachsenden Schärfe der Opposition gegen die Politik der Regierung stieg die Hinneigung und das Vertrauen der sozialdemokratischen Parteipresse zu Wilson. So sah der „Vorwärts" (13. Februar) in der Februarrede des Präsidenten schon die Möglichkeit zu Friedensbesprechungen, die „Fränkische Tagespost" (13 Februar) eine „Gelegenheit zum Verhandeln"; „Breslauer Volkswacht" (13. Februar), „Münchener Post" (13. Februar) und „Schwäbische Tagwacht" (13. Februar) äußerten sich ähnlich. Die „Leipziger Volkszeitung" (13. Februar), die

schon immer ihre Vorliebe für Wilson gezeigt hatte, sprach gar von einer „selten günstigen Gelegenheit", einem „Beispiel der Mäßigung, das nachahmenswert ist".[1])

Im April 1921 wurde mir ein in einer großen Anzahl amerikanischer Zeitungen veröffentlichter Artikel: „Wilson — kein betrogener Idealist" übersandt. Er erschien als Gegenschrift gegen das von dem ehemaligen Staatssekretär der Union Robert Lansing herausgegebene Buch „Die Friedensverhandlungen. Eine persönliche Erzählung" und versucht, den Nachweis zu führen, daß Wilson in Versailles keineswegs dem überlegenen Willen eines Clemenceau gewichen sei, sondern vollbewußt die Verhandlungen ihren für Deutschland mörderischen Weg habe gehen lassen. Wilsons Autokratennatur, so behauptet der Verfasser des Artikels[2]), habe während seines ganzen Lebens, zumal in der Zeit seiner Präsidentenschaft, jeden Widerstand niederzuwerfen gewußt und wäre auch, wenn er gewollt hätte, mit Leichtigkeit gegenüber den drei anderen Ententediplomaten Sieger geblieben. Ich entnehme dem Artikel folgende Stellen: „Zur Genesis der Vierzehn Punkte. Wilson war stets davon überzeugt, daß Deutschland militärisch nicht niedergezwungen werden könne. Darin hatte er vollständig recht, denn trotzdem und alledem ist die deutsche Armee im Felde unbesiegt geblieben. Darum setzte er seine ganze Hoffnung darauf, durch eine geschickte Propaganda die deutsche Heimfront zu unterminieren und einen Zwiespalt zwischen dem deutschen Volke und seinen berufenen Führern im Kriege zu veranlassen. Dadurch hoffte er, das kriegsmüde deutsche Volk in seinem Siegeswillen zu schwächen und dem Frieden zugänglich zu

[1]) Die Rede Wilsons — Ansprache an den Kongreß — enthielt die bekannten vier Grundsätze, die später von uns und den Feinden zusammen mit den bereits am 8. Januar 1918 genannten 14 Punkten, als Grundlage für Friedensverhandlungen angenommen wurden.

In seiner Rede vom 11. Februar verlangte Wilson die Anwendung seiner Grundsätze in der Praxis lediglich zu Lasten der Mittelmächte, die offen zu Tage liegenden Raubabsichten der Entente versuchte er durch Schilderung ihrer unangenehmen Menschenfreundlichkeit zu verdecken und wiederholte wieder, daß der Kampf lediglich den deutschen annexionistischen und militärischen Führern gelte.

Am 25. 2. stimmte Graf Hertling im Reichstage den vier Grundsätzen zu und erklärte unter Bewegung des Hauses, daß ein allgemeiner Friede unter dem selbstverständlichen Vorbehalt des Einverständnisses aller Völker mit diesen Grundsätzen sehr wohl möglich erscheine.

[2]) Heinrich Charles, Sekretär der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer, New York, N. Y. 60 Broadway.

machen. Der trockene Schleicher Oberst House hatte ihm nach seinen verschiedenen Europafahrten, auf denen er die Alliierten zum Aushalten ermutigte und das deutsche Volk ausspionierte, berichtet, daß es in Deutschland, wo unseres lieben Herrgottes Tierreich besonders groß ist, närrische Leute gäbe, die an einen Verständigungsfrieden glaubten und daß einem solchen nur die Hohenzollern, die Junker und die Militaristen im Wege ständen. Hier setzte Wilson nun den ersten Keil ein. In dem hochtrabenden Wortschwall seiner phrasenreichen Botschaften beteuerte er immer, er führe keinen Krieg gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen seine „verbrecherischen Führer" und gegen ihre Autokratie. Ausgerechnet er, der vorbildliche Autokrat! Diese Botschaften trafen ins Schwarze. Denn mit Leim fängt man Gimpel und mit Honig Fliegen. Diese perfide und hinterlistige Propaganda war aber von Wilson nie ernst gemeint; sie war nur eine Kriegslist.

Am 3. Januar 1918 empfing George Creel, der offizielle Leiter der amerikanischen Propagando in Washington, von seinem Mitarbeiter, Edgar G. Sisson, der sich in St. Petersburg befand, eine Depesche folgenden Inhaltes: „Wenn der Präsident die antiimperialistischen „Kriegsziele und demokratischen Friedensziele Amerikas in tausend „Worten oder weniger, in kurzen, fast plakatartigen Paragraphen und „kurzen Sätzen wiederholt, so kann ich sie in einer deutschen Übersetzung „in großen Quantitäten nach Deutschland füttern und eine russische „Version hierzulande in der Armee und überall verwenden. Auszüge „von früheren Auslassungen sind nicht brauchbar. Notwendig ist in„neres Beweismaterial, daß der Präsident an das gemeine deutsche „und russische Volk in ihrer augenblicklichen Lage denkt und daß er zu „ihnen spricht. Kann die deutsche Übersetzung und den Druck hier „besorgen."

Noch einer eingehenden Konferenz mit Creel setzte Wilson sich hin und verfaßte die Rede der Vierzehn Punkte, die er am 8. Januar hielt. Besonders erwünscht war zu der Zeit die Veröffentlichung annehmbarer Kriegsziele, da Wilson wußte, daß die Alliierten der Frühjahrsoffensive der Deutschen mit Besorgnis entgegensahen und Hilfe von ihm erwarteten, damit die Moral ihrer Völker nicht zu stark litt. Aus diesem Tatsachenbestand ist klar und deutlich zu ersehen, daß Wilson die Vierzehn Punkte ursprünglich nur als Propagando beabsichtigt hat. An eine ehrliche Durchführung derselben dachte er damals und auch

nachher nicht. Wie sollte er dazu kommen, er, der in seinen amerikanischen Kampagnereden immer das Blaue vom Himmel versprochen, um, wenn einmal im Amte, das reine Gegenteil von dem Versprochenen zu tun? Er, der wiedergewählt worden war, weil man glaubte, er habe Amerika aus dem Kriege gehalten, und der dann prompt den Krieg erklärte; er, der alle seine Freunde verraten und seine Gönner, die für ihn Zeit und Geld geopfert hatten, mit Ausnahme Englands, betrogen! Er betrachtete die Vierzehn Punkte nur als Trommelfeuer, das er auf die deutsche Heimfront richtete und das leider besser, schneller und verheerender wirkte, als er sich in seinen kühnsten Träumen vorstellen konnte." —

So schreibt heute, frei vom Druck der Kriegszensur, ein großer Teil der amerikanischen Presse. Als 1917 und 1918 deutsche, um ihr Vaterland besorgte Zeitungen und Politiker unserem Volke ähnliches zuriefen, wurden sie von den Erzbergerblatteen und den Parteien der Linken als Kriegshetzer gebrandmarkt. Wie stets, glaubte die Masse der Deutschen dem Ausländer, ja dem Feinde, mehr als dem Volksgenossen. Wird es jemals anders werden?

Die in den ersten Märztagen vollzogenen Friedensverträge mit Rußland und Finnland wurden von der sozialdemokratischen Presse mit Äußerungen starken Unbehagens über Verlassen des Verständigungsgedankens aufgenommen. Man sprach vom Bankerott der Kriegspolitik der sozialdemokratischen Mehrheit. „Sollten wir Kriegskredite bewilligen, damit deutsche Regimenter in Finnland — glorreiche Aufgaben — die Revolution niederschlagen können? Sollten wir um ein Linsengericht unsere Ehre, unsere Seele und unsere Zukunft verschachern, ... Diese Kriegspolitik kann die Partei nicht mehr mitmachen. Diesem Frieden vermag sie nicht zuzustimmen. Neue Kredite darf sie nicht bewilligen." („Fränkische Volksstimme" 6. März.) Der „Vorwärts" und andere Blätter sahen den Sturz der Bolschewiki als Folge des Friedensschlusses voraus und betonten hinsichtlich der deutschen Bedingungen: „Der Weg, der da beschritten worden ist, ist nicht der unsere."

Die finnische Aktion[1]) erweckte in der Sozialdemokratie große Beunruhigung, weil ihr, weit über die Kreise der Unabhängigen hinaus, ein „konterrevolutionärer" Charakter beigelegt wurde. („Fränkische Tag-

[1]) Näheres siehe v. d. Goltz „Meine Sendung in Finnland und im Baltikum" Leipzig 1920, K. F. Koehler.

wacht" 5. März) „Deutschland erscheint also hier direkt als Unterdrücker einer sozialistischen Revolution, darüber hilft das ganze Gerede der ‚Norddeutschen' nicht hinweg". („Breslauer Volkswacht" 6. März.) Die „J. K." fürchtete, „daß die deutschen Waffen hier zu reaktionärkapitalistischen Zwecken mißbraucht werden".

Nur wenige Blätter vermochten die östlichen Fragen in ihrer weltpolitischen Bedeutung von einer höheren Warte aus zu betrachten oder wenigstens den vaterländischen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu rücken. So bekannte die „Schlesische Bergwacht" freimütig, im Osten atme man freier auf, seit die russische Gefahr beseitigt sei; die deutschen Sozialisten müßten endlich die Dinge sehen, wie sie sind, zumal die Sozialisten der feindlichen Länder durchweg in nationalen Dingen stabiler seien als die deutschen. Ähnlich äußerte sich Heilmann in der „Glocke" (16. März).

Der Gedanke einer Kreditverweigerung tauchte wieder auf. Die Gruppe um die „Breslauer Volkswacht", die „Münchener Post" (Kampfmeyer), der Abg. Wendel („Frankfurter Volksstimme") und der erst während des Krieges zur Sozialdemokratie übergetretene Frankfurter Rechtsanwalt Hugo Sinzheimer verlangten Ablehnung oder mindestens Abhängigmachung der Bewilligung von befriedigenden Erklärungen der Regierung über ihre fernere Kriegszielpolitik. Gegen diese Versuche, eine Schwenkung der Partei herbeizuführen, also für Beibehaltung des bisherigen Kurses, traten auf: „Hamburger Echo", die Blätter von Mainz, Bielefeld, Bremen, die „J. K.".

Zwischen beiden lavierte Stampfer. Die weitere Kreditbewilligung hielt er auf Grund der Lage im Westen für erforderlich, in der Frage der Zustimmung zu den Friedensverträgen hatte er sichtlich selbst keine innere Klarheit.

Ähnlich verhielt sich der Parteiausschuß, der in eingehenden Beratungen das Für und Wider der Abstimmungsweise besprach, schließlich aber der Fraktion freie Hand ließ. Bei der Ende des Monats stattfindenden Abstimmung wurden von ihr die Kredite gegen 14 Stimmen angenommen, ebenso der Friede mit Finnland und der Ukraine. Gegenüber dem Vertrage mit Großrußland enthielt sie sich der Stimme.

Mit derselben Lebhaftigkeit, mit der gegen die Angliederung Kurlands Einspruch erhoben wurde, wurde die Agitation für eine ganz eindeutige Verzichterklärung auf Belgien ohne jedweden Vorbehalt fort-

gesetzt. Die „Schwäbische Tagwacht" (11. Mäez) erklärte, Deutschland könne ehrlicherweise nicht sagen, es wolle einen Verständigungsfrieden, wenn es nicht bereit sei, die belgische Selbständigkeit, *so wie sie vor dem Kriege war*, wieder herzustellen. Auch Sinzheimer forderte eine Erklärung der Regierung hierüber. Dagegen sagte Aug. Winnig („Glocke" 16. Mäez), vielleicht mitbeeinflußt durch Andeutungen einer Reise nach Belgien: „Eine Wiederherstellung des alten Staates Belgiens ohne jede Sicherung gegen englische Aspirationen können auch wir nicht als Forderung vertreten."

Zu der in diesen Tagen bekanntgewordenen, üblen Denkschrift des Fürsten Lichnowsky äußerten sich die meisten Blätter dahin, es lasse sich z. Zt. nicht entscheiden, inwieweit des Fürsten Ansicht über die Schuld am Kriege berechtigt sei; die Sozialdemokratie habe im Juli 1914 manches auch schon gesagt, was der Fürst jetzt ausspreche, aber die Landesverteidigungspflicht werde davon nicht berührt, da mit deren Anerkennung die Sozialdemokratie nicht die Regierungspolitik decke, sondern das Interesse des Volkes wahrnehme; vielleicht könne übrigens die Denkschrift doch zur Verständigung beitragen.[1]) —

11.

Die Große Offensive — Sozialdemokratie und „Militärpartei" — Wahlrechtsreform

Noch einmal schien sich die Sozialdemokratie aufzuraffen.

Die Erfolge der großen Frühjahrsoffensive wurden auch von der sozialdemokratischen Mehrheitspresse mit Genugtuung aufgenommen. So rief der Abg. Lensch aus („Glocke" 1. April): „Unser Sieg und

[1]) Zumindest bei einer ganzen Reihe von Blättern ließ sich eine Parteilinie für den Fürsten und seine These von dem britischen Friedenswillen feststellen (Fränkische Tagespost, Breslauer Volkswacht). Die unabhängige Presse neigte natürlich gleichfalls zu dieser Richtung. Sie wurde nicht müde, die Schuld Deutschlands am Kriege hervorzuheben.

Gegen den Gedanken, den ganzen Fall vor den Strafrichter zu bringen, lehnte sich die sozialdemokratische Presse fast einmütig auf. Der Verbreiter der Schrift, Hauptmann v. Beerfelde, wurde vom „Vorwärts" (10 4.) energisch und warm in Schutz genommen.

nichts als unser Sieg über Englands Soldaten war und blieb, allen sentimentalen Redensarten zum Trotz, die unausweichbare materielle Voraussetzung für einen Frieden, der nicht Deutschlands Vernichtung bedeuten sollte." Selbst der „Vorwärts" (8. April) ließ sich, wie die „Breslauer Volkswacht" sich ausdrückte, dazu verführen, im militärischen Sieg jetzt den einzigen Weg zum Frieden zu sehen. Die „J. K." (8. April) fügte hinzu, um diesen Standpunkt könne sich jetzt die ganze Partei scharen. Natürlich sah die unabhängige „Leipziger Volkszeitung" in dem „Vorwärts"-Aufsatz nur eine schimpfliche Kapitulation vor den Alldeutschen.

Die „Chemnitzer Volksstimme" (3. April) aber bekannte, daß „die Zahl der Deutschen nicht sehr groß sein wird, die gewillt wären, sich dagegen aufzulehnen, wenn eines Tages die Forderung geltend gemacht werden kann, Frankreich solle Schadenersatz für Menschen und Güter leisten."

Die gewaltigen Siege hatten auch hier den Blick für die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands geklärt. Leider nur für kurze Zeit. Bald gewann die wirklichkeitsfremde pazifistisch-demokratische Gefühlspolitik wieder die Oberhand. Schon am 14. April verteidigte der Abg. Landsberg die Friedensentschließung vom 19. Juli 1917. Sie habe „nur deshalb den Frieden noch nicht bringen können, weil bei der Entente der gute Wille fehlte". In der Parteipresse wurde ausdrücklich betont, daß die Entschließung noch gelte und vom militärischen Erfolg unabhängig sei („Hamburger Echo" 20. April). Dementsprechend trat ein großer Teil der sozialdemokratischen Presse der Lösung der baltischen Frage im Sinne Deutschlands mit fanatischer Ablehnung gegenüber. Als der Vereinigte Landesrat von Livland, Estland, Riga und Ösel den Beschluß gefaßt hatte, Anlehnung bei Deutschland zu suchen und es um seine Unterstützung bei der Loslösung von Sowjet-Rußland zu bitten, fand der Empfang der Abordnung des Landesrats durch den Reichskanzler erbitterten Widerspruch in den von Stampfer beeinflußten Blättern. Die Opposition gegen die deutsche Kriegszielpolitik verschärfte sich noch angesichts der Vorgänge in der Ukraine.

Diese hatte die Mittelmächte um Hilfe gegen Sowjetrußland gebeten. Um der Ukraine die Möglichkeit zu geben, ihren wirtschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen, mußte das Land von den bolschewistischen Aufwiegleern gesäubert werden.

Auch nachdem dies einigermaßen gelungen war, vermochte die regierende Körperschaft, die Zentralrada, sich nicht Autorität zu verschaffen und die versprochenen Getreidelieferungen für die Zentralmächte aufzubringen. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen mit der Rada, sogar Anschläge auf deutsche Offiziere wurden verübt. Der deutsche Befehlshaber, Feldmarschall v. Eichhorn, sah sich zu energischen Maßregeln genötigt. Gleichzeitig erhob sich die ukrainische Bauernschaft gegen die kommunistische Enteignungsgesetzgebung der Rada. Auf einer Bauernversammlung in Kiew wurde der General Skoropadski zum Hetman und Diktator der Ukraine ausgerufen. Deutschland erkannte ihn an und unterstützte ihn mit Truppen.

Hier schienen, wie man heute sagen würde, „Errungenschaften der Revolution", sei es auch nur die eines fremden Volkes (wofür die „deutsche" Sozialdemokratie ja stets das wärmste Mitgefühl hatte), in Gefahr. Und so machte die sozialdemokratische Presse gewaltig in Entrüstung. Der Abg. Dr. David schrieb („J. K." 18. Mai), die deutsche Diplomatie sei drauf und dran, das „verkrachte Innen- und Außenideal der echt-russischen Leute" zu übernehmen: „ein innerlich unfreies Stammland in der Mitte und ringsherum geknechtete Schutzstaaten von Fremdstämmigen".

Man wußte in der Arbeiterschaft den Eindruck zu erwecken und zu vertiefen, daß die weltpolitische Neuordnung wesentlich nach dem Gebote militärischer Dienststellen und im Interesse einzelner Dynastien erfolge. Öfter noch als früher wurde das Wort „Militärpartei" angewendet, immer häufiger angedeutet, daß die Reichsregierung sich von militärischen Stellen ins Schlepptau nehmen lasse. So sprach Scheidemann in einer Wahlversammlungsrede von der Politik, die „über die Köpfe der Regierung hinweg" gemacht werde und empfahl dieser den Rücktritt, wenn sie sich nicht durchsetzen könne. Der Abg. Hieri-Schwabach erklärte auf einer Kreisversammlung des sozialdemokratischen Vereins Ansbach-Schwabach, die Militärpartei führe das Staatsruder und schalte und walte nach Gutdünken; die Grundlagen der Politik des 4. August 1914 seien nicht mehr gegeben. Besonders abfällig wurde in der sozialdemokratischen Presse die Frage der Einführung der monarchischen Regierungsform in Finnland und vor allem die einer sächsisch-litauischen Personalunion besprochen.

Der Abschluß des Friedens mit Rumänien — 7. Mai 1918 — be-

gegnete nur geringem Interesse. In der Offensive im Westen war eine Pause eingetreten. Die Wahlrechtsfrage trat wieder in den Vordergrund.

Die Ablehnung des gleichen Wahlrechts im preußischen Abgeordnetenhause — m. E. ein schwerwiegender politischer Fehler — verursachte eine ungeheure Erregung in der sozialdemokratischen Presse. Jetzt sei dem Volke klar, hieß es, daß die stärkste Macht auch in der preußischen Monarchie nicht der König, sondern die herrschende Klasse sei! Statt der erhofften Versöhnung werde nun eine weitgehende Radikalisierung der Massen eintreten. Es sei zu fürchten, daß „in ganz Europa der Haß, die Verachtung gegen dieses Preußen neue Nahrung finden" werde („Hamburger Echo" 15. Mai). Und der „Vorwärts" ließ sich die gute Gelegenheit nicht nehmen, die durch die notwendig gewordene Brotverkürzung erzeugte Mißstimmung für seine Zwecke auszubeuten, indem er am 16. Mai schrieb, daß „an demselben Tage, an dem das gleiche Wahlrecht in Preußen abgelehnt wurde", auch die Herabsetzung der Brotration beschlossen sei.

Der Erfolg ließ nicht auf sich warten. Der besonnene und geachtete Gewerkschaftsführer Hugo Winnig wies („Glocke" 18. Mai) sorgenvoll darauf hin, daß die Erbitterung der Massen einen kaum zu überbietenden Grad erreicht habe; sie ließen sich auf kein Parteiprogramm mehr ein, verurteilten aufs schärfste das politische System der herrschenden Oberschichten und seien beherrscht von dem brennenden Verlangen, damit abzurechnen, sobald sie die Hand frei hätten.

Der Parteivorstand rief am 17. Mai zur Abhaltung von Versammlungen auf, die die Auflösung des Landtags fordern sollten.

Die Wühlarbeit der Unabhängigen wurde eifrig fortgesetzt. Im Wahlkreise Niederbarnim mußte das Mandat neu besetzt werden. Der „Vorwärts" (13. März) berichtete, daß der unabhängige Wanderredner dort in allen Versammlungen gesagt habe, der Arbeiter habe kein Vaterland mehr, und Deutschlands Ergehen könne ihm ganz gleichgültig sein. Innerhalb der Gewerkschaften waren es besonders die „Handlungsgehilfenzeitung" und das „Schuhmacherfachblatt", die scharfe Angriffe gegen die „nationalistische Durchhaltepolitik" der Generalkommission, die die Arbeiterinteressen mit Füßen trete, richteten. Unzweifelhaft war es den Unabhängigen gelungen, das Mißtrauen gegen die Führer, das den Massen ohnehin innezuwohnen pflegt, erheblich zu verstärken.

Mit besonderer Genugtuung begrüßte die „Leipziger Volkszeitung“ die Tatsache, daß der russische Sondergesandte Petrow gleich nach seiner Ankunft in Berlin im März Kautsky besucht habe.

Ende Mai nahm die sozialdemokratische Presse Gelegenheit, die ganze Frage der Stellung zur Regierung aufzurollen. Es geschah zuerst in der Weise, daß dieser die volle Verantwortung für ihr Handeln zugeschoben, und die Sozialdemokratie davon freigesprochen wurde, selbst an dieser Verantwortung infolge ihres Verhaltens beim Zustandekommen der jetzigen Reichsleitung teilzuhaben. Stampfer sprach offen aus, es sei „ein schlimmer Fehlgriff der Reichstagsmehrheit gewesen, daß sie der Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler ihre Zustimmung gab“. („Breslauer Volkswacht“ 25. Mai.) Das einzige, was der Regierung vielleicht noch Aussicht auf eine längere Lebensdauer verheiße, sei, daß niemand ein rechtes Interesse daran habe, sie zu stürzen. „Sie steht, weil niemand sie stößt“; falle sie, so erfolge vielleicht kein Fortschritt, sondern ein Rückfall in alte Gewohnheiten bei der Kanzlerwahl („Breslauer Volkswacht“ 22. Mai). Die „Leipziger Volkszeitung“ (23. Mai) bemerkte hierzu treffend, v Payer sei als Vertrauensmann der „Regierungssozialisten“ Vizekanzler geworden; „aber hinterher wollen die Scheidemänner es niemals gewesen sein, wenn es brenzlich wird“.

Bis zu einem gewissen Grade war die Fronde der Sozialdemokratie gegen die Regierung vielleicht verständlich. Der Kanzler hatte in den Verhandlungen, die er mit den Parteiführern vor Übernahme seines Amtes führte, bestimmte Zusagen innerpolitischer Art gemacht: Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, Milderung des Belagerungszustandes und der Zensur, vor allem baldige Einbringung einer Vorlage über das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen.

Das erste dieser Versprechen war eingelöst. Bei der Frage des Belagerungszustandes ergaben sich bereits erhebliche Schwierigkeiten. Angesichts der wachsenden feindlichen Propaganda, der landesverräterischen Umtriebe und der Streikhetzereien sträubten sich Militär- und Zivilbehörden dagegen, die Zügel zu lockern. Sie bestanden sowohl auf der Zensur der Tagespresse und sonstiger politischer Schriften, wie auf der Überwachung politischer Versammlungen. Aber gerade hier fühlten Freisinn und Sozialdemokratie sich in ihren „Menschenrechten“ bedroht.

Die größten Hindernisse türmten sich auf bei der Einbringung der Wahlrechtsreform. Nachdem aber einmal der König und die Regierung dafür eingetreten waren, mußten diese Hindernisse rücksichtslos beseitigt werden, wenn nicht anders, so durch Auflösung des Landtags und Neuwahl. Die Männer der Regierung Hertling waren jedoch alles, nur keine Kraftnaturen. Immerhin durfte zu dieser ultima ratio erst im letzten Augenblick gegriffen werden. Die Regierung konnte es nicht darauf ankommen lassen, die in ihrer Treue zu König und Staat altbewährten konservativen Kreise der Bevölkerung einer so starken Belastungsprobe auszusetzen, ehe sie nicht das Menschenmögliche versucht hatte, auf gütlichem Wege die Zustimmung der Volksvertretung zu der nun einmal erforderlich gewordenen Neuordnung zu erlangen.

Hätte die Sozialdemokratie oder wenigstens ein Teil ihrer Führer und Presse für Staatsnotwendigkeiten Verständnis gehabt, so mußte sie, nachdem das bindende Versprechen der Krone zur Wahlrechtsreform vorlag, in diesen ungeheuer gespannten Wochen und Monaten von ihrem Drängen ablassen, um die Geschlossenheit im Innern nicht zu gefährden und die Regierung zu stärken. Die Partei stand ihr auch diesmal über dem Vaterland.

Die neue Phase der deutschen Offensive im Westen — zwischen Reims und Laon — wurde in der sozialdemokratischen Presse nicht mit derselben Genugtuung aufgenommen wie ihr Beginn. Vorteilhaft hoben sich, wie gewöhnlich, die „Chemnitzer Volksstimme" und die „L.-K." hervor. Nachdrücklich wies das Chemnitzer Blatt (27., 28., und 29. Mai) darauf hin, daß die Art Frieden, von der die englischen und französischen Staatsmänner sprächen, für Deutschland undiskutabel sei. Während Graf Hertling versichert habe, von deutscher amtlicher Seite sei niemals geäußert worden, man wolle Belgien behalten, denke sich Lloyd George den ehrenvollen Frieden so, daß englisch bliebe, was an deutschem Kolonialgebiet und an türkischem Land im Kriege erobert worden sei; nie habe ein englischer Staatsmann das Gegenteil auch nur angedeutet. So müsse denn das deutsche Volk weiter jeden Nerv anspannen. „Die Selbsterhaltungspflicht gebietet Deutschland, den Versuch zu machen, die Feinde so empfindlich zu schlagen, daß sie möglichst bald zum Frieden geneigt sind." Nur so werde es gelingen, noch in diesem Jahre zu Friedensverhandlungen zu kommen; auf die Volks-

massen in den feindlichen Ländern besondere Friedenshoffnungen zu setzen, wäre verfehlt.

Für die „J. K." (29. Mai) war Sieg und Frieden gleichbedeutend. Sie erinnerte an die Haltung des „Vorwärts" im September 1914. Das Zentralorgan habe damals den Franzosen, als unsere Heere ungefähr dort angelangt waren, wo sie jetzt stünden, vorgeschlagen, sie sollten das Waffenspiel beenden, da Deutschland sich gewiß mit einer Kriegsentschädigung begnügen und keinen Landerwerb anstreben werde. „Damals zuerst begann in einigen Köpfen die Einsicht aufzudämmern, daß die Beendigung des Krieges durch eine Verständigung aussichtslos sei. Was seither in vier Jahren geschehen ist, hat diese Einsicht zu einer fast unumstößlichen Gewißheit gemacht." Das deutsche Volk sei „längst entschlossen, den Krieg jetzt gewaltsam zu beenden, den die Feinde sonst ins Unendliche fortschleppen würden". Heilmanns Aufsatz schloß mit einem Appell an die Sozialdemokraten, sich dem Siegeswillen des Volkes nicht entgegenzustellen.

Leider blieb diese klare Erkenntnis von der Verfehltheit und Unmöglichkeit des Gedankens an einen Verständigungsfrieden ebenso vereinzelt, wie es dem Wollen und Sehnen Heilmanns an Widerhall in der Sozialdemokratie fehlte. Den weitaus größten Platz nahmen, besonders auch in der Presse, Sorgen anderer Art ein: Furcht vor weitgreifenden Annexionsforderungen Deutschlands und Mißstimmung darüber, daß die Wahlrechtsfrage anscheinend nicht vorwärts komme. Der „Grundstein" (1. Juni) bemerkte sogar: „Es gibt sehr viele Leute, die das Verhalten der Reaktionäre wie der Regierung auf die militärischen Siege zurückführen, und die von weiteren Siegen eine weitere Stärkung der Reaktion befürchten."

12.

Die „Friedensoffensive" — Sozialdemokratie gegen Oberste Heeresleitung — Letzte Vorbereitung des Umsturzes — Defaitistische Propaganda — Der Reichstag

Auch die Propaganda pazifistischer Ideen setzte von neuem und besonders umfangreich ein. Die „Zentralstelle Völkerrecht" und die „Deutsche Friedensgesellschaft" erließen Aufforderungen im ganzen Reich zur Abhaltung von möglichst vielen Versammlungen. Wegen des be-

stehenden Verbotes sollten diese nicht von ihren Organisationen, sondern von erst zu bildenden freien Bürgerausschüssen einberufen werden. Auch von dem deutschen „Frauenausschuß für dauernden Frieden" war verschärfte Propoganda pazifistischer Gedanken insbesondere unter den Frauen und Kindern beschlossen worden.

Es lag keineswegs im vaterländischen Interesse, bei der zugespitzten politischen Lage dem Pazifismus eine derart umfangreiche propagandistische Versammlungstätigkeit zu gestatten. Angeblich sollte für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 eingetreten werden. Es war aber dem Kriegsministerium und den anderen obersten Regierungsbehörden bekannt, daß die Ziele der gewonnten Vereinigungen weit über diesen Rahmen hinausgriffen, und sie sich praktisch in einem für Deutschland ungünstigen Sinne betätigten.

Infolgedessen sah sich der Obermilitärbefehlshaber[1]) veranlaßt, die über die erlaubten Grenzen hinausgehenden Bestrebungen des Pazifismus erneut als unerwünschte Propagonda zu bezeichnen und die Militärbefehlshaber anzuweisen, die Abhaltung der geplanten Versammlungen zu verhindern.

Über die Anweisung erhob der Abg. Gothein Beschwerde beim Reichskanzler. Der Reichstag nahm sich der Sache an. In der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages kam es zu heftigen Angriffen gegen den Kriegsminister. Dieser war mit Einwilligung des Reichskanzlers auf kurze Zeit beurlaubt, seine Anwesenheit oder Rückberufung hatte der Reichskanzler nicht für notwendig gehalten. Um so überraschender war die Forderung des letzteren, daß von der Heeresverwaltung sofort geantwortet werden sollte. Da er selbst anwesend war, hätten einige Worte von ihm genügt, um die Angelegenheit bis zur Anwesenheit des Kriegsministers hinauszuschieben. Ich erwiderte an Stelle des Kriegsministers, daß dieser nicht beabsichtigt habe, jede Tätigkeit genannter Stellen zu verbieten, daß er aber unbedingt verhindern müsse, daß in der pazifistischen Propoganda über den Rahmen des Staatswohles hinausgegangen würde.

[1]) Es war dies eine vor kurzem errichtete Dienststelle, deren Inhaber der preußische Kriegsminister war. Ihre Schaffung war notwendig geworden, um dem Kriegsminister in gewissem Umfange ein Befehlsrecht gegenüber den im übrigen ihm gleichgestellten stellvertretenden kommandierenden Generälen zu geben

In Deutschland wurde der Kriegsminister wegen eines vielleicht unglücklich gefaßten Erlasses, der die ausgedehnte Tätigkeit einer Friedensgesellschaft einschränken sollte, heftig angegriffen. Bei der Entente wurde zu derselben Zeit mit harten Gefängnisstrafen vorgegangen, ohne daß es zu irgendwelchen Erörterungen in den feindlichen Parlamenten gekommen wäre. Die Entente wußte sehr wohl, weshalb sie so scharf eine den Kriegswert der Nation herabsetzende Propaganda unterdrückte; in Deutschland war man blind gegen diese Gefahren, und man ließ sich auch nicht überzeugen. Die Herren wußten es eben besser. Die „Verzichtfriedensmehrheit" des Reichstages blieb sich auch hierin konsequent. —

Dies freilich war nicht die Stimmung, aus der heraus uns der Endsieg erwachsen konnte.

Am 31. Mai, am Tage, nachdem unsere Truppen bei Fère-en-Tardenois die Marne erreicht hatten, bekannte sich der Parteiausschuß der Mehrheitssozialdemokratie nach zwei Reden Eberts und Scheidemanns erneut zum Verständigungsfrieden auf der Grundlage der Entschließung vom 19. Juli 1917.

Die Unabhängigen aber gingen unter Billigung der eigensinnig an die russische „Loyalität" glaubenden Regierung dauernd in der russischen Botschaft Unter den Linden aus und ein, wo als Vertreter der „Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik" Herr Joffe residierte. —

Im Westen hatte auch der Vorstoß zur Marne nicht den Erfolg gebracht, den Feindbund friedensbereit zu machen. Das Einsetzen von Gegenangriffen bewies vielmehr seinen noch ungebrochenen Kampfeswillen.

Nunmehr begann eine „Friedensoffensive" unserer Diplomatie. Am 24. Juni hielt der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Kühlmann, im Reichstage eine Rede, die — im starken Gegensatze zu ihm erteilten Weisungen des Reichskanzlers — den Eindruck hinterließ, „daß trotz der glänzenden Erfolge unserer Offensive ein Ende des Krieges nicht abzusehen sei, daß rein militärisch der Krieg überhaupt nicht zu Ende geführt werden könne, daß hierzu vielmehr diplomatische Verhandlungen notwendig seien, zu denen aber auf der anderen Seite bisher noch keinerlei Geneigtheit sich zeige. Ein Bekenntnis von vollständiger Trostlosigkeit und Resignation ohne die leiseste Andeutung, was die deutsche

Politik tun wolle, um sich einen Weg zu bahnen". (Helfferich „Der Weltkrieg", Band III).

Die darauf folgenden Redner, die Herren Gröber (Zentrum) und Dr. David (Soz.) gingen auf die Rede des Staatssekretärs überhaupt nicht ein. Sehr scharf aber griff ihn Graf Westarp (Kons.) an, der ihm vorwarf, der Siegeszuversicht des Heeres einen schweren Stoß versetzt zu haben.

Am nächsten Tage desavouierte der Reichskanzler deutlich die Ausführungen Herrn v. Kühlmanns, dieser selbst versuchte sich dahin zu interpretieren, daß er den militärischen Erfolg als Voraussetzung jeder diplomatischen Verhandlung stets angesehen und bezeichnet habe.

Daß nach diesen Vorgängen die Tage Herrn v. Kühlmanns als Staatssekretärs des Auswärtigen gezählt waren, lag auf der Hand.

Anders dachte die Sozialdemokratie.

Die erste Rede des Staatssekretärs wurde von ihr günstig aufgenommen, die zweite nicht.

Das „Hamburger Echo" (25. Juni) sah in v. Kühlmann einen „Mann des Ausgleichs", der als solcher, „wenn man ihn schalten und walten ließe, wohl ohne größere Mißgriffe der Sache des Friedens dienen" würde. Der „Vorwärts" (25. Juni) zollte der „Klarheit und Offenheit, mit der er ausgesprochen hat, daß dieser Krieg nur durch Verständigung zu beenden ist, volle Anerkennung."

Nach der Rede vom 25. Juni sprach das „Hamburger Echo" (26. Juni) von einer „Ehrenbezeigung vor jener alldeutschen Richtung, die sich ihm (K.) gegenüber schwerlich zu derselben Höflichkeit herbeilassen würde." Doch habe v. Kühlmann, auf dessen Seite die ganze Macht der Tatsachen stände, noch nicht den Kürzeren gezogen. Auch die „Schwäbische Tagwacht" (26. Juni) neigte der Auffassung zu, daß „erfreulicherweise in sachlicher Hinsicht kein Rückzug vorliege."

Ernster sah die „Fränkische Tagespost" (26. Juni) die Lage an, indem sie, zugleich mit starker Betonung der in der gesamten sozialdemokratischen Presse zutage tretenden Ansicht, daß übermäßige politische Einflüsse der O. H. L. vorlägen, andeutete, daß Graf Hertling den Staatssekretär fallen lasse.

Der „Vorwärts" aber (27. Juni) verwahrte sich sehr dagegen, für von der Rechten und den Nationalliberalen ausgehende Versuche, v. Kühlmann zu stürzen, in Anspruch genommen zu werden, und am

gleichen Tage hob die „Schwäbische Tagwacht" ausdrücklich hervor, wie verkehrt es wäre, sich durch „Ungeschicklichkeiten" des Staatssekretärs verleiten zu lassen, an der „Hetzkampagne" gegen ihn, die sich in Wahrheit gegen den Friedensgedanken richte, teilzunehmen. Der „Vorwärts" ließ sich auch von der Erwägung leiten, ob nicht nach v. Kühlmanns Rücktritt ein Mann an seine Stelle träte, „der den Alldeutschen gegenüber nicht nur schwach, sondern völlig willenlos ist" (28. Juni) und arbeitete scharf den Gedanken heraus, daß „Kühlmannkrise zugleich Kanzlerkrise" wäre.

Kurz darauf, am 3. Juli, hielt Herr Scheidemann im Reichstag eine Rede, in der er heftig gegen die angebliche militärische Vorherrschaft polemisierte und die Regierung sowohl wegen der Lebensmittelverteuerung wie wegen ihrer unentschlossenen Haltung in der Wahlrechtsfrage angriff. Schließlich erklärte er, nicht zur Bewilligung des Etats imstande zu sein.

Die sozialdemokratische Presse äußerte sich über die Rede sehr befriedigt, besonders weil Scheidemann die unleugbare Friedenssehnsucht weiter Volkskreise auf eine kurze Formel gebracht habe.

In der gleichen Linie des Widerstandes gegen alles, was, auch nur entfernt mit Politik zusammenhängend, von der O. H. L. kam, lag auch die ablehnende Haltung, mit der die sozialdemokratische Presse dem vom Feldmarschall Hindenburg ins Leben gerufenen kurländischen Siedlungsplane begegnete. Vor allem wurde beanstandet, daß die Verfügung vom Chef des Generalstabes erlassen sei, obwohl sie mit militärischen Dingen nichts zu tun habe (daß dies seinen Grund darin hatte, daß seitens der Zivilbehörden nichts für eine gesunde Siedlungstätigkeit geschah, übersah oder verschwieg man). Ganz mit Recht erinnerte die „Eisenbahnerstimme", das Blatt des neutralen Allgemeinen Eisenbahnerverbandes, angesichts des ihr unbegreiflichen Widerstandes des „Vorwärts" gegen den Plan daran, daß die Sozialdemokratie niemals eine Freundin der Bodenreform gewesen sei, da durch diese ein bodenständiges, heimatsfrohes Geschlecht geschaffen werde.

Am 8. Juli trat Herr v. Kühlmann zurück. Sein Nachfolger wurde der Admiral a. D. v. Hintze, zuletzt Gesandter in Norwegen.

Da den parlamentarischen Erfordernissen insofern Rechnung getragen wurde, als die Ernennung Herrn v. Hintzes erst erfolgte, nachdem er den Parteiführern vorgestellt war, und da ferner Graf Hertling im

Hauptausschuß erklärte, daß nicht der Staatssekretär, sondern er, der Kanzler, die Politik mache, nahm die sozialdemokratische Partei den Personenwechsel verhältnismäßig ruhig auf.

Am 18. Juli hatte im Westen die feindliche Gegenoffensive eingesetzt. Ihr Eindruck auf die deutschen Arbeitermassen war unleugbar sehr groß. Neben dem vielfach anzutreffenden Gefühl starker Gedrücktheit über die Niederlage und der schwindenden Hoffnung auf eine baldige endgültige Entscheidung fand sich auch eine Art von Genugtuung der Anhänger des sogenannten Verständigungsfriedens. Sie trugen sich mit der Hoffnung, nun werde die „Militärpartei" und insbesondere die O. H. L. die angeblich von ihr verfolgte Annexionspolitik aufgeben. Der Grundton der Stimmung war ein ratloser Pessimismus.

Nur bei einer gewissen Sorte der sich auch deutsch nennenden Arbeiterschaft war dies nicht der Fall. Bei ihnen, vor allem ihrer Führerschaft, den Barth, Däumig, Blumenthal, Richard Müller, triumphierte man. Die Zeit für den bewaffneten Umsturz, die Vernichtung des Reiches von innen her, schien heranzunahen.

Ich gebe Emil Barth, dem „Hauptmacher" der Revolution, das Wort:[1])

„Es war wohl das schwerste Stück Arbeit gewesen, Verbindungen ausfindig zu machen, um die notwendigen Brownings, Munition und Handgranaten zu erhalten. Aber es gelang schließlich doch. Einen Teil bekamen wir völlig umsonst, einen Teil zu normalen und einen Teil zu unverschämten Wucherpreisen. Als wir nun soweit waren, die Waffen zu erhalten, hatte sich eine erste und eine zweite Gelegenheit, Geld zu erhalten, zerschlagen. Endlich, nach ungeheuer mühevollen Bemühungen ... erhielt ich von einigen Genossen ausreichend Geld, immer soviel ich benötigte. Die Tage, die Wochen verflogen, und noch immer war die Beschaffung von Handgranaten nicht geglückt. Doch endlich hatten wie mit ungeheuerem Wagemut selbst welche hergestellt, hatten sie in vielen D-Zugfahrten, trotz Zugkontrolle, hierher geschafft, und so war auch diese Sorge erledigt ...

Jetzt begann das Gefährlichste. Die Bildung der Stoßtrupps.

Es mußte in jedem Großbetriebe ein Führer derselben gefunden werden, der dann innerhalb seines Betriebes seine Leute aussuchte. Es

[1]) Emil Barth, Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, S. 33.

mußte jeder Stoßtruppführer genau mit den Waffen informiert sein, so daß er sie ausprobierte und jedem Einzelnen wiederum klarlegte. Die einzelnen Leute mußten verschwiegen sein, mußten die Waffen kennen und mußten auch die Kerle sein, sie zu benutzen. Doch es ging, nicht nur besser, als ich dachte, sondern gerade diese Führer, die ich alle selbst einweihte, nachdem sie nach reiflicher Überlegung an mich herantraten, gaben mir neuen Mut und neue Energie ...

Anfang August, also nach der Niederlage an der Marne, wurden die ersten Stoßtrupps gebildet. In den Sitzungen mit den Obleuten und bei den Führern legte ich klar, daß nunmehr alle Tage die Kriegslage uns zwingen könne, loszuschlagen ...

Jetzt galt es, die richtige Stunde zum Kampfe zu wählen, die richtige Stunde und die äußerste Kraftanstrengung, den einheitlichen Schlag im ganzen Lande. Kuriere gingen ab. Die Stimmung war überall gut. Die Vorbereitungen überall fest im Gange. Überall die strikte Anweisung, nur auf memr Parole loszuschlagen."

Die Organisation war, ohne daß — wie erwähnt — die Behörden oder auch selbst Kreise der Mehrheitssozialdemokratie Kenntnis davon hatten, fertig ausgebaut. Von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei waren Rich. Müller, Abg. Haase und Ledebour nach Barths Zeugnis in alle Pläne eingeweiht.

Ersterer wurde im September von den Unabhängigen als Kandidat im Wahlkreise Berlin I aufgestellt.

Die Mehrheitspresse enthielt sich trotz der starken Depression der Massen jeder Aufsätze zur Hebung der Stimmung. Die „Breslauer Volkswacht" (27. Juli) besprach die militärischen Ereignisse sogar in recht pessimistischer Form.

Dagegen gezte man — Mehrheitssozialisten und Unabhängige — nicht mit Sympathieerklarungen für den Bolschewismus. „Bricht jetzt sein System zusammen, so bedeutet das einen Schlag für uns alle", rief der unabhängige Dr Breitscheid in der „Sozialistischen Auslandspolitik" (25. Juli) aus Auch Stampfer („Vorwärts") machte aus seiner Sympathie kein Hehl. —

Daß diese stetig zunehmende trübe Stimmung der Heimat auch auf das Heer nachteiligen Einfluß haben mußte, bedarf keiner Begründung. Und wie notwendig wae es gerade bei diesem, den Kampfeswillen zu erhalten. Man versetze sich in die Wirklichkeit. Der Mann, der sein

Alles einsetzte, um Vaterland, Haus und Herd zu schützen, bekam von seinen Angehörigen in Briefen die übertriebensten Nachrichten von ihrem jämmerlichen Leben, von ihren Entbehrungen und Leiden. Er las in den Zeitungen oder hörte, wenn er auf Urlaub war, von den unausgesetzten Angriffen vieler Volksvertreter im Parlament, die alles, was sie an Heer und Regierung auszusetzen hatten — ob wahr oder unwahr — in der breitesten und oft gehässigsten Weise vorbrachten. Er vernahm hier, wie schlecht seine Offiziere wären, dieselben Offiziere, auf die er im mörderischen Kampfe vertrauensvoll gesehen hatte und hinsah, die ihm stets als leuchtendes Beispiel vorangingen. Er hörte, daß diese Offiziere angeblich auf seine Kosten lebten, daß der aktive Offizier alles versuche, aus der vordersten Linie zu kommen, daß dem einfachen Manne zugunsten der Offiziere die Gewinne aus der Kantinenwirtschaft entgingen, daß der Soldat ein Recht auf Urlaub habe, herabwürdigend behandelt würde, kurzum, wie schlecht es ihm eigentlich ginge. Mußte dies nicht auf manchen charakterschwachen Mann lähmend einwirken! Mußten nicht Autorität und Disziplin dadurch geschädigt werden!

Viele der Urheber dieser Anklagen haben sich dies nicht klar gemacht, andere wollten es nicht, sie hatten andere Ziele vor Augen.

Die Folgen blieben nicht aus. Die zur Front zurückkehrenden Krieger hoben die Stimmung nicht. Es ist von Stellen des Feldheeres später behauptet worden, daß die Gesinnung des zum Heere herausgegangenen Ersatzes geradezu eine Gefahr für die Schlagfertigkeit gebildet habe. Das mag vielfach zutreffen. Allerdings haben die stellvertretenden Generalkommandos in ihren monatlichen Berichten an das Kriegsministerium über eine so schlechte Stimmung nicht geklagt. Daß in allerletzter Zeit einzelne Exzesse tollster Art bei den Transporten vorgekommen sind, kann nicht bestritten werden. Sie waren tief bedauerlich, bedauerlicher aber noch die Tatsache, daß von manchen militärischen Stellen nicht mit der nötigen rücksichtslosen Tatkraft dagegen eingeschritten wurde. Es bedurfte erst eines scharfen Schreibens des Kriegsministeriums an die stellvertretenden Generalkommandos, um hierin Wandel zu schaffen.

Besonders schädlich war das Verhalten eines Teiles der aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten Mannschaften.

Schon vor ihrem Eintreffen hatte das Kriegsministerium Nachrichten erhalten, die zu einer gewissen Vorsicht mahnten. Diese Warnung wurde

an das General-Gouvernement Warſchau weiter gegeben mit dem Zuſatz, über die Geſinnung der Leute Erkundigungen einziehen zu laſſen und nur unzweifelhaft zuverläſſige in die Heimat zu ſenden.

Eines Tages ließ ſich bei mir ein Pfarrer melden, der zur Begrüßung der Leute nach Warſchau geſchickt war. Er ſchilderte ihre Stimmung als ſehr gedrückt, „ſie glaubten faſt allgemein, daß ihnen ihre Gefangenſchaft in der Heimat nachgetragen würde“. Er beklagte lebhaft die gemäß obiger Warnung ſeitens des General-Gouvernements getroffenen Maßnahmen, die auf den „armen Leuten“ ſchwer laſteten.

Dieſe „armen Leute“ erholten ſich indes nur zu ſchnell aus ihrer „gedrückten Stimmung“. Sie weigerten ſich vielfach, erſt zu ihren Erſatzformationen zurückzukehren, um von hier aus den zugeſagten Urlaub anzutreten. Sie wollten direkt auf Urlaub fahren, und als ſie nach dem Urlaub wieder zum Weſtheer befördert werden ſollten, kam es zu recht ernſten Ausſchreitungen.

Um den jungen Nachwuchs möglichſt bald den ſchädlichen Einflüſſen der Heimat zu entziehen, wurden auf Veranlaſſung des Kriegsminiſteriums die Rekrutendepots im Felde verſtärkt. Aber auch in dieſen fing es an zu gären. Beſonders gab der Geiſt der auf dem Truppenübungsplatz Beverloo ausgebildeten Leute Veranlaſſung zu Klagen.

Bei dem Feldheer ſelbſt waren leider auch Momente vorhanden, die die Moral der Leute nicht hoben. Von den dem Kriegsminiſterium zu Ohren gekommenen Klagen führe ich nur an: Mangel an Urlaub, Schimpfereien, keine Ruhe, zuviel Dienſt, Ungerechtigkeiten bei Verteilung des Eiſernen Kreuzes und anderes mehr.

So ſchrieb mir ein Diviſionsführer um dieſe Zeit: „Das ſtellenweiſe Nachlaſſen der Friſche und der Disziplin iſt vor allem darauf zurückzuführen, daß, durch die Lage bedingt, die notwendige Ausbildungs- und Ruhezeit fehlt, um die Mannſchaften, namentlich den neu eintreffenden Erſatz mit ihren Führern zuſammen zu ſchweißen. Der Offizier,“ ſo fährt er fort, „hat auf dieſe Weiſe keine Gelegenheit, die notwendige Aufſicht über ſeine Mannſchaft auszuüben und zu verhindern, daß ſchlechte und feige Elemente weiteren Einfluß gewinnen.“

Die Stimmung der Arbeitermaſſen begann, zumal infolge der Hiobsposten aus dem Weſten, weiterhin gedrückter zu werden —

In der ſozialdemokratiſchen Preſſe fanden ſich immer häufiger Hinweiſe auf die kräftige Beteiligung der Amerikaner durch „friſche,

wohlgepflegte Truppen, die Amerika zur Zeit allmonatlich nach Frankreich wirft" („Schwäbische Tagwacht" 21. August), als eine vermeintliche Folge des Tauchbootkrieges („Magdeburger Volksstimme" 8. August; „Breslauer Volkswacht 7. August; „Vorwärts" 6. August).

Es war ganz natürlich, daß die Arbeiterschaft in dieser Stimmung sich an jedes Zeichen angeblich beginnender Einsicht bei den Feinden klammerte, von dem die deutsche sozialdemokratische Presse zu melden wußte. Besonders der „Vorwärts" zeigte sich hierin erfinderisch. Zugleich erwachte wieder der Wunsch nach einer sozialdemokratischen Friedensaktion trotz der wenig ermutigenden Erfahrungen der Stockholmer Konferenzen.

Am 8. August erklärte das Zentralorgan, Deutschland brauche sich nur für Völkerbund und Schiedsgerichte auszusprechen, dann seien Wilsons Bedingungen erfüllt. Demzufolge rief es die Regierung an, sie möge „endlich die Flagge zeigen", damit man wisse, ob sie Zerschmetterungspolitik treibe oder nicht. Am darauf folgenden Tage schrieb es: „Für den Gedanken eines Völkerbundes zur Vermeidung künftiger Kriege sind nach so langer Leidenszeit alle Völker der Welt begeistert." Für diesen Gedanken erwärmte sich auch die Provinzpresse. Gerade in diesen schweren Wochen folgte sie fast blindlings, vielfach unter Hinneigung zu Wilsons Kundgebungen, der pazifistischen Parteitradition. Das deutsche Volk in seinen Massen aber bedurfte jetzt einer kräftigeren Speise als des Breies einer imaginären Völkerversöhnung.

Selbstverständlich wurde die Schuld an dieser schweren Stimmungskrise von der sozialdemokratischen Presse den „Alldeutschen" zugeschoben, die zu hochgespannte Erwartungen geweckt hätten. Mit Befriedigung wurde festgestellt, daß ihnen der Boden unter den Füßen wanke. Daß die Tätigkeit dieser Kreise stets von der Sozialdemokratie auf das heftigste bekämpft und des öfteren triumphierend ihre Einflußlosigkeit festgestellt war, verschwieg man.

Das Vertrauen zur O. H. L. war auf das schwerste erschüttert. Man klagte, daß diese allen suggeriert habe, sie werde in diesem Jahre den Endsieg erreichen; da sei dann die Enttäuschung unausbleiblich. Zwar vermochte keine Zeitung zu behaupten, daß im Großen Hauptquartier jemals eine solche Versicherung abgegeben sei; aber allenthalben sei davon unter der Hand geraunt worden. Während in den ersten erfolgreichen

Zeiten unſerer Offenſive Englands und vor allem Frankreichs Regierung, Parlament und Volk ruhige Entſchloſſenheit und nationale Tatkraft bewieſen, ſich um ihre „Allengländer" und „Allfranzoſen" ſcharten, vor allem die Nerven nicht verloren, war jetzt in Deutſchland die Anfälligkeit der Preſſe und erſt recht der Arbeiterſchaft gegenüber der defaitiſtiſchen Propaganda erſchreckend erhöht. Vor allem aber fehlte in unſerer Regierung ein Clémenceau; ein Mann, wie Herr v. Oldenburg ausruf, „van bodenloſe Rückſichtsloſigkeit".

Natürlich entrüſtete ſich die Arbeiterpreſſe auch über dieſen Ausſpruch des vielgehaßten Politikers gewaltig. Was gab es überhaupt, was in dieſer kritiſchen Zeit nicht van ihe angegriffen wurde, wenn es nur im entfernteſten nach Stärkung des Siegeswillens ausſah!

Gegen den „Gewaltfrieden" von Breſt brach ein wahrer Sturm los. Die von Stampfer beeinflußten Blätter hatten ſich folgende Beweisführung zurechtgelegt: Die Entente werde nie bereit ſein, Deutſchland freie Hand im Oſten zu belaſſen, ehe ſie völlig geſchlagen ſei. Da im Weſten zumindeſt die Möglichkeit einer militäriſchen Remisparte vorliege, erſchwerten vollendete Tatſachen im Oſten den Geſamtfrieden; die neuen Throne wirkten als „Barrikaden" gegen den Verſtändigungsfrieden, der „elende Frieden von Breſt-Litowsk" aber ſei nicht „die Knochen eines einzigen deutſchen Soldaten wert". („Vorwärts" 13. und 14. Auguſt.) Dauernd geordnete Verhältniſſe könne nur die kommende Weltfriedenskonferenz bringen („Magdeburger Volksſtimme" 17. Auguſt).

Vergebens machte gegen dieſes Toben Ernſt Heilmann („J. K." 15. Auguſt) geltend, daß die Partei doch eigentlich ſelbſt die deutſche Oſtpolitik in ihren Anfängen (Polen-Proklamation) gutgeheißen habe; von dieſer zum Breſter Frieden führe aber eine ſchnurgerade Linie. Die Fraktion habe doch auch dem Frieden mit der Ukraine zugeſtimmt. „Wir tragen deshalb mit am ſchwerſten an der Verantwortung für dieſe Oſtpolitik. Uns ihe entziehen zu wollen, indem wir uns auf die Ablehnung des Breſter Friedens ſtützen, wäre nicht tapfer und letzten Endes auch nicht klug." Vergebens ſchrieb auch das „Hamburger Echo" (18. Auguſt): „Das Schelten auf den Frieden von Breſt hat u. E. mehr geſchadet als genützt"; hätte die Entente Rußland überhaupt als Großmacht erhalten wollen, hätte ſie ſich ja an den Breſter Verhandlungen beteiligen können; ſie wolle aber in Wahrheit Rußland ebenſo wie Deutſchland zertrümmert ſehen.

Diese wenigen Stimmen ruhiger Vernunft gingen in der allgemeinen Erregung und Unzufriedenheit verloren. —

Unablässig ertönte der Ruf nach Verzicht und Verständigung. „Die deutsche Regierung hat sich tatsächlich erst jetzt zu der klaren Erkenntnis durchgerungen, daß dieser Krieg von Deutschland nur als reiner Verteidigungskrieg gewonnen werden kann, und daß der deutsche Sieg lediglich darin bestehen muß, den feindlichen Vernichtungswillen zu brechen", („Breslauer Volkswacht" 26. August.) Andere Blätter glaubten, daß diese Klarheit noch nicht gewonnen sei.

Nach innen begann man stürmisch die volle Parlamentarisierung der Regierung zu fordern: „Der ganze, der volle Parlamentarismus mit Herrschaft der Linken ist möglich ... Sozialdemokraten müssen auch die Verantwortung für das Regieren übernehmen." („Chemnitzer Volksstimme" 17. August.) Das sei der einzig gangbare Weg zur Macht! (!) Darüber hinaus begann ziemlich allgemein eine auffallende Verquickung der außenpolitischen Forderungen mit dem Verlangen nach Demokratisierung aufzutreten, mit der Begründung, daß „die Ersetzung der Obrigkeitsregierung durch die Volksregierung die erste Voraussetzung einer starken, konsequenten, unbeirrbaren Friedenspolitik des Reiches" sei („Breslauer Volkswacht" 26. August). Teilweise wurde auch auf die Stärkung der inneren Front durch Reformen hingewiesen. („Vorwärts" 27. August; „Chemnitzer Volksstimme" 24. August)

Auch hier verschwieg man, daß seit fast einem Jahre Vertrauensmänner der Sozialdemokratie in der Regierung saßen, und daß diese seit derselben Zeit nichts tat und tun durfte ohne vorherige Befragung der Parteiführer.

Jedenfalls hatte die Regierung in der Arbeiterschaft keinerlei freudige Gefolgschaft mehr. Man zweifelte nicht so sehr an Graf Hertlings gutem Willen wie an seiner Energie und Fähigkeit, eine grundsätzlich als richtig erkannte Politik durchzusetzen. So tauchte denn in der sozialdemokratischen Presse sehr bald die Annahme auf, daß eine Kanzlerkrise im Entstehen sei. („J. K." 10. September.) Der Reichstag müsse selbst die Führung in die Hand nehmen. —

Mein Verhältnis zum Reichstag war im allgemeinen gut. Meinen Grundsatz, in der schweren Zeit zu helfen, solange es in meiner Macht lag, und ich es mit meinem Gewissen vereinigen konnte, hatte ich auch bei den Volksvertretern angewandt, und ich kann kühn behaupten, daß

die Zahl derjenigen, die nach Anbringung ihrer Wünsche befriedigt von mir zurückkehrten, nicht gering gewesen ist. Die dadurch erwachsene Arbeit war nicht unerheblich, da jeder Fall grundsätzlich geprüft werden mußte und einzelne Abgeordnete mit annähernd 50 Klagen und Beschwerden kamen. Gedankt haben mir wenige. Ich wollte aber auch von ihnen keinen Dank, ich wollte der großen Sache dienen.

Der Reichstag stand auf keiner hohen Stufe. Ein großer, nationaler Zug hat nur kurze Zeit im Hause am Königplatz geweht. Dann trat ein Parteigeist auf, der wohl zeitweise bei besonderen Anlässen, wie Loboserhebungen auf unser Heer, einen höheren nationalen Schwung annahm, im allgemeinen aber seine Sonderinteressen zum mindesten neben, vielfach über die des Vaterlandes stellte.

Durch das laue Verhalten der Regierung erhielt der Reichstag im Laufe des Krieges eine Macht, die ihm nicht zustand. So wurde mehrfach im Haushaltungsausschuß von Abgeordneten selbst gesagt: „Da die Regierung sich nicht rühet, nehmen wir die Sache in die Hand."

Der Reichstag wurde mehr oder weniger Regierung. Soweit durfte man es nicht kommen lassen. Entweder mußte man den Absichten und Anträgen der Volksvertretung zuvorkommen, oder aber sie zurückdämmen. Die Regierung mußte Herr im Lande sein und nicht der Reichstag, selbst wenn es deshalb zur Auflösung des Parlaments gekommen wäre. Eine solche wäre auch schon insofern ganz berechtigt gewesen, als die Zusammensetzung des Reichstages am Ende der Legislaturperiode nicht der Volksstimmung entsprach.

Die Verhandlungen im Haushaltsausschuß aber im Plenum wurden, was das militärische Gebiet anbelangt, mit der Zeit eintönig. Klagen über Urlaub, Verpflegung, Behandlung, Ordensverleihungen wurden immer wieder vorgebracht. Soweit sie sich auf die Fragen im allgemeinen erstreckten, konnte man gegen eine eingehende Klärung nichts einwenden. Wenn sie aber Einzelfälle betrafen, war schon im Ausschuß ihre Erwähnung vom Übel. Ich konnte nur immer wieder antworten: „Den grundsätzlichen Standpunkt der Heeresverwaltung kennen Sie und haben ihm zugestimmt. Wenn hiergegen verstoßen sein sollte, muß der Fall erst aufgeklärt werden. Ich bitte, mir die Unterlagen dazu zu geben." Die Untersuchung erfolgte dann, und der betreffende Abgeordnete bekam seinen Bescheid.

Die einzelnen Fälle wären viel schneller erledigt worden, wenn mir

die Abgeordneten die Beschwerden direkt übergeben hätten. Ich habe oft darum gebeten. Viele taten es und können sich über mangelndes Entgegenkommen der Heeresverwaltung bei rascher Herbeiführung eines Bescheides wohl kaum beklagen. Ich aber, und viele Vertreter der Regierung, waren ihnen dankbar für die Rücksichtnahme auf unsere wirklich sehr in Anspruch genommene Zeit.

Die Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokratie und der Unabhängigen verfuhren dagegen meist anders. Sie konnten sich nicht genug tun, die krassesten Fälle eingehend zu schildern und sie im Plenum zu wiederholen, trotzdem ihnen im Ausschuß bereits Antwort erteilt war.

Die Erklärung hierfür gab mir einst ein sozialdemokratischer Abgeordneter mit den Worten: „Wir müssen es für unsere Partei draußen tun."

Dies Vorbringen von Einzelfällen im Plenum hat ungemein geschadet, aber das wollte man nicht zugeben. Die Disziplin im Heere und die Stimmung im Lande mußten dadurch untergraben werden. Parteirücksichten wurden allem vorangestellt. Es sollte das Heer und die Bevölkerung erfahren, daß die und die Partei sich der Sache annähme, und der Abgeordnete X. ein holdseliger Kerl sei. Welchen Eindruck die Feldgrauen, die den Verhandlungen des Plenums als Zuschauer beiwohnten, bekommen mußten, wenn sie sahen, daß ein Abgeordneter der linksstehenden Parteien in der Uniform eines Vizefeldwebels den Kriegsminister in der heftigsten Weise angriff, brauche ich nicht zu schildern. Es war geradezu ein Verderb für die Disziplin.

Dies Verfahren war um so bedauerlicher, als den in keiner Weise nachgeprüften, weil vorher der Heeresverwaltung nicht bekannt gegebenen Beschwerden im Reichstage von vornherein geglaubt wurde. Ich behaupte, daß drei viertel aller Schilderungen erlogen oder übertrieben waren. Aber auch die eingehendste Untersuchung konnte diese Herren vielfach nicht belehren. Es wäre doch zu schade gewesen, wenn alles nicht wahr wäre; also wurden sehr einfach die Untersuchungen angezweifelt.

Es kam vor, daß im Plenum unglaubliche Fälle von Behandlungen bei Truppenteilen vorgebracht wurden, die es gar nicht gab.

Allgemein wurde vergessen, daß bei einem Millionenheer Klagen, mögen sie berechtigt oder nicht berechtigt sein, nicht verstummen werden.

Ihre Zahl schien manchen Abgeordneten zu hoch. „Sie gehen in die Tausende", rief ein Volksvertreter voller Entrüstung aus; er hatte sich nicht vorgestellt, daß, auf 1000 Mann eine Klage gerechnet — was erklärlich ist — dies z. B. bei einem 4 Millionenheer allein schon 4000 Fälle ausmachte.

Leider wurden die Schreiben aus der Truppe, die lobten und gesundes Verständnis für die Wirklichkeit zeigten, sehr selten im Reichstage verlesen, trotzdem konservative Abgeordnete und ich mehrfach darauf hingewiesen hatten. Die Zahl solcher Anerkennungen hat die der Klagen sicherlich bei weitem übertroffen. Ihre Erwähnung hätte auf das Heer und besonders auf die Heimat günstig gewirkt. Aber das paßte nicht in das feelsinnig-sozialdemokratische Hetzschema.

Die alte Erscheinung, daß die Volksvertreter zuweilen nicht einsehen konnten, daß $2 \times 2 = 4$ ist, zeigte sich auch während des Krieges. Alles Reden war in solchen Fällen umsonst, man wollte eben nicht.

Auffallend war, daß im Ausschuß viele Angelegenheiten mit der Judenfrage verknüpft wurden. Dies begann so um 1916 herum. Hauptvertreter des Judentums saßen in den Reihen der Fortschrittlichen und Sozialdemokraten. Besonders konnte Herr Gothein in dieser Hinsicht nicht genug tun. Es war ja zum Beispiel auch in der Zeit, in der wir standen, besonders wichtig, daß er die Frage der Aufnahme der Juden in die Kadettenanstalt anschnitt.

Dieses Vordrängen des jüdischen Elementes war ein Vorbote der Revolution. Man hat ihn zu wenig beachtet.

Was General von Stein in seinen Erlebnissen von dem Verhalten der Sozialdemokraten sagt, die auf der einen Seite das Kriegsministerium aufforderte, etwas gegen die Unabhängigen zu tun, auf der anderen wegen derartiger Maßnahmen die Militärbehörde im Plenum heftig angriff, kann ich voll bestätigen. Es ist nicht einmal sondern mehrmals geschehen. Ich habe auch hierselbst mit Herrn Ebert gesprochen. Mit Recht heißt es in des Generals Buch: Solche Politik kann weder Eindruck machen, noch Vertrauen erwecken.

Dem Kriegsminister von Stein gegenüber verhielt sich der Reichstag zuerst sehr zurückhaltend. Man wußte nicht, was hinter dem schweigsamen Manne steckte. Nachdem der Minister aber mehrmals gesprochen und den Volksvertretern recht deutlich die Zähne gezeigt hatte, nahmen die Linke und das Zentrum gegen ihn Stellung. Der alten

weit überlegene General, der anscheinend den Reichstag und besonders gewisse Mitglieder desselben ignorierte, wuede Leuten wie Erzberger, Gothein, Scheidemann u. a. ein Doen im Auge.

Bezeichnend hierfür ist ein Artikel Schöpflins im „Sächsischen Volksblatt" vom 18. Juni 1918, in dem bittee Klage über den angeblichen Grundsatz des Kriegsministers, dem Reichstag nur ja keine Antwort zu geben, geführt wird. Mit keinem Kriegsminister seien die Verhandlungen im Reichstage so unerequicklich gewesen wie mit dem gegenwärtigen. Seine passive Resistenz beginne unerträglich zu werden. Weiter heißt es: „Moltke war ein großer Soldat und Schweiger — Herr v. Stein ist sicher ein noch größerer Schweiger. ... Gewiß, dem Heern Kriegsminister stehen eine Anzahl Departementsdirektoren zur Seite, die im Reichstage mit Recht sich allgemeiner Wertschätzung erfreuen: Generalleutnant v. Langermann, der allzeit hilfsbereite; General Scheüch, der bei allem äußeren Schneid den gemütlichen Sohn des Reichslandes nicht verleugnen kann, und General v. Weisberg, der Vielgewandte, der auch den trübsten Bildern und Tatsachen gegenüber immer in der Stimmung ist, „Hurra" zu rufen und „Deutschland, Deutschland über alles" anzustimmen. Wie ja überhaupt seit langee Zeit die Departementsdirektoren im preußischen Kriegsministerium der wertgeschätzteste Teil waren."

Die mit aller Zähigkeit für eine Besserung der Verhältnisse kämpfenden rechtsstehenden Parteien drangen mit ihren Anträgen nicht durch, sie konnten nur ihre warnende Stimme erheben. Dazu kam, daß der Kanzler von Bethmann Hollweg sich auf die linksstehenden Parteien stützte. Die Geschichte wird einst die Verdienste der Rechten zu würdigen wissen, wenn ich auch nicht leugnen will, daß manche Fehler von ihnen begangen werden sind.

Die über Gebühr ausgedehnten Verhandlungen in den Kommissionen und im Plenum griffen in den Betrieb des Kriegsministeriums und anderer Ressorts störend ein. Von der Regierung dagegen erhobene Einwendungen wurden nicht anerkannt. Der Vorschlag einzelner Parteiführer, Stellvertreter zu bestellen, war auf seine Ausführbarkeit hin wohl nicht bis ans Ende durchdacht. Als ich plötzlich in einer dringenden Angelegenheit an die Front mußte und den Verhandlungen im Reichstagsausschuß nicht beiwohnen konnte, wurde dies von Volksvertretern mißfällig bemerkt.

Ich hätte gewünscht, daß die Herren Abgeordneten sich einmal ein Bild von meiner Tätigkeit gemacht hätten; bisher hatten sie keine Ahnung, was es hieß, wochenlang 14 bis 16 Stunden täglich zu arbeiten.

Und dieses Parlament begann nun, an Stelle der eigentlich dazu berufenen, aber zu schwachen Regierung, die Leitung der Geschicke unseres um sein Dasein ringenden Volkes zu übernehmen, das mehr denn je der festen Hand eines Mannes bedurft hätte.

13.

Die österreichische Friedensaktion — Die Kanzlerschaft des Prinzen Max und das sog. Kriegskabinett — Der allgemeine Schrei nach Frieden — Der Triumph der Giftmischer

Am 14. September unternahm der österreichisch-ungarische Außenminister, Graf Burian, eine neue Friedensaktion durch eine Note an die Regierung aller kriegführenden Völker, worin er zu baldigen Friedensbesprechungen an einem Orte des neutralen Auslandes aufforderte. Der Note, die gegen die Vorstellungen Deutschlands erlassen war, hatte dieses, nachdem sie einmal veröffentlicht war, natürlich zustimmen müssen, allerdings mit dem Bemerken, daß die Aufnahme früherer Friedensschritte bei unseren Gegnern nicht ermutigend gewesen sei.

Der Schritt des Grafen Burian mußte allgemein dahin ausgelegt werden, daß Österreich am Ende seiner Kräfte oder seines Willens zum Kampfe sei und daher, ohne Rücksicht auf seine Bundesgenossen, selbständig zum Frieden kommen wolle.

Die Note erfuhr auch bei der Entente eine glatte Ablehnung; seitens des Präsidenten Wilson unter Hinweis auf sein wiederholt bekanntgegebenen Verhandlungsbedingungen.

In der deutschen Sozialdemokratie war die Mißstimmung gegen die Reichsregierung infolge der Begleiterscheinungen der österreichisch-ungarischen Note gewachsen. Man beklagte sich darüber, daß die Parteiführer vorher nicht verständigt worden seien (in Wirklichkeit hatte Herr v. Hintze bis zum letzten Augenblick gehofft, die Note verhindern zu können, zu

irgend einer vorzeitigen Bekanntgabe ihres Erscheinens lag also gar kein Grund vor), und daß Österreich-Ungarn den Schritt allein unternommen habe („Sächsisches Volksblatt" 16. September; „Magdeburger Volksstimme" 17. September; „Hamburger Echo" 17. September). Überwiegend wurde die alleinige Schuld daran und an einem aus der Isolierheit Österreichs etwa entstehenden Mißerfolge auf Deutschlands Seite gesucht. Am Inhalt der Note wurde kaum etwas ausgesetzt.

Die Ablehnung nahm man unter scharfer Kritik der Ententeregierungen auf. Mannhafte Worte fanden „Magdeburger Volksstimme" und „J. K.". Jene stellte (20. September) fest: „Deutschland steht mit seinen Verbündeten lediglich vor der nackten Wahl, ob es die Waffen strecken und um Gnade bitten, oder ob es die Kraft und den Willen aufbringen will, den Verteidigungskrieg mit zugebissenen Zähnen fortzusetzen, bis auch der Tiger Clémenceau erkennt, daß ein Ende dieses Mordens allein mit militärischen Mitteln nicht erreichbar ist. Denn die Annahme der Bedingungen Wilsons würde das Ende der deutschen wirtschaftlichen Entwicklung und damit das Ende der deutschen Arbeiterbewegung bedeutet." Und die „J. K." (17. September) meinte: „Läßt die Haltung der Feinde in der Tat keinerlei Friedenshoffnungen zu, dann hat der Reichstag die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß alle Kräfte des deutschen Volkes entfesselt werden, ohne daß die Mißstände im Innern uns niederdrücken."

Die allgemeine Stimmung der Massen war bereits zu schlecht, als daß solche Stimmen noch Eindruck machen konnten. Arbeiterversammlungen in allen Teilen des Reiches verlangten die sofortige Auflösung des Abgeordnetenhauses. Die U. S. P. D. ließ keine Gelegenheit zum Hetzen vorbeigehen. In einer Wahlerversammlung der Partei für den Wahlkreis I Berlin (19. September) rief der Abg. Adolf Hoffmann aus: „Der preußische Staat ist ein Sklavenstaat! Parteifreunde! Dieses Sklaventum dürfen wir uns nicht gefallen lassen!"

Früher, als ursprünglich beabsichtigt, trat der Hauptausschuß des Reichstages zusammen. Der Grund war die bedrohlich gewordene äußere Lage des Reiches. Der Ausschuß jedoch beschäftigte sich, nachdem Regierungs- und Heeresvertreter Erklärungen abgegeben hatten, sofort mit der inneren Politik. Die Sozialdemokraten machten aus ihrer Gegnerschaft gegen den Grafen Hertling kein Hehl. Als die Nachricht vom

Friedensversuchen Bulgariens eintraf, gab auch das Zentrum ihn preis. Der Kanzler trat zurück.

Aus den Kreisen der Mehrheitsparteien ertönte jetzt allenthalben der Ruf nach dem Parlamentarismus. Auf einmal sollte das bisherige „System" an allen Handlungen und Unterlassungen Schuld tragen, und von einer Änderung dieses Systems erwartete man alles Heil. Daß die Männer, die die Staatsgeschäfte führten, unzulänglich waren und es nur darauf ankam, daß die richtigen an ihre Stelle traten, daran dachte man nicht. Ist doch der Gedanke, daß Männer es sind, von denen die Geschichte gemacht wird, niemals in das Bewußtsein deutscher Demokratie eingedrungen.

Jetzt also sollte das parlamentarische System eingeführt werden. Die Sozialdemokratie hatte sich unter dieser Vorbedingung zum Eintritt in die Regierung bereit erklärt.

Von den weiteren Forderungen der Sozialdemokratie für ihre Teilnahme an der Regierung waren die hauptsächlichsten: Uneingeschränktes Bekenntnis zur Friedensresolution vom 19. Juli 1917, Erklärung der Bereitschaft, einem Völkerbunde beizutreten, Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens, Revision des Brester Friedens, Schaffung eines selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen, Durchführung der Wahlreform in allen Bundesstaaten, Änderung der Bestimmungen über Belagerungszustand und Zensur.

Die Parteipresse erklärte einstimmig, daß im völligen Systemwechsel im Innern die unbedingte Voraussetzung erfolgreicher Verteidigung nach außen liege. Je gründlicher der Wandel, desto aussichtsreicher der Aufruf an die Arbeitermassen zur Hergabe ihrer letzten Kraft.

Diesen stürmisch vorgetragenen Wünschen wurde Rechnung getragen.

Am Montag, den 30. September, genehmigte der Kaiser den Rücktritt des Grafen Hertling. In dem Erlaß hieß es:

„Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeite. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die von dem Vertrauen des Volkes getragen sind, in weiterem Umfang teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung."

Der württembergische, nationalliberale Reichstagsabgeordnete Lisi war in diesen Tagen an mich mit der Bitte herangetreten, die Regierung möge dafür sorgen, daß dieses Geschenk der Krone an das Volk in

feierlichster und eindrucksvollster Weise bekanntgegeben werde. Es sei geradezu notionale Pflicht, den Massen klarzumachen, daß auch ihre weitgehendsten Wünsche nach Teilnahme an der Regierung nunmehr erfüllt seien. Das auch von vielen Sozialdemokraten erstrebte Volkskaisertum könne jetzt von niemandem mehr abgeleugnet werden. — Ich gab die hochbedeutsame Anregung sofort unter nachdrücklicher Befürwortung an die maßgebenden Stellen weiter. Es erfolgte — nichts.

Am 3. Oktober hatte die aus Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie bestehende Reichstagsmehrheit das neue „Kriegskabinett" gebildet. Prinz Max von Baden als Reichskanzler „stützte" sich auf die vier Staatssekretäre ohne Portefeuille: Gröber (Z.), Erzberger (Z.), Haußmann (F. V. P.), Schriftmann (S.). Vizekanzler v. Payer (F. V. P.) blieb im Amte. Als sechstes Mitglied wurde der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Dr. Friedberg (Natl.) aufgenommen. Der Posten des preußischen Ministerpräsidenten blieb unbesetzt. Kriegsminister wurde Generalleutnant Scheüch.

So waren in schwerster Stunde die Geschicke des Reiches in die Hände eines Gremiums von Parteiführern gelegt, unter denen nicht einer der Tatmensch war, den wir so dringend brauchten. Am allerwenigsten konnte dies von dem Vorsitzenden des „Kriegskabinetts", dem demokratisch-pazifistischen Prinzen Max von Baden behauptet werden. Treffend äußerte zu mir ein höherer Offizier über ihn, der Prinz habe „ein Rückgrat wie ein Gummischlauch."

Bereits am 4. Oktober ersuchte der Reichskanzler den Präsidenten Wilson um Waffenstillstand und Einleitung von Friedensverhandlungen auf Grund seiner 14 Punkte.

Jetzt war der Augenblick gekommen, wo die Sozialdemokratie zeigen mußte, daß ihre oft wiederholte Behauptung wahr sei, die Massen würden ihre letzte Kraft zur Verteidigung des Vaterlandes aufbieten, wenn nur ihre innerpolitischen Wünsche erfüllt seien. Pflicht der Parteipresse war nunmehr, mit aller ihr zu Gebote stehenden Beredsamkeit die Arbeiterschaft zu festem Aushalten aufzufordern, falls die Antwort der Feinde in ungeheuerlichen Forderungen bestehen sollte. Der gesamte Parteiapparat mußte in fieberhafte Tätigkeit treten, in unzähligen Versammlungen galt es, das Volk darüber aufzuklären, daß es, nachdem im Innern seine Wünsche befriedigt waren, mit dem Aufgebot äußerster Energie sich des Ansturms der Feinde zu erwehren habe.

Schwer war die Aufgabe und keine Minute mehr zu verlieren.

Die Stimmung der großstädtischen Arbeitermassen war von einer fast schrankenlosen Friedenssehnsucht beherrscht. Der Gedanke an gewaltsame Erzwingung eines Friedens um jeden Preis, eifrig genährt von Unabhängigen und Linksradikalen, begann sich auszubreiten.

Was tat nun die Sozialdemokratie für die Aufrüttelung des Volkes?

In den ersten Tagen des Monats Oktober wurde in der Parteipresse manches kräftige Wort für die Fortsetzung des Verteidigungskampfes geschrieben. Am 3. Oktober rief selbst der „Vorwärts": „Wehe dem Volke, dos seine Waffen fünf Minuten zu früh an die Wand stellt!" Die „Buchbinderzeitung" (6. Oktober) forderte, die Sozialdemokratie solle ihre Pflicht zur Organisierung der nationalen Verteidigung besser erfüllen als bisher; der „Vorwärts" habe diese geradezu sabotiert. Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission" (5. Oktober), die „Rheinische Zeitung" (2. Oktober), das „Sächsische Volksblott" (3. Oktober) betonten die Notwendigkeit, die Entente durch erfolgreiche Verteidigung zu einem Verständigungsfrieden zu zwingen, und uns unsere Integrität lossen und uns vor dem Wirtschoftskriege schützen müsse.

Sehr bald aber wurden diese Stimmen seltener. Schließlich verstummten sie ganz. Man gob der allgemeinen Friedensstimmung noch. Die tiefgreifende, politische Umwandlung Deutschlands wurde hier und da ols so unvollkommen hingestellt, doß ihr gegenüber noch immer die „Demokratieen des Westens" in hellem Lichte erstrahlten. („Mogdeburger Volksstimme" 8. Oktober.) Der Krone wurde kein eigentliches Verdienst an der politischen Änderung zugeschrieben. Die Antwort Wilsons wurde meist zurückhaltend besprochen, oder zu seiner Forderung von der „Vernichtung jeder willkürlichen Macht", die meist richtig ols Verlongen nach Abdankung des Kaisers gedeutet wurde, schon geäußert, doß die sozialdemokratischen Staatssekretäre, vor die Wahl gestellt, ob wir den Frieden erlongen oder die Dynastie erhalten wollten, sich für den Frieden entscheiden und dem Kaiser den „Wunsch des Volkes", er möge auf die Krone verzichten, vortragen würden. Dieser würde dim Wunsch donn unzweifelhoft erfüllen. Die „Frankfurter Tagespost" (16. Oktober) hielt die nationole Verteidigung vollends für unmöglich, solange Volk und Heer glauben könnten, sie kämpften für den Thron

des Kaisers und nicht um das Vaterland; sie bedauerte, daß der Kaiser nicht schon freiwillig seine Krone für das Volk geopfert habe.

Gleichzeitig wurde in der Presse eifrig nach der Ursache der jetzigen beschämenden Lage des deutschen Volkes gesucht. Man fand sie in dem Zusammentreffen verschiedener vermeintlicher Fehler: der Kriegshetze von 1914, der Verletzung der belgischen Neutralität, dem unbeschränkten U-Bootkrieg und dem Frieden von Brest („Breslauer Volkswacht" 14. Oktober). Mit fanatischer Erbitterung wandte sich die gesamte sozialdemokratische Presse gegen die Alldeutschen und gegen den „Hochmut unserer militärischen Herrenschicht". Die Abrechnung werde den Alldeutschen nicht erspart bleiben („Vorwärts" 11. Oktober, „Dresdner Volkszeitung" 15. Oktober, „Metallarbeiter Zeitung" 19. Oktober, „Chemnitzer Volksstimme" 14. Oktober). Ja, die „Schwäbische Tagwacht" (16. Oktober) rechtfertigte sogar andeutungsweise Wilsons gegen die „willkürliche Macht" gerichtete Forderung aus der angeblichen Zweideutigkeit der deutschen Politik Ende 1916 und Anfang 1917 gegenüber dem Präsidenten.

Fanden sich in der rechtsstehenden Presse Schilderungen, die unsre militärische Lage einigermaßen hoffnungsvoll darzustellen suchten, so trat ihnen die sozialdemokratische Presse sofort entgegen. So wurden die Worte der „Kriegszeitung", daß „kein Zwang zur Liquidation" bestehe, vom „Vorwärts" (19. Oktober) kategorisch zurückgewiesen. Und am folgenden Tage schrieb das Zentralorgan: „Deutschland soll, das ist unser feste Wille, seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie zum letzten Male siegreich heimgebracht zu haben." („Vorwärts" 20. Oktober).

Der Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie aber verlangte als dringendstes Erfordernis die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zur Aburteilung aller, die am Scheitern früherer Friedensaktionen schuld gewesen seien; die Untersuchung dürfe vor keiner noch so hochstehenden Person halt machen.

So „ernte und begeistrete" die Sozialdemokratie die Massen für die kommenden furchtbaren Ereignisse.

Für den neuen Kriegsminister mußte es darauf ankommen, dem von Grund aus pazifistischen, auf grenzenlose Nachgiebigkeit nach außen und nach innen, d. h. den Massen gegenüber — eingestellten „Kriegskabinett", obwohl und weil es ihm nicht selbst angehörte, unablässig

mit eiserner Energie seine Forderungen abzutrotzen, und die waren in dem einen Worte enthalten: Aufrechterhaltung und Stählung der deutschen Widerstandskraft bis zum äußersten. — Die Lösung dieser Aufgabe ist ihm leider nicht geglückt.

So mußte es beinahe so kommen, wie es kam. Der den Frieden um jeden Preis fordernden, kaum mehr verhüllten Wühlarbeit der Unabhängigen und Linksradikalen fehlte das Gegengewicht. Demonstrationen und Streiks traten allerorts auf. Handzettel mit allen erdenklichen Hetzereien wurden mit noch nie dagewesener Offenheit verbreitet, und die Propaganda von Mund zu Mund blühte üppiger denn je[1]). Dabei spielte die Presse der Unabhängigen sich als Beschützerin aller Demonstrationen auf. Die neue Regierung, besonders auch die sozialistischen Staatssekretäre, wurden von ihr wegen „Polizeibrutalität und Säbelherrschaft" heruntergerissen. („Leipziger Volkszeitung" 17. Oktober). Sie ging soweit in der Identifizierung mit den Demonstranten, daß sie Verhaltungsmaßregeln für den Fall etwaiger Gasangriffe der Schutzmannschaften in Berlin und anderen Orten gab. („Leipziger Volkszeitung" 22. Oktober.)

Kriegsmüdigkeit, schlaffe Willenlosigkeit beherrschte die Massen; was nachher kam, ward ihnen gleichgültig, nur Frieden, Frieden wollten sie.

Auch stand die Entwickelung der russischen Revolution vielen Arbeitern als Vorbild vor Augen. Unklare Vorstellungen von der „Diktatur des Proletariats" als einem auch für die deutsche Arbeiterschaft erreichbaren Ziel beherrschten sie. Die Saat der Barth-Haase schoß in die Halme.

Dazu kam die weitverbreitete Überzeugung, daß das deutsche Heer demoralisiert, daß Desertionen großen Stils an der Tagesordnung seien und mit einer erheblichen Widerstandskraft nicht mehr gerechnet werden dürfe[2]). Zahlreiche „Urlauber" berichteten renommistisch von Disziplinlosigkeiten. So groß war bereits die Friedenssehnsucht und die Aufruhestimmung, daß die Arbeitermassen gemeinhin sich weder entrüstet noch entsetzt über die Lage an der Front zeigten, vielmehr eine höhnische Genugtuung darüber empfanden, daß der Krieg nun enden *musse*, wenn auch mit Deutschlands Unterwerfung.

[1]) S. Anhang, „Flugblattpropaganda", Nr. 9.
[2]) S. Anhang, „Flugblattpropaganda", Nr. 10.

Das im Jahre 1915 bereitete, seither in unendlich vielen Gaben dem deutschen Volkskörper gereichte Gift begann zu wirken.

Zu allem Überfluß beförderte und ermöglichte die Regierung selbst die Tätigkeit der Giftmischer. Eine weitgehende Amnestie setzte die wegen politischer Verbrechen oder Vergehen Verurteilten außer Verfolgung. So erhielten Liebknecht und Dittmann wieder die Freiheit. Natürlich sah keiner der Amnestierten seine Befreiung als Gnade oder als ein von den sozialistischen Mitgliedern der Regierung gewährtes Geschenk an, sondern als einfachen Ausdruck der politischen Machtverhältnisse, die zu der Amnestie schlechthin gezwungen hätten. Alle ließen sich als Märtyrer feiern und beteiligten sich an der Wühlarbeit gegen die Regierung.

Als besondere Folge der Wilsonnoten wandte sich die Erbitterung der Massen gegen die Krone. Mit beispielloser Heftigkeit forderte die „Fränkische Tagespost" (17. und 19. Oktober) die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen, wobei sie dem Kaiser die Blutschuld an jedem Soldatenleben, das noch geopfert werden müsse, zuschob. Auch „Frankfurter Volksfreund" und „Schlesische Bergwacht", sowie der unabhängige Abgeordnete Geyer (Leipziger Versammlung am 20. Oktober) fanden scharfe Worte gegen das Herrscherhaus.

Während die Noten der Volksregierung, wie sie sich stolz nannte, an Wilson die Billigung der Mehrheitssozialdemokratie fanden, gingen sie der unabhängigen Presse längst nicht weit genug. Einig waren beide in der schrankenlosen Verurteilung des U-Bootkrieges, der als „größter Rechenfehler und Unglückskapitel in der deutschen Geschichte" bezeichnet wurde. („Vorwärts" 21. Oktober.)

So kam der November heran. Selbst die Regierung und ihre Presse begann das kommende Unheil im Innern zu ahnen. Truppen wurden bereitgestellt. Wo es den Unabhängigen gelang, derartige Vorbereitungen des Militärs gegen Ausschreitungen zu enthüllen, verstanden sie Agitationsmaterial daraus zu machen („Leipziger Volkszeitung" 30. Oktober). Aus Angst davor, daß die Massen zu den Unabhängigen abschwenken könnten, beeilte sich die Mehrheitssozialdemokratie, sich der Verurteilung der militärischen Maßnahmen energisch anzuschließen („Magdeburger Volksstimme" 1. November). Ganz schüchtern bemerkte nur der „Vorwärts" (1. November), unter vorsichtiger Verklausulierung, Angriffe auf Gebäude, Ämter und Personen könnten

nicht ruhig mit angesehen werden und Gewalt, die die Freiheit aufhebe, müsse mit Gewalt beantwortet werden.

Am 3. November kam der von Österreich-Ungarn hinter dem Rücken Deutschlands am 28. Oktober nachgesuchte Waffenstillstand mit den Alliierten zustande. Er gab diesen die Möglichkeit, das Land unseres bisherigen Bundesgenossen als Aufmarschgebiet gegen uns zu benutzen. Wir hatten den üblichen „Dank vom Hause Österreich“.

Die Türkei und Bulgarien hatten bereits vorher kapituliert.

Deutschland stand allein.

Wie mit einem Schlage erklärte fast die gesamte Presse der Mehrheitssozialdemokratie, daß die „Nationale Verteidigung“, von der ohnehin, je näher sie zu rücken schien, desto weniger fest gesprochen wurde, völlig *sinnlos und unmöglich* sei. („Schwäbische Tagwacht“ 29. Oktober, „Vorwärts“ und „Breslauer Volkswacht“ 28. Oktober, „Hamburger Echo“ 30. Oktober, „Magdeburger Volksstimme“ 30. Oktober, „Neue Zeit“ 1. November.)

Die organisierten mehrheits-sozialdemokratischen Frauen waren in manchen Großstädten ohnehin entschlossen gewesen, auf sofortigem Friedensschluß zu bestehen. Sie stimmten hierin mit den unabhängigen Sozialistinnen durchaus überein und wollten auf eine etwa abweichende Beurteilung der Lage von seiten der männlichen Sozialdemokraten keinerlei Rücksicht nehmen.

Die „Fränkische Tagespost“ (29. Oktober) hatte plötzlich eine ganze Reihe von Gründen bei der Hand, die gegen die „Nationale Verteidigung“ sprachen: Da waren die durch Österreichs Abfall völlig veränderte Lage, die lange Zeit, die mit der Ausbildung der noch einmal durchgemusterten Wehrfähigen vergehen müßte (dabei handelte es sich fast nur um schon ausgebildete Reklamierte), die technische Überlegenheit der Feinde, die bei einer Entblößung unserer Fabriken von ihren wehrfähigen Arbeitern erst recht fühlbar werden würde, endlich die Befürchtung, daß die eingezogenen Reklamierten glauben würden, nicht für die „Nationale Verteidigung“, sondern für den Thron des Kaisers das Werkzeug mit der Waffe vertauschen zu sollen.

Freilich, die sozialdemokratische Presse und Partei hatten nicht dafür gesorgt, daß die Arbeiter rechtzeitig und richtig hierüber aufgeklärt wurden.

Man wollte eben nicht mehr kämpfen. Man hatte seine innerpolitischen Kriegsziele erreicht, man war „saturiert". Von außenpolitischem Ehrgeiz wußte man sich schon immer frei. Erst die Partei, dann die Demokratie („wie wir sie auffassen"), dann die Internationale und dann — ja, dann gab es wohl auch noch so etwas, wie das deutsche Reich. Aber das mußte wieder ein Land der Dichter und Denker werden, allenfalls noch gut genug, um zu sozialistischen Experimenten zu dienen. Dem „Militarismus" in jeder Form hatte man ja feierlich abgeschworen, es genügte, wenn diesen die feindlichen Mächte eifrig förderten, Ludendorff war beseitigt, also — wozu noch kämpfen?

Man beeilte sich, dem alten Regime und den Militärs vorzuwerfen, daß sie nicht rechtzeitig Frieden gemacht hätten. „Ein guter Verständigungsfriede ohne Verzicht wäre möglich gewesen mit wenigen Opfern an Gut und Blut" hieß es in der „Dresdner Volkszeitung" (29. Oktober). Diese Behauptung, daß es deutsche Schuld gewesen sei, wenn kein früherer Frieden zustandegekommen war, verdichtete sich allmählich zu einem Axiom, das die Stelle völlig ausfüllte, die vordem wenigstens in einem Teile der sozialdemokratischen Presse der Glaube an den feindlichen Vernichtungswillen als Haupthindernis des Friedens inne hatte.

Bekanntlich arbeiten Demokratie und Sozialdemokratie noch heute mit dieser Lüge. —

Emil Barth schreibt in seinem Buche „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution":

„Wir hatten am 1. November unsere erste Sitzung, wozu vom Parteivorstand Haase und Ledebour, vom Spartakusbund Liebknecht und Pieck zugezogen waren ... An diesem Abend schlug ich vor, wir sollten Sonnabend den Obleuten empfehlen, am Montag den 4. November loszuschlagen ... Die Berichte von der Front, wie auch die der Obleute der Berliner Regimenter, ganz besonders aber von der weiteren Umgebung Berlins, waren sehr gut."

Da einige Betriebe noch nicht ganz fertig waren, verschob man den Termin des Aufruhrs. Infolge plötzlicher Verhaftung von Liebknecht und anderen wurde die Revolution am 9. November entfesselt.

Ich habe mich früher oft gefragt, weshalb eigentlich zu jener Zeit die Revolution noch zum Ausbruch getrieben wurde.

Der Friede stand vor der Tür; von der jämmerlichen sogenannten „Volksregierung" war zu erwerten, daß sie alle Bedingungen unterschreiben würde, höchstens unter Protest bei dem vom Prinzen Max von Baden erfundenen „Weltgewissen" oder unter Anrufung sonstiger Fabelwesen

Die Krone war fast aller Macht entkleidet. Selbst die „Fränkische Tagespost" (22. Oktober) sprach von einem „Schattenkaisertum". Das Verlangen nach Volksherrschaft — Demokratie — war also erfüllt.

Wozu noch der Aufruhr, der — darüber waren sich seine intelligenten Führer ganz klar — mit Sicherheit Deutschland wehrlos dem Feinde ausliefern mußte?

Auch hierüber gibt Barth Aufschluß. Von Anfang an handelte es sich für ihn und seine Spießgesellen um Errichtung der „Diktatur des Proletariats". Und schließlich — Herr Joffe und die sonstigen „Freunde" verlangten auch, daß für ihr schönes Geld entsprechende Arbeit geleistet würde.

So schlug man denn im Namen der „Menschlichkeit" und des „Sozialismus" los.

Es war die verbrecherischste und sinnloseste Tat in der deutschen Geschichte.

Die deutsche Sozialdemokratie aber hatte in 40jähriger Aufreizung zum Klassenkampf auf Grund ihrer „Verelendungstheorie" die Massen empfänglich gemacht für den Haß gegen Gesellschaft und Staat, sie hatte während des Krieges nicht die Freiheit gefunden, unter Abkehr von internationaler Ideologie sich zu einer rein deutschen „Arbeiterpartei" zu reformieren, sie hatte allen Regierungsmaßnahmen abwartend, meist ablehnend gegenüber gestanden, stets bereit, für die Partei auf Kosten der Gesamtheit politische Kriegsgewinne zu machen, und sie hat schließlich nicht gezögert, den letzten Versuch, das Volk von der Notwendigkeit nationaler Verteidigung zu überzeugen, zu „sabotieren". Als es hart auf hart ging, stellte sie die Waffen „fünf Minuten zu früh" an die Wand im blöden Irrglauben an die gleichgerichteten Interessen der „Proletarier aller Länder" und an die falschen Versprechungen der Demokratien des Westens.

Doktrinäre Rückständigkeit und Befangenheit in pazifistisch-internationalen Ideen ist bis heute das Kennzeichen der Partei geblieben.

Besudelung des eigenen Volkstums und würdelose Kriecherei vor dem Ausland sind Mittel ihrer Politik.

Nichts und niemand befreit sie von dem Anteil an der ungeheueren Schuld ihrer radikalen Parteigenossen. —

Das Gift hatte seine Schuldigkeit getan. Betört, verführt, an „Friede, Freiheit, Brot" glaubend, lieferte das deutsche Volk sich, nachdem es selbst seine Waffen zerbrochen, seinen erbarmungslosen Todfeinden aus.

Vae victis! —

Anhang

I. Preſſeſtimmen

1916.

„Karlsruher Volksfreund“ vom 24. Februar 1916:

„Es liegt ein gutes Stück Ironie des Schickſals darin, daß die kriegswirtſchaftlichen Maßnahmen der deutſchen Militärbehörden von der ſozialdemokratiſchen Preſſe faſt ausnahmslos als gut und zweckmäßig anerkannt werden.“

„Chemnitzer Volksſtimme“ vom 16. Februar 1916:

„Gleich hervorragend iſt die Leiſtung des Generalſtabes und der Offiziere, die ſich in militäriſcher Fachbildung denen der Feindesheere weit überlegen gezeigt haben.“

Dasſelbe Blatt vom 3. März 1916:

„Es gibt keinen anderen Weg zum Frieden als die höchſte Anſtrengung zum deutſchen Sieg, der den Kriegs- und Vernichtungswillen der Feinde bricht.“

„Die Glocke“ vom 7. Oktober 1916 (Johann Lemmeters, Eine verfehlte Aktion):

„Die Aktion ... für einen Frieden ohne Annexion war verfehlt, für unſer Land wie für unſere Bewegung gleich ſchädlich. Dem Volke wird dadurch der total falſche Glaube ſuggeriert, als habe es die deutſche Regierung in der Hand, Frieden zu ſchließen, während in Wirklichkeit das Kriegsbarometer in London ſteht, nicht in Berlin ... Auf London macht aber eine Petition deutſcher Staatsbürger ‚für einen Frieden ohne Annexionen‘ nicht den mindeſten Eindruck, weshalb durch eine ſolche Friedensaktion der Krieg auch nicht um eine Sekunde abgekürzt wird ... Durch Unterſchreiben der Petition wird der Anſchein erweckt, als ſeien die ſozialdemokratiſchen Arbeiter Deutſchlands grundſätzlich Gegner jeder Annexion. Nichts iſt falſcher als eine ſolche Annahme, und es iſt die höchſte Zeit, dieſem falſchen Anſchein öffentlich entgegenzutreten, um vor weiterer Selbſttäuſchung zu warnen. Ich habe

täglich reichlich Gelegenheit, mit unseren Genossen in Schacht und Hütte zu verkehren, und fast alle ohne Ausnahme sind — Annexionisten! ... Unsere Genossen im feindlichen Ausland ... wollen nicht Ritterlichkeit, sondern Kampf bis zur Entscheidung. ..."

„Korrespondenzblatt" der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 29. April 1916:

„Was wir als Organisation geworden sind, danken wir neben der eigenen Kraft auch einem blühenden deutschen Wirtschaftsorganismus ..."

„Die Politik des 4. August 1914 ist der Gesamtausdruck des Jahrzehnte langen Wirkens der deutschen Gewerkschaften ..."

„In ihr verteidigt die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich selbst."

„Holzarbeiterzeitung" vom 17. Juni 1916:

„Nicht um die Klassenherrschaft der Bevorrechtigten in Deutschland zu festigen, bejahen wir die Vaterlandsverteidigung, sondern im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterschaft ..."

„Der Zimmerer" vom Juli 1916:

„Über die wahre Natur der Regierungen in England und Frankreich gibt ihr Verhalten gegenüber dem wehrlosen Kleinstaate (Griechenland) vollgültigen Aufschluß. Und wer meint, solche Regierungen ließen sich durch Anstand und Vertrauen für einen verträglichen Frieden gewinnen, der muß von allen guten Geistern verlassen sein."

Aus dem Buche: „Vom inneren Frieden" von Thimme:

„Wer hätte heute angesichts der Ehrfurcht gebietenden Taten unseres Heeres den Mut, zu bestreiten, daß die Kritik oft übee das Ziel hinausgeschossen ist, und daß wir keine Vorstellung von der intensiven Arbeit hatten, die von unserer militärischen Verwaltung im Frieden geleistet wird?"

1917.

„Chemnitzer Volksstimme" vom 2. Januar 1917:

„Unser Vorgehen in Belgien im August 1914 war ein Rettungsversuch in höchster Not. Auch hat bereits Friedrich Engels in seinem Buche ‚Po und Rhein' in klassisch knapper Form zum Ausdeuck gebracht, daß, wenn ein Volk um seine Existenz zu ringen hat, es nicht nach

papierenen Fesseln zu fragen habe, sondern das tue, was zu seiner Rettung notwendig ist. —"

„Internationale Korrespondenz" vom Januar 1917 (Aufsatz des Abg. Max Cohen (Reuß):

„Der Gegensatz zwischen England und Deutschland beruht auf der tüchtigen und fleißigen Arbeit des deutschen Volkes in allen seinen Schichten. Der deutsche Lebenswille muß die englischen Wege auf Grund der heimischen Wirtschaftsgrundlage immer aufs neue kreuzen. Daher ist nur die Austragung des Kampfes, kein Kompromiß möglich. Wir oder England, das ist die von der Geschichte selbst, nicht von politischen Fanatikern gestellte Frage. Solange England das heutige England bleibt, und solange Amerika hinter ihm steht, ist es ausgeschlossen, daß England sagt: wir machen halbpart in der Welt. —"

„Sozialistische Monatshefte" vom Januar 1917 (aus einem Aufsatze Dr. Quessels):

„Leider sieht die große Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie noch immer nicht die von England drohenden Gefahren. Sie ist unrettbar in einer westlichen Orientierung der Außenpolitik verrannt, die uns immer tiefer in den Krieg hineinführt, da Rußland dadurch in der Überzeugung bestärkt wird, der von uns erstrebte Friede richte sich wesentlich gegen die Russen. —"

„Chemnitzer Volksstimme" zu Kaisers Geburtstag 1917:

„Daß Wilhelm II. der blutgierige und eroberungssüchtige Hunnenkönig Attila ist, als den ihn unsere Feinde abbilden ... das glaubt in Deutschland wohl kein Mensch mit fünf gesunden Sinnen. Wer kriegslustig ist und erobern will, wartet nicht bis über die 55 Jahre, um damit zu beginnen." Unter Hinweis auf die friedliebenden Äußerungen Sr. Majestät fährt das Chemnitzer Blatt fort: „So friedliebend und frei von Selbstgerechtigkeit muß auch die deutsche Politik im kommenden entscheidenden Jahre fortgeführt werden."

„Sächsisches Volksblatt", Anfang Februar. (Aus einem Aufsatz des Abg. Max Cohen (Reuß) über den verschärften U-Bootkrieg):

„Wenn die Bereitschaft zu Friedensverhandlungen nach dem Grundsatz ‚Leben und leben lassen' mit der Antwort bedacht wird: nein, wir wollen deine Vernichtung, so bleibt auch für ein friedliebendes Volk keine andere Wahl, als die Anwendung des letzten und schärfsten Mittels,

um die Vernichtungsbestrebungen seiner Feinde abzuwehren und den Krieg zum siegreichen Ende zu führen."

„Chemnitzer Volksstimme" zum Eingreifen Amerikas (Anfang Februar):

„Daß Deutschland jetzt noch einmal wie vor einem Jahre zurückweicht, muß als ganz ausgeschlossen gelten, es wäre eine Unmöglichkeit, und die deutsche Regierung wäre lächerlich vor aller Welt."

„Hamburger Echo" zum gleichen Thema, Anfang Februar:

„Aber sei's darum! Der Kampf geht um den Bestand des Reiches, um die Zukunft unseres Volkes, um das Schicksal künftiger Geschlechter. Da gibt es nur eine Losung: Alle Kraft aufbieten in geschlossener Front!"

„Metallarbeiterzeitung" vom 17. Februar 1917:

„Glaubt ein ernsthafter Mensch, daß England in einen Frieden ohne Annexionen, den Deutschland anbietet, einwilligen wird?" Über die Wirkung auf Amerika habe kein Zweifel bestehen können. „Die herrschende Klasse dieses Staatswesens ist an einem günstigen Kriegsausgang für England viel zu sehr mit dem Geldbeutel interessiert, als daß sie sich zu der schönen Friedenstheorie Wilsons bekennen könnte. Und Wilson weiß, was er dieser Klasse schuldig ist."

„Chemnitzer Volksstimme", Ende Februar:

„Die Hauptsache ist aber die Frage, für welche Ziele die alten wie die neuen Kampfmittel eingesetzt werden, und da weiß man mit Sicherheit nur das, daß die Ziele der Deutschen und der verbündeten Regierungen nicht die der Alldeutschen sind."

„Buchbinderzeitung" vom 11. März schreibt in einem Aufsatz ‚Englische Kriegsziele und die deutsche Arbeiterschaft' zum verschärften U-Bootkrieg:

„Wenn wir als Arbeiter unsere Selbständigkeit behalten wollen, wenn wir nicht gezwungen sein wollen, nach englischem Diktat vom heimatlichen Herd zu weichen und in fremden Landen um einigermaßen gastliches Unterkommen kniefällig zu bitten und zu betteln, dann müssen auch wir die Anwendung unserer schärfsten Mittel nur gutheißen."

„Sozialistische Monatshefte", März 1917. Aus dem Aufsatz: Die deutsche Sozialdemokratie nach der Spaltung (Hugo Poetzsch):

„Der Militarismus hat aufgehört, für uns ein Schreckensgespenst

zu ſein. Ja, wir haben es wohl ſelber bedauert, daß die Anwendung dieſes Schlagwortes in unſerer Partei in Friedensjahren ſo falſche Vorſtellungen im Auslande bei den Regierungen anderer Völker erweckt und dadurch deren Kriegswillen verſtärkt hat." (Ein bemerkenswertes Eingeſtändnis! D. Verf.)

Neuorientierung, Frühjahr 1917.

„Breslauer Volkswacht", Ende März:

„Wir erwarten, daß wenigſtens unſere Partei aus der Haltung des Kanzlers ihre unerbittlichen Konſequenzen zieht. Wir können nicht länger eine Regierung unterſtützen, die ſich ſo abweichend gegenüber den Wünſchen des Volkes verhält. ..."

„Vorwärts" vom 3. April:

„Findet die Monarchie in dieſer Zeit kluge Ratgeber, dann kann ſie ſich für alle abſehbare Zeiten ſichern und feſtigen. Sobald die Monarchie die Wünſche des Volkes erfüllt, iſt aller republikaniſchen Agitation der Boden unter den Füßen weggezogen (Die alte Scheidemannſche Rattenfängerweiſe; ſchon damals folgte ihr die Regierung blindgläubig. D. Verf.). Die Frage, ob Monarchie oder Republik würde dann noch viel weniger Diskuſſionsthema ſein als ſie es jetzt ſchon iſt."

„Chemnitzer Volksſtimme", Anfang April:

Zur Frage, ob der verſchärfte U-Bootkrieg eine Abirrung vom deutſchen Friedensſtreben darſtelle, vertritt das Blatt den Standpunkt, daß gerade in Verbindung mit dem Friedensangebot die Verſchärfung notwendig geweſen ſei und ſchreibt: „Drei Dutzend Friedensangebote hätten wir nach England ſchicken können und hätten drei Dutzend mal nur ein wachſendes Hohngelächter zur Antwort bekommen, wenn wir nicht eine Waffe gehabt hätten, England zum Frieden zu zwingen. Verſagt oder zerbricht dieſe Waffe, dann ſind wir verloren."

„Vorwärts" vom 14. Juni (anläßlich des Thronwechſels in Griechenland):

„Die Griechen ſind jetzt ein völlig freies Volk — von verhungernden, ohnmächtigen Bettlern. Nutzanwendung: Dies iſt ein ſchwacher Vorgeſchmack, wie die geplante Befreiung Deutſchlands durch die Entente ausſehen würde Ein ſchwacher. Denn die Griechen ſind immerhin Neutrale, wir aber ſind die Feinde."

„Internationale Korrespondenz" vom 22. Juni:

„Wer glaubt, daß die Franzosen aus Mißtrauen gegen Bethmann Hollweg oder aus Begeisterung für die parlamentarische Regierungsweise den anständigen Ausgleichsfrieden schließen würden, der läßt sich von einem Irrlicht geradewegs in den Sumpf führen."

„Vorwärts" vom 28. Juli:

Äußert in seiner Kritik einer Rede Bonar Laws, mit einer Regierung, die von diesem Geiste beherrscht wäre, sei nur ein Friede schmählichster Unterwerfung möglich. Der Arbeiterführer Wardle spreche aber genau wie Bonar Law. Wenn er den deutschen Mehrheitssozialisten „Reue" zumute, so sei darauf zu erwidern: „Reue hätten die deutschen Arbeiter nur dann zu empfinden Grund, wenn sie ihr Land im Kampfe gegen 10fache Übermacht im Stich gelassen hätten." (Am 9. November 1918 waren all diese schönen Worte vergessen).

„Breslauer Volkswacht" vom 23. Juli:

„Staatssekretärämter als Scheelbergposten darf man Sozialdemokraten nicht anbieten." — (Im Frühjahr 1920 übernahm der bisherige Reichskanzler Bauer innerhalb weniger Wochen erst das Reichsschatzministerium und dann das Reichsverkehrsministerium; sein Nachfolger in der „Reichsleitung" Müller erledigte fast ebensolange nebenher noch die Geschäfte des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten.)

„Internationale Korrespondenz" vom 14. August:

„Die törichten Vorstellungen, als hinge es von dieser oder jener Formulierung der deutschen Friedensbereitschaft oder von der Art der deutschen Kabinettsbildung ab, daß wir den Frieden bekommen, dürfen nun endgültig aus der deutschen Öffentlichkeit verschwinden."

„Karlsruher Volksfreund" vom 16. August:

„Es steht jetzt unzweifelhaft fest, daß die Entente einen zielbewußten Raub- und Eroberungskrieg führt, von dem sie nicht eher lassen wird, als bis sie dazu gezwungen ist."

„Münchener Post" vom 16. August:

„Wenn sich heute unsere Brüder draußen statt zur erhofften Heimkehr zu neuen schweren Kämpfen rüsten müssen, so liegt das an Umständen, die nicht in der Gewalt der deutschen Sozialdemokratie und

auch nicht in der Gewalt der deutschen Regierung stehen. Die Gegner wollen es so."

„Chemnitzer Volksstimme" vom 5. September (Suchomlinow-Prozeß):

„Wir sind der Meinung, daß das deutsche Volk auch jetzt noch seinen damaligen politischen Leitern dafür danken kann, daß sie getan haben, was in ihren Kräften stand, um Deutschland von der Schuld am Ausbruch des Krieges freizuhalten."

„Referat des Abg. Landsberg zum Parteitag am 14. Okt.":

„Es ist nicht wahr, daß starke monarchische Gewalt ein schwaches, an Rechten armes Volk zur Voraussetzung hat."

„Internationale Korrespondenz" vom 6. Dezember (Besprechung der Botschaft Wilsons an Deutschland):

„Wilson würde zu denselben Fehlschlüssen gelangt sein, auch wenn der unbeschränkte U-Bootkrieg unterblieben wäre. Jede andere Gefährdung des britischen Reiches würde genügt haben, Wilson zu veranlassen, Deutschland den Krieg zu erklären."

2. Flugblattpropaganda

Aus der ungeheuren Zahl der schon seit Ende 1914 im deutschen Volke — besonders auch im Heere — illegal verbreiteten Flugblätter und Handzettel habe ich einige wenige herausgegriffen, die mir für die unterwühlende Tätigkeit der linksradikalen Gruppen charakteristisch zu sein schienen. Sie sind zum Teil amtlichem Material, zum Teil dem im Frühjahr 1921 erschienenen Buche: „Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges" von Ernst Drahn und Susanne Leonhard entnommen.

1914.

Nr. 1. (Ende Dezember.)

Auf Veranlassung der Independent Labour Party schrieben im Dezember 1914 Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Franz Mehring sog. Weihnachtsbriefe an den Labour Leader, London. Nachstehend der Brief Mehrings:

An die Redaktion des „Labour Leader", London.

Werte Genossen,

für ein Mitglied der deutschen Sozialdemokratie ist es eine schwere Aufgabe, im gegenwärtigen Augenblick über die Solidarität des internationalen Proletariats zu schreiben. Es hieße heucheln, wenn man bestreiten wollte, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dieser Solidarität zwar nicht die einzige, aber doch die erste und die tiefste Wunde geschlagen hat, und man kommt darüber nicht hinweg mit der törichten Rede, daß die Internationale kein wirksames Werkzeug im Kriege, sondern im wesentlichen ein Friedensinstrument sei. Das heißt sagen: An einem Schwert ist das Wesentliche nicht die Klinge, sondern der Griff.

Aber das ungünstige Licht, worin die deutsche Sozialdemokratie den Schwesterparteien des Auslandes erscheint, täuscht dennoch. Was sich heute in ihr abspielt, hat sein Vorbild in dem ersten Jahre des Sozialistengesetzes, wo die Führer auch kopflos wurden, aber die Massen sich alsbald sammelten unter der Parole: Mit den Führern, wenn diese wollen, ohne die Führer, wenn sie untätig bleiben, trotz den Führern, wenn sie widerstreben. Schon gärt es mächtig in allen großen Parteizentren Deutschlands: in Berlin, Hamburg, Leipzig, Stuttgart, und der Tag ist nicht mehr fern, wo der Frieden und die Rückkehr zu den unerschütterlichen Grundsätzen der Internationale von der deutschen Arbeiterklasse gefordert werden wird mit der ungestümen Kraft eines Willens, den die Kämpfe eines halben Jahrhunderts gestählt haben.

Berlin-Steglitz, im Dezember 1914.

Franz Mehring.

Nr. 2. (Ende Dezember.)

Karl Liebknecht — Zur Kriegssitzung des Reichstages.

Genosse Liebknecht hat zur Begründung seiner verneinenden Abstimmung in der Reichstagssitzung vom 2. Dezember 1914 dem Reichstagspräsidenten zur Aufnahme in den stenographischen Bericht gemäß § 59 der Geschäftsordnung folgendes überreicht:

Meine Abstimmung zur heutigen Vorlage begründe ich wie folgt:

Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen

Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Weltkrieges um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg. Es handelt sich auch um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisation und Zertrümmerung der anschwellenden Arbeiterbewegung. Das haben die verflossenen Monate trotz einer rücksichtslosen Verwirrungsregie mit steigender Deutlichkeit gelehrt.

Die deutsche Parole „Gegen den Zarismus" diente — ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole „Gegen den Militarismus" — dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhaß zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muß deren eigenes Werk sein.

Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, daß der Zweck, für den sie die Kredite fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist.

Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen. Nur die gleichzeitige dauernde Stärkung der auf einen solchen Frieden gerichteten Strömungen in allen kriegführenden Staaten kann dem blutigen Gemetzel vor der völligen Erschöpfung aller beteiligten Völker Einhalt gebieten. Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Freiheit aller Völker erwachsener Friede kann ein gesicherter sein. So gilt es für das Proletariat aller Länder, auch heute im Kriege gemeinsame sozialistische Arbeit für den Frieden zu leisten.

Die Notstandskredite bewillige ich in der verlangten Höhe, die mir bei weitem nicht genügt. Nicht minder stimme ich allem zu, was das harte Los unserer Brüder im Felde, der Verwundeten und Kranken, denen mein unbegrenztes Mitleid gehört, irgend lindern kann;

auch hier geht mir keine Forderung weit genug. Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.

Berlin, 2. Dezember 1914.

gez. Karl Liebknecht.

1915.

Nr. 3. (Januar; aus einer Rede Liebknechts in einer Versammlung in Neu-Kölln.)

Imperialismus und Krieg.

... Wenn sich die bisherigen Entwicklungsgesetze der Gesellschaft nicht auf den Kopf stellen, und Deutschland sich nicht in ein politisches Schlaraffenland verwandelt, werden auch künftig keine ernsthaften politischen Resoenen anders als durch politischen und wirtschaftlichen Kampf erzielt werden. Und die Aussichten dieses Kampfes sind um so günstiger, je zuversichtlicher das Vertrauen der Massen in die Festigkeit, in die Unbeirrbarkeit und Stetigkeit der Sozialdemokratie ist, und je größer die Achtung und Furcht der Gegner vor ihrer Kraft, Zielsicherheit und Entschlossenheit. Einer Partei, deren Widerstandslosigkeit gegen Massenpsychosen, gegen den heulenden Mob der Straße, gegen gerissene Regierungsdemagogie, gegen ein Blatt Papier und Druckerschwärze, das den Belagerungszustand verkündet, so offenkundig ward, einer Partei, die dem Namen einer Umsturzpartei nur eben durch den Umsturz ihrer eigenen Grundsätze Ehre gemacht hat, und deren Festigkeit in einem großen historischen Moment so gering war, daß ein Kartenhaus im Vergleich dazu ein Festungswall erscheint, einer solchen Partei wird sowohl jenes Vertrauen, wie dieser Respekt fehlen. Um so mehr, je mehr „sozialistische" Frühlingslerchen mitten im unwirtlichen Winter des imperialistischen Mißvergnügens herumflattern und dem Volke den Wahn eines nahen Kanaans einzuimpfen suchen. Sich einbilden, im Wege solcher

„direkten Aktionen" nationalistischen Kalibers dem Proletariat die Wege ebnen zu können, heißt das ABC des dialektischen Materialismus in den Wind schlagen.

Die Kunst, uns spielend zu besiegen, haben die Feinde des Proletariats gelernt. Die Sozialdemokratie muß die verlorene Achtung zurückerobern; zurückerobern im Kampf. Nimmt sie diesen Kampf noch während des Krieges auf, so kann sie rasch und gründlich zu jenem Ziel gelangen. Verschiebt sie ihn bis nach dem Krieg, so wird es ihr sauer werden, gerade, weil er dann minder gefahrvoll ist.

Erspart bleibt er ihr nicht.

Auch in der innerpolitischen Wirkung zeigt es sich so, allen Illusionen zum Trotz, daß die Mehrheitstaktik die Entwicklung nicht fördert, sondern hemmt. . . .

Die Fraktionserklärung vom 4. August 1914 wünscht Frieden, „sobald das Ziel der Sicherung erreicht" ist.

Der Sicherung wessen? Nur des Territoriums und der staatlichen Unabhängigkeit oder außerdem des vom Kapital für erforderlich gehaltenen Spielraums für weltwirtschaftliche Entfaltung des Deutschen Reiches? Und welcher Spielraum nach Art, Richtung und Größe wäre das? Kann dieser Spielraum ohne Eroberung, ohne Vergewaltigung anderer Völker erzielt werden? Wenn nicht, so müßte die Sozialdemokratie die darauf gerichtete Politik bekämpfen. Wir sind hier bereits mitten auf dem Felde des Imperialismus, der nicht „friedlich" ist, aber selbst wenn er der äußeren Form nach „friedlich" wäre, der Antipode des Sozialismus bliebe.

Der Sicherung wodurch? Mit welchen Mitteln? Etwa militaristischen? Hier scheiden sich Sozialismus und Imperialismus von vornherein wie Feuer und Wasser. Für den Sozialismus kommt nicht Sicherung durch Waffengewalt, durch „strategisch günstige Grenzgestaltung" und ähnliches in Betracht. Die spezifische Sicherungskraft des Sozialismus ist die wirtschaftliche und allgemein kulturelle Völkersolidarität, die internationale Verbrüderung der Arbeiterklasse. Nur dieses Sicherungsmittel erkennen wir als Sozialisten an, nur für seine Anwendung können wir uns einsetzen. Alle anderen Sicherungsmittel liegen außerhalb des Bereiches jeder proletarischen sozialistischen Republik, wenn sie nicht gar dieser Politik schroff widersprechen.

Das Ziel *solcher* sozialistischen Sicherung kann aber nur durch

den Krieg erreicht werden, sondern nur durch sozialistische Propaganda, durch internationalen Klassenkampf, durch Zusammenwirken des Proletariats aller kriegführenden Länder. Also nicht durch Unterstützung des Krieges, sondern durch seine Bekämpfung. . . .

Klassenkampf ist die Losung des Tages. Klassenkampf nicht erst nach dem Kriege. Klassenkampf während des Krieges. Klassenkampf gegen den Krieg. Nimmt die Partei nicht heute, während des Krieges, den Kampf auf, so wird man auch an ihren Kampfgeist nach dem Kriege nicht glauben, weder in den Arbeitermassen, noch in den Reihen ihrer Gegner. Jetzt gilt es, sich zu bewähren. So kann sich die Partei Kredit verschaffen für alle Zukunft — Kredit bei Freund und Feind, Kredit für die ernstesten Zukunftsmöglichkeiten, Kredit, der — mit Opfern des Augenblicks erkauft — dereinst ihre Macht unwiderstehlich machen wird. . . .

Nr. 4 (Mai, von Liebknecht verfaßt).

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Was seit 10 Monaten, seit dem Angriff Österreichs auf Serbien, täglich zu erwarten war, ist eingetroffen: Der Krieg mit Italien ist da.

Die Volksmassen der kriegführenden Länder haben begonnen, sich aus den amtlichen Lügennetzen zu befreien. Die Einsicht in die Ursachen und Zwecke des Weltkrieges, in die unmittelbare Verantwortlichkeit für seinen Ausbruch, hat sich auch im deutschen Volk verbreitet. Der Irrwahn heiliger Kriegsziele ist mehr und mehr gewichen, die Kriegsbegeisterung geschwunden, der Wille zum schleunigen Frieden mächtig emporgewachsen, allenthalben — auch in der Armee.

Eine schwere Sorge für die deutschen und österreichischen Imperialisten, die sich vergeblich nach Rettung umsahen. Sie scheint ihnen jetzt gekommen. Italiens Eingreifen in den Krieg soll ihnen die willkommene Gelegenheit bieten, neuen Taumel des Völkerhasses zu entfachen, den Friedenswillen zu ersticken, die Spur ihrer eigenen Schuld zu verwischen. Sie spekulieren auf die Vergeßlichkeit des deutschen Volkes, auf seine nur allzu oft erprobte Langmut.

Würde der saubere Plan glücken, das Ergebnis zehnmonatiger blutiger Erfahrung wäre zunichte, das internationale Proletariat stände

wiederum entwaffnet da, völlig ausgeschaltet als selbständiger politischer Faktor.

Der Plan muß zuschanden werden — sofern der dem internationalen Sozialismus treugebliebene Teil des deutschen Proletariats seiner geschichtlichen Sendung in dieser ungeheueren Zeit eingedenk und würdig bleibt.

Die Feinde des Volkes rechnen mit der Vergeßlichkeit der Massen — wir setzen dieser Spekulation entgegen die Losung:

Alles lernen, nichts vergessen!

Nichts vergessen!

Wir haben erlebt, daß bei Kriegsausbruch die Massen von den herrschenden Klassen mit lockenden Melodien für den kapitalistischen Kriegszweck eingefangen wurden. Wir haben erlebt, wie die schillernden Seifenblasen der Demagogie zerplatzten, die Narrenträume des August verflogen, wie statt des Glücks Elend und Jammer über das Volk kamen; wie die Tränen der Kriegswitwen und Kriegswaisen zu Strömen anschwollen; wie die Erhaltung der Dreiklassenschmach, die verfluchte Heiligsprechung der Viereinigkeit: Halbabsolutismus — Junkerschaft — Militarismus — Polizeiwillkür zur bitteren Wahrheit wurde.

Durch die Erfahrung sind wir gewarnt — alles lernen, nichts vergessen!

Widerwärtig sind die Tiraden, mit denen der italienische Imperialismus seine Raubpolitik verbrämt; widerwärtig ist jene römische Tragikomödie, in der auch die landläufig gewordene Frage des Burgfriedens nicht fehlt. Noch widerwärtiger ist jedoch, daß wir in alledem nur in einem Spiegel die deutschen und österreichischen Methoden vom Juli und August 1914 wiedererkennen.

Jede Brandmarkung verdienen die italienischen Kriegshetzer. Aber sie sind nichts als die Abbilder der deutschen und österreichischen Kriegshetzer, jener Hauptschuldigen am Kriegsausbruch. Gleiche Brüder, gleiche Kappen!

Wem hat das deutsche Volk die neue Heimsuchung zu danken? Von wem hat es Rechenschaft zu fordern für die neuen Opfer-Hekatomben, die sich türmen werden?

Es bleibt dabei: das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli 1914 war die Brandfackel, die die Welt entzündete, wenn auch der Brand erst spät auf Italien übergriff.

Es bleibt dabei: dieses Ultimatum war das Signal für die Neuverteilung der Welt und rief mit Notwendigkeit alle kapitalistischen Raubstaaten auf den Plan.

Es bleibt dabei, dieses Ultimatum rollte die Frage der Vorherrschaft auf dem Balkan, in Kleinasien und im ganzen Mittelmeer und damit auch alle Gegensätze zwischen Österreich-Deutschland und Italien mit einem Schlage auf.

Wenn sich die deutschen und österreichischen Imperialisten jetzt hinter dem Busch der italienischen Raubpolitik, hinter der Kulisse der italienischen Treulosigkeit zu verstecken suchen, wenn sie die Toga der moralischen Entrüstung, der gekränkten Unschuld umwerfen, während sie doch in Rom nur eben ihresgleichen gefunden haben, so verdienen sie die Lauge des grausamsten Hohns.

Nicht zu vergessen gilt es, wie mit dem deutschen Volke gerade in der italienischen Frage gespielt worden ist, gespielt von den sehr ehrenwerten deutschen Patrioten.

Seit je war der Dreibundvertrag mit Italien eine Farce — euch hat man darüber getäuscht!

Stets galt Italien dem Kundigen für den Kriegsfall als sicherer Gegner Österreichs und Deutschlands — euch hat man es als einen sicheren Bundesgenossen vorgegaukelt.

Im Dreibundvertrag, bei dessen Abschluß und Erneuerung niemand euch befragte, lag ein gut Teil von Deutschlands weltpolitischem Schicksal beschlossen — bis zum heutigen Tage ist aus diesem Vertrage nicht ein Buchstabe mitgeteilt.

Das österreichische Ultimatum an Serbien, mit dem eine kleine Clique die Menschheit überrumpelte, war der Bruch des Bündnisvertrags zwischen Österreich und Italien — euch hat man davon nichts gesagt.

Dieses Ultimatum ist gegen den ausdrücklichen Widerspruch Italiens ergangen — euch hat man das verschwiegen.

Am 4. Mai dieses Jahres schon war von Italien das Bündnis mit Österreich aufgelöst — bis zum 18. Mai hat man diese entscheidende Tatsache dem österreichischen und deutschen Volke vorenthalten, ja, der Wahrheit zum Trotz geradewegs amtlich abgeleugnet — ein Gegenstück zu jener geflissentlichen Düpierung des deutschen Volkes und des deutschen Reichstags über das deutsche Ultimatum an Belgien vom 2. August 1914.

Auf die Verhandlungen Deutschlands und Österreichs mit Italien, von denen das Eingreifen Italiens abhing, gab man euch keinen Einfluß ... Als Unmündige wurdet ihr in dieser Lebensfrage behandelt, während die Kriegspartei, während die Scheindiplomatie, während eine Handvoll Leute in Berlin und Wien um das Schicksal Deutschlands würfelte.

Durch die Torpedierung der Lusitania wurde nicht nur die Macht der englischen, französischen und russischen Kriegsparteien gefestigt, ein schwerer Konflikt mit den Vereinigten Staaten heraufbeschworen, das ganze neutrale Ausland zu leidenschaftlicher Empörung gegen Deutschland aufgebracht, sondern auch der italienischen Kriegspartei gerade in der kritischen Zeit ihr verhängnisvolles Werk erleichtert — auch dazu hat das deutsche Volk schweigen müssen; die eiserne Faust des Belagerungszustandes drückte ihm die Gurgel zu.

Im März dieses Jahres schon konnte der Friede angebahnt werden — die Hand war von England geboten — die Profitgier der deutschen Imperialisten wies sie zurück[1]). Hintertrieben wurden aussichtsreiche Friedensbemühungen durch die deutschen Interessenten an kolonialen Eroberungen großen Stils, an der Annexion Belgiens und Französisch-Lothringens, durch die Kapitalisten der großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften, durch die Scharfmacher der deutschen Schwerindustrie.

Auch das hat man dem deutschen Volke verheimlicht. Auch da hat man es nicht zu Rate gezogen.

Wem hat, so fragen wir, das deutsche Volk die Fortsetzung des gewaltvollen Krieges, wem Italiens Eingreifen zu danken? Wem anders als den verantwortlichen Unverantwortlichen im eigenen Lande?

Alles lernen, nichts vergessen!

Der italienische Abklatsch der deutschen Ereignisse vom Sommer vorigen Jahres kann Denkenden kein Sporn zu neuem Kriegstaumel sein, nur ein neuer Anstoß zur Verscheuchung jener Hoffnungsirrwische von einer Morgenröte politischer und sozialer Gerechtigkeit, nur ein neues Licht zur Erhellung der politischen Verantwortlichkeiten, zur Enthüllung der ganzen Gemeingefährlichkeit

[1]) Eine besonders bösartige Lüge (d. Verf.).

jener österreichischen und deutschen Kriegstreiber, nur ein neuer Anklageakt gegen sie.

Lernen und nicht vergessen! aber gilt es auch vor allem, welch heldenmütigen Kampf unsere italienischen Genossen gegen den Krieg gekämpft haben und noch kämpfen. Kämpfen in der Presse, in Versammlungen, in Straßenkundgebungen, kämpfen mit revolutionärer Kraft und Kühnheit, trotzend mit Leib und Leben dem wütenden Anprall der obrigkeitlich aufgepeitschten nationalistischen Wogen. Ihrem Kampf gelten unsere begeisterten Glückwünsche. Laßt ihren Geist unser Vorbild sein! Sorgt, daß er das Vorbild der Internationale werde!

Wäre er es seit jenen Augusttagen gewesen, es stünde besser in der Welt. Es stünde besser um das internationale Proletariat.

Aber kein „Zuspät" kennt entschlossener Kampfeswille!

Abgewirtschaftet hat die unsinnige Parole des „Durchhaltens", die nur immer tiefer in den Mahlstrom der Völkerzerfleischung führt. Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfleischung heißt das sozialistische Gebot der Stunde.

Der Hauptfeind jedes Volkes steht im eigenen Land!

Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt es für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine einheimischen Imperialisten geht.

Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk — nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpitzen und Falkenhayns, mit der deutschen Regierung der politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diese! Alles für das deutsche Volk! Alles für das internationale Proletariat, um des deutschen Proletariats, um der geknechteten Menschheit willen.

Die Feinde der Arbeiterklasse rechnen auf die Vergeßlichkeit der Massen — sorgt, daß sie sich gründlich verrechnen! Sie spekulieren auf die Langmut der Massen — wir aber erheben den stürmischen Ruf:

„Wie lange noch wollen die Glücksspieler des Imperialismus die Geduld des Volkes mißbrauchen! Genug und übergenug der Metzelei! Nieder mit den Kriegshetzern diesseits und jenseits der Grenze! Ein Ende dem Völkermord!"

Proletarier aller Länder, folgt dem heroischen Beispiel eurer italienischen Brüder! Vereinigt euch zum internationalen Klassenkampf gegen die Verschwörungen der Geheimdiplomatie, gegen den Imperialismus, gegen den Krieg, für einen Frieden im sozialistischen Geist.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

1916.

Nr. 5 (Juni).

Hunger!

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats.
4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran.

(Leitsätze)

Was kommen mußte, ist eingetreten: Der Hunger!

In Leipzig, in Berlin, in Charlottenburg, in Braunschweig, in Magdeburg, in Koblenz und Osnabrück, an vielen anderen Orten gibt es Krawalle der hungernden Menge vor den Läden mit Lebensmitteln. Und die Regierung des Belagerungszustandes hat auf den Hungerschrei der Massen nur die Antwort: Verschärften Belagerungszustand, Polizeisäbel und Militärpatrouillen.

Herr von Bethmann-Hollweg klagt England des Verbrechens an, den Hunger in Deutschland verschuldet zu haben, und die Kriegsdurchhalter und Regierungszuhalter schwatzen es nach. Indessen die deutsche Regierung hätte wissen müssen, daß es so kommen mußte: Der Krieg gegen Rußland, Frankreich und England mußte zur Absperrung Deutschlands führen. Es war auch stets Brauch unter den edlen Brüdern im Kriege, einander wirtschaftlichen Schaden zuzufügen, die Zufuhr von Lebensmitteln abzusperren. Der Krieg, der Völker-

mord ist das Verbrechen, der Aushungerungsplan nur eine Folge dieses Verbrechens.

Die bösen Feinde haben uns „eingekreist", plärren die Kriegsmacher. Warum habt ihr eine Politik gemacht, die zur Einkreisung führte? ist die einfachste Gegenfrage. Jede imperialistische Raubpolitik ist ein Verbrechen, und eine solche Politik trieben alle Staaten. Die deutsche Regierung aber betrieb eine imperialistische Politik, bei der sie alle Staaten anempelte, mit allen in Konflikt kam und schließlich, nur noch mit dem österreichischen Staatskadaver und der rettungslos bankrotten Türkei verbündet, gewaltsam den Weltkrieg anzettelte.

Auf das Verbrechen der Anzettelung des Weltkrieges wurde ein weiteres gehäuft: die Regierung tat nichts, um dieser Hungersnot zu begegnen. Warum geschah nichts? Weil den Regierungssuppen, den Kapitalisten, Junkern, Lebensmittelwucherern der Hunger der Massen nicht wehe tut, sondern zur Bereicherung dient. Weil, wenn man von Anfang an den Kampf gegen Hunger und Not durch ernsthafte Maßnahmen aufgenommen hätte, den verblendeten Massen der furchtbare Ernst der Lage klar geworden wäre. Dann wäre aber die Kriegsbegeisterung alsbald verraucht.

Deshalb hat man die Volksmassen mit Siegestriumphgeheul betäubt und sie gleichzeitig den agrarischen und kapitalistischen Lebensmittelwucherern ausgeliefert.

Mit dem Geschrei vom „Durchhalten", bei denen die Scheidemänner und Konsorten der Regierung ihre Dienste leisteten, hat man versucht, die Massen um jede Besinnung zu bringen. Die herrschenden Klassen wollten ihre wahnsinnigen Annektionsgelüste nicht preisgeben, und man belog das Volk, indem man ihm vorredete: wenn wir durchhalten, wird Deutschland den Frieden diktieren und die ganze Welt beherrschen.

Man hat uns vorgelogen, die deutschen U-Boote werden Englands Zufuhr abschneiden, England werde um Frieden winseln, und damit werde der Krieg beendet. — Märchen für Kinder sind das. Der U-Bootkrieg hetzt Deutschland neue Feinde auf den Hals; aber an eine Abschneidung der Zufuhren Englands ist nie und nimmer zu denken, auch wenn Deutschland zehnmal mehr U-Boote hätte.

Dann hat man uns vorgemacht: der Vorstoß nach dem Balkan werde Deutschland Luft schaffen, Lebensmittel in Hülle und Fülle werde

man aus der Türkei erhalten. — Man log bewußt, denn alle Einsichtigen wissen, daß die Türkei nichts liefern kann, daß in Konstantinopel und den Küstenstädten Kleinasiens Mangel herrscht, daß die türkische Regierung ihre Armee nicht mehr nähren kann.

Jetzt vertröstet man uns auf die kommende Ernte: alle Not werde ein Ende haben, wenn die neue Frucht da ist. — Auch das ist bewußter Schwindel. Die einfache Rechnung sagt: in zweiundzwanzig Kriegsmonaten wurden zwei Ernten verzehrt, außerdem die großen Vorräte an Viehfutter, Zucker und anderen Produkten, die zu Kriegsbeginn im Lande lagerten; ferner alles, was in den besetzten Gebieten, in Belgien, in Nordfrankreich, Polen, Litauen, Kurland, Serbien an Lebensmitteln „requiriert" wurde; schließlich noch das, was aus Holland und den skandinavischen Ländern eingeführt werden konnte. Jetzt gibt es nichts mehr. Die besetzten Gebiete sind kahl gefressen, die Menschen sterben bereits Hungers in Polen und in Serbien. Die neutralen Staaten sperren die Ausfuhr hermetisch ab, weil sie selbst Mangel leiden. Die einheimische Ernte kann nicht viel liefern, denn die Felder wurden aus Mangel an Arbeitskräften, an Dünger und Saatgut schlecht bestellt. Die Viehstände sind gering.

Ein „Lebensmitteldiktator" soll für gute Verteilung sorgen: Zu spät! Die Lebensmittelwucherer haben ihr Werk vollbracht. Packt man sie jetzt an der Gurgel, so hilft's nichts. Es gibt nicht mehr so viel zu „verteilen", daß man das Volk satt machen kann.

Das ist die nackte Wahrheit.

Man hat das Volk in den Krieg gehetzt, bei dem die Zufuhr abgeschnitten wurde, kapitalistische Verbrecher haben unter Duldung der Regierung das übrige getan.

Was soll werden?

Man kann noch ein halbes Jahr, vielleicht ein ganzes Jahr Krieg führen, indem man die Menschen langsam verhungern läßt. Dann wird aber die künftige Generation geopfert. Zu den furchtbaren Opfern an Toten und Krüppeln der Schlachtfelder kommen weitere Opfer an Kindern und Frauen, die infolge des Mangels dem Siechtum verfallen.

Und auch dann gibt es noch kein Ende, denn dieser Krieg kann nicht mehr mit Waffengewalt entschieden werden, wenn er auch noch ein Jahr oder zwei dauert. Der deutsche Militarismus steckt nach allen seinen „Siegen" in der Sackgasse. Wenn jetzt der Krieg fortdauert, so

ist es einzig allein, weil die Volksmassen sich die Infamie geduldig gefallen lassen.

Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, wir alle tragen die Verantwortung.

Entweder verharren die arbeitenden Massen in stumpfsinnigem Gleichmut — dann ist die Folge langes Siechtum und elendes Verderben; oder das Proletariat rafft sich auf, verweigert dieser Regierung und diesen herrschenden Klassen die Dienste und erzwingt den Frieden.

Es gibt keine Wahl. Es gilt die Tat. Rafft euch auf, ihr Männer und Frauen! Gebt euren Willen kund, laßt eure Stimme erschallen:

Nieder mit dem Kriege!

Hoch die internationale Solidarität des Proletariats!

Nr. 6. (Sommermonate, aus dem „Zweiten Zimmerwalder Manifest.")

Proletarier!

Wer predigt den Krieg „bis zum Ende", bis zum „Siege"? Die Urheber des Krieges, die käufliche Presse, die Kriegslieferanten und alle die, die sich am Kriege bereichern. Die Sozialpatrioten, die die bürgerlichen Kriegslosungen wiederholen, die Reaktionäre, die im Inneren sich freuen, daß auf den Schlachtfeldern die zugrunde gehen, die gestern noch eine drohende Gefahr für die Privilegien der herrschenden Klassen waren; die Sozialisten, Gewerkschaftler und alle die, die den Samen des Sozialismus in Stadt und Land gesät haben.

Das sind die Anhänger der Politik des Krieges bis zum Ende! Sie beherrschen den staatlichen Machtapparat, sie befehlen der Lügenpresse, die die Völker verhetzt, sie genießen das Recht auf freie Agitation für die Fortsetzung des Krieges und der Verwüstungen.

Die Opfer seid ihr. Ihr habt das Recht zu hungern und zu schweigen, für euch sind die Ketten des Belagerungszustandes, der Zensor und die Totenluft des Gefängnisses.

Ihr, das Volk, die arbeitenden Massen, ihr seid die Opfer, und dabei ist der Krieg nicht euer Krieg.

In den Schützengräben, in der Schwarmlinie liegt ihr, die Arbeitenden von Stadt und Land.

Hinter der Front seht ihr die Reichen mit ihren Schützlingen, die sich in Sicherheit zu bringen wissen.

Für sie ist der Krieg — der Tod anderer!

Obschon sie den Klassenkampf gegen euch in noch viel schärferer Form als vorher führen, predigen sie den „Burgfrieden". Erbarmungslos beuten sie eure Not, euer Elend aus, und versuchen gleichzeitig euch zu veranlassen, Verrat an eurer Klasse zu üben und aus euch eure beste Kraft, die Hoffnung auf den Sozialismus herauszureißen. Klarer als zur Friedenszeit hebt sich während des Krieges die soziale Ungerechtigkeit und die Klassenherrschaft hervor.

Zur Friedenszeit nimmt das kapitalistische System dem Arbeiter jede Lebensfreude, zur Kriegszeit nimmt es ihm alles, auch das Leben.

Genug des Mordens, genug der Leiden!

Genug der Verwüstungen.

Auf euch Arbeiter werden jetzt und später die aufgetürmten Ruinen zusammenstürzen.

Hunderte von Millionen werden jetzt dem Kriegsgotte geopfert, sie gehen damit der Volkswohlfahrt, Kulturzwecken und sozialen Reformen verloren, welche euer Schicksal erleichtern, die Volksbildung vermehren und die Armut verringern könnten. Aber morgen werden sie neue Steuerlasten auf eure Schultern bürden. Ist noch nicht genug der Arbeitskraft, an Geld, an Menschenleben verloren gegangen?

Erhebt euch zum Kampfe um den sofortigen Frieden ohne jede Eroberung.

Mögen in allen kriegführenden Ländern die arbeitenden Männer und Frauen aufstehen gegen den Krieg und seine Folgen; gegen Not und Entbehrung, gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung! Mögen sie die Stimme erheben für die Wiederherstellung der ihnen geraubten bürgerlichen Freiheiten, für soziale Gesetzgebung, für die Forderungen der arbeitenden Klassen in Stadt und Land.

Mögen die Proletarier der neutralen Länder den Sozialisten der kriegführenden Länder in ihrem schweren Kampfe helfen und mit allen Mitteln der weiteren Ausbreitung des Krieges entgegenwirken.

Mögen die Sozialisten aller Länder nach den internationalen Beschlüssen handeln, die dahin lauten, daß es die Pflicht der Arbeiterklasse ist, alle Anstrengungen zu machen, um den Krieg so bald als möglich zu beenden.

Übt den stärksten Druck auf eure Abgeordneten aus, auf eure Parlamente, auf eure Regierungen.

Verlangt von den Vertretern der sozialistischen Parteien sofortige Abkehr von der Unterstützung der Kriegspolitik der Regierungen. Verlangt von den sozialistischen Abgeordneten, daß sie von jetzt ab gegen alle Kriegskredite stimmen[1]).

Helft mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung habt, zur schnellsten Beendigung des Menschenmordens.

Verlangt das sofortige Ende des Krieges. Erhebt euch zum Kampfe, getretene und hingemordete Völker.

Wagt! Denkt daran, daß ihr die Mehrheit seid, und wenn ihr wollt, könnt ihr stark sein.

Laßt nur die Regierungen gewahr werden, daß der Widerwille gegen den Krieg und die Sehnsucht nach der Erlösung durch den Sozialismus in allen Ländern zunimmt.

Es naht die Stunde des Völkerfriedens.

Nieder mit dem Krieg!

Es lebe der Friede, der sofortige Friede ohne Eroberungen!

Es lebe der internationale Sozialismus!

Die zweite Zimmerwalder sozialistische Konferenz.

Nr. 7. (Wintermonate 1916/17, aus der Broschüre mit gleichnamiger Überschrift).

Imperialistischer Sozialismus oder proletarischer Klassenkampf?

„Solange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden. Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben, und sie, wenn ich kann, beseitigen!"

Bebel.

Soll die sozialdemokratische Partei auf ihrem prinzipiellen Klassenstandpunkt beharren? Das bedeutet: rücksichtslosen Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft und ihr Organ, den Klassenstaat der Herr-

[1]) Selbstverständlich fiel nur die deutsche Arbeiterschaft auf diese Aufforderung zum Landesverrat hinein.

schenden und Besitzenden, bis zu ihrer Überwindung und Beseitigung durch die Macht des Proletariats. Das bedeutet weiter: Anpassung der Kampfmethoden und Kampfmittel an dieses Ziel.

Oder:

Soll Hand in Hand mit der Erweichung des Klassenkampfes und der Verwischung des Endzieles die Politik der sozialdemokratischen Partei hinauslaufen auf eine Annäherung an die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft und den militaristischen Klassenstaat?

Und das würde heißen: Vertuschung und Überbrückung des bestehenden fundamentalen Klassengegensatzes und Anpassung der sozialdemokratischen Politik an die prinzipienlose Schacherpolitik der bürgerlichen Parteien.

So und nicht anders steht die Frage!

Wir wollen nun an der Hand einer der zur Zeit die Parteidiskussion — soweit dies unter dem Zeichen des Burgfriedens und unter der „geistigen" Gewaltherrschaft der Parteiinstanzen überhaupt möglich ist — beschäftigenden Streitfragen zeigen, um was es geht und wohin die Reise gehen soll.

Und dazu wählen wir die Versuche aus, die sozialistischen Arbeiter für die imperialistische Politik einzufangen und den theoretischen Nachweis zu führen, daß sich die imperialistische Politik der kapitalistischen Bourgeoisie und die sozialistische Klassenkampfpolitik auf einer gemeinsamen Linie finden können, weil es sich dabei um gleichlaufende Interessen von Kapital und Arbeit handelt. Und an diesem Beispiel soll der Nachweis erbracht werden, wie abgrundtief die erstrebte Neuorientierung der sozialdemokratischen Politik getrennt, wie wesensverschieden sie von dem ist, was bisher als der Kern sozialistischer Theorie und Praxis gegolten hat.

Versuchen wir den herauszuschälen, so ist es einmal der Gedanke des Klassenkampfes, den die sozialistische Theorie als die richtunggebende Grundkraft der geschichtlichen Entwicklung aufgezeigt hat, der Entwicklung, die durch den Klassenkampf und allein durch ihn auch über die heutige privatkapitalistische Wirtschaftsordnung hinausführen wird. Denn da mit dem Privatkapitalismus untrennbar verbunden ist die Tatsache der wirtschaftlichen Ausbeu-

tung derer, die arbeiten, durch die Eigner der Produktionsmittel, so ergibt sich daraus zweierlei:

Einmal der in diesem System nicht zu überbrückende Gegensatz zwischen Besitz und Arbeit und dann — aus diesem unversöhnlichen Gegensatz heraus — der Klassenkampf der Ausgebeuteten um die Beseitigung der Ausbeutung. Die hat aber zur Voraussetzung die Niederzwingung der politischen Macht der heute herrschenden Klassen und des als Vertreter ihrer Interessen funktionierenden Klassenstaates. Womit als das Kampfesziel der sozialistischen Bewegung gegeben ist:

Beseitigung der politischen Klassenherrschaft und damit der politischen Knechtung, und Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft.

Aus der Erkenntnis aber, daß der imperialistische Kapitalismus in seinen Wirkungen und in seinen Absichten der Todfeind des gesamten Proletariats ist, war die andere Erkenntnis hervorgegangen,

daß der proletarische Klassenkampf seine Wucht und seine Entschlossenheit zu allererst gegen den Imperialismus zu richten hat,

daß nunmehr der Kampf um die Erringung der politischen Macht und der entscheidende Kampf um die Niederringung des Kapitalismus und die Herbeiführung des Sozialismus geführt werden muß unter der Parole des Kampfes gegen den Imperialismus,

und daß als allerwichtigste Vorbedingung dazu die enge Willens- und Kampfesgemeinschaft des Proletariats aller Länder lebendige tatvolle Wirklichkeit werden muß.

Da kam der Weltkrieg, und in seinem ersten Sturme gelang es den herrschenden Mächten, durch Täuschung über die Ursachen, Absichten und Ziele des Krieges große Teile der Arbeiterklasse in die Netze ihrer nationalistischen Ideologie einzufangen, ihr Klassenbewußtsein zeitweilig zu trüben infolge des teilweisen Mangels an prinzipieller sozialistischer Aufklärung speziell über den Imperialismus, infolge auch der von den Instanzen vorher betriebenen Taktik der Entschlossenheit des revolutionären Willens und infolge des Verhaltens der führenden Körperschaften bei Ausbruch des Krieges.

Und während des Krieges sehen wir nun eine Reihe von Ge-

nossen am Werke, in Wort und Schrift den Arbeitern die wirtschaftliche Notwendigkeit des Imperialismus, die Interessenharmonie von Arbeit und Kapital bei der Verfolgung der imperialistischen Ziele zu predigen, ja das Vorwärtsdrängen und den Sieg des Sozialismus an den Sieg eines bestimmten „nationalen" Kapitalismus zu knüpfen, dabei die Lehren von der Notwendigkeit des Klassenkampfes, der Notwendigkeit der einheitlichen Kampfesfront des internationalen Proletariats, der Todfeindschaft zwischen Sozialismus und Imperialismus verächtlich als nebensächlich beiseite schiebend. Wobei es gleichgültig ist, ob das geschieht unter Umhängung eines marxistisch-sozialistischen Mäntelchens, mit Hilfe dessen man den Arbeitern das Gegenteil der ehemals als notwendig erkannten Politik mundgerecht machen will, oder ob es geschieht unter klarer Enthüllung des Zieles, das man schon früher mit Hilfe einer opportunistischen Theorie und Praxis verfolgt hatte: aus der sozialistischen Bewegung eine radikale Reformpartei im Rahmen des bürgerlichen Klassenstaates und der kapitalistischen Wirtschaft zu machen.

> Beides läuft darauf hinaus, die sozialistische Bewegung unter Verstümmelung des Klassenkampfwillens und Verschiebung der Kampffront zu einem für den Kapitalismus vielleicht unbequemen, aber ungefährlichen Schwanzstück der heutigen Gesellschaftsordnung zu machen — zum Nutzen des Kapitalismus und zum Schaden der Arbeiterbewegung.

Den Imperialismus, aber nicht auch seine Gegentendenz, den sozialistischen Klassenkampf, als geschichtliche Notwendigkeit anerkennen, den Arbeitern die Unterstützung der imperialistischen Politik anempfehlen, daß heißt nichts anderes als:

> unter Verzicht auf Klassenkampf und sozialistisches Endziel die kapitalistische Gesellschaft, den Klassenstaat mit seinen Klassengegensätzen verewigen zu helfen.
>
> Darüber hilft kein vertuschendes Gerede hinweg! Hier liegt der Angelpunkt der ganzen Fragestellung!

Der Streit um die Stellung zum Imperialismus zeigt uns, daß es ums Ganze geht.

Denn mit ihr ist auch die Stellung zum sozialistischen Befreiungskampfe und Endziel gegeben:

Man kann nicht als imperialistischer Sozialist an der Stärkung und Sicherung des kapitalistischen Systems mithelfen — und gleichzeitig ernsthaft den Sozialismus propagieren!

Man kann nicht als Imperialismus-Anhänger durch Rüstungsbewilligungen an der Verewigung der Kriegsgefahr mithelfen — und diese Gefahr gleichzeitig mit aller Kraft bekämpfen!

Man kann nicht den imperialistischen Klassenstaat anerkennen, um in seinem Rahmen positive Politik zu machen — und gleichzeitig zielbewußt an der Überwindung der Klassengegensätze und der kapitalistischen Ausbeutung mitarbeiten!

Man kann nicht die nationalistische Ideologie und Politik des Imperialismus mit ihrer Völkerverhetzung und Volkervergewaltigung mitmachen — und gleichzeitig aufrichtig an der Schaffung eines wirkungsvollen internationalen Zusammenschlusses des Proletariats mithelfen!

Man kann nicht als Imperialismus-Verfechter für versteckte Annexionen in Form militärischer Grenzsicherungen und wirtschaftlicher Angliederungen sein — und gleichzeitig den Gedanken der Völkerverbrüderung als Leitstern der auswärtigen Politik des Sozialismus betrachten!

Man kann schließlich auch nicht für die Politik des Durchhaltens sein — und ernsthaft für den Frieden eintreten!

Das sind alles unvereinbare Gegensätze, deren Zusammenkoppelung eine Politik der Schwäche, der Zielllosigkeit und alles in allem eine Politik des Verrates an den Proletarier-Interessen bedeutet. Des Verrates allein schon deswegen, weil die Frucht dieses Krieges, möge sein Ausgang sein, wie er wolle, eine Ära verstärkter Rüstungen und — nach einer Spanne der Erholung — vermehrter Kriegsgefahr sein wird, wenn nicht die Arbeiterklasse den Willen und die Macht hat, dem imperialistischen Treiben Einhalt zu gebieten.

Dazu ist aber unfähig eine im national-imperialistischen Fahrwasser segelnde Arbeiterpartei, dazu bedarf es eines vom Klassenkampfwillen durchdrungenen, seiner Mission als Überwinder des Klassenstaates bewußten und zur Erfüllung dieser Aufgaben international-geeigneten Proletariats!

Die Genossen selbst und nicht die Führer werden

die Entscheidung über die Richtung der künftigen sozialdemokratischen Politik zu treffen haben!

Der Weltkrieg selbst mit allen seinen Folgen wird neben der Erkenntnis des Imperialismus die Entscheidung erleichtern:

daß die Richtlinie künftiger sozialdemokratischer Politik nicht sein wird die Selbstentmannung des Proletariats im Dienste des imperialistischen Kapitalismus,

sondern

der von dem revolutionären Klassenkampfwillen des internationalen Proletariats getragene zielbewußte Kampf gegen den Imperialismus als die zwar jüngste, aber der Arbeiterklasse gefährlichste Macht- und Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Ausbeuterkaste und des nach ihrem Winke handelnden Klassenstaates.

Nr. 8. (Ende August; Flugblatt der „sozialistischen Jugendbewegung Deutschlands.")

Demonstrationsstreik.

Um des schnöden Geldsacks willen ist die Welt in ein schauriges Blutbad verwandelt worden. Unter dem trügerischen Schein der Vaterlandsverteidigung werden seit drei Jahren Väter und Brüder zur Schlachtbank geschleppt. Unter Entbehrungen, Not und Leid müssen sie für ein mörderisches Pharisäertum gegen ihre eigenen Interessen Blut vergießen. Während das eigne Volk dem Hungertode nahe ist, feiern die Herrschenden hinter den Kulissen bei festlichen Gelagen den profitbringenden Massenmord. Der Drang nach Frieden, die Empörung, der Schrei nach Freiheit und Brot wird von den Regierenden nur mit einem heuchlerischen Wortschwall beantwortet. Aber das nicht, um endlich einmal dem Wahnsinn ein Ende zu bereiten, sondern nur, um das Volk zu beruhigen, es für das im kapitalistischen Interesse liegende Durchhalten gefügig zu machen.

Aber nicht von den Besitzenden, sondern von dem Willen des Volkes hängt es ab, die schreckliche Kriegsfurie zu ersticken. Der Zorn über die Millionen bereits gefallener und verkrüppelter Mitmenschen muß den Krieg gegen unsere eigenen Volksmörder und Verräter entfachen und die Brandfackel in das tyrannische Gebäude brutaler Will-

für und Unterjochung zündend werfen. Zu lange schon, Arbeitsschwestern und -brüder, haben wir unter Murren und Jammern die blutigen Fesseln getragen. Drei Jahre hindurch hat man mit kostbarem Menschengut gespielt, in der unverantwortlichsten Weise Frauen und Kinder zu Witwen und Waisen gemacht. Wo ist denn die deutsche Freiheit, für die sorgenvolle Mütter ihre Söhne opfern müssen? Zeigt sie sich darin, daß jede freie Meinung unterdrückt, daß Volksvertreter wie Liebknecht, und andere für viele Jahre ins Zuchthaus wandern müssen, daß selbst Frauen, wie es in Düsseldorf geschah, bis zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt oder auch daß willensfeste jugendliche Arbeiter wegen sozialistischer Gesinnung und Betätigung in Fürsorgeanstalten gesteckt werden? Der Belagerungszustand ist eine Galgenstätte deutscher Freiheit!

Am 2. und 3. September ruft die sozialistische Jugend aller Länder ihre Klassengenossen zu gewaltigen Kundgebungen gegen das herrschende System infamer Entrechtung und schmachvoller Unterdrückung auf.

Ob alt, ob jung! Männer, Frauen und Mädchen!
Es gilt die Tat!

Der internationale Jugendtag muß ein gewaltiger Ansturm des revolutionären Arbeiterheeres, des jungen Proletariats, gegen die bestehende kapitalistische Gesellschaft, die einzig und allein die Millionen grausam Gemordeter zu verantworten hat, sein! Erst der Massenkampf des internationalen Proletariats wird Freiheit und dauernden Frieden bringen!

Jeder agitiere dafür, daß am 2. und 3. September alle Betriebe ruhen und die streikende Arbeiterschaft sich zu Demonstrationsveranstaltungen versammelt!

Gegen den Krieg, am 2. und 3. September 1917.

An euch, Brüder im bunten Rock, ergeht der Mahnruf:

„Wenn sich das bis zur Verzweiflung getriebene Volk nun endlich einmal zur revolutionären Tat aufrafft, den Vernichtungskampf wagt, unerschüttert das Banner der Revolution entfacht, dann kämpft mit uns! Widerhandelt den Befehlen! Schießt nicht auf Vater und Mutter! auf mutige Kämpfer für die Sache des internationalen Proletariats, die auch die eure ist! Werdet selbst Soldaten der Revolution!

Die sozialistische Jugendbewegung Deutschlands.

1918.

Nr. 9. (Anfang Januar.)

Am Montag, den 28. Januar beginnt der Massenstreik!

Arbeiterinnen! Arbeiter!

Auf zum Massenstreik! Auf zum Kampf! Soeben hat das österreichisch-ungarische Proletariat ein mächtiges Wort gesprochen. Fünf Tage lang ruhte die Arbeit in allen Betrieben in Wien, Budapest usw. im ganzen Reiche. In Wien haben die Arbeiter den Straßenbahnverkehr eingestellt, auch der Eisenbahnverkehr wurde zum Teil lahmgelegt, es erschien keine einzige Zeitung. An vielen Orten kam es zu einer offenen Erhebung der Bevölkerung und zum Kampf mit der Regierungsmacht. In Prag und Budapest wurde die Republik proklamiert. In Wien hielten die Arbeiter die Brücken besetzt, um das Eindringen der Polizei in die Arbeiterviertel zu verhindern.

In schlotternder Angst vor der drohenden Revolution war die Zentralregierung gezwungen, den nach Muster der russischen Revolution gewählten Wiener Arbeiterrat anzuerkennen und mit ihm zu verhandeln. Sie beeilte sich, Konzessionen zu machen, um die Bewegung einzudämmen, wobei ihr natürlich die Regierungssozialisten und die Gewerkschaftsführer freiwillig Handlangerdienste leisteten.

Die Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, die Aufhebung des Arbeitszwangsgesetzes, die Erfüllung der Arbeiterforderungen in den Ernährungsfragen, gleiches und allgemeines Wahlrecht für Frauen und Männer bei den Gemeindewahlen, Versprechen, bei den Friedensverhandlungen mit Rußland auf alle Annexionsabsichten zu verzichten, — dies sind die vorläufigen Zugeständnisse. Die historische Bedeutung des Arbeiteraufstandes in Österreich-Ungarn liegt aber nicht in diesen Zugeständnissen, sondern in der Tatsache der Erhebung selbst. Die Bewegung ist zwar auf halbem Wege stehen geblieben, aber es ist dies der erste Schritt, dem andere folgen werden. Die Hilfe der deutschen Arbeiter, unser Massenstreik, wird die Flamme der Revolution in der Doppelmonarchie zu neuem, mächtigem Brande entfachen!

Arbeiterinnen und Arbeiter! Was unsere österreichisch-ungarischen Brüder angefangen haben, das müssen wir vollenden!

Die Entscheidung der Friedensfrage liegt bei dem deutschen Proletariat!

Unser Massenstreik soll kein kraftloser „Protest" und kein von vornherein auf eine bestimmte Frist beschränkter hohler Demonstrationsstreik, sondern ein **Machtkampf** sein. **Wir kämpfen solange, bis unsere Mindestforderungen unverkürzt verwirklicht worden sind: Aufhebung des Belagerungszustandes, der Zensur, aller Beschränkungen der Koalitions-Streik-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Freilassung aller politischen Inhaftierten** — dies sind die Bedingungen, die uns notwendig sind, um unseren Kampf um die Macht, **um die Volksrepublik in Deutschland und einen sofortigen allgemeinen Frieden** frei zu entfalten.

Jeder Separatfriede führt nur zur Verlängerung und Verschärfung des Völkermordens. Es gilt um jeden Preis **den Separatfrieden in einen allgemeinen Frieden zu verwandeln.** Dies ist unser Ziel.

Arbeiter! Bevor wir die Betriebe verlassen, müssen wir uns eine freigewählte Vertretung nach russischem und österreichischem Muster schaffen mit der Aufgabe, diesen und die weiteren Kämpfe zu leiten. Jeder Betrieb wähle pro tausend beschäftigter Arbeiter je einen Vertrauensmann; Betriebe mit weniger als tausend Arbeiter wählen nur einen Vertreter. Die Vertrauensmänner der Betriebe müssen an jedem Orte sofort zusammentreten und sich als **Arbeiterrat** konstituieren. Außerdem wird für jeden Betrieb ein leitender Ausschuß gewählt. Sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und andere „Durchhalter" unter keinen Umständen in die Vertretungen gewählt werden. Heraus mit den Bueschen aus den Arbeiterversammlungen! Diese Handlanger und freiwilligen Agenten der Regierung, diese **Todfeinde des Massenstreiks** haben unter den kämpfenden Arbeitern nichts zu suchen! Während des Massenstreiks im April v. Js. haben die Cohn, die Severing, die Körsten, die Scheidemänner und ihre Peersse in heimtückischer Weise der Streikbewegung das Genick gebrochen, indem sie die Unklarheit der Masse ausnutzten und den Kampf auf falsche Bahnen lenkten. Lassen wir uns nicht duech die Friedensphrasen und die Maske der angeblichen Sympathie mit unserm Kampf betören, die diese Judasse jetzt nach den österreichischen Vor-

gängen benutzen werden. Von diesen Wölfen im Schafspelz droht der Bewegung eine viel schlimmere Gefahr, als von der königlich preußischen und anderweitigen Polizei!

Und nun, Arbeiter und Arbeiterinnen, auf zum Kampf! Wir haben eine mächtige Waffe in der Hand, unsere Klassensolidarität! Machen wir Gebrauch von dieser Waffe: Alle für einen, einer für alle! Dann sind wir gegen alle Drohungen, Maßregelungen und Verfolgungen seitens der Gewaltherrscher gefeit!

Ein roher Knecht der Säbeldiktatur, der General Gröner, hat nach dem vorjährigen Aprilstreik jeden streikenden Arbeiter als Hundsfott beschimpft. Zeigen wir der Welt, daß die „Hundsfötter" in Deutschland noch etwas zu sagen haben!

Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will!

Nieder mit dem Kriegl Nieder mit der Regierung!
Hoch der Massenstreik!

Nr. 10. (Oktober, aus der Zeitschrift: Spartakus).

Der Knoten der internationalen Lage.

. . . Die internationale Lage hat sich allenthalben so zugespitzt, daß der Schlüssel zu ihrer Lösung, der Ansatzpunkt, gerade in Deutschland liegt. Der Ausbruch der Revolution in Deutschland würde nicht eine siegreiche Invasion des feindlichen Imperialismus zur Folge haben, sondern der Ausbruch derselben Revolution in dessen Rücken: in Frankreich, Italien, England.

Gerade weil Deutschland bisher der Schinder und Bezwinger der Nationen war, gerade weil die deutsche Arbeiterschaft ein halbes Jahrhundert lang die geistige Führerin des Weltproletariats war, um dann plötzlich zum Werkzeug des völkerknechtenden Imperialismus zu werden, deshalb muß ihre endliche entschlossene Erhebung den heftigsten Ruck in der gesamten Lage und die tiefste moralische Wirkung hervorbringen.

Nach dem, was wir schon im Laufe des Krieges in Österreich-Ungarn an spontanen Massenaktionen erlebt haben, angesichts der jetzigen inneren Krise und Gärung in Österreich unterliegt es nicht dem

geringsten Zweifel, daß die erste Kunde von einer Massenerhebung in Deutschland zum Signal für eine gleiche in Österreich-Ungarn werden wird. Die Flamme in Deutschland, Österreich, Bulgarien, wahrscheinlich auch Rumänien würde naturgemäß sofort mit der russischen Revolution den Kontakt herstellen, und angesichts eines so gewaltigen Machtgebietes der proletarischen Revolution in ganz Mittel- und Ost-Europa würden die Westländer sich unmöglich dem allgemeinen Strom der Entwicklung entziehen können.

Eine deutsche Revolution würde somit jetzt unter ganz anderen und unendlich günstigeren Bedingungen zu operieren haben als die russische, die allein, isoliert, dem noch triumphierenden Imperialismus preisgegeben, sich in seinem Halseisen machtlos verbluten müßte. Darum sind alle Hinweise der Nachtwächter vom Regierungssozialismus auf das „warnende Exempel" der russischen Revolution nichts als die üblichen Flunkereien zur Nasführung der Massen. In Deutschland liegt von Anfang an der Knoten der internationalen Lage; ihn durchhauen kann nur das Schwert des deutschen Proletariats.

Nr. 11. (Oktober).

Der Anfang vom Ende.

Der Anfang vom Ende ist da. — Der deutsche Militärstaat wankt. Die Machtkoalition, die der deutsche Militärstaat aufgebaut hat und der er seine Siege in den ersten vier Kriegsjahren verdankt, bricht zusammen. Bulgarien hat den Sonderfrieden angeboten. Die Türkei und Österreich werden folgen. Was dann? Für die deutsche Arbeiterklasse ist das Problem klar und eindeutig vorgezeichnet. Wir müssen die Gunst der Stunde ausnützen. Die äußeren Schwierigkeiten unserer Ausbeuter und Unterdrücker gilt es auszunützen zum Sturz unserer herrschenden Klassen, um an deren Stelle die Herrschaft der deutschen Arbeiterklasse aufzurichten, was den siegreichen Beginn der Weltrevolution bedeutet. Einen anderen Ausweg aus dem Meer von Blut und Elend gibt es nicht. Alle Zeichen der Zeit verweisen uns auf diesen Weg. Im Inneren, in der „hohen Politik", herrscht Ratlosigkeit. Hertling und Hintze sind entlassen worden. Neue Männer sind in die Regierung einberufen worden, um die alte Politik weiter zu treiben, oder doch noch zu retten, was zu retten ist. Wir Arbeiter haben von einer neuen bürgerlichen

Regierung nicht das geringste zu erwarten; auch jetzt nicht, wo diese Regierung durch einige Regierungssozialisten verbreitert und durch einige scheindemokratische Zugeständnisse aufgeputzt worden ist. Eine solche Hoffnung wäre noch trügerischer als die bereits so schmählich zusammengebrochenen Hoffnungen auf den militärischen Endsieg und die Wirkungen durch den U-Bootkrieg.

Die Befürchtung, daß sich die deutsche Arbeiterklasse wieder narren läßt, besteht diesmal nicht zu recht. Verlassen und verraten von den hohen Politikern und Parteiführern, haben größere Massen, vor allem Soldaten, instinktiv den rechten Weg gefunden und bereits beschritten. Die Soldaten weigern sich in immer größeren Massen, an die Front zu gehen und für die Aufrechterhaltung des sie ausbeutenden und bedrückenden, für den Krieg verantwortlichen Systems Bettelbienste zu verrichten. Die Arbeiter in der Munitionsindustrie sind gleichfalls drauf und dran, sich für diese entscheidenden Kämpfe vorzubereiten. Bis in weite Kreise des Bürgertums hinein ist unverkennbar eine Stimmung vorhanden, die erfolgversprechend ist. Also nützen wir die Zeit, um uns für diese Kämpfe vorzubereiten! In allen Betrieben, unter den Soldaten an der Front und im Hinterland, gilt es jetzt zu organisieren. Die spontanen Meuterungen unter den Soldaten gilt es mit allen Mitteln zu unterstützen, zum bewaffneten Aufstand überzuleiten, den bewaffneten Aufstand zum Kampf um die ganze Macht für die Arbeiter und Soldaten auszuweiten und durch Massenstreiks der Arbeiter für uns siegreich zu machen. Das ist die Arbeit der allernächsten Tage und Wochen. Wir haben nichts zu verlieren, nur alles zu gewinnen. Die unerbetene Hilfe der imperialistischen Ententestaaten darf kein Hindernis sein. Im Gegenteil, wir werden mit ihren imperialistischen Ansprüchen insofern leicht fertig werden, als sie selbst die Revolution im Leibe haben und ihnen von der Arbeiterklasse ihrer Länder das gleiche Schicksal bereitet werden wird.

Der Beginn der deutschen Revolution ist der Anfang der siegreichen Weltrevolution.

3. Nachrevolutionäre Bekenntnisse

„Der Entschluß von 1916 verstärkte sich nach dem Januarstreik von 1918. Nach diesem Streik reifte der Entschluß, wenn es noch einmal losginge, dann ganze Arbeit zu machen. Alle Vorbereitungen

wurden getroffen, und besonders haben sich Barth, Wegmann, Ecker, Däumig und andere Vollzugsratsmitglieder um die Sache verdient gemacht. Es fragte sich immer nur, wann losgeschlagen werden konnte, und so haben wir Monat für Monat gewartet. Als der Zusammenbruch an der Westfront erfolgte, hielten wir die Zeit für gekommen. Wir hatten auch Verbindungen mit der Front angeknüpft und arbeiteten erfolgreich, denn die Regierung war ja so gütig gewesen, alle Revolutionäre einzuziehen und in die Armee zu stecken. Wir wußten, daß ganze Regimenter übertreten würden. Nun kamen die entscheidenden Novembertage. Am 2. November fand eine Sitzung des Revolutionskomitees statt, an der auch Haase, Dittmann und Liebknecht teilnahmen. Wir beschlossen, am 4. November loszuschlagen, wir wußten, daß wir uns auf die Truppen verlassen und uns nach kurzem Kampf der Herrschaft über Berlin bemächtigen konnten." (Lebebour nach einem Bericht des „Berliner Tageblattes" vom 17. Dezember 1918.)

„Der Dolchstoß von hinten gegen die deutsche Front war der glücklichste Dolchstoß des revolutionären Proletariats." (Redakteur Thomas aus Augsburg in einer Wahlversammlung der Münchener Unabhängigen.) —

„Eigentlich könnten wir uns freuen, daß wir besiegt worden sind, denn dadurch sind wir unsere Machthaber losgeworden und können heute den 1. Mai feiern. Hätten wir gesiegt, dann würde Deutschland in einen reinen Militärstaat verwandelt worden sein und an eine Maifeier wäre nicht zu denken gewesen." (Mecklenburg-Strelitzscher Staatsminister Schaffer (Soz.) am 1. Mai 1919.) —

„Wir haben schon vom Beginn des Krieges, von Anfang des Jahres 1915 systematisch für die Revolution der Flotte gearbeitet. Wir haben von unserer Löhnung alle Tage 50 Pf gesammelt, uns mit den Reichstagsabgeordneten in Verbindung gesetzt und revolutionäre Flugblätter verfaßt, drucken lassen und verteilt, um so für die Novemberereignisse die Bedingungen zu schaffen. Ich selber bin für diese Agitation mit mehreren Kameraden zum Tode verurteilt worden, bei zweien ist das Urteil aber nur ausgeführt. Nicht also seit 1917 ist, wie der Unabhängige Vater in Magdeburg erwähnte, die Agitation gegen Heer und Flotte systematisch betrieben worden, sondern seit Beginn des Krieges." (Genosse Haase, Führer des Seemannsbundes, in einer Versammlung vom 30. August 1919.)

Im Juli 1921 iſt das Buch von Eduard Bernſtein „Die deutſche Revolution“ erſchienen. Da der Verfaſſer ſich im weſentlichen mit den Ereigniſſen nach dem 9. November 1918 beſchäftigt, erübrigt ſich hier ein Eingehen auf das Werk. Wenn er aber in einem einleitenden Kapitel die Behauptung aufſtellt, die revolutionäre Agitation ſei verhältnismäßig belanglos geweſen und die Soldaten hätten ihrer gar nicht bedurft, um eine Weiterführung des Krieges für zwecklos zu erachten, ſo glaube ich, nachgewieſen zu haben, daß das Gegenteil davon richtig iſt. Auch die Parteiſchrift des Herrn Bernſtein kann die Erkenntnis der wahren Urſachen des unglücklichen Kriegsausganges vielleicht verzögern, aber nicht verhindern. Und es iſt nur geſchichtliche Gerechtigkeit, wenn das deutſche Volk dereinſt von der Sozialdemokratie und ihren Brüdern zur Linken Rechenſchaft fordern wird.

Der zweite in ſich abgeſchloſſene Band der
„Erinnerungen aus dem Kgl. Preuß. Kriegsminiſterium“
erſcheint vom gleichen Verfaſſer unter dem Titel

Heer und Heimat.

In ihm werden die Aufgaben geſchildert, die vom Kriegsminiſterium während des Weltkrieges zu löſen waren, in erſter Linie der Aufbau der Friedensorganiſation des Heeres.

Preis vorausſichtlich 30 Mark.

Beſtellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen

*

Erinnerungswerke über den Weltkrieg
aus dem Verlage von K. F. Koehler, Leipzig

*

Großadmiral von Tirpitz / Erinnerungen
Preis gebunden 35 Mark

General von Lettow-Vorbeck
Meine Erinnerungen aus Oſtafrika
Preis gebunden 35 Mark

Generaloberſt Freiherr von Hauſen
Erinnerungen an den Marnefeldzug 1914
Preis gebunden 20 Mark

Gen. d. Art. u. Kriegsminiſter von Stein
Erlebniſſe und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges
Preis gebunden 14.50 Mark

Fregattenkapitän von Hafe / Die zwei weißen Völker!
Deutſch-Engliſche Erinnerungen eines deutſchen Seeoffiziers
Preis gebunden 22 Mark

General Graf von der Goltz
Meine Sendung in Finnland und im Baltikum
Preis gebunden 50 Mark

Kapitänleutnant Graf von Luckner / Seeteufel!
Volksausgabe gebunden 25 Mark, Vorzugsausgabe 60 Mark

Admiral v. Reuter / Scapa Flow
Das Grab der Deutſchen Flotte
Halbleinenband 30 Mark

Kritik des Weltkrieges
Das Erbe Moltkes und Schlieffens im großen Kriege
Von einem Generalſtäbler
Halbleinenband 30 Mark

General Maercker / Vom Kaiſerheer zur Reichswehr
Halbleinenband 30 Mark

*

Die Preiſe erhöhen ſich nur um den ortsüblichen Sortimentszuſchlag

Weitere Neuerscheinungen
aus dem Verlage von K. F. Koehler, Leipzig

*

Rudolf Eucken / Lebenserinnerungen
Ein Stück deutschen Lebens
Halbleinenband 30 Mark

Ernst Haeckel / Entwicklungsgeschichte einer Jugend
Briefe an die Eltern 1852/1856
Halbleinenband 40 Mark

Karl von Hase / Dein Alter sei wie Deine Jugend
Briefe an eine Freundin
Halbleinenband 28 Mark

J. A. Sauter / Mein Indien
Erinnerungen aus 15 glücklichen Jahren
Preis gebunden 30 Mark

H. M. Hyndman / Der Aufstieg des Morgenlandes
(The Awakening of Asia)
Übersetzt von Dr. W. H. v. Heutig
Preis gebunden 40 Mark

Das Problem Japans
Von einem Gesandtschaftsrat im fernen Osten
Übersetzt von Prof. Joh. Sauter
Preis gebunden 32 Mark

Professor Otto Schmiedel / Die Deutschen in Japan
Preis gebunden 28 Mark

Die wirtschaftliche Zukunft des Ostens
Herausgegeben von einer Interessengemeinschaft
Preis gebunden 35 Mark

*

Die Preise erhöhen sich nur um den ortsüblichen Sortimentszuschlag

Erinnerungen

Von

Alfred von Tirpitz

Großadmiral

Mit Namen- und Sachverzeichnis und Bild des Verfassers

Preis gebunden 35 Mark

*

Die Erinnerungen des Schöpfers der deutschen Flotte und stärksten deutschen Politikers der Kriegszeit werden ein Werk von dauernder Bedeutung bleiben und neben Bismarcks Gedanken und Erinnerungen einen unentbehrlichen Band jeder Hausbücherei bilden.

Inhalts-Verzeichnis:

In der preußischen Marine / Vera Stosch Vera Empressi / In der Technik / Der neue Kurs Taktische Arbeit / Flottenpläne / Tsingtau Im Reichsmarineamt / Bei Bismarck / Die Flottengesetze / Beim Flottenbau / Unter dem Kaiser / Reichsmarineamt und Auswärtige Politik / England und die deutsche Flotte Der Ausbruch des Krieges / Hauptfragen des Krieges / Der Seekrieg / Der U-Boot-Krieg / Schlußwort / Anhang: Kriegstagebuch

*

K. F. Koehler / Verlag / Leipzig

Seeteufel

Abenteuer aus meinem Leben

Von

Graf Felix von Luckner

Kapitänleutnant in der Reichsseestreitmacht
ehem. Kommandant des Hilfskreuzers „Seeadler"

Mit über 125 Abbildungen
Preis gebunden 25 Mark / Bessere Ausgabe
auf Kunstdruckpapier gedruckt
in Schutzkarton 60 Mark

*

Ein beispielloses abenteuerliches Leben hat Graf Luckner für seine schwere Aufgabe, als Kommandant eines Segelschiffes monatelang der Schrecken der Meere zu werden, gerüstet. Dem Gymnasium als Quartaner entlaufen, brachte er es vom Schiffsjungen eines russischen Seglers nach jahrelangen Irrfahrten zu Wasser und zu Lande, von denen er mit unerschöpflichem Humor erzählt, zum Marineoffizier, dem es vergönnt war, das letzte Segelschiff der Kriegsmarine auf seiner Piratenfahrt zu führen.

*

K. F. Koehler / Verlag / Leipzig

Die zwei weißen Völker

(The Two White Nations!)

Deutsch-Englische Erinnerungen eines deutschen Seeoffiziers

Von

Georg von Hase
Fregattenkapitän a. D.

Mit 23 Abbildungen und 2 Gefechtsskizzen
Preis gebunden 22 Mark

*

Das Buch, dessen Titel dem Trinkspruch eines englischen Admirals entnommen wurde, schildert zwei Begegnungen der beiden Flotten, den Besuch des britischen Geschwaders in Kiel im Juli 1914 und den Kampf vor dem Skagerrak. Die plastische, hineißende, auch für den Laien verständliche Schilderung der Seeschlacht hat die Aufmerksamkeit des In- und Auslandes auf sich gezogen, so daß schon nach wenigen Monaten die Neuauflage und französische und englische Übersetzungen erscheinen konnten. — Das Buch wird auch der reifern Jugend große Freude bereiten.

*

K. F. Koehler / Verlag / Leipzig

DD 228 B
.W95